

L A M B D A

N A C H R I C H T E N



Österreichs führende Zeitschrift



BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Schmidt & Knoll im Interview

VERLOCKUNGEN VOM ANDEREN UFER

Wien ist andersrum

EU-GERICHTSHOF ENTSCHIEDET

Kein Schutz vor Diskriminierung

öS 60,-

Zeitschrift der Homosexuellen Initiative Wien

2/98

A P R I L
M A I
J U N I

AIDS Memorial Day
1998

Longing.

for

Life



Wir erinnern uns
an unsere
verstorbenen
Freunde &
Freundinnen

samstag, 16. Mai 1998

MUSEUM MODERNER KUNST STIFTUNG LUDWIG WIEN
palais Liechtenstein,
Fürstengasse 1, 1090 Wien



20 Uhr: Eröffnung; anschließend Aufbreitung der Erinnerungsrücher des **names project wien** vor dem Museum (bei schlechtem Wetter im Museum) im Gedenken der an den Folgen von AIDS verstorbenen Menschen.

21 Uhr: 'Lebenszeichen': wir erinnern uns an das gemeinsame Leben mit unseren verstorbenen Freundinnen und Freunden. Es werden Texte verstorbener gelesen und Erlebnisse und Geschichten aus dem gemeinsamen Leben erzählt. Begleitend dazu werden Dias gezeigt und von ihnen geliebte Musikstücke gespielt.

23 Uhr: 'Life-party' im Museum Moderner Kunst, palais Liechtenstein, Musik von DJs von 'FM4' und 'heaven'.

Der Reinerlös der Life-party geht an das **names project wien**.

Wir freuen uns über deine Teilnahme an der Veranstaltung und/oder über die Beteiligung als Betroffene/r, Angehörige/r oder Freund/in an den 'Lebenszeichen'. Dein Beitrag soll 'deiner' verstorbenen Freundin / 'deinem' verstorbenen Freund persönlich gewidmet sein. Wir wollen uns vor allem an das gemeinsame Leben erinnern. Zu diesem Zweck suchen wir Beiträge in Form von Geschichten aus dem gemeinsamen Leben, Dias, von verstorbenen verfasste Texte und von ihnen geliebte Musik. Bitte melde dich bis spätestens 14. April bei uns, wenn du etwas beisteuern willst: Brigitte Ziska-Holoubek (Tel: 02955 / 70597 - bitte Nachricht auf AB hinterlassen, oder per Post: Jubiläumsstraße 42, 3701 Grog-Weikersdorf, Friedl (Email: f.nussbaumer@melzer.co.at) oder schicke ein Fax unter: 01/4702251. Während der Veranstaltung besteht die Möglichkeit, mitgebrachte Blumen aufzulegen und Kerzen anzuzünden.

NAMES
project wien

Die Veranstaltung **Longing for Life** des **names project wien** ist Teil des Aktionstages „MAYDAY - Kunst und soziales Handeln“, der vom Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien jedes Jahr anlässlich des internationalen Museumstages veranstaltet wird (nähere Infos und Programm unter 317 69 00-27).

Kolumne



Gudrun Leidartikel

Grenzen der Politik

Zahlreich sind immer noch - trotz aller Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsgesetze - frauenlose Enklaven in unserer Gesellschaft.

Zwar lassen die Wiener Philharmoniker mittlerweile auch Frauen in ihren hehren musikalischen und zugleich gutverdienenden Reihen zu, doch bislang darf sich nur eine Harfenistin mit dem Titel „Philharmonikerin“ schmücken. Auf halbe im Orchester oder gar eine Dirigentin werden wir noch viele Jahrzehnte warten müssen. Auch das Bundesheer öffnete kürzlich seine Reihen für freiwillig den Dienst am Vaterland begehrende Frauen. Soldatinnen dürfen jetzt auch die Offizierinnenlaufbahn anstreben und von der Schönheit der Waffen schwärmen. Auch Frauen haben sich endlich - wie in anderen Staaten auch - zum Morden emanzipiert.

Einige gänzlich frauenlose Bastionen bestehen immer noch. Etwa die Spanische Hofreitschule. Oder die katholische Kirche - trotz aller Volksbegehrlichkeiten, denn dem „unreinen“ Geschlecht soll weiterhin jede Weihe verwehrt bleiben.

Und daß die weiblichen Bäume nicht gar zu hoch in den Him-

mel wachsen, dafür sorgen etwa in Arbeitswelt, Wirtschaft oder auch in der Politik genügend Männergemeinschaften - mit dem hehrsten Ziel, ihre Machtpositionen zu retten. Ihren Jahrzehnte, ja manchmal Jahrhunderte alten Erfahrungen und Seilschaften können Frauen heute allenfalls kleine, vergleichsweise kümmerliche Netzwerke entgegensetzen, Mentorinnen etwa sind eine rare Spezies geblieben. Hinter und oft auch vor den Kulissen vollziehen sich vehemente Kämpfe um Macht, Einfluß, Geld und Privilegien. Und bedrohte Männerbünde wissen schnell alle Register zu ziehen, um ihre Weiterexistenz zu wahren. Sicher haben viele erkannt, daß sie auf der Höhe der Zeit bleiben müssen, und schmücken sich daher mit sorgfältig ausgewählten - um nicht zu schreiben: ausgelesenen - Frauen. Natürlich mit solchen, die die von Männern vorgegebenen Spielregeln nicht gefährden. Etwa die, daß Karriere und Familie unvereinbar seien - für Frauen natürlich, denn männliche Privilegierte haben schließlich ihre angeheiratete Dienstbotin zu Hause sitzen. Oder daß es nur auf Leistung und nicht auf das Geschlecht ankomme, Quotenregelungen also verzichtbar seien. Als ob wir nicht täglich genügend Quotenmänn-

ner erleben würden. Oder daß Frauen eigentlich doch nicht wollen, selbst wenn sie dürften. Karriere um jeden Preis nämlich.

Diese Männerbünde und Männerseilschaften werden durch mancherlei Klebstoffe zusammengehalten. Etwa daß richtige Männer unter sich sein müssen und Frauen dabei nur stören würden. Außer wenn es um diverse, auch sexuelle Dienstleistungen geht. Weiters dürfen sich die Männer natürlich keineswegs zu nahe kommen. Emotional nicht - und auf keinen Fall körperlich. Die jüngsten Ereignisse in der katholischen Kirche sprechen Bände und zeigen, wie dieser Mechanismus funktioniert, Männer bei der Stange hält und Herrschaft aufrechterhält. Dieses gleichsam psychoanalytische Lehrstück über Verdrängung und Wiederkehr des Verdrängten ist nur möglich in einer Institution, die Weiblichkeit, Sexualität, Körperlichkeit, Lebendigkeit verteuert, schließlich hat keine der etablierten Religionen eine solche Blutspur mit so vielen Opfern hinter sich hergezogen wie gerade die katholische Kirche. Und keine ist bislang in einem solch starken Ausmaß resistent gegenüber Veränderungswünschen und Reformversuchen geblieben.

Vielleicht könnte sie da von den diversen Armeen lernen? Gerade Berufsheere erfreuen sich in westlichen Ländern durchaus ungebrochenen Zuspruchs beider Geschlechter, haben sie doch gerade in Zeiten wachsender Erwerbslosigkeit vergleichsweise krisensichere Arbeitsplätze und Aufstiegschancen anzubieten. Und sie bestätigen auch vor allem eines: Frauen humanisieren nicht schon alleine durch ihre Existenz oder durch ihre Inbesitznahme bisheriger Männerdomänen. Oder offen lebende Schwule oder Lesben. Eine wirklich humane Armee ist keine Armee.

Dort, wo lebenswichtige und global weitreichende Entscheidungen fallen, dort bleiben Männer meist nach wie vor unter sich - etwa in vielen Regierungen, in Konzernzentralen oder im Internationalen Währungsfonds. Und wo nicht: Gleichstellungsinitiativen zugunsten von Frauen oder Gleichbehandlungsvorschriften für Lesben und Schwule dürfen nicht über die Ausbeutungspolitik etwa der Multis gegenüber den Ländern des Südens hinwegtäuschen. Oder über das Primat der Ökonomie gegenüber der Politik. Diese Blicke über unseren eigenen mitteleuropäischen Tellerrand hinaus stünden auch unseren eigenen Gruppen gut an.

20. Jahrgang, 2. Nummer
 Laufende Nummer 75
 Erscheinungsdatum: 15. 04. 1998

HERAUSGEBERIN,
 MEDIENINHABERIN

Homosexuelle Initiative
 (HOSI) Wien – 1. Lesben- und
 Schwulenverband Österreichs

Mitgliedsorganisation der International
 Lesbian and Gay Association
 (ILGA), des European Council of AIDS
 Service Organisations (EuroCASO),
 des International Lesbian Informa-
 tion Service (ILIS) und der Inter-
 national Lesbian and Gay Youth
 Organisation (IGLYO)

CHEFREDAKTION

Mag. Kurt Krickler

REDAKTION

Mag. Adalberto Mikosz
 Barbara Fegerl
 Ing. Christian Högl
 Dr. Dieter Schmutzer
 Felix Görner
 Gabriele Felsterl
 Gerald Reisner
 Dr. Gudrun Hauer
 Irene Zeilinger
 Kathy Bryla
 Waltraud Riegler

ARTDIREKTION

LAY OUT & PRODUKTION

Christian Högl
 Friedl Nussbaumer

ANZEIGENAKQUISITION

Alfred Guggenheim
 Kurt Krickler

DRUCK

Melzer Druck Ges.m.b.H.,
 Vogtgasse 29, 1140 Wien

REDAKTIONS- UND
 ERSCHEINUNGSORT

HOSI Wien, Novaragasse 40,
 1020 Wien, Tel. (01) 216 66 04
 Internet: hosiwien@via.at
 http://www.hosiwien.gay.at/

KONTO

CA 23-57978/00, BLZ 11.000

LeserInnenbriefe, Material und Bei-
 träge für die Zeitung sowie Be-
 stellungen dieser und früherer Aus-
 gaben der LN an obige Adresse.
 Abo-Preis vier Ausgaben: S 240,-.
 Nachdruck nur mit Quellenangabe
 und gegen Belegexemplar erwünscht!
 Kleinanzeigen sind gratis!

Erscheinungstermin der nächsten
 Nummer: 14. Juli 1998
 Redaktionsschluß: 20. 06. 1998

Aktiv für Dich

Die Homosexuelle Initiative Wien

Die Öffnungszeiten im HOSI-Zentrum

MONTAG AB 19.30 UHR:	fallweise Veranstaltungen
DIENSTAG 17-22 UHR:	Das PosiHIVE Café
MITTWOCH AB 19 UHR:	Lesbengruppe
DONNERSTAG 17-19.30 UHR:	Coming-out-Runde
DONNERSTAG AB 20 UHR:	„Junge Herzen“-Jugendgruppe
FREITAG AB 19 UHR:	fallweise Frauentanzabend
1. SO IM MONAT 14-18 UHR:	Familienrunde

Beratung am RosaLila Telefon 216 66 04

DIENSTAG 18-20, MITTWOCH 19-21, DONNERSTAG 17-21 UHR

UNTERSTÜTZE UNSERE ARBEIT!

Zwar erfolgen alle Aktivitäten und Tätigkeiten in der HOSI Wien ehrenamtlich, dennoch kosten sie Geld und müssen finanziert werden. Jede/r kann die HOSI Wien und ihre vielfältige Arbeit unterstützen, etwa durch Mitarbeit oder indem sie/er Mitglied wird oder den Verein durch Spenden unterstützt.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt zur Zeit S 70,- im Monat oder S 840,- bzw. S 720,- im Jahr bei Bezahlung im voraus (quartalsweise S 180,- jeweils im ersten Quartalsmonat). Wenn du nicht Mitglied werden willst, kannst du uns auch durch deine (anonyme) Spende unterstützen! Die HOSI Wien ist auf deine finanzielle Unterstützung angewiesen, um ihre Tätigkeiten und Projekte durchzuführen. Unsere Konto-Nr.: 23-57978/00 bei der Creditanstalt AG.

Wichtigste Inter- essensvertretung

Die Homosexuelle Initiative Wien ist die wichtigste Lobby von Lesben und Schwulen in Österreich. Sie tritt gegenüber PolitikerInnen, Ministereien, Parteien, Behörden, den Medien und der Öffentlichkeit vehement für schwul/lesbische Anliegen ein.

Was bringt Dir eine Mitgliedschaft?

- die Gewißheit, unsere wichtige Arbeit mit zu ermöglichen
- aktives und passives Wahlrecht bei der Generalversammlung
- Mitspracherecht durch Möglichkeit zur Teilnahme an Vorstandssitzungen
- Nutzung des Serviceangebotes: Bibliothek, Zeitschrift-

- tenarchiv, Pressespiegel
- Infopool: Wir haben die aktuellsten News zu Lesben- und Schwulenthemen
- regelmäßige Zusendung der Mitgliederinformation *HOSI-News*
- Intervention bei konkreten Diskriminierungsfällen gegenüber Behörden
- Vergünstigungen im HOSI-Shop

HOSI-Zentrum

2., Novarag. 40 • ☎ 01/216 66 04

hosiwien@via.at
 www.hosiwien.gay.at



Cover: „Die Banalisierungsfälle“ (siehe S. 77)
 mit Helga Pankratz und Annette Schneider
 Foto: Doris Hauberger

Inhaltsverzeichnis

- 3 Gudruns Leidartikel
Grenzen der Politik
- 4 Impressum
- 6 HOSI Intern & Editorial
- 7 LN Echo

Ö S T E R R E I C H



9 Bundespräsident- schaftswahl 1998

- 9 Heide Schmidt: „Die Wahrscheinlichkeit, daß es schadet, ist viel höher.“
- 11 Gertraud Knoll: „Die Zeit der Ersatzkaiser ist vorbei.“

- 13 Europa-Parlament: Österreich neuerlich verurteilt
- 15 § 209 StGB: Offener Brief an den Justizminister
- 17 Anti-Diskriminierungsgesetz gefordert
- 19 Kurts Kommentar
Katholische Kirche am Boden: Nützen wir die Chance!
- 21 Bezeichnende Nationalratsdebatte
- 24 Österreich aktuell



28 Wien ist andersrum 3

- 31 Einem plädiert für breite öffentliche Diskussion
- 33 HOSI Wien aktiv
- 36 Daß du mein Schatzerl bist...
- 37 Brennpunkt: Frauencafé
- 38 Aus der Bewegung

I N T E R N A T I O N A L

41 Schwerpunkt Deutschland



- 41 Deutschland ist ein homopolitisches Entwicklungsland
- 47 Die Abschaffung des Schwulseins
- 50 Durchmarsch mit Hindernissen
- 51 Ich hab' noch einen Koffer in Berlin
- Aus aller Welt
- 54 Aktuelle Nachrichten
- 56 Heiratssachen
- 58 Kurzmeldungen
- 60 Termine & Veranstaltungen
- 61 Europäischer Gerichtshof: Kein Diskriminierungsverbot

F E U I L L E T O N



66 Berlinale '98 Lesbischwule Filme

- 69 Audiophil
- 73 Dieters Seitenhiebe
Die Präsidentin
- 75 Erlesenes
- 77 Theatersplitter
Die Banalisierungsfälle
- 79 Aus lesbischer Sicht
In den Mund genommen...
- 80 Durch den Fächer getuschelt
Kulturtechniken
- 81 LN-Jubiläum:
20 Jahrgänge – 75. Ausgabe
- 89 Kleinanzeigen
- 90 HOSI-Wien-Programmkalender

Generalversammlung 1998

Am Sonntag, 22. März 1998, fand die 19. Ordentliche Generalversammlung der HOSI Wien statt. Wie in den letzten Jahren war es eine nette und heitere Angelegenheit, bei der die Mitglieder des Vereins zufrieden und konfliktfrei über die Arbeit des abgelaufenen Jahres resümierten. Die Obleute, die Kassiere, die ArbeitsgruppenreferentInnen, der Generalsekretär und die Rechnungsprüfer gaben ihre Berichte ab. Nach der Entlastung des Vorstands durch die Annahme der Rechenschaftsberichte und des Rechnungsabschlusses 1997 wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Für jede der zu wählenden Funktionen kandidierte nur eine Person. Sie wurden alle mit großer Mehrheit – maximal gab es eine Enthaltung – gewählt. Bei den

Der neue HOSI-Vorstand:
Barbara Fröhlich,
Gottfried Gruber,
Waltraud Riegler,
Christian Högl,
Peter Stepanek,
Robert Bühringer

SchriftführerInnen, Kassieren und Rechnungsprüfer gab es personelle Veränderungen: Peter Stepanek wechselte vom Kassier auf den weniger arbeitsintensiven Posten des Schriftführers, der durch Gerald Reisners Rückzug aus dieser Funktion frei wurde. Gerald stellt sich aber als Rechnungsprüfer weiterhin in den Dienst des Vereins.

Und so sieht der neugewählte Vorstand aus:

Obleute:
Waltraud Riegler,
Christian Högl
SchriftführerInnen:
Barbara Fröhlich, Peter Stepanek
Kassiere:
Gottfried Gruber und – als Neuling im Vorstand – Robert Bühringer.

Die neuen Rechnungsprüfer sind: Gerald Reisner und – ebenfalls neu in seiner Funktion – Thomas Göttlicher. Dem scheidenden Schriftführer Gerald Reisner und den scheidenden Rechnungsprüfern Alfred Guggenheim und Peter Hertel wurde für ihren Einsatz im Verein herzlich gedankt.

Darüber hinaus verabschiedete die Generalversammlung den Budgetvoranschlag für 1998 sowie die bereits zur Tradition gewordene Resolution, diesmal zum Thema „UNO-Menschenrechtsjahr 1998 – Antidiskrimi-

nierungsgesetz schaffen!“ (vgl. dazu ab S. 17 in diesem Heft).

Jugendgruppe in Bewegung

Seit April 1998 gibt es an Donnerstagen eine erfreuliche Neuerung im HOSI-Zentrum. Die schwulesbische Jugendgruppe nennt sich ab sofort „Junge Herzen“ und erweitert ihr Angebot. Rudi und Hannes haben die Initiative ergriffen und gestalten am Nachmittag in der Zeit von 17 bis 19.30 Uhr eine Coming-out-Runde, bei der immer ein bestimmtes Thema diskutiert wird. Fallweise werden auch Gäste oder Fachleute zu diesen Runden eingeladen werden. Die meisten Themen werden sich in periodischen Zeiträumen wiederholen. Im Prinzip ist geplant, daß „Neulinge“ die Runde solange besuchen, bis alle Standardfragen behandelt worden sind. Neben den Diskussionsrunden wird auch die Möglichkeit für Vier-Augen-Gespräche angeboten, und auch das RosaLila Telefon steht ab 17 Uhr für Beratungsgespräche und Anfragen zur Verfügung. Die „Jungen Herzen“ können im Anschluß an die Coming-out-Runde dann gleich zum regulären Jugendabend, der in bewährter Manier weitergeführt wird, im HOSI-Zentrum bleiben.

In einer Aussendung wurden

Medien und soziale Einrichtungen von dem neuen Service informiert. Mittels Plakate und Flugzettel wurde das Angebot auch in Szene- und anderen Lokalen sowie an Unis und auf freien Plakatflächen beworben.

Mitgliedsabzeichen

Neben den Mitgliedsausweisen erhalten neue HOSI-Wien-Mitglieder ab sofort bei ihrem Beitritt ein Mitgliedsabzeichen. Die 14 Millimeter hohe Anstecknadel ist in Form des HOSI-Logos gestaltet und zweifärbig (pink/schwarz) ausgeführt. Sie läßt sich als Schmuckstück auf Hemd, Bluse, Sakko sowie auch am Rucksack tragen. Mit der Mitgliederausendung für das 2. Quartal erhalten auch alle „alten“ Mitglieder ihr persönliches Abzeichen.



LN-Echo

Geschichtsfälscher am Werk?

LN 1/98

✉ Lieber Kurt,

habe ich zu Deiner Replik im „Falter“ noch geschwiegen, sehe ich mich nun aber gezwungen, doch zu Deiner neuerlichen Erregung Stellung zu nehmen.

Leider muß ich zur Kenntnis nehmen, daß ein Mensch, den ich als altgedienten Kämpfer für die Sache schätze, selbst wenn ich nicht immer seiner Meinung bin, zum Mittel der persönlichen Diffamierung greifen muß, um eine andere Meinung zu äußern. Ich habe in meinem Artikel im „Falter“ niemand persönlich angegriffen, Du hingegen ordnest mir Adjektive und Adverbien wie „frustriert“, „banal“, „abstrus“, „peinlich“, „schizophren“ oder „paranoid“ zu. Du sprichst mich in Deiner „Replik“ praktisch ausschließlich mit dem Nachnamen an (obwohl wir uns seit Jahren kennen), wenn man rhetorisch einem „Gegner“ eins auswischen will. Das ist, ich nehme es mit Bedauern zur Kenntnis, Dein Stil zu diskutieren.

Abgesehen davon muß ich in der Sache einige Korrekturen zu Deiner Sicht der Geschichte anbringen:

1. Um der historischen Wahrheit ihre Stimme zu geben: Ich habe schon 1989 einen Verein mit aus der Taufe gehoben, damals den „Kulturverein Schwulesbisch in Gumpendorf“ in der Rosa Lila Villa, der u. a. die Zeitschrift *tamtam* herausgegeben hat. Daneben war ich von 1993 bis 1996 Obmann des „Kulturvereins Berggasse“, der in wenigen Jahren weit über 100 Lesungen, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen zu schwulen und lesbischen Themen organisiert hat. Das weißt Du sehr wohl, Deinen Untergriff auf meine Arbeit im Verein der Regenbogen-Parade sehe ich daher nur als einen weiteren taktischen Schritt, mich als Person zu diffamieren.

2. Die erste Christopher-Street-Day-Demo fand bereits 1977 statt. Das war aber vor der HOSI-Zeitrechnung und scheint daher auch in Deinen Unterlagen nicht auf.

3. Deine Spekulation, daß die Existenz der HOSI Wien die Gründung der Villa ermöglicht haben soll, ist recht hübsch, entbehrt aber jeder nachvollziehbaren Grundlage und ist wohl auf eine Mythologisierung Deinerseits zurückzuführen. Die HOSI Wien hat viel bewegt, aber eben doch nicht alles.

4. Was meine Analyse der Spaltung zwischen „Politschwestern“ und „Spaß- und Aktionsfraktion“ anbelangt, stehe ich nach wie vor dazu, weil ich mir als „Nachgeborener“ schlicht die „Arroganz“ anmaße, über Geschichte so zu urteilen, wie sie sich mir aus den Quellen darstellt. Glaube mir, lieber Kurt, ich habe die „CO-Info“ und die „Warmen Blätter“ (letztere das Vorläufermagazin der „LAMBDA-Nachrichten“) und die ersten Jahrgänge der LN genau studiert. Und weil Du im „Offenen Brief“ an Rudi Katzer die Presseaussendung der HOSI zum Neujahrskonzert ansprichst: Du hast das peinliche und entlarvende Interview mit den Beteiligten in den LN vergessen, in dem sich der Interviewer versichert, daß die HOSI Wien nicht im Zusammenhang mit dieser „Affäre“ erwähnt wurde.

5. Hätte die HOSI Wien der SPÖ Wien 1980 bei der Aktion am Reumannplatz ein nachhaltiges Trauma zugefügt, wären wir wohl heute weiter. Deine Sicht der Dinge in Ehren, aber gehst Du nicht in der Bewertung der Arbeit der HOSI Wien etwas zu weit?

6. Ich habe nie behauptet, daß die lobbyistischen Kämpfer und Kämpferinnen verklemmt sind, ich habe lediglich meine persönlichen Erfahrungen, daß nämlich viele selbstbewußt lebende Schwule und Lesben nichts mehr mit den KämpferInnen der Vorzeit zu tun haben (wollen), in eine These über die politische Befindlichkeit der Szene umgesetzt. Dies ist kein Klischee, sondern ein Tatsachenbericht meiner täglichen

Arbeit. Ob Du ob dieser Feststellung frustriert bist, ist mir – offen gestanden – Wurscht. Ich mag zwar manchmal unbefriedigt sein, aber frustriert bin ich, wie Du es mir unterstellst, deswegen noch lange nicht. Im Gegenteil: Ich hole aus dem Zuspriech, den ich sowohl für meinen „Falter“-Artikel als auch aus meiner Arbeit für die Regenbogen-Parade erhalten habe, genug an Motivation, um weiterzumachen.

Lieber Kurt, noch einmal, ich schätze Dich persönlich als Kämpfer für die Sache, und ich bin gerne mit Dir gleicher oder verschiedener Meinung, aber halte Deine Zunge im Zaum, überlege Dir manchmal, welche Worte Du wählst.

ANDREAS BRUNNER

Lieber Andreas!

Findest Du Deine Erregung nicht etwas übertrieben und künstlich? Wenn hier jemand mit üblen Tricks operiert, dann bist es wohl Du. Etwa, wenn Du einzelne, meiner Ansicht nach obenhin relativ harmlose Adjektive herausklaubst und sie direkt auf Deine Person beziehst und dann daraus eine Diffamierung Deiner Person konstruierst, obwohl diese Adjektive in ganz anderer Verbindung verwendet wurden. „Banal“ stand z. B. nicht in Zusammenhang mit Andreas Brunner, sondern mit dem Substantiv „Sachverhalt“. Oder wenn Du es jetzt so darstellst, ich hätte spekuliert, die Existenz der HOSI Wien hätte die Gründung der Villa ermöglicht, obwohl ich ganz eindeutig darüber spekuliert, die Existenz der HOSI Wien könnte eventuell die Räumung der Villa verhindern haben, was – ich habe es ja auch als solche ausdrücklich bezeichnet – eine Spekulation ist, aber eine sicherlich nicht gar so abwegige! Ich kann Dich jedenfalls beruhigen, daß die Verwendung Deines Nachnamens ohne jeden bösen Hintergedanken geschah und ich nicht einen ältesten Trick anwenden wollte. Wahrscheinlich lag es ganz simpel daran, daß ich den Text aus meinem Beitrag für den „Falter“ rezykliert habe, und dort war es sicherlich angebracht, Dich mit „Brunner“ anzureden.

Zu Deinen einzelnen Korrekturen muß ich leider auch einiges anmerken:

1. Ich muß ehrlich gestehen, daß Du mich falsch eingeschätzt hast: Über Deine Vereins- und Obmannkarrieren bin ich im Detail nicht so genau infor-

miert, aber angesichts Deiner Aufzählung fröstelt mich tatsächlich der Neid, da ich es ja in meinem ganzen Leben noch zu keiner Vereinspräsidentenfunktion gebracht habe.

2. Also meines Wissens handelte es sich 1977 um einen Umzug anlässlich des Pfingsttreffens in Wien, also um keine Demo aus Anlaß des Christopher Street Day. Die erste Demo fand in der Tat 1984 statt. Die HOSI Wien hatte 1982 bereits eine „Schwulenparade“ vor dem Maria-Theresia-Denkmal in Wien veranstaltet – die fand zwar aus Anlaß des CSD statt, war aber eher ein abendliches Happening unter Ausschluß der Öffentlichkeit als eine Demo und wurde daher von mir auch nicht „berücksichtigt“.

3. Siehe oben.

4. Hier versteigst Du Dich aber wirklich! Was haben das „CO-Info“ und die „Warmen Blätter“ – die ich auch beide kenne, bei letzteren war ich schon dabei! – und Dein Nachgeborenen-Schicksal jetzt plötzlich mit der Analyse der Spaltung zu tun, die ja erst 1982 mit der Villa eingetreten sein soll, als es das „CO-Info“ längst nicht mehr gab. Weiter dazu aber dann später unter 6.

Dein Vorwurf, ich hätte das „peinliche und entlarvende Interview“ mit den Neujahrskonzert-Flitzern 1982 in den LN vergessen, in dem sich der Interviewer angeblich versichere, daß die HOSI Wien nicht im Zusammenhang mit der Aktion erwähnt wurde, stimmt erstens nicht (ich habe es erwähnt – bitte, genau lesen!) und zielt zweitens wohl darauf ab, eine Distanzierung der HOSI Wien von der Aktion zu insinuieren. Das, mein lieber Andreas, ist übelste FPÖ-De-magogie, weil Du damit spekulierst, daß die wenigsten LeserInnen Deines Leserbriefes dies nachprüfen können! Aber auch da werden wir Dir einen Strich durch die Rechnung machen: Hier die offenbar von Dir angesprochene Interview-Passage im Wortlaut:

LN: Die Medien sind ja ganz groß eingestiegen, besonders die Kronen-Zeitung. Wie kommt es, daß ihr dort als Vertreter der Homosexuellen Initiative genannt werdet?

Florian Sommer: Da bin ich vielleicht der falsche Interview-Partner. LN: Hätte ja sein können, daß ihr euch als Vertreter der HOSI ausgegeben habt.

FS: Es liegt mir wirklich nichts daran, mich mit diesem Titel zu schmücken.

HOSI SHOP



LAMBDA-LESEBUCH

Journalismus andersrum.
Das Beste aus
17 Jahrgängen LAMBDA-
Nachrichten auf 324 Seiten.

nur S 198,-



REGENBOGEN SCHIRM

Aufspannautomatik, strapazfähiges Stahlgestell mit Nylonbespannung

nur S 148,-

Direkt im HOSI-Zentrum erhältlich – oder bestellen per Brief oder E-Mail (hosiwien@via.at)

Was soll daran peinlich und entlarvend sein? Außer für Dich! Du kannst es drehen und wenden, wie Du's willst: Die HOSI Wien hat sich nie von der Neujahrskonzertaktion distanziert, im Gegenteil!

5. Ich glaube nicht, daß ich die Arbeit der HOSI Wien falsch einschätze. Der Reumannplatz war ein nachhaltiges Trauma für die Wiener SPÖ, frag' die Rotraud Perner, die Bezirksrätin in Favoriten war.

6. Ich fürchte, hier konstruierst Du eine völlig künstliche Meinungsverschiedenheit, die auf Mißverständnissen beruht. Es stimmt, Du hast nie behauptet, daß die lobbyistischen KämpferInnen verklemmt sind, ich habe Deinen mißverständlich verfaßten Satz aber leider in diesem Sinn verstanden: „Auf der einen Seite die lobbyistischen Kämpfer, auf der anderen jene Lesben und Schwule, die (*) ein selbstbewusstes schwules oder lesbisches Leben führten und denen (*) die Lobby-Politik völlig egal war.“ Ein schlichtes „auch“ bzw. „aber“ an der richtigen Stelle (ich habe sie für Dich mit * markiert) hätte dieses Mißverständnis erst gar nicht entstehen lassen.

Sonst habe ich mit keiner Silbe den Rest des Satzes kritisiert. Ich stimme mit Dir ja auch völlig überein: Daß heute Lesben und Schwule selbstverständlich offen und befreit lesbisch und schwul leben, ohne irgendetwas mit der Bewegung am Hut zu haben, ist ja evident. Da rennst Du offene Türen bei mir ein. Das ist ja eine dieser gemeinplätzlichen Erkenntnisse, über die ich mich ja höchstens deshalb lustig mache, weil Du sie als große Analyse ausgibst. Ich finde es auch toll, daß Lesben und Schwule ganz einfach selbstbewußt offen leben und sich nicht in der Bewegung engagieren. Warum sollte ich das bedauern? Oder frustriert darüber sein? Wie kommst Du dazu, solche Dinge zu phantasieren? Schließlich haben wir fast 20 Jahre dafür gekämpft, daß es soweit kommt! Wenn Du mir unterstellen willst, ich wäre frustriert, weil Lesben und Schwule außerhalb der Bewegung befreit lebten, dann ist das ein mieser Untergriff!

Lieber Andreas, es war nie meine Absicht, Dich zu diffamieren oder zu beleidigen. Und sei versichert, daß ich mir meine Wortwahl immer genau überlege!

KURT

Spekulativer AIDS-Aufreger

Es spricht für die Qualität der LN, daß sie sich in der Berichterstattung zu AIDS auf die Fakten stützen und sich nicht an der allgemeinen Panikmache beteiligen. Die Aussage von Kurt Krickler, „natürlich ist AIDS – zumindest in Österreich und anderen Industrieländern – eine Krankheit, die in erster Linie Schwule und Fixer betrifft“, ergibt sich zwangsläufig aus der Analyse der Daten nach mehr als 15 Jahren HIV/AIDS, und ihr ist nichts mehr hinzuzufügen. Wäre dieses Wissen auch in der Bevölkerung verbreitet, so hätte sich das Schreiben meines Buches tatsächlich erübrigt. Leider stehen die LN mit solchen Berichten aber ziemlich alleine da. Die Mehrheit der Medien berichtet nach wie vor von angeblichen AIDS-Epidemien und einer großen oder sogar zunehmenden Gefahr der heterosexuellen Bevölkerung, insbesondere der Frauen.

Diese angebliche Gefahr wird immer noch von einigen wenigen Wissenschaftlern und einem Teil der homosexuellen Szene, z. B. Günter Tolar, laut verkündet. Aber auch die AIDS-Hilfe hat sich in der Vergangenheit mit überzogenen Meldungen besonders hervorgetan, wie leicht zu recherchieren ist.

Dummerweise haben viele Menschen diese Botschaften für bare Münze genommen. Fakten, die das Ausbleiben der Epidemie belegen, werden deshalb häufig nicht zur Kenntnis genommen oder von den Medien nicht gebracht; sie widersprechen derzeit noch dem allgemein akzeptierten Konsens einer allgemeinen Bedrohung.

Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis der heterosexuelle Teil der Bevölkerung realisiert, daß ihr hier eine restriktive Sexualmoral mittels manipulierter Daten verkauft wird.

Was das für die Panikmacher bedeuten wird, hat die katholische Kirche bereits erfolgreich vorexerziert. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit und einen Großteil ihres gesellschaftlichen Einflusses verloren, als die Menschen erkannten, daß es sich bei Fegefeuer und Rückenmarkschwund um reine Phantasieprodukte handelt. Homosexuelle Organisationen werden in der Öffentlichkeit mit den Horrorszenarien einer angeblichen heterosexuellen Epidemie in Verbindung gebracht. Sie haben folglich ein fundamentales Interesse am Ende des Medienrummels, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit auch in Zukunft behalten wollen. Denn nur so werden sie auch in Zu-

kunft die wichtigen Aufgaben der Vertretung ihrer Mitglieder wahrnehmen können.

In meinem Buch zeige ich auf, wie dieser Medienrummel durch Manipulation, Fälschung von Statistiken und Zensur erreicht wurde. Dabei ist das Buch so geschrieben, daß sich jeder selbst ein Bild machen kann. Es als überflüssig zu bezeichnen heißt, die bisherige Unterdrückung von Informationen zu unterstützen.

DR. CHRISTIAN FIALA

Allgemeines Feedback zu LN 1/98

Da Ihnen meine wiederholten kritischen Stellungnahmen zu Ihrer Zeitschrift und zur Politik der HOSI Wien vielleicht in Erinnerung sind, fühle ich mich gedrängt, angesichts der in der letzten Nummer veröffentlichten Leserzuschriften Ihnen in vollem Maße „Lob und Preis“ zu spenden. Dies gilt für den gesamten Inhalt, angefangen von dem überaus überzeugenden Leader über die besonnene Antwort auf die genannten Leserbriefe, die abgewogen und mir überaus „vernünftig“ scheinenden Ausführungen zur ev. Strafrechtsreform bis zu der mir aus dem Herzen gesprochenen Aufforderung, dem vielgenannten, zur tragischen Figur gewordenen Kardinal christliche Gnade und Barmherzigkeit zuteil werden zu lassen. Bei den „Unversöhnlichen“ handelt es sich um Leute, die nach Lichtenberg nicht „Christen“, sondern „Christianer“ genannt werden sollten und die ihre nunmehrigen Angriffe auf die Person des Kardinals in Wahrheit als Vehikel für Angriffe auf die von ihnen verpönte sexuelle Orientierung benützen (wovon die neulich in einer TV-Diskussion auftretende Megäre ein anschauliches Beispiel gab).

Umso ausgewogener und verantwortlicher nimmt sich Ihr Aufruf in der letzten Nummer der LN aus. Dazu möchte ich Sie (wenngleich mir bewußt ist, daß meiner Stimme jegliches Gewicht fehlt) beglückwünschen.

Mit umso größeren Bedauern muß ich die Klage wiederholen, daß Ihre Zeitschrift (zum Nachteil nicht nur des unmittelbar betroffenen Teiles, sondern der gesamten denkenden Bevölkerung) auf die Verbreitung eines Sektanorganes beschränkt bleibt und ihr Leserkreis den Umfang der Abonnenten vermutlich nicht wesentlich übersteigt.

DR. FRANZ XAVER GUGG



Bundespräsidentenschaftswahl 1998

Auf Richard Lugner und Karl Walter Nowak wollen wir gerne verzichten, da zahlt sich der Aufwand wohl nicht aus (von Lugner ist eine einschlägige Aussage in den LN 4/97, S. 10 f, nachzulesen). Klestil und Schmidt haben wir schon 1992 befragt (LN 2/92, S. 14 ff). Heide Schmidt hat eine bemerkenswerte Entwicklung hinter sich (damals war sie ja noch Kandidatin der FPÖ), Klestil auch, allerdings in anderer Hinsicht. In

den sechs Jahren seiner Amtszeit hat Klestil keine pro-homosexuellen Aktionen oder auch nur Akzente gesetzt. Wir haben daher auch verzichtet, ihn abermals zu befragen. Heide Schmidt hingegen hat in den letzten Jahren glaubhaft und glaubwürdig ihren Einsatz für schwulesbische Anliegen unter Beweis gestellt. Und sie hat sich auch zu einem Interviewtermin bereiterklärt – trotz Wahlkampfstreß.

Für ein LN-Interview weiters in-

teressant fanden wir Gertraud Knoll, die zu einem persönlichen Gespräch nicht bereit war. Sie hat Christian Högl's Fragen schriftlich beantwortet. Auf ihrer ersten Pressekonferenz verweigerte sie laut *Der Standard* vom 28. 2. noch jede Stellungnahme zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen. In der *ORF-Pressesendung* am 29. 3. trat sie dann für die völlige rechtliche Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften, auch gleichgeschlechtlicher, mit der Ehe ein.

„Die Wahrscheinlichkeit, daß es schadet, ist viel höher“

Heide Schmidt im Interview mit Waltraud Riegler, Christian Högl und Kurt Krickler



Fotos: Christian Högl

LN: Frau Doktor Schmidt, warum sollen Lesben und Schwule Sie wählen?

Heide Schmidt: Meine Haltung zu Lesben und Schwulen ist bekannt. Die ändert sich auch nicht mit Funktionen, sondern ist eine Frage der Überzeugung. Ich brauche sie jetzt nicht wie eine Fahne vor mir herzutragen – sie ist mir einfach ein Selbstverständnis.

So wie ich Gertraud Knoll einschätze, hat sie diesbezüglich wahrscheinlich eine vergleichbare Haltung. Welche Position der amtierende Bundespräsident dazu hat, weiß ich zwar auch nicht, aber ich schätze sie wiederum anders ein. Da hat man jetzt einmal ein Spektrum.

Man kann jetzt fragen, was macht das für einen Sinn, daß jemand an der Spitze des Staates eine Haltung in die eine oder andere Richtung hat. Ich glaube, daß es sehr wohl Sinn macht. Nicht nur, weil es Situationen gibt, wo es um die tatsächliche

Veränderung der Rahmenbedingungen geht wie im Parlament – wo bekannt ist, wofür ich mich engagiere. Ich halte es auch für notwendig, diese klimatische Frage immer im Kopf zu haben und als Selbstverständnis zu artikulieren. Da gibt es dann Situationen, wo das konkrete Wort ei-

hätte. Wären Sie die erste Präsidentin, die das zu einem Thema macht?

Ja, selbstverständlich. Wenn Sie sich meinen Wahlprospekt (Anm.: siehe Kasten auf Seite 12) anschauen – und das sage ich jetzt nicht, weil es ein Interview mit den LAMBDA-Nachrichten ist – sehen Sie, daß auch der Begriff sexuelle Orientierung vorkommt. Es geht auch um ein Sprachrohr, das Ministerien brauchen.

Fallen Ihnen neben Dornbirn noch andere Beispiele ein? Wie könnten Sie als Präsidentin eingreifen, wenn Diskriminierungen auftreten?

Ich denke, daß man als Bundespräsidentin im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse mit eingebunden sein muß. Das ist übrigens ein Punkt für mich, wo ich glaube, daß politische Erfahrung hier sehr hilfreich ist. Ich sage das jetzt nicht gegen die Gertraud Knoll gerichtet,

sondern ich sage das aus meinem Verständnis heraus, mit welchen Reflexen, mit welchen Strukturen und mit welchen Instrumenten Entscheidungsabläufe geführt werden. Wenn noch dazu eine Bundespräsidentin nicht den Regierungsparteien angehört, dann halte ich diese Erfahrung für noch notwendiger, als sie bislang vielleicht sogar war. Unsere Verfassung sieht nämlich keine Informationspflichten vor, sondern das sind alles Fragen der Usancen. Sobald jemand an der Spitze des Staates steht, der nicht aus den Regierungsparteien kommt, sehe ich eine große Gefahr. Nämlich daß hier die Usancen zusammenschrumpfen. Das läßt sich nur mit politischer Erfahrung abfangen. Wenn ich daher sage, daß im Vorfeld sehr wohl diese Gespräche geführt werden, dann ist es für mich ein Selbstverständnis zu appellieren, daß hier den

Grundrechten Rechnung getragen wird. Dieses Grundrechtsverständnis auch zu artikulieren, sowohl in persönlichen Gesprächen als auch öffentlich, ist meiner Meinung nach ein wesentlicher Beitrag, auch für eine Meinungsbildung und eine Entscheidungsfindung dann im Parlament.

Das heißt, die Situation vor dem 27. November vorvergangenen Jahres hätte ich genutzt zu appellieren, um es nicht zu einem solchen Ergebnis kommen zu lassen. Daher ist für mich nicht nur etwas wie dieser öffentliche Affront in Vorarlberg ein Punkt, sondern natürlich auch, wenn es um Rahmenbedingungen geht, die dann parlamentarisch beschlossen werden.

Als Bundespräsidentin können Sie Häftlinge begnadigen. Können Sie sich vorstellen, das Unrecht, das der Paragraph 209 anrichtet, auf diesem Weg wieder auszubügeln?

Diese Frage kann man seriös nur schwer positiv beantworten. Das Begnadigungsrecht erfolgt nur über Vorschlag des Justizministers. Ich halte das ja überhaupt für ein Relikt eines monarchischen Gehabes, daß Bundespräsident oder -präsidentin begnadigen. Da bin ich ja bereit, darüber nachzudenken, ob man diese Farce nicht den tatsächlichen Gegebenheiten anpassen sollte. Aber auch hier passiert viel durch Gespräche im Vorfeld, und man könnte hier vieles lockern.

Und wenn es Gesetze gibt, in denen wir „vergessen“ oder sogar offen diskriminiert werden, könnten Sie sich

„Das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten ist ein monarchisches Relikt.“

vorstellen, hier eine Unterschrift zu verweigern?

Der Bundespräsident hat das verfassungsmäßige Zustandekommen der Gesetze zu beurkunden. Ich würde es für bedenklich halten, wenn über diese Kompetenz hinaus jetzt ein Mitregieren im konkreten Sinn stattfände. Hingegen glaube ich sehr wohl, daß man die Verfassung weiterent-

wickeln kann und eine Art Rückverweisungsrecht aufnehmen könnte, wie es das zum Beispiel in der Tschechischen Republik gibt. Auf diese Art könnte man eine Art Moratorium schaffen – die Entscheidung muß aber letztendlich doch beim Parlament bleiben.

Für mich gibt es in meiner jetzigen Vorstellungswelt nur einen einzigen Punkt, wo ich lieber zurücktreten würde, als zu unterschreiben, und das ist die Wiedereinführung der Todesstrafe. Es klänge jetzt wahrscheinlich schön, wenn ich Ihnen sagen würde, daß ich auch bei anti-homosexuellen Gesetzen nicht unterschreiben würde. Nur: Da muß ich jetzt schon in die Waagschale werfen, was man dadurch insgesamt an Krisensituationen heraufbeschwören könnte. Und da muß man schon sehr behutsam vorgehen. Daher sage ich Ihnen ganz offen, das Gesetz, in dem der 209er drinnen geblieben ist, hätte ich wohl unterschrieben. Ich hätte mich aufgrund der Kompetenzen am verfassungsmäßigen Zustandekommen orientieren müssen. Wären die Kompetenzen anders, würde das auch anders aussehen.

Glauben Sie, daß die schwulen- und lesbenfreundliche Position des Liberalen Forums Ihnen als Bundespräsidentenskandidatin hinderlich oder förderlich ist?

Das kann ich erst am 19. April beantworten.

Und von Ihrem Gefühl her? Aus Ihrer Erfahrung?

Es ist mit Sicherheit für eine Kandidatur zur Präsidentschaft noch hinderlicher als für die Kandidatur einer Partei. Was diese Positionen betrifft, möchte ich hier einschieben: Es ist so lächerlich, wenn mir manchmal vorge-

worfen wird, daß man hier Klientel-Politik betreibt und ganz bewußt in Nischen hineingeht, wo andere nicht drinnen sind. Für wie dumm hält man mich? Wenn ich hier ein Rechenbeispiel wirklich anstellen würde, dann glaube ich – wenn ich Glück habe –, ist es gerade noch ein Nullsummenspiel, aber ein Plus mit Sicherheit nicht. Die

„Die Zeit der Ersatzkaiser ist vorbei“

Gertraud Knoll: Es tut mir leid, daß sich ein persönliches Interview aus Zeitgründen nicht ausgegangen ist. Gerne übermittle ich Ihnen aber nun meine schriftlichen Antworten:

LN: Frau Magistra Knoll, wir kennen Ihre Position zur Emanzipation homosexueller Menschen nicht. Wir würden Sie bitten, Ihren diesbezüglichen Standpunkt zu erläutern.

Ich finde, daß sich Menschen ganz grundsätzlich ihre Lebensform frei wählen können sollten. Wie könnten Sie als Bundespräsidentin in diese Richtung etwas bewirken?

Ich wäre als Bundespräsidentin weder Regierung noch Parlament. Aber als Bundespräsidentin hätte ich die Macht der Worte, wie das Roman Herzog einmal formuliert hat. Und ich sehe es als eine zentrale Aufgabe an, neue Dialoge möglich zu machen. Dialog braucht Strukturen, auch wenn es um eine Gesprächsbasis von an den Rand gedrängten Gruppen mit den sogenannten Machthabern geht. Mir geht es darum, unterschiedlichste Positionen – auch wenn sie nicht in ein herkömmliches Ideologiegebäude passen – zu einem Lösungsmodell zu verarbeiten.

Unterstützen Sie unsere Forderungen nach Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und nach der Eingetragenen PartnerInnenschaft für Lesben und Schwule?

Jede auf Dauer angelegte Beziehung, in der Menschen aus Liebe zueinander füreinander Verantwortung übernehmen, sollte auf Gesetzebene die gleichen Rechte und Pflichten mit sich bringen. Das gilt natürlich auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Ich möchte allerdings für diese Art der Partnerschaft nicht den Begriff Ehe verwenden. Dieser Begriff bezieht sich zu sehr auf die traditionelle heterosexuelle Beziehung.

Können Sie sich auch ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare (wie es ja

erst in den Niederlanden eingeführt worden ist) vorstellen?

Natürlich können auch zwei Menschen gleichen Geschlechts eine liebevolle und tragfähige Beziehung zu einem Kind haben – es ist ja nicht unüblich, daß einer der Partner oder der Partnerinnen ein Kind aus einer früheren Verbindung mitbringt. Ich bin aber gegen Kinder auf Bestellung. Kinder sind nicht zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse da.

Mit dem Paragraphen 209 verfügt Österreich praktisch als letztes Land der EU über ein massiv schwulendiskriminierendes Gesetz. Können Sie sich vorstellen, als Bundespräsidentin nach diesem Paragraphen Verurteilte zu begnadigen, um dieses Unrecht zu bekämpfen?

Obwohl ich für die Abschaffung dieser Diskriminierung bin, kann ich mir das nicht vorstellen, und zwar aus einem einfachen Grund: Ich sehe das Begnadigungsrecht als Relikt aus der Kaiserzeit an. Ich würde mich auch als Bundespräsidentin mit meinen Möglichkeiten des aktiven Dialoges für die Reform von Gesetzen einsetzen, statt Gesetze zu belassen und dann gnadenhalber einzugreifen.

Sie sind eine der ranghöchsten Persönlichkeiten in der Evangelischen Kirche. In der europäischen Geschichte haben kirchliche Religionsgemeinschaften sich oft gewaltsam gegen Lesben und Schwule gestellt. Man kann sogar soweit gehen und sagen, daß die Diskriminierung von Homosexuellen direkt in christlichen Dogmen wurzelt. Sehen Sie hier eine große historische Schuld der Kirchen?

Ich versuche, nicht immer gleich zu großen Worten zu greifen. Wahr ist, daß die christlichen Kirchen – auch die evangelische, wenngleich in viel geringerem Maß – vieles an den Rand gedrängt haben, was ihnen nicht ins Bild zu passen schien. Ich bin sehr froh, daß sich die Bilder zumindest in der evangelischen Kirche



Mag. Gertraud Knoll, Superintendentin der evangelischen Kirche im Burgenland (derzeit karenziert), entschloß sich aus ihrem gesellschaftspolitischen Engagement heraus zur Kandidatur für das Bundespräsidentenamt

nun wieder klären. Denn mit dem Inhalt der Bibel haben solche Diskriminierungen nichts zu tun.

Eine vielleicht etwas kontroverielle Frage: Wie stehen Sie zum Outing? Hypothese: Sie kommen in den Besitz von „Beweisen“ für die Homosexualität eines politischen Kontrahenten, der politisch eine anti-homosexuelle Linie vertritt. Würden Sie diese Information öffentlich machen?

Das würde ich nicht, weil es meinem Respekt vor einer frei gewählten Lebensform widerspräche. Ich halte es für einen Ungeist mit faschistoiden Zügen.

Worin sehen Sie Ihre Vorzüge gegenüber Ihrer Mitbewerberin Heide Schmidt?

Wir spielen bei dem Spiel nicht mit, daß die zwei Frauen aufeinander losgehen sollen, während dort der Mann ist, der über den beiden steht. Ich sehe das als einen sehr bewußten Schritt des fairen Umgangs. Zwei Frauen sagen, wir sind unverwechselbare Menschen. Uns unterscheidet, daß sie eine erfahrene Parteipolitikerin ist und ich eine Frau bin, die stets gesellschaftspolitisch engagiert war. Es steht jedem frei zu werten, was für das Amt das beste ist. Uns unterscheiden aber auch einige inhaltliche Positionen. Ich bin dafür, das Erbe der Neutralität zu einer neuen Frie-

denpolitik weiterzuentwickeln. Heide Schmidt ist für einen WEU-Beitritt. Ich bin stärker dafür, die Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen: Was die bessere Verteilung von gemeinsam erwirtschaftetem Profit angeht, was die realen Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern angeht. Und ich betone stärker als sie, daß der Staat für jene, die in der Leistungsgesellschaft nicht mithalten können, Sorge tragen muß. Die Menschen sind demokratisch reif genug, um zwischen uns entscheiden zu können. Und wir sind beide reif genug, der anderen ihren Erfolg zu gönnen. Und natürlich wollen wir beide eine Ablöse des jetzigen Bundespräsidenten.

Warum sollten Lesben und Schwule Ihnen bei der Bundespräsidentenwahl ihre Stimme geben?

Aus den gleichen Gründen wie alle anderen Menschen in diesem Land: Weil ich mit meinem Anreten für eine Erneuerung des Amtes stehe. Damit Dialog, Solidarität und Menschlichkeit nicht mehr länger politische Schlagworte sind. Damit die Zeit der Ersatzkaiser vorbei ist und statt dessen eine Frau in die Hofburg kommt, die mit beiden Beinen im Leben steht.



„Es geht mir um ein Grundprinzip der Fairneß in unserer Gesellschaft.“

ner Bundespräsidentin gefragt wäre. Ich denke da zum Beispiel an die Ereignisse in Vorarlberg, wo öffentliche Räumlichkeiten für einen Lesben- und Schwulen-Kongreß nicht zur Verfügung gestellt wurden. So etwas greift an mein Rechtsstaatsempfinden.

Können Sie sich vorstellen, in so einer Situation einzugreifen und so etwas wie eine „mahnende Stimme“ zu sein? Ja! Und dabei geht es mir, nehmen Sie mir das bitte nicht übel, nicht einmal so sehr um die homosexuellen Menschen, sondern um ein Grundprinzip der Fairneß in unserer Gesellschaft. In dieser Frage durchaus für Toleranz und Gleichberechtigung in einem Gemeinwesen zu appellieren ist doch wohl die Aufgabe eines Bundespräsidenten.

Wir können uns nicht erinnern, daß jemals ein Bundespräsident öffentlich die Worte Lesben und Schwule gebraucht oder sich mit dem Thema Homosexualität auseinandergesetzt

Wahrscheinlichkeit, daß es schadet, ist viel höher. Aber uns sind ja die Prinzipien wichtig. Mir ist klar, daß die in einer Bundespräsidentenwahl, wo ich einen viel größeren Kreis von Menschen ansprechen muß, mit Sicherheit ein Minus darstellen und kein Plus.

Ist die Homosexuellenfrage vergleichbar zu irgendwelchen anderen Positionen des LiF?

Ich bin mir durchaus bewußt, daß das der intensivste Faktor ist, der bei einer bestimmten Wählerschaft eine Minusreaktion hervorrufen kann. Aber ich habe nicht die Absicht, aufgrund des Rechenbeispiels meine Position zu ändern.

Apropos Rechenbeispiel: In einem profil-Leserbrief stand vor kurzem sinngemäß zu lesen, daß man anhand Ihrer Wählerinnen und Wähler sogleich die Zahl der Homosexuellen erheben könnte.

Das ist wohl ein ganz großer Unsinn. (Lacht) Weil es wird sicher trotz allem viele Homosexuelle geben, die für den amtierenden Bundespräsidenten votieren oder für die Superintendentin...

Zitiert

Aus der Wahlkampf-broschüre Heide Schmidts:

Wissen und Gewissen

Als Bundespräsidentin werde ich vor allem Anwältin der Minderheiten sein. Die Mächtigen brauchen keine Hilfe. Aber Minoritäten brauchen eine Stimme: ethnische oder religiöse Minderheiten, Menschen, die sich durch ihren Lebensentwurf oder ihre sexuelle Orientierung von der Mehrheit unterscheiden, sozial Schwache. Das meine ich mit „neuer Solidarität“.

... oder für Richard Lugner ...

... auch das kann sein ...

Es gibt Schwule und insbesondere Lesben, die dem LiF kritisch gegenüberstehen und Ihnen Ihr soziales Engagement nicht abnehmen. Pointiert formuliert: Das Forum – eine Partei für schwule Yuppies. Kennen Sie diesen Vorwurf?

Ich habe das schon gehört. Ich halte das für eine krasse Fehleinschätzung und bin sehr stolz darauf, daß wir auch hier eine Themenführerschaft übernommen

„Ich ändere meine Position nicht aufgrund eines Rechenbeispiels.“

haben, die uns vor allem anfänglich mehr Kritik als Positives eingebracht hat: Das war unser Engagement für eine Grundsicherung, von der wir mit Sicherheit nicht runtergehen werden. Ich glaube, deutlicher kann man es nicht machen, was wir unter Liberalismus und Selbstbestimmung verstehen. Es sind nämlich jene Voraussetzungen zu schaffen, daß sich ein Mensch selbst bestimmen kann. Dewegen ist für mich der Begriff des ungeteilten Liberalismus nicht bloß irgendein theoretisches Schlagwort. Sich selbst bestimmen heißt, daß ich das sowohl in meinem Privatleben, in meinem gesellschaftlichen Umfeld als auch in der Arbeitswelt weitestgehend möglich machen möchte. Das bedingt für mich eine Deregulierung und einen Rückbau des Staates sowohl im Wirtschaftsleben als auch im gesellschaftspolitischen Bereich.

Der Vorwurf der sozialen Kälte, die wir angeblich hätten, geht völlig ins Leere und orientiert sich an einer Art des Liberalismus, die nie, auch keine Sekunde lang, unser Selbstverständnis war.

Fühlen Sie sich mit den deutschen Liberalen dann verbunden oder eher nicht?

Für mich sind die deutschen Liberalen schon einmal deshalb Ansprechpartner, weil es in Deutschland keine anderen Liberalen gibt. Daher bezeichne ich sie auch als unsere Schwesterpartei. Das ändert aber nichts daran, daß deren Positionierungen, gerade was Grundrechtsfragen betrifft, mir oft genug weh getan haben.

Eine böse Frage: Wie stehen Sie zum Outing? Hypothese: Sie kommen in den Besitz von „Beweisen“ für die

Homosexualität eines politischen Kontrahenten, sagen wir einmal Jörg Haider. Würden Sie diese Information öffentlich machen?

Nein. Ich habe immer – er weiß das (deutet auf Kurt) – eine tiefe Abneigung gegen Zwangsouting gehabt. Wenn sich jemand von sich aus outet, halte ich das für positiv. Weil er damit Zivilcourage vorlebt, weil er damit, wenn er bekannt ist, anderen den Rücken stärkt, auch ihr Leben so zu leben. Jemand, der beliebt ist, der sich einen öffentlichen Stellenwert erarbeitet hat, wenn der den Menschen sagt, seht her, ich bin lesbisch oder schwul, dann bewirkt er damit etwas. Daher halte ich das grundsätzlich für positiv. Aber für absolut negativ halte ich ein Zwangsouting!

Selbst wenn das jemand ist, den man damit quasi mit den eigenen Waffen schlägt? Die Homosexualität eines Menschen ist ja keine negative Eigenschaft.

Ich habe etwas dagegen, Menschen gegen ihren Willen in ihren Intimbereich hineinzupfuschen. Jeder Mensch hat für mich ein Grundrecht auf Privatsphäre. Das einzige, wo ich es für politisch gerechtfertigt halte, ist, wenn jemand das eine Leben lebt und sich politisch für eine andere Form engagiert und daran teilhat, daß die andere Lebensform nicht möglich wird. Dann ist es eine Frage der Scheinheiligkeit und Unglaubwürdigkeit, die sich insgesamt für das Politikmachen so auswirkt, daß ich sage, es ist gerechtfertigt. Derartige aufzudecken. Aber wenn jemand in dem Politikfeld, das betroffen ist, keine besonderen Positionen setzt, dann muß ich sagen, laßt doch dem Menschen seine Privatsphäre!

Der amerikanische Präsident hat in seinem Wahlkampf entdeckt, daß die

homosexuelle WählerInnenschaft doch eine bedeutende Gruppe ist. Ist er für Sie ein Vorbild und werden Sie so wie Clinton vor der Wahl verstärkt vor Lesben und Schwulen auftreten und, wenn Sie gewinnen, auch nachher unsere Lobby quasi bedienen?



„Jeder Mensch hat für mich ein Grundrecht auf Privatsphäre.“

Ich habe überhaupt nicht die Absicht, hier etwas mehr oder weniger verstärkt zu tun. Ich will meine Haltung weiter so leben, wie ich sie bislang gelebt habe. Das ist auch mein Glaubwürdigkeitsnachweis, den ich erbringe, daß ich nicht aufgrund irgendwelcher Wahlen einmal das und einmal das tue. Clinton ist im übrigen auch in anderen Punkten kein Vorbild für mich. Die Doppelbödigkeit seiner Moral, die er auch in anderen Fragen gezeigt hat, die genügt mir.

Es wird sich an meiner Haltung nichts ändern. Das einzige – wenn ich das jetzt wahlpolitisch einbringen darf –, was ich Lesben und Schwule zu bedenken bitten würde, ist folgendes: Ein schlechtes Abschneiden von mir würde mit Sicherheit von anderen als ein Signal empfunden, daß für diese Positionen in dieser Gesellschaft keine Akzeptanz besteht. Und das hätte sicher Auswirkungen auf das weitere politische Verhalten der anderen Parteien.

Am 17. Februar 1998 verabschiedete das Europäische Parlament den Bericht über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union für das Jahr 1996. Österreich wurde neuerlich aufgefordert, § 209 StGB aufzuheben.

Ein Bericht von Kurt Krickler

Europa-Parlament Österreich neuerlich verurteilt

Daß Österreich wegen § 209 StGB in diesem Bericht angeprangert wird, ist nicht zuletzt der HOSI Wien zu verdanken, die – wie berichtet (vgl. LN 3/97, S. 10 ff) – bereits im Sommer des Vorjahrs an die Berichterstatterin Aline Pailler, eine französische Kommunistin, geschrieben hatte, um sie auf diese Menschenrechtsverletzung aufmerksam zu machen. Überdies wurde Österreich ja bekanntlich bereits im April 1997 anlässlich der Verabschiedung des Berichts für 1995 wegen § 209 kritisiert (vgl. LN 3/97). Das höhere Mindestalter in Österreich war indes nicht der einzige Punkt zur Homosexualität in diesem Bericht (Dokument A4-0034/98). Hier die einschlägigen Absätze im Wortlaut:

Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

[Das Europäische Parlament] 65. begrüßt die Aufnahme von Nichtdiskriminierungsklauseln in die Rechtsinstrumente der Gemeinschaft, die jegliche Form der Diskriminierung untersagen;

66. ist der Ansicht, daß seine oben genannte Entschließung vom 8. Februar 1994 zur Gleichberechtigung

von Schwulen und Lesben in vielen Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene Verbesserungen herbeigeführt hat;

67. fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben anzuerkennen, insbesondere durch – wo dies noch nicht der Fall ist – eine rechtliche Absicherung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, um jedwede Diskriminierung abzu-schaffen, unter denen Schwule und Lesben vor allem im Bereich des Steuerrechts, des Vermögensrechts, der sozialen Rechte etc. immer noch zu leiden haben, und mit Hilfe von Information und Aufklärung dazu beizutragen, gegen Vorurteile anzukämpfen, die in der Gesellschaft gegen Homosexuelle bestehen;

68. fordert, daß das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften unverzüglich so geändert wird, daß dem nicht verheirateten Partner die gleichen Rechte zuerkannt werden wie jedem Ehepartner eines Beamten/einer Beamtin der EG;

69. fordert die österreichische Regierung erneut auf, ihre gegen Homosexuelle gerichteten Gesetze aufzuheben, und zwar insbesondere die diskriminierende Vorschrift über

das gesetzliche Mindestalter für sexuelle Beziehungen;

und unter der Überschrift „Situation von Menschen in Haft und vorläufig festgenommenen Personen“:

107. wünscht, daß bestimmten Gruppen von besonders verwundbaren Häftlingen – Frauen, Einwanderern, ethnischen Minderheiten, Homosexuellen – besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Umstrittene Menschenrechte

Die Debatte im Plenum des EP in Straßburg, die vom Autor dieser Zeilen vor Ort von der Galerie aus verfolgt wurde, war heuer weniger dramatisch und spektakulär als im Vorjahr. Auch die Abstimmung war weniger spannend. Die rechten und konservativen Parteien vertreten einen sehr traditionellen Menschenrechtsbegriff, sie wollen sich auf jene „klassischen“ Menschenrechte beschränken, die etwa aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention einklagbar sind. Aber die Menschenrechte haben sich weiterentwickelt, man spricht bereits von der dritten und vierten Genera-

tion der Menschenrechte, also nach den politischen und bürgerlichen Freiheiten auch von sozialen und kulturellen Menschenrechten oder etwa vom Recht auf wirtschaftliche Entwicklung und eine intakte Umwelt (vgl. Artikel von Claudia Roth im Standard vom 27.2.98). Diese ideologischen Auffassungsunterschiede wurden in den einzelnen Redebeiträgen der EP-Abgeordneten deutlich. Die Presse-Korrespondentin Doris Kraus machte sich zum Echo der konservativen Kritik und nannte den Bericht eine wilde Mischung aus tatsächlichen Menschenrechtsverletzungen, sozialen Forderungen, Thesen zum Asyl- und Einwanderungsrecht und wirtschaftspolitischen Dogmen (18.2.98).

Aber eine satte linke Mehrheit im EP garantierte, daß der Bericht schließlich – mit 260 gegen 188 Stimmen bei 32 Enthaltungen – angenommen wurde. Das ist ein deutliches Votum, im Vorjahr schrammte der Bericht mit acht Stimmen Überhang immerhin nur knapp am Abgelehntwerden vorbei! Dieses Jahr gab es auch weniger Anträge auf namentliche Abstimmung bei einzelnen Punkten, etwa beim Österreich betreffenden Punkt

Europäisches Parlament verurteilt Österreich

Das Europäische Parlament hat heute, 17.02.98 nachmittag, den Bericht über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union für 1996 mit 260 gegen 188 Stimmen verabschiedet. Österreich wird darin wegen seiner diskriminierenden Mindestaltersgrenze für homosexuelle Beziehungen kritisiert und aufgefordert, den entsprechenden § 209 StGB aufzuheben. „Das ist schon das zweitemal, daß Österreich wegen § 209 StGB am Pranger des Europa-Parlaments steht“, erklärt HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler, „es ist daher höchste Zeit, daß der Nationalrat dieses menschenrechtswidrige Gesetz ersatzlos streicht.“



„Seit die Europäische Menschenrechtskommission des Europarats im Vorjahr festgestellt hat, daß unterschiedliche Mindestaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Beziehungen eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellen, ist die Haltung der ÖVP und FPÖ in dieser Frage nicht mehr aufrechtzuerhalten“, betont HOSI-Wien-Obmann Christian Högl.

„Diese Menschenrechtsverletzung Österreichs wurde auch in den Redebeiträgen angesprochen“, berichtet HOSI-Wien Generalsekretär Kurt Krickler, der die Debatte vor Ort in Straßburg verfolgte: „Die deutsche-Grün-Abgeordnete Claudia Roth wies in ihrem Statement die Aussagen des ÖVP-Abgeordneten Pirker zurück, der einmal mehr das diskriminierende Mindestalter in Österreich verteidigt hatte.“

Mit diesem Bericht verabschiedete das Europa-Parlament zugleich auch die Aufforderung an alle EU-Mitgliedsstaaten, zur Absicherung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften das Rechtsinstitut der Eingetragenen PartnerInnen-schaft zu schaffen.

69. Daher gibt es dafür auch kein gesondertes Abstimmungsergebnis.

Für den ÖVP-Abgeordneten Karl Habsburg stand das Abendland dadurch jedenfalls wieder kurz vor dem Untergang. In einer Presseaussendung am 17.2.98 nannte er die obigen Punkte 64 bis 66 einen „Versuch zur Zerstörung der Familie“. Die „versuchte Verurteilung Österreichs aufgrund seiner Bestimmungen zum Schutz vor gleichgeschlechtlicher Unzucht“ sieht Habsburg

Studiokonfrontation zwischen Alfons Haider und Werner Amon, *ZiB 3*, 17. 2. 98

als „mittlerweile abgedroschenes, jährlich wiederkehrendes Ritual einiger Spät-68er bzw. solcher, die seit damals nichts dazu gelernt haben“. Wenig durchdacht sei in diesem Zusammenhang die Berufung auf die Entschließung des EP zum Sextourismus mit Kindesmißbrauch vom November 1997. Dieser Bericht fordere nämlich harmonisierte Bestimmungen für das Schutzalter bei Kindern, um sie gegen Pädophilie, Kinderpornographie und Sextourismus zu schützen. Als Kinder würden in dem Bericht alle Menschen definiert, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Damit werde die Richtigkeit der österreichischen Schutzparagrafen anerkannt.

Hier verwechselt der gute Blaublütler allerdings einiges. Denn in der erwähnten, am 6. November 1997 vom EP verab-

schiedeten „Entschließung zu der Mitteilung der Kommission über die Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmißbrauch und zu dem Memorandum zum Beitrag der Europäischen Union zur Verstärkung des Kampfes gegen Kindesmißbrauch und die sexuelle Ausbeutung von Kindern“ (Dokument A4-0306/97), wie sie in vollem Wortlaut heißt, ist von freiwilligen einvernehmlichen sexuellen Beziehungen und einer Mindestaltersgrenze hiefür überhaupt keine Rede. In der Entschließung geht es ausschließlich um sexuelle Ausbeutung von Kindern, Kinderhandel, Kinderpornographie, Kinderprostitution und Kindesmißbrauch. Aber selbst in diesem Zusammenhang ist nirgends die Rede davon, daß als Kinder alle unter 18 Jahren definiert werden!

ÖVP mit üblen FPÖ- Methoden

Die österreichischen Medien griffen das Thema – nicht zuletzt dank zweier HOSI-Wien-Presseaussendungen – auf. Der *KURIER* berichtete bereits am 28. 1. 1998 über die „Österreich-Kritik im EU-Parlament“, als der Pailler-Bericht im Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten beschlossen wurde. Die HOSI Wien sandte ihre erste Aussendung am 16. Februar über die APA aus, um auf den bevorstehenden Beschluß hinzuweisen. Sofort nach der Abstimmung am frühen Nachmittag des 17. Februar schickte die HOSI Wien dann ihre zweite Aussendung aus (siehe Kasten). Die Tageszeitungen berichteten – zum Teil sehr ausführlich (*Wiener Zeitung*) – über die EU-Kritik an Österreich.

Und der *ZiB-3*-Redaktion war das Thema am 17. 2. einen relativ ausführlichen Bericht wert, der aus einem Filmbeitrag, für den einmal mehr auf altbewährtes Archivmaterial aus 1989 (!) zurückgegriffen wurde (Warme Wochen-Hochzeitsumzug etc.), und einer Studiokonfrontation zwischen ÖVP-Abgeordnetem

Werner Amon und Alfons Haider bestand. Alfons schlug sich recht tapfer bis zu dem Zeitpunkt, als Amon in übelster FPÖ-Manier die Behauptung in den Raum stellte, das EP sei hier widersprüchlich, denn vor einigen Monaten erst hätte es in einer anderen Resolution ein einheitliches Schutzalter für Kinder gefordert, wobei darunter alle Personen unter 18 Jahren zu verstehen seien.

Amon scheint also Habsburgs Presseerklärung gelesen zu haben. Wie oben dargestellt, handelt es sich dabei um eine klare Falschmeldung, und man muß speziell Amon böse Absicht unterstellen, der sich ins *ZiB-3*-Studio stellte und einfach Dinge falsch behauptete, die wohl jedem Menschen bedenklich erscheinen müssen: Selbst eingefleischte EU-GegnerInnen würden dem EP nicht zutrauen, allen Unter-18jährigen jeglichen einvernehmlichen Sex mit Über-18jährigen verbieten zu wollen. Selbst Herr Leitgeb von *täglich alles* würde vor derartig plumper Anti-EU-Greuelpropaganda zurückschrecken. In Österreich dürfen Mädchen ab 16 heiraten. Sollen sie dann zwei Jahre auf ihre Hochzeitsnacht warten müssen? In EU-Europa werden wohl jedes Jahr zehntausende, wahrscheinlich hunderttausende Frauen unter 18 schwanger, sicherlich auch gewollt – sollen sie alle, samt den Vätern ihrer Kinder, ins Gefängnis geworfen werden? Eigentlich hätte es Amon dämmern müssen, daß da etwas nicht stimmen kann. Er hätte sich diese Entschließung besser vor dem Auftritt in der *ZiB 3* durchgelesen. So hat er sich halt auch wieder nur als armselig und oberflächlich erwiesen.

Jedenfalls katapultierte dieser ausführliche *ZiB-3*-Beitrag das Thema Homosexualität laut *Standard* vom 23.2.98 auf Platz 1 der Top-Themen der Woche (alle *ZiBs* vom 13. bis 19. Februar 1998).



§ 209 StGB: Offener Brief an Justizminister Nikolaus Michalek

100 Tage nach Veröffentlichung der Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission, daß ein unterschiedliches Mindestalter für homo- und heterosexuelle Handlungen eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt (vgl. LN 1/98, S. 50 f), hat die HOSI Wien am 20. Jänner 1998 Justizminister Michalek in einem Offenen Brief zum Handeln aufgefordert.

Ein Bericht von Kurt Krickler

Der Offene Brief (siehe Kasten S. 16) wurde auch im vollen Wortlaut im *Standard* am 21. 1. 1998 sowie in der Februar-Ausgabe des *CONNECT* abgedruckt. Darüber hinaus hat die HOSI Wien am 21. 1. eine Presseaussendung über die Austria Presse Agentur verbreitet, die auch von der *Wiener Zeitung* aufgegriffen wurde (22. 1.).

Kopien des Offenen Briefes mit einem entsprechenden Begleitschreiben ergingen an Bundeskanzler Viktor Klima, Vizekanzler und ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel, die ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat und an die Klubobleute der fünf Parlamentsfraktionen. In diesem Brief kündigten wir auch entsprechende Aktivitäten an, sollte § 209 StGB nicht umgehend abgeschafft werden. So hieß es etwa in unserem Schreiben an Außenminister Schüssel:

Sollte der Nationalrat bis zum 1. Juli 1998 den § 209 StGB nicht er-

satzlos gestrichen haben, werden wir alles tun, damit diese permanente Menschenrechtsverletzung durch Österreich im Ausland publik wird, wir werden uns an die internationale Öffentlichkeit um Hilfe wenden, und wir werden nicht nur das Menschenrechtsjahr 1998, sondern auch die EU-Präsidentschaft Österreichs im 2. Halbjahr 1998 nutzen, um die Welt auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen:

Beschwerden in Straßburg:
Wir werden alles tun, damit Personen, die nach § 209 StGB verurteilt worden sind, sofort ebenfalls Beschwerden an die Europäische Menschenrechtskommission richten – daß sie in Straßburg recht bekommen, steht ja fest. Es kann aber wohl nicht im Interesse Österreichs sein, ständig von Straßburg wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt zu werden.

Adoption durch Amnesty International:
Jeder uns bekannte, wegen Verstoßes nach § 209 StGB Inhaftierte wird sofort an Amnesty Internatio-

nal gemeldet, damit er als Gewissensgefangener adoptiert wird – daß dies geschieht, steht nach der Straßburger Entscheidung außer Zweifel.

Politisches Asyl im Ausland:
Opfern des § 209 StGB, die noch nicht verurteilt und inhaftiert sind, werden wir gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen in Skandinavien und den Niederlanden dabei helfen, im Ausland um politisches Asyl anzusuchen. Man kann wohl davon ausgehen, daß eine Verfolgung nach einem Gesetz, das in Straßburg als Konventionsverletzung eingestuft wird, in jedem zivilisierten Land als Asylgrund anerkannt wird.

Menschenrechtsjahr 1998:
1998 ist das UNO-Menschenrechtsjahr. Wir werden alles in unserer Macht und unseren Ressourcen Stehende tun, um jede Veranstaltung im Rahmen des Menschenrechtsjahres 1998 dazu zu nutzen, auf diese krasse Menschenrechtsverletzung durch Österreich hinzuweisen.

EU-Präsidentschaft:
Im zweiten Halbjahr 1998 wird Österreich die Präsidentschaft der Europäischen Union innehaben. Sollte bis dahin der § 209 immer noch nicht ersatzlos gestrichen sein, werden wir die Anwesenheit tausender JournalistInnen aus aller Welt ganz sicher dazu nutzen, um auf diese Menschenrechtsverletzung so intensiv und so oft wie möglich hinzuweisen!

EU-Vertrag:
Sobald der EU-Vertrag von Amsterdam ratifiziert und in Kraft ist – womit gegen Ende des Jahres zu rechnen ist –, werden wir auch versuchen, gegen Österreich ein Verfahren gemäß dem neuen Artikel F a des EU-Vertrags anzustrengen. Dieser Artikel, der ja auch auf Ihren Vorschlag hin in den Vertrag aufgenommen wurde, sieht bekanntlich vor, einem Mitgliedsstaat gewisse Rechte abzuerkennen, falls er ständig die Grundsätze verletzt, auf denen die EU aufgebaut ist. Und die Einhaltung der Menschenrechte gehört eindeutig dazu.

Sofortige Freilassung aller nach § 209 StGB Inhaftierten – Niederschlagung aller neuen 209er-Fälle

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Wie Ihnen ja bereits bekannt ist, hat Anfang Oktober 1997 die Europäische Menschenrechtskommission in der Beschwerde Euan Sutherland gegen das Vereinigte Königreich entschieden, daß eine unterschiedliche Mindestaltersgrenze für hetero- und homosexuelle Handlungen eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt: Es bestehe keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung für die Beibehaltung eines höheren Mindestalters für homosexuelle als für heterosexuelle Handlungen, und seine Anwendung offenbare eine diskriminierende Behandlung in der Ausübung des Rechts des Beschwerdeführers auf Achtung seines Privatlebens gemäß Artikel 8 der Konvention, führte die Kommission in ihrer Begründung aus. Weiters stellte die Kommission fest, daß das vermeintliche Recht einer Gesellschaft, homosexuelle Handlungen zu mißbilligen, keineswegs eine objektive und vernünftige Rechtfertigung für eine Ungleichbehandlung im Strafrecht darstelle.

Genau 100 Tage sind seit Veröffentlichung dieses Urteils, das natürlich direkte Auswirkungen auf Österreich, insbesondere auf § 209 StGB haben muß, vergangen, doch der Nationalrat ist bisher völlig untätig geblieben. Wir fordern daher nicht nur das Parlament und die Bundesregierung neuerlich auf, für eine sofortige ersatzlose Streichung dieser menschenrechtswidrigen Bestimmung zu sorgen, sondern appellieren an Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, in der Zwischenzeit „Notmaßnahmen“ zum Schutz der Menschenrechte der von § 209 StGB Betroffenen zu ergreifen: Wir fordern Sie daher dringend auf, sämtliche derzeit nach § 209 StGB menschenrechtswidrig inhaftierten Gefangenen freizulassen und alle neuen 209er-Verfahren, die gerichtsanhängig werden, durch Ihre Weisung einzustellen. Wir fordern auch eine angemessene Entschädigung für alle seit 1971 nach § 209 StGB menschenrechtswidrig inhaftiert gewesenen Personen. Darüber hinaus erwarten wir von der Bundesregierung bzw. von Ihnen eine öffentliche Erklärung des Bedauerns und der Entschuldigung für das Unrecht, das dieser Staat diesen Menschen angetan hat.

Zeigen Sie Zivilcourage und respektieren wenigstens Sie als Minister die Menschenrechte und die Urteile internationaler Menschenrechtsinstanzen, wenn schon eine Mehrheit des österreichischen Parlaments die Menschenrechte ignoriert und mit Füßen tritt.

Schüssel hat unseren Brief ignoriert. Klubobmann Andreas Khol bestätigte nur lapidar den Erhalt des Briefs, während Rauch-Kallat schrieb: *Ich möchte Sie gerne darauf aufmerksam machen, daß der Nationalrat als Gesetzgeber vor einiger Zeit über die Materie, § 209 StGB, abgestimmt hat. Ich sehe daher keinen neuerlichen Handlungsbedarf.*

Anmaßende ÖVP

Das forderte natürlich eine freche Antwort geradezu heraus: *Uns ist nicht entgangen*, schrieben wir Rauch-Kallat am 13. Februar, *daß der Nationalrat als Gesetzgeber am 27. November 1996 über den § 209 StGB abgestimmt und bereits bei dieser Gelegenheit keine Mehrheit mehr gefunden hat für die Beibehaltung des § 209 – leider auch keine Mehrheit für dessen Abschaffung. Die Abstimmung ging ja bekanntlich „unentschieden“ aus, was nicht zuletzt daran lag, daß einige ÖVP-Abgeordnete auf undemokratische Weise und unter Tränen gezwungen wurden, gegen ihr Gewissen zu stimmen.*

Befremdet hat uns indes die Bemerkung in Ihrem Brief, Sie sähen keinen neuerlichen Handlungsbedarf, denn gerade aufgrund der in unserem Schreiben erwähten Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission in der Beschwerde Sutherland gegen das Vereinigte Königreich ist sehr wohl ein neuer, dringender Handlungsbedarf entstanden. Auch die britische Regierung rechtfertigte sich in besagtem Verfahren vor der Kommission in Straßburg damit, das britische Parlament hätte ohnehin erst 1994 das diskriminierende Mindestalter für (männliche) homosexuelle Beziehungen debattiert und von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Diese Argumentation wurde jedoch von der Kommission zurückgewiesen (Punkt 62 der Entscheidung: „The Commission agrees with the Government that some weight should be attached to the fact that the issue has been recently considered by the legislature and that the reduction of the minimum age to 16 was rejected. Nevertheless, this factor cannot of itself be decisive. Of more impor-

tance is the sufficiency of the reasons advanced to justify maintaining a different age of consent“). Wenn die ÖVP als Regierungs- und Parlamentspartei Entscheidungen der Straßburger Menschenrechtsinstanzen ignorieren und sich anmaßen will, selber zu bestimmen, was Menschenrechte sind und was nicht, dann sollte die ÖVP aber auch die Konsequenzen ziehen und einen Austritt aus der Menschenrechtskonvention und aus dem Europarat anstreben und sich öffentlich dazu bekennen, daß sie ihre Vorurteile gegenüber Homosexualität und Lesben und Schwulen nicht zugunsten international anerkannter Menschenrechtsstandards aufgeben will. Das fänden wir auf jeden Fall viel ehrlicher als die jetzige Position der ÖVP.

Klima antwortete ebenfalls mit Hinweis auf die Abstimmung im November 1996, bei der alle 71 SP-Abgeordneten für die Abschaffung des § 209 gestimmt haben. Abschließend ersuchte Klima um Verständnis dafür, daß es unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Parlament nicht immer möglich ist, alle Elemente sozialdemokratischer Politik zu verwirklichen.

Ähnlich SP-Klubobmann Peter Kostelka: *Die von Ihnen angesprochene Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg ist eine weitere moralische und politische Unterstützung für die Haltung der SPÖ in dieser Frage. Soweit es möglich ist, werde ich auch in Zukunft gegenüber der ÖVP versuchen, Überzeugungsarbeit dahingehend zu leisten, daß der Koalitionspartner seine sachlich nicht haltbare Position in dieser Frage überdenkt.*

Für Madeleine Petrovic antwortete die grüne Justizsprecherin Terezija Stoitsits. Sie ist angesichts der Reaktion der ÖVP wenig optimistisch. Kolportierte Aussage von ÖVP-Vertretern: Die sollen's nur versuchen bei den europäischen Instanzen, das dauert ja Jahre!

FPÖ-Chef Jörg Haider hat es ebenfalls nicht für nötig empfunden,

auf unser Schreiben zu antworten.

Ebenso hat es Justizminister Michalek noch nicht der Mühe wert gefunden, auf unseren Appell zu reagieren. Wir haben urgiert. Besser erging es da Terezija Stoitsits, die im Herbst 1997 in einer schriftlichen Anfrage von Michalek wissen wollte, was er zu tun gedenke, um der Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission Rechnung zu tragen (vgl. LN 1/98, S. 51). Bereits Ende Dezember 1997 bekam Stoitsits Antwort. Sie fiel im wesentlichen ähnlich aus wie seine Antwort auf eine mündliche Anfrage von Heide Schmidt vom November 1997, aus der wir in den LN 1/98 zitierten: Michalek vertröstete auf den Entwurf für ein neues Sexualstrafrecht, den das Ministerium nach den Beratungen einer von ihm eingesetzten ExpertInnengruppe erstellen werde.

Debatte im Nationalrat

Am 22. Jänner 1998 wurde über den § 209 auch wieder im Nationalrat debattiert, als ein am 10. Oktober 1997 von Stoitsits und anderen Grün-Abgeordneten eingebrachter Antrag auf Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes in erster Lesung auf der Tagesordnung des Parlaments stand. Der Antrag sieht vor, in diese Gesetze gleichgeschlechtliche PartnerInnen als Angehörige aufzunehmen und damit EhegattInnen gleichzustellen. Die Debattenbeiträge zeigen deutlich die Bruchlinie zwischen Ampel- und konservativen Parteien. Von letzteren ist nicht die geringste Verbesserung zu erwarten. Wir finden, es ist wichtig, daß Lesben und Schwule Bescheid wissen über die Haltung der einzelnen Parteien, und daher drucken wir die Wortmeldungen (leicht gekürzt) aus den Stenographischen Protokollen des Nationalrats auf den Seiten 21-23 ab.

Österreich möge das von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationale Menschenrechtsjahr 1998 zum Anlaß nehmen, ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz zu schaffen, um bestehende Defizite bei der Verwirklichung voller Menschenrechte für alle BürgerInnen abzubauen – dies forderte die 19. Ordentliche Generalversammlung der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien am 22. März 1998 in einer Resolution.

Ein Bericht von Kurt Krickler

UNO-Menschenrechtsjahr 1998:

Anti-Diskriminierungsgesetz gefordert

In Österreich passiert es immer noch, daß Personen der Zutritt zu Diskotheken verwehrt wird, weil sie eine dunklere Hautfarbe haben, oder daß Restaurants sich weigern, Schwarze zu bedienen. Behinderte Menschen werden tagtäglich benachteiligt. Was Lesben und Schwule betrifft, hat es in jüngster Zeit ebenfalls unerfreuliche Vorfälle gegeben, wie die LN stets aktuell berichtet haben: 1996 hat es der Bürgermeister von Dornbirn abgelehnt, städtische Räumlichkeiten für eine Veranstaltung der Lesben- und Schwulenbewegung zu vermieten (vgl. LN 2/96, S. 10 ff, LN 3/96, S. 34 f). In Frankreich oder Schweden riskierte ein Bürgermeister bis zu einem Jahr Gefängnis für eine derartige diskriminierende Weigerung.

Keine Strafverfolgung

Im Vorjahr rief die katholische Zeitung *Der 13.* in einem hetzerischen Artikel („Die Homosexuellen kriechen jetzt überall wie Ratten aus ihren Löchern.“) u. a. zur Bildung von Bürgerwehren im Kampf gegen diese „organisierte, staatlich subventionierte Unzucht“ und zu offener Gewalt gegen Lesben und Schwule auf: Sie gehörten geschlechtsspezifisch mit Peitsche und Ochsenziemer zurechtgewiesen (vgl. LN 1/98).

Die Strafanzeigen, die unter anderem von der HOSI Wien darauhin wegen schwerer Nötigung (§ 106 StGB), gefährlicher Drohung (§ 107 StGB), Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen (§ 282 StGB) und wegen Verhetzung (§ 283 StGB) eingebracht wurden, sind am 20. Jänner 1998 von der Staatsanwaltschaft Linz jedoch zurückgelegt worden.

Es ist unerträglich, meinte dazu HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler in einer Presseaussendung am 23. März 1998, *daß derartige Verhetzung nicht strafrechtlich geahndet wird. Die österreichische Gesetzeslage erweist sich hier als völlig unzureichend. Es ist eine Schande für jedes zivilisierte Land, daß BürgerInnen derartigen verbalen Übergriffen völlig schutz- und wehrlos ausgeliefert sind. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden!* (Die Presseaussendung wurde am 24. 3. in der *Wiener Zeitung* zitiert.)

Die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien fordert daher Parlament und Regierung auf, nach dem Vorbild etlicher europäischer Länder ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz zu schaffen. Die Resolution der Generalversammlung wurde an die Klubobleute der fünf Parlamentsfraktionen sowie an Bundeskanzler Viktor Klima, ÖVP-

Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel und Justizminister Nikolaus Michalek mit der Aufforderung übermittelt, in dieser Sache anläßlich des UNO-Menschenrechtsjahres aktiv zu werden. Außerdem legten wir die 17seitige detaillierte Übersicht über die einschlägigen Antidiskriminierungsbestimmungen in Europa bei, die die HOSI Wien zusammengestellt hat.

In unseren Briefen an Schüssel, Andreas Khol und Jörg Haider gaben wir der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, über alle Parteigrenzen hinweg dieses wichtige Anliegen eines Antidiskriminierungsgesetzes im UNO-Menschenrechtsjahr 1998 zu verwirklichen. Und weiter: *Wir wollen nicht annehmen, daß Sie derartige Hetze und Diskriminierungen gutheißen oder tolerieren, weil sie sich „ja nur“ gegen Lesben und Schwule richten. Mit Ihrem Einsatz und Ihrer Unterstützung für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz könnten Sie und Ihre Partei auch unter Beweis stellen, daß Ihre bisherige negative Haltung in Sachen Aufhebung des § 209 StGB tatsächlich – wie Sie immer beteuern – nur von Motiven vermeintlichen Jugendschutzes getragen ist und nicht auf einer generellen anti-homosexuellen Einstellung beruht. Sollten Sie auch hier gegen eine Verbesserung der Lage von homosexuellen MitbürgerInnen*



HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler: *Es ist unerträglich, daß derartige Verhetzung nicht strafrechtlich geahndet wird.*

aufzutreten, müßten wir wohl davon ausgehen, daß es Ihnen generell darum geht, Lesben und Schwule zu diskriminieren und von vollem Menschenrechts- und Diskriminierungsschutz auszuschließen.

Die Idee, das Menschenrechtsjahr 1998 zum Anlaß für die Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes zu nehmen, wird im übrigen auch vom Netzwerk der nichtstaatlichen Organisationen unterstützt, die sich im Rahmen von Aktivitäten zum Menschenrechtsjahr zusammengefunden haben und an deren regelmäßigen Treffen sich die HOSI Wien, wie berichtet, von Anfang an beteiligt hat. Am 21. Jänner waren wir im HOSI-Zentrum auch Gastgeber für die Sitzung des NGO-Netzwerks. Vertreten

sind wir darin im übrigen durch Peter Stepanek und den Autor dieser Zeilen. Im Entwurf zu einem gemeinsamen Forderungskatalog aller NGOs wurden die HOSI-Wien-Forderungen im übrigen voll berücksichtigt.

HOSI Wien im Nationalkomitee

Wie berichtet (LN 1/98, S. 34), ist die HOSI Wien auch im österreichischen Nationalkomitee „Menschenrechtsjahr 1998“ vertreten, das sich aus VertreterInnen von diversen Ministerien, Landesregierungen, Sozialpartner-Organisationen sowie nicht-staatlichen Organisationen zusammensetzt. Das Komitee hat mittlerweile zwei Arbeitsgruppen gebildet, eine – vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts koordinierte – zu Fragen der nationalen Umsetzung der Menschenrechte und eine – vom Völkerrechtsbüro des Außenministeriums koordinierte – zu Fragen der Durchsetzung der Menschenrechte auf internationaler Ebene. Die HOSI Wien ist in beiden Arbeitsgruppen vertreten. Peter hat sie bei den ersten Sitzungen dieser beiden Nationalkomitee-Arbeitsgruppen am 18. 2. 1998 vertreten, der Autor dieser Zeilen bei der Sitzung der Arbeitsgruppe „Nationale Umsetzung“ am 24. 3. Die Idee, 1998 ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen, soll in dieser ebenfalls ventiliert und weiterverfolgt werden.

RESOLUTION

verabschiedet auf der 19. Ordentlichen Generalversammlung der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien

UNO-Menschenrechtsjahr 1998:

ANTI-DISKRIMINIERUNGSGESETZ SCHAFFEN!

1998 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Menschenrechte ausgerufen. Es gilt, den 50. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu begehen und die Umsetzung der Wiener Erklärung und des Aktionsprogramms zu überprüfen, die vor fünf Jahren auf der Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien beschlossen wurden.

Diese Jubiläen stellen auch eine Herausforderung für Österreich dar, denn noch weist auch Österreich klare Defizite bei der Verwirklichung voller Menschenrechte für alle Bürgerinnen und Bürger auf. Daher sollten die politisch Verantwortlichen in Österreich dieses Jahr zum Anlaß nehmen, über Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse zu den Menschenrechten hinaus konkrete Taten zu setzen, um diese Defizite abzubauen.

Die 19. Ordentliche Generalversammlung der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien schlägt in diesem Zusammenhang dem österreichischen Parlament und der Bundesregierung die Schaffung eines umfas-

senden Anti-Diskriminierungsgesetzes vor, das speziell Minderheitengruppen und Personen vor Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund bestimmter Merkmale, wie etwa Geschlecht, Behinderung, Alter, Hautfarbe, soziale Herkunft, Gesundheitszustand, politische, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Familienstand, Lebensstil, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe oder Nation, schützen soll.

Wie sich im Alltag zeigt, sind die Betroffenen Diskriminierungen aus den genannten Gründen in vielen Fällen völlig schutzlos ausgeliefert, es gibt in den allermeisten Fällen keine rechtlichen Möglichkeiten, sich dagegen erfolgreich zur Wehr zu setzen. Die österreichische Bundesverfassung sieht in ihrem Artikel 7 ebenfalls nur einen sehr rudimentären und für heutige Anforderungen völlig unzureichenden Schutz vor Ungleichbehandlung vor. Österreich ist in diesem Bereich im Vergleich zu zahlreichen europäischen Ländern ziemlich

ins Hintertreffen geraten.

Andererseits dürfen derartige Diskriminierungen in einer zivilisierten und demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden. Die Schaffung eines entsprechenden rechtlichen Schutzes wäre daher auch ein wichtiges Signal an die Gesellschaft, daß Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie und Diskriminierungen aufgrund anderer bestimmter Merkmale kein Kavaliersdelikt sind, sondern gesellschaftlich geächtet werden.

Die HOSI Wien appelliert daher an die politisch Verantwortlichen in den Parteien, im Parlament und in der Regierung, das Menschenrechtsjahr 1998 zum Anlaß zu nehmen, zur Durchsetzung voller Menschenrechte in Österreich entsprechende Antidiskriminierungsbestimmungen in diesem Jahr zu erlassen. Wir sind überzeugt davon, daß dies über alle Parteigrenzen hinweg möglich sein muß, wenn die Menschenrechte allen Parteien tatsächlich ein ehrliches und echtes Anliegen sind.



aids net austria

<http://www.aidshilfe.or.at/aidshilfe/>

© AIDS-Informations-Zentrale Austria



Kurt's Kommentar

Katholische Kirche am Boden:

Nützen wir die Chance!

Das Unvorstellbare, das Nicht-für-Möglich-Gehaltene ist eingetreten: Die Groër-Berichterstattung hat in den letzten Monaten immer noch zugelegt, seitenweise neue alte Enthüllungen und Berichte. Eine apostolische Visitation, eine reichlich späte Erklärung von vier Bischöfen, an den Vorwürfen gegen Groër sei doch 'was dran, der Konflikt Krenn-Pater Udo Fischer trugen natürlich zu dieser neuen massenmedialen Eskalation bei. Und als besonderer Spaß die herzhaften bischöflichen Intrigen, über die man die tollste Soap-Serie drehen könnte (ja, warum tut das eigentlich keiner?): Groër fliegt heimlich nach Rom, um Schönborn die Kardinalserhebung zu vermiesen bzw. vielleicht auch nur, um sich nicht die Gelegenheit entgehen zu lassen, sich von Männern küssen zu lassen – jetzt, da die Gelegenheiten sicherlich seltener geworden sind. Schönborn muß jedenfalls in den sauren Apfel beißen. Und Kurt Krenn spielt in der etwas abgewandelten Fabel vom Hasen und vom Igel: Krenn ist immer schon zuerst da, also im



Groër und Krenn sind an der größten Krise der katholischen Kirche in Österreich schuld.

Vatikan. Und wäre da nicht auch soviel Schmarren geschrieben worden, hätte man sich über die Sachen viel mehr amüsieren können, aber so hing einem das Ganze bald zum Hals raus.

Göttlich amüsiert habe ich mich jedenfalls darüber, wie

ausgerechnet der katholische FPÖ-Fundi Ewald Stadler, der sonst bei jeder Gelegenheit gegen Schwule auftritt und wettert, sich offenbar gezwungen sah, sich zum letzten eifrigen Verteidigungsmohikaner des schwulen Kardinals Groër aufzuschwingen – bei gleichzeitiger Schaltung von Anzeigen durch

die FPÖ, in denen „lebenslanglich“ für Kinderschänder gefordert wird. Pikanterien, wie sie nur die FPÖ hervorbringt!

Totaler ÖVP-Flop

Überhaupt ist es für mich der irrste Treppenwitz der Geschichte, daß die ÖVP mit den von ihr forcierten Schlachtschiffen im Kampf gegen die liberalen Tendenzen in der österreichischen Kirche derart Schiffbruch erleiden mußte. Wenig angetan von der offenen und dem Geist des II. vatikanischen Konzils getragenen Haltung in der katholischen Kirche Österreichs unter dem „sozifreundlichen“ Kardinal König, machten sich ja vor etlichen Jahren die beiden erzkonservativen ÖVPLer Andreas Khol und Herbert Schambeck, ehemaliger Bundesratspräsident, in den Vatikan auf, um Papst Karol Wojtyła, der auch unter dem Künstlernamen Johannes Paul II. auftritt, für die bevorstehenden Bischofsnennungen in Österreich die als erzkonservativ eingestufteten Kleriker Hans Hermann Groër und Kurt Krenn

schmackhaft zu machen. Schambeck brüstete sich später sogar wegen seiner guten Kontakte und seines Einflusses im Vatikan. Nur leider, das Ganze wurde zu einem Riesenflop: Groër und Krenn sind an der größten Krise der katholischen Kirche in Österreich schuld. Sie haben einen Riesenscherbenhaufen hinterlassen, der natürlich auch auf die ÖVP und insbesondere auf Khol zurückfallen muß.

Besonders pikant und weiterer Gegenstand satanischen Amüsemments ist auch der Umstand, daß der schwule Groër der Haus- und Hofbischof der ÖVP war. Wie oft hat er nicht die Messe gelesen bei ÖVP-Parteitagen und sonstigen ÖVP-Anlässen? Und wenn ich mich nicht irre, hat er sogar die ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat mit ihrem Grafen getraut. Wie peinlich, wie ultra peinlich das alles jetzt ist! Aber es ist dieser heuchlerischen Kerzler schlucker-Partie von Herzen vergönnt! Khol's fanatisch antischwule Haltung ist wahrscheinlich auch damit zu erklären: Ausgerechnet ein Schwuler hat ihm das eingebracht, ist schuld an dieser un-

glaublichen Misere. Das müssen wir Schwule jetzt offenbar büßen!

Keine Absolution

Jetzt, da sich die Amtskirche entschlossen hat, Groër nicht länger zu verteidigen, und sich vier Bischöfe sogar von ihm distanzieren, werden schon die ersten Stimmen laut: „Schwamm drüber! – Es kann zur Tagesordnung übergegangen werden!“ Das muß indes verhindert werden, denn dieser Schaden, den die Kirche hier erlitten hat, muß in etwas Positives für die Gesellschaft umgemünzt werden.

Da kann und darf es auch nicht helfen, wenn ein Peter Rabl in seinem Leitartikel im *KURIER* vom 1. März 1998 nach der Erklärung der vier Bischöfe, sie betrachteten die Vorwürfe gegen Groër als zutreffend, etwas vorschnell der ganzen Kirche gleich die Absolution erteilt und feststellt: So, jetzt hat die katholische Kirche ihre moralische Autorität wieder zurückgewonnen. So einfach kann's wohl nicht gehen!

Beispiel Irland

Die katholische Kirche liegt am Boden – und wir sollten diese Chance nützen, ihre Macht nachhaltig einzuschränken. Irland kann uns hier ein gutes Beispiel sein: Noch vor zehn Jahren war Irland in noch viel engerer und würgender Umklammerung der katholischen Kirche als Österreich. Die wirtschaftliche Rückständigkeit tat ein übriges. Heute ist Irland zu einem modernen progressiven Land geworden, in dem der Einfluß der Kirche stark zurückgegangen ist. Die Scheidung wurde erlaubt, ebenso die Abtreibungsberatung und die Empfängnisverhütung. Und in Sachen Lesben- und Schwulengesetzgebung hat sich Irland einen europäischen Spitzenplatz erobert: Keine strafrechtliche Diskriminierung seit 1993, es bestehen ein Verhetzungsverbot sowie Diskriminierungsschutz am Arbeitsmarkt; Verfolgung wegen sexueller Orientierung ist ein gesetzlich verbrieftes Asylgrund.

Am Anfang dieser Entwicklung standen ebenfalls Sex- und Mißbrauchsskandale des Klerus. Sie haben die Macht der Kirche

nachhaltig gebrochen. Zusätzlich hatte Irland sich als weltliche Alternative eine moderne Präsidentin gewählt, die bald als neue moralische Instanz des Landes anerkannt wurde und die diesem Amt auch neue Inhalte und Bedeutung verlieh. Vor ihrer Präsidentschaft hatte Mary Robinson als Rechtsanwältin das Totalverbot homosexueller Handlungen in Irland erfolgreich beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekämpft. Heute ist Robinson UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte.

Also noch eine Parallele mit Österreich: Auch wir haben jetzt die Chance, eine Frau ins Präsidentenamt zu wählen, die mit dem monarchistischen Hofburg-Mief aufräumen und dieser Funktion neue Facetten verleihen könnte. Auch sie könnte neue moralische Instanz werden und damit das Vakuum füllen, das die Bischöfe hinterlassen haben. Wobei ich allerdings an Heide Schmidt denke und nichts davon halte, den katholischen Teufel mit der evangelischen Beelzebubin auszutreiben.

Bezeichnende Nationalratsdebatte

Am 22. Jänner 1998 debattierte der Nationalrat den am 10. Oktober 1997 von den Grünen eingebrachten Antrag auf Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes. Der Antrag stand in erster Lesung auf der Tagesordnung und sieht vor, in diese Gesetze gleichgeschlechtliche PartnerInnen als Angehörige aufzunehmen und damit EhegattInnen gleichzustellen. Die Debattenbeiträge zeigen deutlich die Bruchlinie zwischen Ampel- und konservativen Parteien. Von letzteren ist nicht die geringste Verbesserung zu erwarten. Wir finden, es ist wichtig, daß Lesben und Schwule genau Bescheid wissen über die Haltung der einzelnen Parteien, und daher drucken wir das Stenographische Protokoll dieser Debatte leicht gekürzt ab.



Terezija Stoisits (Grüne)

... die Mitversicherung auch für gleichgeschlechtliche Partner in Lebensgemeinschaften zu ermöglichen.

Erste Lesung des Antrages 616/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 764/1996, geändert werden.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne): (...) Die Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Ausrichtung manifestiert sich in Österreich nach wie vor am deutlichsten bei deren Diskriminierung durch Gesetze. Am allerschlimmsten und dramatischsten sind die diesbezüglichen

Auswirkungen im Strafrecht. Aber nicht nur im Strafrecht, sondern auch in allen anderen Gesetzen sind diskriminierende Paragraphen enthalten, durch welche Ungleichbehandlung vorgenommen wird, die sachlich nicht gerechtfertigt ist, wobei „sachlich nicht gerechtfertigt“ auch im Sinne der Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins zu verstehen ist.

Daher haben wir den Antrag gestellt, daß das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und analog dazu auch das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert werde, um die Mitversicherung auch für gleichgeschlechtliche Partner in Lebensgemeinschaften zu ermöglichen.

Es ist für andersgeschlechtliche LebensgefährtenInnen in Österreich gottlob schon seit längerer Zeit möglich, mitversichert zu sein. Diese Mitversicherungsmöglichkeit soll auch für gleichgeschlechtliche LebensgefährtenInnen möglich sein; eine Beschränkung auf heterosexuelle Lebensgemeinschaften soll aufgehoben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskriminierung homosexueller Menschen in Österreich bekommt meiner Ansicht nach auch in der Diskussion um die jüngst ergangene Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte eine neue Dimension. (Abg. Dr. Khol: Es handelt sich hierbei um die Europäische Kommission für Menschenrechte!)

In dieser Entscheidung geht es um die Diskriminierung homosexueller Menschen aufgrund

strafrechtlicher Bestimmungen. – Ich glaube nicht, daß das ein taugliches Instrument ist, um die Emotionen zu kalmieren und ideologische Argumente, die in unserer Debatte eine große Rolle gespielt haben, wesentlich zu entschärfen. Rechtspolitisch ist es jedoch von großer Relevanz. Denn Österreich droht ebenfalls Kritik seitens des Europäischen Gerichtshofes und auch von der Kommission, und die ist nicht angenehm. „Angenehm“ ist kein Rechtsterminus und kein politischer Begriff. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte damit aber ausdrücken, daß ich – und nicht nur ich allein – Österreich vor dieser Schande bewahren möchte. Deshalb unser Vorstoß bei den Sozialversicherungsgesetzen. (Beifall bei den Grünen sowie beim Liberalen Forum.)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich kann mich im wesentlichen den Ausführungen meiner Vorrednerin anschließen. Wir haben in letzter Zeit schon öfters darüber diskutiert, daß es tatsächlich eine massive Schlechterstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Lebensgemeinschaften gibt. Ich denke in diesem Zusammenhang auch an die zuletzt geführte Diskussion hinsichtlich der Frage eines Eintritts in Bestandverträge im Mietrecht. Sie erinnern sich vielleicht noch: Der OGH hat ein Erkenntnis gefaßt und



American Discount Comics-Magazines-Books

GROSSTE AUSWAHL AMERIKANISCHER MAGAZINE IN ÖSTERREICH
IHRE REISELEKTÜRE 3X AM FLUGHAFEN WIEN

ZENTRALE: WIEN 4, RECHTE WIENZEILE 5, TEL: 587 57 72

WIEN 7, Neubaugasse 39 Tel: 523 37 07 WIEN 22, EKZ Donauzentrum Tel: 203 95 18
GRAZ, Jakoministraße 12 Tel: 83 23 24 SALZBURG, Alter Markt 1 Tel: 84 56 40

ASIAN AMERICAN SPORTSWORLD
WIEN 6, Linke Wienzeile 58 Tel: 587 26 83
LINZ, Herrenstraße 9-11!

ausgesprochen, daß von der Interpretation der Lebensgemeinschaft, wie sie im Mietrechtsgesetz als Nachfolgegrund in ein Mietrecht vorgesehen ist, nicht abgeleitet werden kann, daß dieses Recht auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gilt, und er hat den Gesetzgeber mehr oder weniger unverblümt – wie man es ausdrücken könnte – aufgefordert, sich ausdrücklich zu erklären.

Auch ich meine, daß es notwendig ist – ich darf das für meine Fraktion sagen –, einen entsprechenden Entwurf zu beschließen, und wir haben bereits einen eingebracht. Man erkennt, daß diese Maßnahme gerechtfertigt ist, insbesondere dann, wenn man die Tragik der Situation im gegenständlichen Fall in Betracht zieht: Es gibt erhöhte Pflegebedürftigkeit auch von AIDS-Kranken, und ich denke mir, daß es natürlich dann zu einer Notsituation kommt, wenn nach etwa drei bis fünf Jahren einer der Partner stirbt und der andere die Wohnung verlassen muß. – Solchen Situationen wird man mit der derzeit geltenden Regelung nicht gerecht.

Johannes Jarolim (SPÖ)

... daß eine unterschiedliche Ansetzung des Schutzalters bei Männern und Frauen sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Gleiches gilt auch für sozialversicherungsrechtliche Normen: Hierbei geht es um die Frage, ob es tatsächlich gerechtfertigt ist, daß für den Fall, daß der Partner des Versicherten erkrankt, die Versicherungsgesellschaft keine Leistungen erbringen muß, obwohl das Gesetz ausdrücklich vorsieht, daß dies in sonstigen Lebensgemeinschaften sehr wohl der Fall ist.

Ich meine, daß es notwendig ist, bei dieser Gelegenheit den gesamten Fragenkomplex noch einmal anzudiskutieren. Das gilt insbesondere auch für § 209 Strafgesetz, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil es vor drei Monaten ein Erkenntnis des Eu-

ropäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (*Abg. Dr. Khol: Der Europäischen Kommission für Menschenrechte!*) gegeben hat, in welchem in bezug auf England ausdrücklich festgehalten wird, daß eine unterschiedliche Ansetzung des Schutzalters bei Männern und Frauen sachlich nicht gerechtfertigt ist. Darüber kann man sich nicht ganz einfach hinwegsetzen. Daher sollten wir diese Diskussion jetzt wiederaufnehmen.

Ich komme hiemit schon zum Schluß: Ich meine, daß dieser Ansatz positiv ist. Er wird daher von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt werden. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie in diesem Hause hinlänglich bekannt, kann ich den Vorrednern nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Unser Verständnis von Familie ist eben ein anderes. (*Abg. Dr. Kier: Das wissen wir!*) Wir wollen die Mitversicherung in der Sozialversicherung Familienangehörigen zugestehen, und Familienangehörige sind in diesem Zusammenhang eben nicht Liebhaber oder Geliebte. (*Abg. Schieder: Bezeichnen Sie eine Lebensgemeinschaft als Liebschaft?!*) Ich kann auch die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins, die, wie Kollegin Stoitsits behauptet, in die Richtung geht, daß sich ... (*Abg. Schieder: Sie sind untauglich als Vorsitzende des Justizausschusses, wenn Sie Lebensgemeinschaften als Liebschaften bezeichnen!*) Herr Kollege Schieder! Ich habe unser Familienverständnis erklärt, und dieses Familienverständnis umfaßt eben den Liebhaber nicht! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schieder: Das ist aber ein verkorkstes Verständnis! – Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. – Präsident Dr. Fischer gibt das Glockenzeichen.*)

Wir können eine Weiterentwicklung in Richtung mehr Zustimmung oder Förderung von homosexuellen Lebensgemeinschaften nicht erkennen und daher auch nicht unterstützen.



M. T. Fekter (ÖVP)

Wir können eine Weiterentwicklung in Richtung mehr Zustimmung oder Förderung von homosexuellen Lebensgemeinschaften nicht erkennen und daher auch nicht unterstützen.

Bezüglich der Ausführungen des Kollegen Jarolim, daß auch das Mietrecht in diesem Zusammenhang ausgeweitet werden soll, erkläre ich meine Ablehnung nicht im Hinblick auf die Situation von Homosexuellen, sondern weil ich Ausweitungen von Eintrittsrechten generell ablehne. Dafür haben wir das Instrument des Wohnungseigentums. Und ich glaube nicht, daß sich unsere Haltung in der nächsten Zeit gravierend ändern wird, und daher glaube ich auch nicht, daß Sie mit der Zustimmung der ÖVP in diesen Fragen in Zukunft rechnen können. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schieder: Es gibt auch Ehen, in denen die Partner Liebhaber zueinander sind! Das gibt es bei der ÖVP wahrscheinlich nicht! – Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Abgeordneter Dr. Alois Pumberger (Freiheitliche): Offenbar beginnt sich aufgrund des Antrages von Kollegin Stoitsits der nächste Koalitionskrach der rot-schwarzen Einheitspartei abzuzeichnen!

Ich gebe in diesem Fall Frau Kollegin Fekter recht, wenn sie da Bedenken hat. Der Antrag von Frau Abgeordnete Stoitsits zielt einmal mehr darauf ab, gleichgeschlechtliche Partnerschaften den Familien gleichzustellen. Das ist wieder ein kleiner Meilenstein in Richtung einer

völligen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften – Frau Kollegin Fekter hat das als „Liebhaber“ und „Geliebte“ bezeichnet – mit der Institution Familie. Ich sage Ihnen ganz klipp und klar: Für uns Freiheitliche ist die Familie der Urbestand der Bevölkerung und die kleinste funktionierende Lebensgemeinschaft. Und vor der Familie hat keine andere wie immer geartete Lebensform Vorrang! (*Beifall bei den Freiheitlichen. – Zwischenruf der Abg. Dr. Mertel.*)

Wenn man in Anbetracht der finanziell miesen Lage der Sozialversicherungen auch noch eine Mitversicherung gleichgeschlechtlicher Partner vorsieht, dann kann es vorkommen, daß, wenn sich zwei Freunde treffen und sagen: So, jetzt ziehen wir zusammen!, diese nach ein paar Wochen oder Monaten als Angehörige gelten. Es ist ja Voraussetzung für die Mitversicherung, daß man Angehöriger ist. Frau Kollegin Stoitsits! Ist Ihnen das recht? Glauben Sie, daß die freie Liebe und Partnerschaft Vorrang hat, oder glauben Sie, daß die Betroffenen es wollen, als Angehörige voneinander abhängig zu sein? Denn mitversichert zu sein bedeutet, in gewissem Maße vom anderen abhängig zu sein. Unter dieser Bedingung erlaubt das Sozialversicherungsrecht eine Mitversicherung.

Ich glaube, daß diese freien Partnerschaften möglichst viel Freiheit wollen und die Partner sich nicht in eine Abhängigkeit begeben wollen. Daher stellt sich, wie ich meine, den Betroffenen diese Frage überhaupt nicht. Sie stellt sich nur im Gehirn der linken Schickeria, vertreten durch Frau Stoitsits, durch die Liberalen und – wie man gehört hat – durch die gesamte Sozialistische Partei, die das befürwortet! (*Beifall bei den Freiheitlichen.*)

Ich kann Ihnen in Anbetracht der Ankündigung von Dr. Jarolim heute schon sagen, daß die Partei der Frau Kollegin Fekter, genauso wie bei der 0,5-Promille-Angelegenheit oder beim Waffengesetz, auch bei dieser

Homosexuellen-Angelegenheit und Lesben-Angelegenheit wieder umfallen wird! Die ÖVP wird ihre Familienpolitik wieder kläglich im Stich lassen! Das kann ich Ihnen heute schon prophezeien! – Kollege Murauer, Sie brauchen gar nicht so zu grinsen! Er hat heute eine Lanze für die Familie gebrochen. Er hat gesagt, daß die Jugendkriminalität rasant ansteigt und nicht mehr in den Griff zu bekommen ist.

Anschließend hat er gleich gesagt, schuld daran sei, daß die Familien nicht mehr intakt sind. – Die ÖVP ist seit zwölf Jahren in der Regierung. Sie hat zwölf Jahre lang die Familiengesetzgebung sträflich vernachlässigt und ist daher mitverantwortlich für die Jugendkriminalität. (*Beifall bei den Freiheitlichen. – Abg. Rosemarie Bauer: Geh hör auf! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Abgeordneten der ÖVP werden auch in dieser Frage wieder umfallen. Ich hoffe, daß Ihr Parteiobmann Sie nicht wie bei der Abstimmung über die 0,5-

Alois Pumberger (FPÖ)

Familie hat Vorrang, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ist durch nichts anderes – Liebschaften oder Lebensgemeinschaften – zu ersetzen.

Promille-Grenze zum Klubzwang vergattert. Ich hoffe, daß Sie in dieser Frage hart bleiben werden, daß Sie die Familie als die Institution, für die wir Freiheitlichen einstehen, die wir als die einzig wahre Gesellschaftsform in Österreich – am besten gesagt: auf der ganzen Welt – anerkennen, weil das die Biologie alleine schon erfordert. Wir erhalten diese Institution aufrecht und lassen sie nicht von linken Ideen unterwandern.

Familie hat Vorrang, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ist durch nichts anderes – Liebschaften oder Lebensgemeinschaften – zu ersetzen. Ich habe nichts gegen diese Lebensgemeinschaften. Sie sollen geschlossen werden, aber die So-

zialrechtsgebung hat damit nichts zu tun. Diejenigen, die solche Lebensgemeinschaften schließen wollen, sollen zusammen wohnen, zusammen leben, einander lieben, wenn sie wollen – die Familie soll jedoch aus dem Spiel gelassen werden. (*Beifall bei den Freiheitlichen sowie des Abg. Freund.*)

Abgeordneter Dr. Volker Kier (Liberales Forum): Kollege Pumberger, die ÖVP ist Ihrer Definition nach bei der Abstimmung über die 0,5-Promille-Regelung umgefallen. Habe ich das richtig verstanden? Zitieren Sie mich richtig, Herr Kollege Pumberger? – Sie haben gesagt, die ÖVP ist bei der 0,5-Promille-Regelung umgefallen. (*Abg. Scheibner: Gegenüber vorherigen Ankündigungen!*) Gut, ja, ich habe schon verstanden.

Nun habe ich bei der letzten Debatte zur Einführung der 0,5-Promille-Grenze von Ihnen gehört, die dafür getroffene Regelung sei Ihnen zu wenig streng. (*Ironische Heiterkeit und Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten des Liberalen Forums.*) Wie kann denn jemand, der für etwas stimmt, das zu wenig streng ist, umfallen? Die ÖVP schwankte zwar bis zu dieser Abstimmung in ihrer Linie – das ist richtig –, aber umgefallen ist sie bei der letzten Abstimmung nicht. Daher war dieses Bild, das Sie – bezogen auf die Frage von Änderungen im Sozialversicherungsrecht – gebracht haben, nicht passend.

Es war mir wichtig, das zu erwähnen, denn dabei geht es um etwas anderes, nämlich um die Frage, ob wir es sozialpolitisch anerkennen, daß ein Mensch, der mit einem anderen in einer Lebensgemeinschaft lebt, ihn pflegt, betreut und versorgt – also Aufgaben übernimmt, die einer Lebensgemeinschaft entsprechen –, mitversichert sein soll oder nicht. Man kann Ihre Meinung vertreten und sagen: Nein, die Familie – den Begriff „Familie“ haben Sie allerdings nicht definiert – ist heilig und sakrosankt! Man kann aber auch anderer



Volker Kier (LIF)

... denn es geht dabei nicht um irgendeinen Ersatz für Familie, sondern um zwei Menschen, die einander Beistand leisten und sozialversicherungsrechtlichen Schutz bekommen sollen.

Meinung sein. (*Abg. Dr. Graf: Das Kind macht die Familie aus!*) Dies jedoch dermaßen ins Lächerliche zu ziehen, wie Sie es gemacht haben, finde ich nicht gut, denn es geht dabei nicht um irgendeinen Ersatz für Familie, sondern um zwei Menschen, die einander Beistand leisten und sozialversicherungsrechtlichen Schutz bekommen sollen.

Sie können offenbar „Familie“ nicht definieren. (*Abg. Mag. Stadler: O ja!*) Ihrer Ansicht nach gehören ja Kinder dazu. Was ist dann ein kinderloses Ehepaar in Ihrer heilen Welt? (*Abg. Dr. Graf: Das ist eine Ehe!*) – Dem Ehepartner müßten Sie dann auch die Mitversicherung nehmen. Würden Sie diese Linie konsequent vertreten, dann würde ich Sie ernst nehmen. So handelt es sich einfach nur um ein Scheinargument, und das ist noch dazu kein „heiliges“.

Abgeordneter Mag. Johann Ewald Stadler (Freiheitliche): Herr Kollege Kier, Sie bekommen von mir in aller Kürze eine Definition zur Familie. Zunächst einmal gehen wir Freiheitlichen in unserer programmatischen Vorstellung davon aus, daß man von Familie im Gegensatz zu Partnerschaft – egal, ob sie ehelich verfaßt ist oder nicht – erst dann sprechen kann, wenn ein Kind dazukommt. Eine Familie ist eine Partnerschaft bestehend

aus Mann und Frau egal, ob ehelich verfaßt oder nicht – plus Kind, das heißt, es tritt eine zweite Generation dazu. (*Abg. Dr. Karlsson: Und alleinerziehende Mütter?*)

Lassen Sie mich ausreden, Frau Kollegin Karlsson! Das ist sozusagen der idealtypische Fall der Familie. Darüber hinaus gibt es noch den Fall, daß – das ist sozusagen die empirische, soziologische Befindlichkeit – eine Mutter oder auch ein Vater mit dem Kind eine Familie bilden kann. Entscheidend ist aber, daß eine zweite Generation dazukommt. Das ist die Definition der Freiheitlichen von Familie. Diese haben wir für uns getroffen und programmatisch entschieden.

Die zweite Frage ist jene, ob das Sozialversicherungsrecht auf Familie oder auf Angehörige abstellt. Da hat Herr Kollege Pumberger recht: Es stellt auf Angehörige ab. Angehöriger ist derjenige, der entweder durch Eheband, das heißt also durch ein rechtliches Band – es geht nämlich der Frau Kollegin Stoitsits darum, das rechtliche Band anders zu definieren – oder durch ein Blutsband miteinander verbunden ist; der ist angehörig. Somit trifft unsere Rechtsordnung die Entscheidung darüber. (*Abg.*

Johann Ewald Stadler (FPÖ)

Wir Freiheitlichen sehen überhaupt keine Veranlassung, an dieser Definition des Begriffes „Angehöriger“ zu rütteln oder davon abzugehen.

Dr. Kier: Das ist falsch!) Wir Freiheitlichen sehen überhaupt keine Veranlassung, an dieser Definition des Begriffes „Angehöriger“ zu rütteln oder davon abzugehen. (*Beifall bei den Freiheitlichen. – Abg. Schieder: Und Adoption!*) Adoption ist das rechtliche Band.

Präsident Dr. Heinz Fischer: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor. Ich weise den Antrag 616/A dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zu.

Österreich aktuell

Rot-grüner Pakt gegen Diskriminierung

Nach den Wiener Gemeinderatswahlen 1996 haben SPÖ und Grüne einen Pakt gegen Diskriminierung beschlossen (vgl. LN 1/97, S. 24 f, und LN 3/97, S. 24 f), der im wesentlichen auf dem grünen Akzeptanzkonzept, das vor den Wahlen vorgestellt wurde, basiert. Nachdem es in den letzten Monaten ziemlich ruhig um diesen Pakt geworden war, daß man schon meinte, die Sache sei gestorben,



Stadträtin Renate Brauner richtet „Antidiskriminierungsstelle Wien für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ ein

haben SPÖ und Grüne am 18. Februar 1998 die konkreten Ergebnisse ihrer weiteren Verhandlungen nun präsentiert. Die zwei Hauptpunkte aus dem Pakt sollen jetzt ernsthaft umgesetzt werden: ein Anti-Diskriminierungsgesetz auf Wiener Landesebene und eine Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

Das Wiener Antidiskriminierungsgesetz soll folgenden Wortlaut haben:

§ 1. Wien bekennt sich dazu, daß niemand wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Sprache, des Ge-

schlechtes, der sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der sexuellen Identität oder Orientierung oder der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung ohne sachlichen Grund bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

§ 2. Wien bekennt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen und für die Erreichung dieses Zieles einzutreten.

Die größte Hürde auf dem Weg zur Verabschiedung dieses Entwurfs ist wohl die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Wiener Landtag. Selbst mit den Stimmen des Liberalen Forums, das sich schon kritisch zu diesem Projekt geäußert hat, bekommt rot-grün keine solche Mehrheit zusammen, es fehlen immer noch elf Stimmen, die von ÖVP und/oder FPÖ kommen müßten. Inzwischen haben unverbesserliche Kritiker auch schon kleinlich moniert, dieses Gesetz sei reine Augenauswischerei, weil konkret nicht einklagbar bzw. rechtlich durchsetzbar. Letzteres stimmt zwar, aber sowohl SPÖ und Grüne haben stets betont, daß ein solches Gesetz nur eine Absichtserklärung, ein Signal sein kann, was aber weder deren Schuld noch die des Landes Wien ist. Einklagbare Antidiskriminierungsbestimmungen sind allein Bundessache. Den beiden Parteien jetzt eine „Täuschung“ oder „Alibi-Aktion“ vorzuwerfen, wie dies das LiF getan hat, ist unredlich. Nicht zuletzt die Lesben- und Schwulenbewegung hat immer wieder auch diese „Signale“ eingefordert. Jetzt ein solches Signal zu verurteilen und abzulehnen ist daher dumm und kontraproduktiv. Das zweite Projekt ist die Errich-

tung einer „Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“, die im Büro der amtsführenden Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal angesiedelt wird. Die Vollzeit-Stelle sollen sich eine Lesbe und ein Schwuler teilen. Die Stelle soll folgende Aufgaben und Funktionen haben: alle landesgesetzlichen Bestimmungen auf diskriminierende Inhalte überprüfen, wobei zugleich Vorschläge erarbeitet werden sollen, wie mögliche Diskriminierungen beseitigt werden könnten; direkte Anlaufstelle sein für von Diskriminierung betroffene Lesben und Schwule, sie soll Unterstützung und Lösungsvorschläge anbieten; Ansprechpartnerin für Interessenvertretungen und Gruppen sein; Bewußtseinsbildung durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowohl nach innen als nach außen betreiben; Empfehlungen für die politischen EntscheidungsträgerInnen formulieren und Auskunft geben, in diesem Zusammenhang soll die Stelle auch Gesetzesentwürfe begutachten und Studien in Auftrag geben können.

Für die Besetzung der „Antidiskriminierungsstelle Wien für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ werden zwei Personen (eine Frau und ein Mann) gesucht, die nach Möglichkeit folgendes Anforderungsprofil aufweisen:

- Kenntnis der inhaltlichen Thematik
- Kenntnis der Vereine, Gruppen und Medien der Szene
- Kenntnis der Verwaltung der Stadt Wien
- Kenntnis der einschlägigen rechtlichen Grundlagen
- Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit

- Erfahrungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit
- Erfahrungen im Umgang mit Interessenvertretungen
- zu erwartende Akzeptanz bei den Betroffenen.

InteressentInnen für die Stelle können Bewerbungsunterlagen bei folgender Stelle anfordern: Amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, Renate Brauner, Rathaus, 1082 Wien.

Private Homepage gefährlich?

Am 19. Jänner 1998 berichtete der *KURIER* über den Fall eines Unteroffiziers in den USA, der auf seiner privaten Homepage sein Schwulsein erwähnte. Die Marineführung griff sofort durch und entließ ihn – hatte er doch durch dieses Coming-out die offizielle „Nichts fragen, nichts sagen“-Politik mißachtet. Durch diesen Bericht aufmerksam geworden, wollte ein HOSI-Wien-Mitglied und LN-Abonent wissen, welche arbeits- bzw. dienstrechtlichen Konsequenzen die Gestaltung einer privaten „Heimseite“ in Österreich haben könnte, die ja öffentlich zugänglich ist – also auch für KollegInnen und Vorgesetzte. Er wandte sich diesbezüglich an die Gewerkschaft der Privatangestellten. Die GPA gab folgende Rechtsauskunft: Für das Internet gelten keine besonderen Bestimmungen, sondern eine Homepage sei wie jede andere öffentliche Äußerung zu werten, vergleichbar etwa mit einer Druckschrift, einem Fernsehinterview oder einem Vortrag vor versammelter Belegschaft. Und bei derartigen „öffentlichen Äußerun-

gen“ sei immer zweierlei zu beachten: keine Wettbewerbsbehinderung, etwa durch Herabsetzung des Dienstgebers, durch Schlechtmachen des Betriebs, Lob der Konkurrenz etc. sowie kein Verstoß gegen die guten Sitten, etwa durch anstößige Texte. Die guten Sitten sind bekanntlich ein dehnbarer Begriff, aber die simple Bekanntgabe der eigenen Homosexualität fällt wohl nicht darunter. Eine solche Bekanntgabe könnte indes unangenehme Folgen haben, wenn es in der Firma noch nicht bekannt ist. Wenn der Arbeitgeber eine/n Mitarbeiter/in dann loswerden will, wird er sicherlich aber andere Gründe vorschieben. (Vielen Dank an Karl, der die Initiative ergriffen und uns das Ergebnis seiner Recherchen zur Verfügung gestellt hat!)

Schönborn unnachgiebig

In der Enthebung Pfarrer Johannes Wahalas von seinem Amt als Moderator der Pfarrgemeinden Sarasdorf und Trautmannsdorf sowie als Dechant-Stellvertreter des Dekanats Bruck



Pfarrer Johannes Wahala Abberufung bleibt aufrecht

an der Leitha (vgl. LN 1/98, S. 18 ff) blieb der Wiener Erzbischof, inzwischen zum Kardinal avanciert, hart und unnachgiebig. Auch der Rekurs Wahalas blieb erfolglos: Die zuständige Congregatio pro Clericis (Kongregation für den Klerus) im Vatikan entschied am 16. Februar 1998 darüber. Sie wies den Rekurs ab und bestätigte Schönborns Dekret samt Auflage, also die Amtsenthebung und das Rede-

verbot zur Homosexualität. Die Medien berichteten nur spärlich, während sie sich gleichzeitig ausführlich am ähnlichen gelagerten Konflikt zwischen Bischof Krenn und Pater Udo Fischer weideten. Schönborn wurde dadurch unverdientermaßen geschont. Wahala ist nun bis Ende August 1998 beurlaubt. Über seine weitere Verwendung wird Wahala noch weitere Gespräche mit Schönborn führen.

Übrigens gab es eine ganz spontane Solidaritätskundgebung für Wahala während des Gottesdienstes am Welt-AIDS-Tag vergangenen Dezember: Der langjährige HOSI-Wien-Aktivist Erich, besser bekannt als „Täubchen“, rief während des Gottesdienstes in der Kirche Maria Treu laut: „Solidarität für Pfarrer Johannes Wahala, gegen die römisch-katholischen Fundamentalisten in Österreich!“, was mit spontanem Applaus des Großteils der Gläubigen quittiert wurde.

Volksgruppen und Homosexualität

In der am 23. Februar 1998 erschienenen Ausgabe des burgenlandkroatischen Magazins *Novi glas* wurde erstmals das Thema „Homosexualität“ aufgegriffen. In vier umfassenden Beiträgen wird auf rechtliche, soziale und politische Fragen und Probleme eingegangen. Erstmals nehmen zwei unmittelbar betroffene, prominente Volksgruppenangehörige öffentlich Stellung und beschreiben ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten, mit denen sie – auch innerhalb der Volksgruppe – wegen ihrer sexuellen Orientierung konfrontiert waren und sind.

„Natürlich wissen wir, daß dieses Thema ein mutiger Schritt ist. Es ist das erste Mal, daß innerhalb der traditionell eher konservativen Volksgruppe offen über Homosexualität geschrieben wird. Bisher wurde ja peinlichst versucht, solchen Themen auszuweichen. Als Zeitschrift mit vorwiegend studentischem und aka-

demischem Publikum, das an offene Diskussionen gewöhnt ist, erwarten wir aber überwiegend positive Reaktionen auf unseren Schritt. Schließlich sind wir fest davon überzeugt, daß das Thema auch für die Volksgruppen wichtig ist. Es geht um Strukturen und Mechanismen, nach denen Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ausgegrenzt und benachteiligt werden, und genau das ist auch eine zentrale Frage im Umgang der Gesellschaft mit ethnischen Minderheiten“, erklärt Manfred Csenar vom Redaktionsteam des *Novi glas*.

Zu bestellen ist *Novi glas* beim Hrvatski Akademski Klub/Kroatischer Akademikerklub, Schwindgasse 14, 1040 Wien, Tel. 505 71 06, Fax: 504 63 54/9.

Anwalt verurteilt

In der sogenannten Bad Goiner Affäre (vgl. LN 4/97, S. 7 ff) fand in Wels die zweite Prozeßrunde gegen zwei weitere Angeklagte statt. Am 3. April 1998 wurde über den ehemaligen Vertrauensanwalt des Rechtskomitees Lambda eine unbedingte Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verhängt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Prozeß gegen den Hauptbeschuldigten steht noch aus.

Kronen-Zeitung verurteilt

Bei Österreichs Justiz kennt man sich wirklich nicht aus. Die einschlägigen Prozesse, denen man die wenigstens Chancen einräumt, werden gewonnen – und umgekehrt. So obsiegt die Rosa-Lila-Villa-Vorstandsmitglieder gegen die *Kronen-Zeitung*, weil diese die Villa als „linksextrem“ und Empfänger von 40 Millionen Schilling Subvention bezeichnet hatte (vgl. LN 4/95, S. 34), was die Villa-Leute als üble Nachrede und Kreditschädigung (sic!) empfanden, und sie klagten. Die *Krone-*

Journalisten wurden zu Geldstrafen verurteilt. Das Urteil wurde am 30. März 1998 auf einer halben *Krone*-Seite veröffentlicht.

SPÖ-Justizsprecher für Gleichstellung

Am 3. April 1998 präsentierte sich Nationalratsabgeordneter Hannes Jarolim in einer Pressekonferenz als der neue SPÖ-Justizsprecher. Wie auch die Medien (*Ö1-Mittagsjournal* am 3.4.98, *Die Presse* vom 4.4.98) berichteten, trat er dabei auch für eine „weitestgehende Gleichstellung“ homo- mit heterosexuellen Lebensgemeinschaften ein.

Rätselhaftes Einkommensteuerrecht

In der Fachpublikation *Recht der Wirtschaft* (1998/3) nimmt Werner Doralt Steuerrecht auf ihre Lesbar- und Auslegbarkeit hin unter die Lupe. Und in einem Fall befaßt er sich mit dem neuen Terminus „andere Partnerschaften“ im Einkommensteuergesetz, der in der Tat zu Interpretationsproblemen führen könnte:

Alleinverdiener ist auch ein Steuerpflichtiger mit mindestens einem Kind, der mehr als sechs Monate mit einer unbeschränkt steuerpflichtigen Person „in einer anderen Partnerschaft“ lebt, zitiert Doralt § 33 Abs 4 Z 1 EStG, um die bange Frage anzuschließen: Hat damit die gleichgeschlechtliche Partnerschaft Eingang ins Einkommensteuerrecht gefunden? Denn eindeutig ist auch die gleichgeschlechtliche Partnerschaft gegenüber der Ehe eine „andere Partnerschaft“. Hat der Gesetzgeber hier also bewußt einen weiten Begriff verwendet?

Nach dem Gefühl sei es kaum vorstellbar, so Doralt weiter, daß der Gesetzgeber ausgerechnet in der Einkommensteuer mit der Anerkennung der Lebensgemeinschaft von Homosexuellen den Anfang machen wollte. In der Tat: Gegen die gleichgeschlechtliche Partner-

schaft läßt sich § 106 Abs 3 EStG einwenden. Dort heißt es nämlich: (Ehe-)Partner ist eine Person, mit der der Steuerpflichtige verheiratet ist oder mit der er mindestens einem Kind (Abs 1) in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebt.

Allerdings, so Doralt weiter: § 106 Abs 3 EStG spricht gerade nicht von der „anderen Partnerschaft“, und immerhin gibt es den Grundsatz, daß der Gesetzgeber Unterschiedliches meint, wenn er unterschiedliche Begriffe verwendet. – Hätte der Gesetzgeber nämlich die eheähnliche Gemeinschaft gemeint, dann hätte er sie auch so und nicht als „andere Partnerschaft“ ins Gesetz geschrieben. Das Rätsel bleibt: Sollen wir nach den Auslegungsstandards auslegen oder doch besser nach dem Gefühl?

Wir empfehlen in diesem Fall nach den Auslegungsstandards. Danke an unseren treuen Leser Dr. Franz Xaver Gugg für die Zusendung des Ausschnitts aus *Recht der Wirtschaft*.

Alfons Haider für Erwin Pröll

Von allen guten Geistern verlassen scheint Alfons Haider. Im niederösterreichischen Landtagswahlkampf outete sich „Fonsi“ als Pröll-Unterstützer. In einem als Inserat in mehreren Medien geschalteten Testimonial begründete Haider seine Unterstützung für den ÖVP-Landeshauptmann damit, daß dieser „für einen erfolgreichen Weg steht, den Niederösterreich gerade jetzt nicht aufs Spiel setzen darf“. Von diesem erfolgreichen Weg haben jedenfalls Niederösterreichs Lesben und Schwule noch nichts bemerkt. Oder hat sich Pröll im ÖVP-Bundesparteivorstand vehement für die Streichung des § 209 StGB, für ein Antidiskriminierungsgesetz, für die Eingetragene PartnerInnenschaft ausgesprochen, und wir wissen's nur nicht? Wohl kaum! Mit seiner ÖVP-Unterstützung hat Haider jedenfalls Österreichs Lesben

und Schwulen schweren Schaden zugefügt. Wie soll sich die ÖVP jemals vor dem schwul/lesbischen Votum fürchten, wenn sich derartige Verräter an der schwul/lesbischen Sache trotz übelster Lesben- und Schwulenunterdrückung durch die ÖVP an die-



Alfons Haider von Sinnen? Proponent der „Initiative für Erwin Pröll“

se Partei anbiedern? Es drängt sich allerdings der dringende Verdacht auf, daß Haiders widerlicher Ranschmiß an die ÖVP eine Vorleistung für weitere Engagements auf den niederösterreichischen Provinzbühnen ist. Lieber Alfons Haider – wir finden Dein Verhalten wirklich unangebracht und sind furchtbar enttäuscht! Hast Du wirklich so wenig Selbstachtung, daß Du unseren ärgsten Unterdrückern auch noch den Hof machst und ihnen einen Persilschein ausstellst? Begreifst Du nicht, welch' verheerende Optik, welch' schreckliches Signal Du mit Deiner ÖVP-Unterstützung aussendest? Wenn sogar Österreichs prominentester Schwuler für die ÖVP eintritt (und Du kannst Pröll nicht isoliert von der ÖVP sehen!), dann kann diese Partei doch gar nicht so schlimm sein für Lesben und Schwule!

ÖVP-Abgeordnete im AIDS-Hilfe-Vorstand

Wie weit Anspruch und Wirklichkeit oft auseinanderklaffen können, vor allem

wenn es um politisch-moralische Prinzipienfestigkeit geht, zeigt auch der Fall der Steirischen AIDS-Hilfe (SAH). Dort wirkt die steirische ÖVP-Nationalratsabgeordnete Ridi Steibl als Kassierin. Die SAH spricht sich zwar offiziell für die Abschaffung des § 209 aus und war auch bis zur Affäre Bad Goisern in der Plattform gegen § 209 vertreten, aber die SAH-Funktionärin Steibl arbeitet diesen Forderungen diametral entgegen und stimmte im November 1996 nicht nur gegen die Streichung des § 209, sondern auch gegen die Aufhebung des Werbeverbots, dessen Opfer ja auch die AIDS-Hilfe mehrfach wurde (AIDS-Informationsbroschüren für schwule Männer wurden bekanntlich aufgrund des Werbeverbots beschlagnahmt)!

Kurt Zernig von den Rosalila PantherInnen brachte diesen Widerspruch bei der jüngsten Generalversammlung der SAH zur Sprache. Außer Zernig schien jedoch niemanden der SAH-Mitglieder zu stören, daß hier eine Schwulenunterdrückerin in einem Verein eine Funktion wahrnimmt, dessen Hauptklientel schwule Männer sein sollten. Jedenfalls war seine Gegenstimme die einzige, Steibl wurde als Kassierin wiedergewählt. Aber wie Zernig in seinem Bericht in der *Rosa-lila Buschtrommel* # 2/98 feststellt, scheint sich die SAH ohnehin nicht mehr besonders um diese Zielgruppe kümmern zu wollen. Die Enthomosexualisierung von AIDS und AIDS-Hilfen hat sich in einigen der nach der Zerteilung der Österreichischen AIDS-Hilfe 1991 gegründeten Bundesländer-AIDS-Hilfen sehr rasch gezeigt. Es scheint höchste Zeit zu sein, diesem Trend entgegenzutreten und entgegenzusteuern.

Aber auch in Wien hat die AIDS-Hilfe keine Berührungängste zur ÖVP, so trieb sich etwa der Wiener ÖVP-Kulturstadtrat Peter Marboe im AIDS-Hilfe-Haus bei dessen Eröffnung Ende November 1997 herum. Aber was soll man der SAH oder

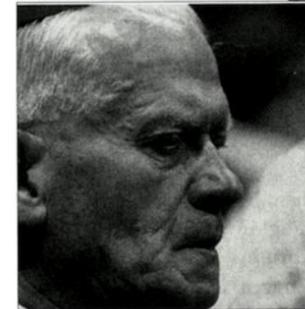
der AHW groß einen Vorwurf machen, wenn selbst Schwulengruppen konservative PolitikerInnen hofieren und offenbar meinen, unsere ärgsten UnterdrückerInnen würden umdenken und sich ändern, wenn man ihnen bloß einen Posten im Kuratorium des Vereins anbietet? Solange die FPÖ anti-homosexuelle Haltungen vertritt wie in der Nationalratsdebatte am 22. Jänner dieses Jahres (vgl. Seite 21-23) und vehement gegen jede noch so geringfügige Verbesserung der rechtlichen Lage von Lesben und Schwulen auftritt, ist es schlicht dumm, kurzsichtig und sicherlich auch kontraproduktiv, etwa die geschäftsführende Obfrau der FPÖ Susanne Riess-Passer ins Kuratorium des Rechtskomitees Lambda aufzunehmen.

Solange Dinge passieren wie Wahlwerbung für ÖVP-Politiker durch prominente Schwule oder man FPÖ-PolitikerInnen durch Funktionen im Schwulverein die Gelegenheit einräumt, sich als vermeintlich fortschrittlich zu präsentieren, werden diese Parteien überhaupt keinen Grund sehen, ihre Einstellung zu ändern. Wir dürfen uns dann wirklich nicht wundern, daß wir nicht ernstgenommen werden.

Michael Jackson nach Maria Roggendorf?

Wilde Gerüchte und Spekulationen löste der Wien-Aufenthalt Michael Jacksons diesen März aus. Wie aus gut informierten Quellen zu vernehmen ist, plant Jackson, gemeinsam mit Kardinal Hans Hermann Groër auf dem flachen Land des Weinviertels in der Nähe Maria Roggendorfs die Errichtung eines christlichen Disneylands zur Marienverehrung, das nicht nur als Wallfahrtsort selbst Lourdes den Rang ablaufen soll, sondern das als Vergnügungspark auch Strotrons geplante Weltkugel in Ebreichsdorf als müden Lunaparkabklatsch erscheinen lassen soll. Überdies plant Jackson die Errichtung eines hypermodernen

Kongeniale Partner? Michael Jackson (rechts) und Groër (unten) haben anscheinend gemeinsame Interessen: die Jungfrau-Verehrung und die Sorge um das Wohl von Kindern



Tonstudios, um neue Hits aufnehmen zu können. Dem Vergnügungspark sollen auch viele Einrichtungen für Kinder wie Kindergarten, Knaben-Volksschule und allerlei Freizeiteinrichtungen angeschlossen sein. Dem Vernehmen nach haben sich mit Jackson und Groër zwei kongeniale Part-



ner gefunden, die gemeinsame Interessen teilen, nämlich die Jungfrau-Verehrung und die Sorge um das Wohl von Kindern.

HOT LINE TO HEAVEN

AB 26.5.1998 • 20 UHR • TAGLICH AUSSER SO/MO UM 20 UHR • SCHAUSPIELHAUS WIEN • PORZELLANGASSE 19 • 1090 WIEN- TEL. 317 01 01



Gegen Abgabe dieses LN-Kupons erhältst du deine Eintrittskarte zu einer Vorstellung von HOTLINE TO HEAVEN im Schauspielhaus Wien um S 100,- (statt 250,-).

F.C.K. - THE ONLY THING THAT'S MISSING IS U!

Life Ball

Am 9. Mai 1998 findet der diesjährige Life Ball im Wiener Rathaus statt. Wie in den vergangenen Jahren hoffen wir, daß ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen den Ball durch ihre Anwesenheit nicht schänden und dadurch die gute Sache nicht beschmutzen werden. Der Ball ist längst ausverkauft. Wer keine Karte ergattern konnte, kann sich ja mit dem Eurovisions-Song Contest trösten, der am selben Abend aus Birmingham übertragen wird.

Männertagung

Unter dem Motto „Lust auf Männlichkeit“ findet vom 11. bis 14. 6. 1998 im Bildungshaus Neuwaldegg in Wien die „Österreichische Männertagung 1998“ statt. Sie wird sich mit Themen wie Männer in Familie, Partnerschaft, Arbeit und Freizeit, aber auch „schwules Männerleben“ beschäftigen. Information und Anmeldung bei: Franz Denné, Bildungshaus Neuwaldegg, Waldegg Hofgasse 5, 1170 Wien; Programm-Hotline: (01) 483 36 05-119.

Schwul/lesbisches Kulturstenogramm

[dialog://virtuell]

Rauminstallationen und Tanz

Noch bis 23. April zeigt das Tanztheater Homunculus dieses neue Projekt, das am 14. April zur Uraufführung gelangte. Auf Einladung des Siemens-Forums Wien entwickelten Manfred Aichinger und Nikolaus Selimov mit ihrem Ensemble einen Abend zum Thema Tanz und Technologie. Ausgangspunkt ist die künstlerische Auseinandersetzung mit veränderter Wirklichkeitswahrnehmung. Die virtuelle Welt dringt als scheinbar anonyme Handlungsebene in Körper, Kopf und Seele ein und beeinflusst unser Denken und Fühlen.

Der Zuschauer hat die Möglichkeit, sich im Siemens-Forum frei zu bewegen, die bewegten Installationen zu betrachten und dabei Dauer und Perspektive seiner Sinneswahrnehmung selbst zu bestimmen. Er ist eigeninitiativer Teilnehmer, tritt in Dialog mit den Tänzer-Technologie-Installationen und kann zum Teil auch selbst ins Geschehen eingreifen.

Täglich außer 20. 4., 20 Uhr: Kartenvorverkauf und Reservierung: Kassa im *dietheater*, Künstlerhaus, Karlsplatz 5. Mo-Sa 16.30-19 Uhr, Tel. 587 05 04. Abendkasse im Siemens-Forum, Dietrichgasse 25, 1030 Wien, ab 19 Uhr.



Wien ist andersrum 3

Das Festival der Verlockungen vom anderen Ufer (16. April bis 16. Mai 1998)

Auch die zweite Ausgabe des Festivals **WIEN IST ANDERSRUM** im Sommer 1997 hat eindrucksvoll bestätigt, daß in dieser Stadt das Publikumsinteresse für die kulturellen Verlockungen vom anderen Ufer ungebrochen ist. Das, obwohl in Konsequenz einer neuerlichen, rigorosen Unterfinanzierung durch die öffentlichen Kulturträger nur ein Teil des ursprünglich intendierten Programms realisiert werden konnte. Gleichwohl hat immerhin das Publikum auch 1997 ein eindeutiges Bekenntnis zu der von KünstlerInnen und Veranstaltern beabsichtigten Bereicherung des Wiener Kulturgeschehens abgelegt. Dementsprechend groß war und ist das Begehren von vielen Seiten, das Festival möge auch 1998 eine Wiederholung erleben.

ECCE HOMO hat sich entschlossen, heuer einen neuen Versuch zu unternehmen, das Festival aus dem Bereich des existenzgefährdenden und kreativitätszerstörenden Vabanquspiels herauszunavigieren. In der Hoffnung, der Erfolg des Unternehmens beim Publikum (und wenn nicht dieser, so doch mindestens die Macht der Gewöhnung) möge die erhitzten Gemüter beruhigen und das Verständnis für ein selbstbewußtes Auftreten der Homosexuellen-Kultur wachsen lassen. Zumal die kulturellen Hervorbringungen aus dieser Szene – q. e. d. – auch bei einem breiten Publikum Anklang zu finden vermögen. So ist die Ausrichtung von **WIEN IST ANDERSRUM 3** getragen von



„Party heut' Nacht“ – Das Beste der Geschwister Pfister
5.-8./10./12.-16.5., 20 Uhr; REMISE

der Utopie, auch diese Veranstaltungsreihe möge irgendwann einmal als selbstverständlicher Bestandteil der Wiener Kulturvielfalt betrachtet werden.

Wiederum wartet **WIEN IST ANDERSRUM** mit bemerkenswerten Neuvorstellungen aus der bunten (und kontrastreichen) Welt der Schwulen und Lesben auf – darunter auch solche, die 1997 aus den bekannten Gründen nicht gezeigt werden konnten. Mit neuen Programmen sind außerdem jene Künstler vertreten, die 1997 mit ihren Debüts

einen Überraschungserfolg landeten und so zu Shooting Stars der Szene avancierten. Und Neues gibt es auch von den etablierten Publikumslieblichen, deren außerordentlicher Erfolg in Anbetracht des unverändert hohen Einspielsolls zu einer tragenden Säule des Festivals geworden ist, weil er zu dessen Gesamtfinanzierung Entscheidendes beiträgt.

Dem gegen eine Förderung durch die Gemeinde vorgebrachten Einwand, die Stadt konkurrenzieren sich damit selbst (namentlich die Wiener Festwo-

chen), wurde mit einer Vorverlegung in den Zeitraum Mitte April bis Mitte Mai Rechnung getragen. Die von Gemeinde und Bund zur Finanzierung des Programms bewilligten Mittel von zusammen öS 900.000,- bleiben mit einem Anteil von rund 25% am Gesamtetat weiterhin denkbar bescheiden und bedeuten eine vergleichsweise konkurrenzlose Pro-Karten-Subvention von öS 90,-. Angesichts dieser Fakten haben die Veranstalter die Hoffnung, daß **WIEN IST ANDERSRUM 3** harmonischer und unaufregter als seine Vorgänger über die Bühne gebracht werden kann.

WIEN IST ANDERSRUM 3

Das Programm:

Donnerstag, 16.4., 20 Uhr;
REMISE, 2., Engerthstraße/
Walcherstraße

„PHETTBERGS
GALAGESPRACHE“

Festival-Eröffnung mit *Hermes Phettberg & Gästen*; Musik: *Die Blauen Engel*

Eine schwingvolle Eröffnung der dritten Festivalausgabe mit Österreichs outestem Homosexuellen in trauriger Runde mit gewichtigen Gästen und den ebenso charmanteren wie bissigen Blauen Engeln – als gebotene Konzession an Wiens Adabeis, Trendsetter und Seitenblicke-Society diesseits und jenseits des Ufers.



Die Blauen Engel. Foto: Janine Goldhaber

Freitag/Samstag, 17./18.4.,
20 Uhr; REMISE,
Sonntag, 19.4., 20 Uhr;
METROPOL, 17., Hernals
Hauptstraße 55

Die Blauen Engel (München):
„SHOUT, SISTER, SHOUT!“

Swing-Musik und „Closed
Harmony-Gesang“ im Stil der
20er und 30er Jahre

Die unumstößliche Widerlegung des Irrglaubens, das Phänomen „Girlie-Band“ sei eine Erfindung der 90er Jahre: Im androgynen Outfit aus Marlene Dietrichs besten Tagen zwitschern und schmetternd die drei Blauen Engel, begleitet von einer famosen Jazzband, den Swing der späten 20er und frühen 30er Jahre und wurden damit binnen kurzem zu heißbegehrten Shooting Stars des frivolen Entertainments – vergleichbar der rasanten Karriere eines Max Raabe. Mit den Geschwistern Pfister wiederum haben die kecken Gören gemein, daß es sich bei ihnen in Wahrheit um drei hochprofessionelle Schauspielerinnen handelt, die sich einen Jux daraus machen, die Herzen der Männer und lieber noch der stolzesten Frauen im Sturm zu erobern, wenn nicht gar für alle Zeit zu brechen.

Dienstag, 21.4., 20 Uhr;
BURGTHEATER

Georgette Dee & Terry Truck:
„NA ALSO, GOODBYE!“

Ein neuer Brecht-Abend (im
Rahmen von „BURG andersrum“)

Ohne SIE läuft die ganze Andersrum-Chose nicht: Die unvergleichliche Diva präsentiert ihr neues Brecht-Programm – und kehrt für diesen feierlichen Anlaß gemeinsam mit dem unersetzlichen „Herrn Terry“ am Klavier zurück an die Stätte ihrer ersten Wien-Triumphe: das Burgtheater.



Mouron

Freitag, 24.4., 20 Uhr; REMISE

Mouron & Terry Truck:
„mouron d'amour“

Das Stimmwunder aus Paris:
eine neue Piaf

Mouron – gerade mal 1,54 groß, aber von überwältigendem Charme und mit einem Herzen „so groß wie das Taj-Mahal“ – ist ein Wunderwerk Pariser Esprits und profunder Poesie: eine neue Dimension von exaltierter Fraulichkeit.

„Die monstres sacrés Piaf und Brel würden nicht gezögert haben, sie in ihrer Runde zu empfangen“, jubelte die französische Presse. Und Georgette Dee schwärmt über Mouron: „Da steht diese kleine Person und singt. Man versteht kein Wort, weil alles Französisch. Und doch laufen einem die Gänsehäute kreuz und quer.“ So ist es für die deutsche Diva Ehrensache, der französischen Kollegin ihren ganz persönlichen Herrn Terry als Begleiter dieser Österreich-Premiere zu überlassen.

Sonntag, 26.4., 20 Uhr;
VORSTADT, 16., Herbststr. 37

„KAISERIN SI.SI. VON EUROPA“

Kabarettistische Festakt für eine
lesbische Monarchin

Europas lesbischste Kaiserin ist zurück! Ihr Mythos ist lebendiger denn je! In einer musikalisch-kabarettistischen Solo-Performance rechnet die Wiener Autorin, Schauspielerin und Sängerin Elisabeth M. Klocker (von Gabor Rivo am Klavier begleitet) ab mit 100jähriger Sisi-Verkitschung und gibt der Kaiserin zurück, worum sie von nachfolgenden Generationen betrogen wurde: Monarchie und Unterleib.



Jordan & Arias

Mittwoch, 29.4./Freitag, 1.5.,
20 Uhr; METROPOL

Jordan & Arias:
„LES GRISETTES“

Operettenseligkeit als schrille
Travestie

Die Operette, der Wiener liebste Kunstgattung, einmal andersrum: Auf der derzeit lebendigsten Bühne der Stadt für schmissige Singspiele präsentieren Lorenzo Jordan & Claude Arias, zwei ebenso famose wie schrille Opernsänger aus den USA und Deutschland, die Wiener Operette (und nicht nur diese) als grandiose Travestie. Die schönsten Melodien, dargebracht mit viel Liebe fürs Genre und schrillum Witz, als eindrucksvoller Nachweis, daß auch in diesem Kunstgewerbe nicht alles ist, wie es oberflächlich scheint.



Janice Perry. Foto: Erik Borg

Donnerstag, 30.4., 20 Uhr;
REMISE

Janice Perry:
„OUT FROM UNDERGROUND“

Das neue Programm der US-
Stand-up-Komikerin

Mit sarkastischen Bemerkungen über Gott und die Lesbenwelt hat sie bei ihrem letztjährigen Festival-Debüt das weibliche Publikum – aber keineswegs nur dieses – in schiere Begeisterung versetzt. Die US-amerikanische Stand-up-Komikerin Janice Perry ist ein rarer Glücksfall, der beweist, daß man der sogenannten und so geschriebenen „Frauenundlesbenthematik“ mit Dreistigkeit und Selbstironie weit besser zu Leibe rückt denn mit larmoyantem Betroffenseitsgedusel. In dieser Walpurgisnacht sorgt sie mit ihrem neuen Programm für einen kabarettistischen Hexensabbat.

Donnerstag, 30.4., 20 Uhr;
KUNSTHALLE, 1., Karlsplatz,
Eintritt frei

Buch-Präsentation:
„SCHWULES WIEN“

Ein männerfreundlicher Reise-
führer von Andreas Brunner &
Hannes Sulzenbacher

Andreas Brunner und Hannes Sulzenbacher, verdiente Helden der österreichischen Homosexuellen-Bewegung und Mitorganisatoren der Regenbogen-Parade, präsentieren erstmals ihren bei promedia erscheinenden schwulen Reiseführer für Wien.

Samstag, 2.5., 20 Uhr; REMISE

„QUATSCH GOES QUEER“

Thomas Herrmanns & Georg Uecker präsentieren schwule Comedians

Thomas Herrmanns, Hausherr des „Quatsch Comedy Clubs“ auf PRO 7, und Georg Uecker, als Carsten Flöter in der „Lindenstraße“ seit Jahren eine Leitfigur der Schwulenszene, präsentieren eine geballte Ladung homosexuellen Entertainments – konzentriert auf einen Abend. Im angelsächsischen Raum hat sich eine spezifische Gay Comedy-Szene längst durchgesetzt und erreicht dort auch im TV Top-Quoten. Das schwule Special des erfolgreichen „Quatsch Comedy Clubs“ versucht – exklusiv für WIEN IST ANDERSRUM – erstmals, diesem Trend auch hierzulande zum Durchbruch zu verhelfen.



Dominique Visse

Sonntag, 3.5., 20 Uhr; RADIOKULTURHAUS, 4., Argentinierstraße 30a

Konzertabend DOMINIQUE VISSE

Vom Kastraten zum Countertenor: Ein Star-Altist durchstreift Jahrhunderte

Er ist im Nebenruf einer der „Drei Countertenöre“, aber vor allem ist der Altus Dominique Visse einer der profiliertesten

und originellsten Künstler der Alten Musik, von der Frührenaissance bis zum Barock. Auch als Operndarsteller hat Visse mit seinem überbordenden Witz und seiner überwältigenden Stimmkraft Triumphe gefeiert (etwa in der Innsbrucker „La Calisto“ von René Jacobs und Herbert Wernicke). Exklusiv für diese Kooperation von WIEN IST ANDERSRUM 3 und Radio „Österreich 1“ widmet sich der Gründer und Leiter des gefeierten „Ensembles Clément Janequin“ an diesem Konzertabend – begleitet an der Laute und am Klavier – der vielfältigen Musikgeschichte der Kastraten und den dazugehörigen, nicht immer ernstzunehmenden Klischees. Durch den Abend führt ORF-Redakteur Bernhard Trebuch.



Geschwister Pfister, Artwork: edith & jöbke

5.-8./10./12.-16.5., 20 Uhr; REMISE

„PARTY HEUT' NACHT“ – Das Beste der Geschwister Pfister

Tatsache ist, daß die Pfister-Geschwister und ihr liebezendes Fräulein Schneider die einzig wahren Privat-Sponsoren und Mäzene dieses Festivals sind. Ohne ihren (fast) selbstlosen, aber umso tatkräftigeren Einsatz wäre WIEN IST ANDERSRUM schon im ersten Jahr auf alle Zeiten in einem endlosen Finanzierungsloch verschwunden. 1997 erbrachten ihre Auftritte vor über 4000 Zuschauern der Gesamt-Unternehmung mehr Ertrag als die komplette

MA 7-Subvention. Durch ihren heldenhaften Kampf für ein weltumspannendes, glückbringendes Entertainment haben sie die Auftritte vieler anderer sehenswerter Künstler erst möglich gemacht. Obendrein sind sie für WIEN IST ANDERSRUM aber auch in künstlerischer Hinsicht unersetzbar, was sie mit ihrem brandneuen „Very, very Best of“-Programm neuerlich unter Beweis stellen werden.

Samstag, 9.5., 20 Uhr; REMISE

Geschwister Pfister-Special: „SONG CONTEST PARTY HEUT' NACHT“

inkl. TV-Liveübertragung & Grand-Prix-Party mit DJ Harry Lametta

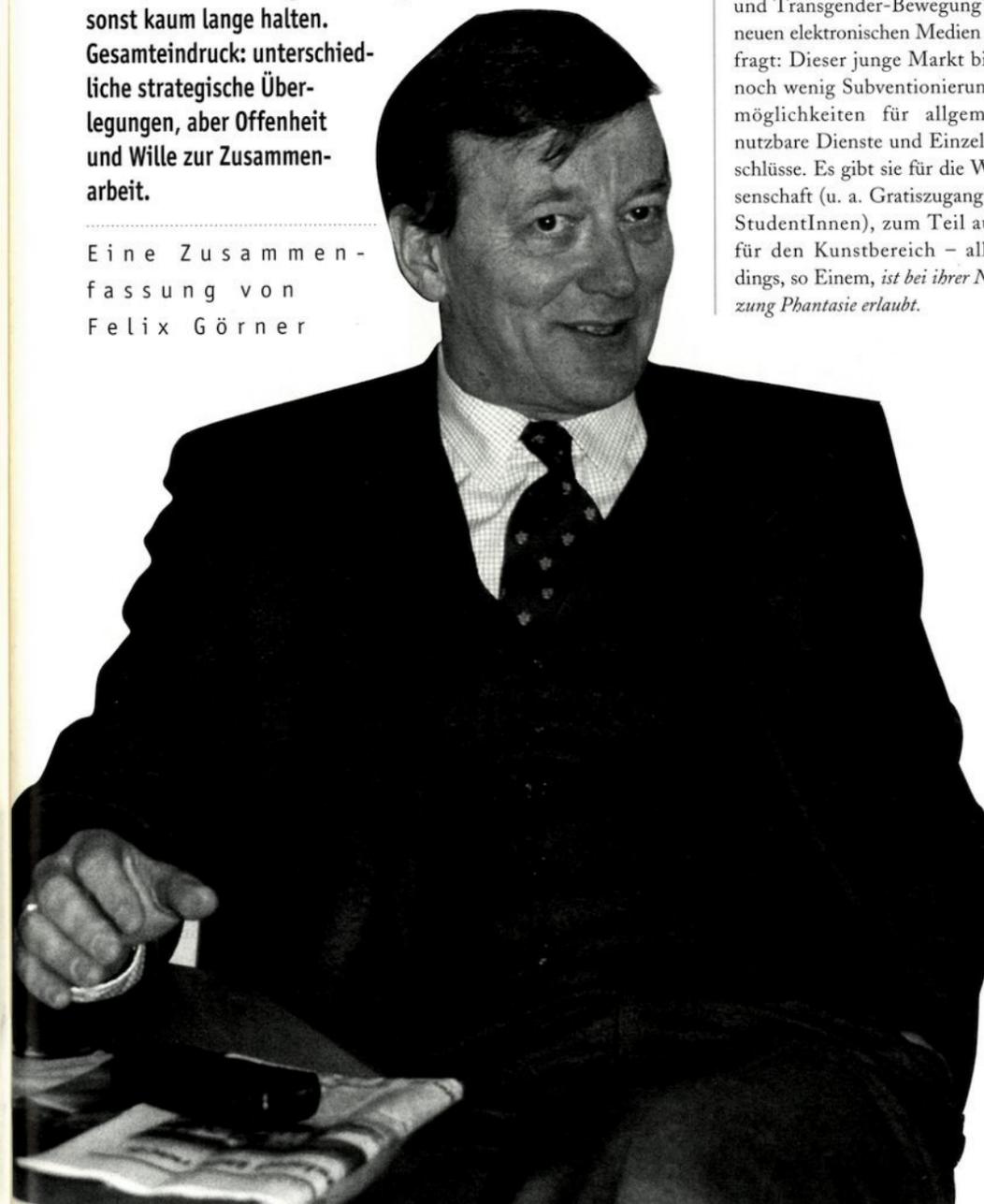
Das schwule Medien-Ereignis des Jahres: Der Eurovisions-Song Contest flimmert über Millionen Bildschirme, und in aller Welt versammelt sich die homosexuelle Gemeinde auf den Fernsehsofas wie die Christenheit zur Weihnachtsmette. In der Wiener Remise bietet sich an diesem Abend die exklusive Gelegenheit, das Kultevent der Gay Community mit internationalen Schlagern in der unvergleichlichen Interpretation der Pfister-Geschwister zu zelebrieren. Als Gastgeber des Abends wird Ursli Pfister die auf Großleinwände zugeschaltete TV-Übertragung kommentieren und den Saalfavoriten für die legendären „douze points“ ermitteln. Im Anschluß wird der heurige Contestsieger gefeiert bis in die Morgenstunden: mit einer Grand-Prix-Special-Tanzparty unter der fachkundigen Leitung von DJ Harry Lametta, der über ein lückenloses Archiv sämtlicher Songcontest-Hits verfügt.

Karten-Vorbestellung/ Vorverkauf: Österreich Ticket Express, Tel. 01-1793 Programm-Info: ECCE HOMO, Tel. 01-315 18 53 <http://www.fox.co.at/net/andersrum/>

Einem plädiert für breite öffentliche Diskussion

Vor allem für Bewußtseinsarbeit plädierte Doppelminister Dr. Caspar Einem (Wissenschaft, Forschung & Verkehr) bei der Rosa Runde am 23. März 1998 im HOSI-Zentrum. Teils wegen der Grenzen seines Handlungsspielraums, teils, weil mögliche Erfolge sonst kaum lange halten. Gesamteindruck: unterschiedliche strategische Überlegungen, aber Offenheit und Wille zur Zusammenarbeit.

Eine Zusammenfassung von Felix Görner



Da Caspar Einem gesellschaftliche Bewußtseinsarbeit hoch bewertet, wurde er zunächst als Telekom-Minister nach Chancen für die Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Bewegung bei neuen elektronischen Medien gefragt: Dieser junge Markt biete noch wenig Subventionierungsmöglichkeiten für allgemein nutzbare Dienste und Einzelanschlüsse. Es gibt sie für die Wissenschaft (u. a. Gratiszugang für StudentInnen), zum Teil auch für den Kunstbereich – allerdings, so Einem, ist bei ihrer Nutzung Phantasie erlaubt.

Uni-Autonomie: Zement fürs Patriarchat

Die Forschungsmöglichkeiten zu Homo- und Bisexualität sowie Transsexualismus und Transgender (Queer Studies) können nur schrittweise entwickelt werden, erklärte uns der Wissenschaftsminister. Was schwächt seinen Einfluß so? Vor allem die erst kurz bestehende Autonomie der – (nur) bei Lehrenden – extrem männerdominierten Unis: In Fragen der Chancengleichheit und Gleichstellungspolitik scheinen Politiker, bei aller denkbaren Kritik, im Durchschnitt aufgeklärter zu sein, konstatiert der Ressortchef.

Sogenannte Herta-Firnberg-Stellen für Forscherinnen oder die Wiener Gastprofessorinnenstelle für Frauen- und Genderforschung (ab Oktober) lassen sich die Unis extra bezahlen. Bleiben Einems Streben, Lehrposten-Berufungen zugunsten von Frauen zu entscheiden, die ambivalente Freude darüber, daß die allermeisten Stellen bislang noch unter das alte Universitätsrecht fallen, sowie vor allem mühsame öffentliche Debatten – manchmal spielen die Medien sogar mit. Und geförderte Forschungsprojekte.

Projektforschung

Hauptquelle: Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF), jährlich (nur) rund 800 Millionen Schilling. Da wir selbst keine Projekte entwickeln, wären förderbare Anträge nötig. Tip: Kopie an mich persönlich – und es macht Sinn, derartige Projekte auch im Ministerium selbst einzureichen. Das vergibt einzelne Aufträge (andere Ressorts in noch kleinerem Umfang). Ein Beispiel, be-

„Alte Lampe“

Wiens älteste Gay-Bar

Heumühlgasse 13
A-1040 Wien

Tel. 587 34 54

Gemütliche Atmosphäre bei Pianomusik



ÖFFNUNGSZEITEN:

SO, MI und DO: 18 bis 1 Uhr
FR und SA: 20 bis 3 Uhr
SO Happy Hour: 18 bis 20 Uhr
FR und SA: Pianomusik

Jeden 4. Mittwoch im Monat
Bärenstammtisch ab 19 Uhr

gonnen unter Busek: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – knapp 60 Millionen, verteilt auf fünf Jahre. Außerdem finanzieren wir mehrjährig angelegt den Bereich Frauenforschungsprojekte.

Einem Angebot zu Queer Studies, über Einzelprojekte hinaus: Denkbar wäre, zunächst ein Umbrella-Projekt zu entwickeln, das genau derartige Themen – fächerübergreifend oder in einem Fächer-Mix – systematisch zu einem Schwerpunkt für eine Zeit bündelt. Dazu ist es notwendig, daß wir mit euch einen Weg der Kommunikation finden, um den Grundgedanken dafür zu entwickeln. Übrigens wird derzeit die Leitung der zuständigen Abteilung neu besetzt – mit einer Frau.

Organisationsberater

Zu seinem Lauschangriff mittels Uni-Spitzeln erläutert Einem: Den Studierenden werden unglaublich viele notwendige Organisationsschritte abverlangt, mit denen massenhaft Lebens- und Studienzeit verlorengeht: Spießrutenlauf bei Übungsanmeldung und Skriptenbeschaffung, zeitlich unkoordinierte Lehrveranstaltungen – Dinge, wo einem wirklich das Messer in der Tasche aufgeben kann. Da weder StudentInnen noch Lehrende OrganisationsexpertInnen sind, sollen sich eben externe Profis in die Position der Studierenden versetzen.

Dieses System bietet keine Orientierung für Menschen, die sich ein Studium zum Bereich Homosexualität, Bisexualität, Transsexualismus oder Transgender zusammenstellen wollen – die bislang einzige Hilfe ist das vom HomoBiTrans-Referat der Uni Wien jedes Semester herausgegebene Kommentierte Vorlesungsverzeichnis (KoVo). Ist da „Spitzel“-Hilfe zu erwarten?

Einem versichert: Das Ministerium ist an Informationsaustausch interessiert, wie etwa bei der jetzt laufenden großen Fragebogenaktion. Allerdings sei er für das Funktionieren des Systems zuständig, für die Kontrolle und Weiterentwicklung vorrangig die HochschülerInnenschaft. Zu ge-

sellschaftlichen Anliegen kann ich versuchen, einen Diskurs zustande zu bringen – was dabei hilft, ist, wenn ich ihn nicht allein führe.

Als Verantwortlicher für den Neuentwurf des SPÖ-Programms strebt Einem nach Straffung sowie Konzentration auf nur fünf Kerngrundsätze – was wird da von den klaren Formulierungen gegen Diskriminierung sowie für die Gleichberechtigung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften bleiben?

Antwort: Schon in der Vor-Diskussion im SPÖ-Präsidium sagten nicht wenige, insbesondere Frauen, die Berücksichtigung von Lesben und Schwulen muß deutlich ausformuliert werden. Dafür ist es übri-



Premiere: Ein Minister im HOSI-Zentrum (am Foto mit Felix)

gens auch notwendig, daß die anschließende öffentliche Diskussion entsprechend breit geführt wird. Ein Antidiskriminierungsgesetz hält Einem für nicht mehr endlos weit entfernt. Die geforderte Staatszielbestimmung per Verfassung hingegen findet er legitim, aber weder erreichbar noch zielführend.

Besser als die Forderung nach Entschuldigung der Bundesregierung bei den 13.046 bis 1971 Verurteilten (Totalverbot, § 129 b StGB) fände Einem eine nachträgliche Aufhebung der Urteile. Diese Rehabilitierung brächte den Betroffenen auch nicht mehr, wäre aber ein deutliches Signal, daß sich die Rechtsauffassung in dieser Republik nicht nur für die später Geborenen geändert hat. Für erreichbar jedoch hält er allenfalls

klare politische Äußerungen – vielleicht vom Kanzler ...

Sorgen macht Einem der Marsch zurück im Strafrecht: Wir sind weit hinter der Anfang der 70er Jahre nach jahrzehntelanger Diskussion erreichten Öffnung. Strafdrohung und –dauer steigen, gesetzlich doppeln wir ständig an zusätzlichen Tatbildern nach. Einmal eingeschlagene Pföcke halten eben nicht garantiert: Es bedarf auch weiterhin eines aktiven Tuns dafür.

Der Ex-Innenminister, gefragt nach einer Lesben- und Schwulenquote für Polizei und Gendarmerie (Vertrauensbeauftragte wie in Deutschland): Das ist eine Bevölkerungsgruppe, die stark in traditionalistischen Mustern und Ängsten steckt. Da ist Grundaufräu-

mungsarbeit notwendig, bevor wir einen halben Schritt weiterkommen. Ein unendlich langer Weg – der aber besritten werden muß.

Immer nur kleine Schritte?

Zur Politik der kleinen Schritte gefragt, erläutert Einem: Leider – auch ein Etappensprung, wie die Abschaffung zweier Paragraphen 1996 hat ja elendslang gedauert. Nicht nur aus bösem Willen, sondern weil die nötige Aufklärung einfach sehr viel Alltagsmühe verlangt und nicht beliebig überspringbar ist: Man kann gelegentlich tricksen, um ein bisschen schneller zu sein – aber in der Regel fährt man damit ein: Das gilt leider für alle grundlegenden Reformprozesse. Aber: Das heißt noch lange nicht,

daß man das Kämpfen aufgeben darf, es ist nur eben zäh. Eine Verbesserung werden wir wohl erleben, wenn wir einiges dafür einsetzen – das Paradies wird's halt nicht, fürcht' ich.

Wie stark ist Einem als Lobby-Partner in der Regierung? Die ist ein Haufen von fuffzehn Leut, ganz gewöhnlichen Menschen, die jeder a Hackn haben, die mehr ausfüllt, als man allenthalben annimmt – Zeiten für beschauliches Nachdenken gibt's da nicht. Also werden wir breitere Allianzen finden müssen als nur fünf Hanseln im Ministerrat.

Sein Stand als SPÖ-Hoffnungsträger? Er korrigiert: Hoffungs-schimmer, ohne Hausmacht. Aber offenbar von einer gewissen Anziehungskraft für ein bestimmtes Wählerspektrum – die 30%-Hürde in diesen 08/15-Umfragen der-mach' i normalerweise, bin also nicht so leicht zu kassieren. Diesen Spielraum darf man nur nicht jeden Tag nützen wollen, und nicht für alles. Stärke? Für manches wahrscheinlich genug, insbesondere bei entsprechender Resonanz – für die das allgemeine Bewußtsein, etwa bezüglich NATO/Neutralität, größer ist als für unsere Anliegen.

Sieht Einem Alternativen zur Koalition mit der VP? Rechnerisch nicht. Vergleich Schleswig-Holstein, BRD: Daß jetzt grüne Stimmen zur SPD gewandert seien, habe sie auch nicht vermehrt. In beiden Ländern haben wir seit Jahren eine Rechtsmehrheit. Dennoch tritt er dafür ein, Flagge zu zeigen, was aber leider keine Erfolgsgarantie ist. Und die Chance, die Haltung des ÖVP-Klubs aufzuweichen? Ganz schlecht, weil da nicht nach moralischen Kategorien gespielt wird. Einzelne Abgeordnete mögen privat gewinnbar sein, aber dann ist da die Kholsche Brutalität...

Einem auf der Parade?

Trotz seines doppelministeriellen Terminwildwuchses nach einer Teilnahme an der Regenbogen-Parade gefragt, meinte Einem abschließend: Zumindest drüber nachdenken wird man ja noch dürfen.

HOSI Wien aktiv

Gesetzesbegutachtung

Am 12. Februar 1998 übermittelte die HOSI Wien dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende Stellungnahme zu dessen Entwurf eines Wirtschaftskammergesetzes:

Im § 124 Abs 3 Zi 4 (Abschnitt „Eintragungsgebühren“) des Entwurfs werden bestimmte Angehörige genannt, die im Falle eines Übergangs eines Betriebes auf sie keine Eintragungsgebühr zu entrichten haben. In der Aufzählung dieser Angehörigen sind zwar Ehegatten angeführt, nicht jedoch gleichgeschlechtliche LebensgefährtInnen.

Da es für ein gleichgeschlechtliches Paar in Österreich leider immer noch nicht möglich ist, seine Beziehung rechtlich abzusichern, etwa durch eine Eingetragene PartnerInnenschaft wie in den nordischen Ländern und den Niederlanden, erachten wir es als unerlässlich, in diesem Gesetz eine sachlich nicht gerechtfertigte Diskriminierung gleichgeschlechtlicher LebensgefährtInnen auszuschließen, und schlagen daher vor, nach dem Wort „Ehegatten“ die Wörter „oder gleichgeschlechtlichen LebensgefährtInnen“ einzufügen.

Dieses Beispiel zeigt auch wieder mit aller Deutlichkeit, daß eine Anpassung von Einzelgesetzen nicht zielführend sein kann, weil es so viele Gesetze sind. Eine vernünftige Form der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften kann nur durch ein Gesetz über eine Eingetragene PartnerInnenschaft nach nordischem Muster erfolgen, in der in einer Generalklausel festgehalten wird, daß alle Bestimmungen,

die für die Ehe und Ehegatten gelten, nun auch für Eingetragene PartnerInnen(schaften) zu gelten haben. Ausnahmen müßten in einem solchen Gesetz eigens angeführt werden.

Pressekonferenz über Rumänien

Am 16. Jänner 1998 lud die HOSI Wien ins Café Landtmann zu einer Pressekonferenz, auf der Scott Long, Mitarbeiter der International Gay and Lesbian Human Rights Commission (IGLHRC) in San Francisco, seinen gemeinsam mit Human Rights Watch, der größten Menschenrechtsorganisation der USA, herausgegebenen Bericht über die Lage von Lesben und Schwulen in Rumänien präsentierte. Scott hatte längere Zeit in Rumänien gelebt und bei vielen Behörden und offiziellen Stellen recherchiert sowie inhaftierte Schwule in Gefängnissen besucht, wo katastrophale und unvorstellbare Zustände herrschen.

In dem Bericht wird aber auch die neue Gesetzeslage heftig kritisiert, die 1996 durch die Reform des § 200 rumän. StGB entstanden ist. Die österreichischen Medien zeigten wenig Interesse, eine Mitarbeiterin der APA war die einzige, die sich ins Landtmann verirrt. Dafür war die Pressesprecherin der rumänischen Botschaft in Wien erschienen, die sich äußerst gut informiert und aufgeschlossen zeigte. Blue Danube Radio brachte am 24. 1. ein längeres Interview mit Scott.

KK



Einfach Liebe

In einer Kooperation von HOSI Linz, den Grazer RosaLila PantherInnen und HOSI Wien ist Anfang April ein Jugendfolder erschienen. Der durchgehend vierfarbig und in einer Auflage von 37.000 Stück gedruckte Flyer trägt den Titel „Einfach Liebe – junge Lesben und Schwule erzählen“. Auf acht Seiten sind Zitate zu den Themenkreisen Eltern, Schule, erste Liebe und Beziehung gesammelt. Ein Schwerpunkt widmet sich Selbsthilfe-Jugendgruppen, und auf der Rückseite sind alle wichtigen Adressen und Telefonnummern sowie eine kurze Buchliste angeführt.

Noch im April wird eine prominente besetzte Pressekonferenz stattfinden, auf der der Folder der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. Er soll an alle SchulsprecherInnen in Österreich versandt werden. Von Interessierten können dann größere Stückzahlen bei den herausgebenden Organisationen angefordert werden. Ziel dieses in Österreich bisher einmaligen Projektes ist es, Lesben und Schwulen schon früh ein Coming-out zu ermöglichen, sie bei

ihrem Selbstfindungsprozeß zu unterstützen und über Anlaufstellen zu informieren. Trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen und einer stärkeren Medienpräsenz von Homosexuellen ist auch heute für die meisten das Zurechtfinden mit dem eigenen Lesbisch- oder Schwul-Sein ein langwieriger und teils problembehafteter Prozeß. Der Folder soll die Jugendlichen in dieser Phase unterstützen. Er soll sie auch zu einem „weichen“ Einstieg über Selbsthilfe-Initiativen lenken und eine Alternative zur Lokalszene aufzeigen.

CH

Lesben und Schwule in der Arbeitswelt

Am 18. März 1998 nahm Waltraud Riegler an einer Diskussionsveranstaltung der SOHO (Sozialismus und Homosexualität, ein Arbeitskreis in der Sozialdemokratie) zur Situation von Lesben und Schwulen in der Arbeitswelt statt. Gemeinsam mit Manfred Wolf, Sprecher der AHOG, Arbeitsgruppe für homosexuelle Männer und Frauen

in der Gewerkschaft der Privat-angestellten, wurden mögliche Sanktionsformen für Arbeitgeber, die Lesben und Schwule diskriminieren, und unterschiedliche Strategien lesbischer und schwuler ArbeitnehmerInnen dargestellt und aktuelle Diskriminierungsbeispiele gegeben.

WR

Solidaritätsfest

Am 7. Februar 1998 fand das von der Lesbengruppe der HOSI Wien organisierte Solidaritätsfest zugunsten der guatemaltekischen Lesbianorganisation

Mujer-Es Somos (siehe LN 4/97, S. 23 ff) statt. Das

Fest stand unter dem Motto Vernetzung. Dementsprechend war die HOSI Wien liebevoll mit selbstgebastelten Spinnen, Spinnweben und einem Spinnrad dekoriert. Frau feierte bis in die frühen Morgenstunden. Die Einnahmen wurden von der HOSI Wien auf das Doppelte aufgestockt und werden anlässlich des nächsten Treffens der Guatemala-Initiative mit Mujer-Es Somos persönlich überreicht werden.

BF

Initiative Minderheiten

Bei der Generalversammlung der Initiative Minderheiten am 21. März 1998 wurde HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler für weitere zwei Jahre in den Vorstand als Vertreterin der Lesben und Schwulen gewählt. Als Obfrau wurde Ursula Hemetek bestätigt.

Die Initiative Minderheiten ist ein Zusammenschluß von verschiedensten Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, die gemeinsam versuchen, auf die Anliegen von ethnischen, sozialen und religiösen Minderheiten aufmerksam zu machen.

Eines der Projekte des vergangenen Jahres war die Erfassung von Adressen all dieser Minderheitengruppen; dieses Verzeichnis wurde nun als überarbeitete, zweite Auflage des Minderheiten-Handbuchs herausgegeben: „Wege zu Minderheiten – ein Handbuch“ (verlegt im Drava-Verlag, Klagenfurt/Celovec). Am 4. März wurde das Handbuch im Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek feierlich präsentiert. Waltraud Riegler war an diesem Buchprojekt beteiligt und hatte die Recherchen für die Lesben- und Schwulenadressen übernommen.

WR

EU-Lobbying

Die Anti-Diskriminierungsklausel, die als berühmter Artikel 6a in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen wurde (vgl. LN 3/97, S. 42 ff), ist inzwischen zum Artikel 13 EG-Vertrag (EGV) umnummeriert worden. Und der EU-Kommission scheint es ernst zu sein, ihn mit Leben zu erfüllen. So hat die britische EU-Präsidentschaft in Absprache mit der Generaldirektion V für den 8. und 9. April 1998 zu einem ersten Treffen hochrangiger Beamter aus allen 15 Mitgliedsstaaten nach Oxford eingeladen, um eine erste Meinungsbildung darüber in Angriff zu nehmen, wie die im Artikel 13 angesprochenen „geeigneten Vorkehrungen“ aussehen könnten, „um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder des Glaubens, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“. Die HOSI Wien hat sich in diesem Zusammenhang sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne mit den zuständigen österreichischen Stellen in Verbindung gesetzt, um den Namen des Vertreters Österreichs zu erfahren und um diesen noch vor dem Meeting in Oxford zu einem Gespräch zu treffen.

Dies ist gelungen: Die HOSI Wien wird am 6. April, wenn

diese Ausgabe der LN gerade in die Druckerei kommen wird, mit dem Vertreter Österreichs in Oxford, einem Mitarbeiter des Bundeskanzleramts, zu einem Gespräch zusammentreffen.

KK

Internationaler Frauentag

Am 8. März – dem Internationalen Frauentag – nahmen dieses Jahr elf Frauen der HOSI Wien an der traditionellen Frauen/Lesben-Demo in Wien teil. Ursprünglich war ein Programmpunkt der Lesbengruppe der HOSI Wien im Zuge der Demo geplant, der aber lei-



8. März: Frauen/Lesben-Demo in Wien

Foto: Barbara Fegerl

der an Kommunikationsproblemen scheiterte. Trotz Regens und Kälte hartete die HOSI-Abordnung guter Dinge bis zur Schlußkundgebung am Praterstern aus. Danach ging es zu Kaffee, Kuchen und Diskussion ins HOSI-Zentrum.

BF

Teilnahme an EU-Projekten

Wie berichtet (LN 1/98, S. 54), nimmt die HOSI Wien am ILGA-Europa-Projekt *Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen – eine für den zivilen und sozialen Dialog relevante Frage* teil. Dieses Projekt wird von der EU mit fast 40.000 ECU gefördert, aber dieser Betrag deckt nur 60 Prozent der Kosten. Um die Restfinanzierung bemühen sich nun die Projektpartner in den verschiedenen Ländern, dar-

unter auch die HOSI Wien. Wir stellen Subventionsansuchen an das Europa-Staatssekretariat, an die Sozial- sowie die Frauenministerin. Sozialministerin Lore Hostasch hat als erste reagiert und der HOSI Wien eine Förderung von S 40.000,- für dieses Projekt gewährt. Teil dieses Projekts ist die Zusammenstellung eines Berichts über die rechtliche und soziale Lage von Lesben und Schwulen in den 15 EU-Staaten. Der Bericht über Österreich wurde bereits von Kurt Krickler verfaßt und dem Redaktionsteam übermittelt.

Die HOSI Wien beteiligt sich, neben der AIDS-Hilfe Wien, auch an einem EU-Projekt zur Evaluierung von an homosexuell

aktive Männer gerichteten HIV/AIDS-Präventionsmaßnahmen, an dem AIDS-Organisationen und Lesben- und Schwulengruppen in elf Mitgliedsstaaten mitarbeiten. Für dieses Projekt hat die EU-Kommission eine Förderung von 166.000 ECU gewährt. Es geht darum, schwule Prävention auf ihre Effektivität hin zu überprüfen, Mängel in der Prävention festzustellen, Forschungen in dieser Hinsicht zu entwickeln und grundsätzlich geeignete Evaluierungsprogramme zu erstellen, die dann europaweit zur Evaluierung von Präventionsprogrammen eingesetzt werden können.

Holocaust-Fonds

Die HOSI Wien ist nun jener internationalen Arbeitsgruppe beigetreten, die sich gebildet hat, um die schwulesbi-

schen Anliegen gegenüber den beiden jüngst gegründeten Fonds für die Opfer des Nationalsozialismus zu vertreten. Wie berichtet (vgl. LN 1/98, S. 55), gehörten dieser Arbeitsgruppe bisher IGLHRC, der *World Congress of Gay and Lesbian Jewish Organizations (WCGLJO)*, ILGA-Europa und Pink Cross – Schwulenbüro Schweiz an. Auf einem Meeting der Arbeitsgruppe am 21. und 22. Februar 1998 in Berlin, an dem Kurt Krickler als ILGA-Europa-Vertreter teilnahm, wurde beschlossen, die Arbeitsgruppe nunmehr *Pink Triangle Coalition – An International Coalition for Coordinating Affairs Relating to Nazi Persecution of Gay Men and Lesbians* zu nennen und den Schwulenverband in Deutschland (SVD) und eben die HOSI Wien als deutsche bzw. österreichische Vertreter in diese Koalition aufzunehmen.

Bei den zwei genannten Fonds handelt es sich um den mit 275 Millionen Schweizer Franken dotierten Schweizer Fonds für bedürftige Holocaust/Shoah-Opfer und den im Dezember 1997 im Zusammenhang mit der Londoner Nazi-Raubgold-Konferenz ins Leben gerufenen „Internationalen Fond für bedürftige Opfer der Nazi-Verfolgung“. Dessen Fondmittel werden von den Beiträgen der einzelnen Gebirgerländer abhängen, er wird aber sicherlich auch mit einem Milliardenbetrag dotiert sein. Die Gebirgerländer, darunter auch Österreich, können bestimmen, für welche Zwecke ihre Beiträge verwendet werden sollen. Es werden nicht nur Entschädigungen an überlebende Einzelpersonen ausbezahlt, sondern es können auch Projekte in Bereichen wie Erziehung und Gedenken (Ausstellungen, Gedenkstätten etc.) finanziert werden. Als Partnerinnen für solche Projekte können Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auftreten. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß sie in eine Liste im Anhang jener Vereinbarung aufgenommen werden, mit der dieser internationale Fond begründet wurde. Dies versucht nun die Pink Triangle Co-

alition zu erreichen, denn bisher befindet sich, was etwas willkürlich geschah, nur Pink Cross auf dieser Liste, offenbar, weil die Schweizer Organisation aufgrund ihrer Mitarbeit im Schweizer Fond dem britischen Foreign and Commonwealth Office (FCO), das federführend die Errichtung dieses internationalen Fonds betrieb, bekannt war.

Überdies hat die Coalition dem FCO ein Papier über die Verfolgung von Lesben und Schwulen im Dritten Reich übermittelt, damit dieses Dokument Eingang in den offiziellen Bericht der Londoner Nazi-Raubgold-Konferenz finden soll. Wie in den LN 1/98 (S. 55) berichtet, wurde ja der WCGLJO-Vertreter Jack Gilbert trotz eifriger Bemühungen nicht zur Teilnahme an dieser Konferenz zugelassen, was zur Folge hatte, daß das Thema „Lesben- und Schwulenverfolgung im Nationalsozialismus“ völlig ignoriert wurde. Sollte die Pink Triangle Coalition nach den Fond-Regeln als NGO anerkannt werden, könnte sie sich um die Finanzierung lesben- und schwulenspezifischer Projekte bemühen.

Was den Schweizer Fond betrifft, so wurden bereits fünf homosexuelle NS-Opfer daraus entschädigt, darunter Erwin Widschwentner, wobei unsere Meldung in den LN 1/98, S. 55, daß sein Antrag der erste eines homosexuellen NS-Opfers gewesen sei, nicht korrekt war.

Die fünf Antragsteller haben je 2.000 Schweizer Franken aus dem Fond ausbezahlt bekommen, was eigentlich eine sehr geringe Summe ist. In einem Budgetentwurf sieht der Schweizer Fond 300.000,- CHF für die Unterstützung homosexueller Überlebender vor. Wenn den Betroffenen nur derartige Minisummen ausbezahlt werden, wird der Fond auf seinem Geld wohl sitzen bleiben.

KK

Reich und Schön²



Die Welt ist voll Ungerechtigkeit. Wir müssen jetzt etwas dagegen tun.“

Mit dieser politisch brisanten Aussage begründen Gloria Gay und Marlene von D. ihre Motivation für die neue Show (Reich und Schön²), mit der sie gerade weltweit Triumphe feiern. Ist die Nachfolgeshow von „Reich und Schön“, die letztes Jahr auch in Wien das Publikum begeisterte, tiefgründiger gestaltet? „Ja, wir haben diesmal auch ein konkretes Motto: ‚Das Leben im Laufe der Zeit‘“, geben sich die beiden Weltstars bei ihrer Pressekonferenz im Spiegelsaal der Wiener Hofburg kritisch. Wie immer in den letzten Jahren werden sie auch heuer wieder – unterstützt von Miß Marilyn, Peter Hiller und der Lovebird Dance Company – im Ernst Happel-Stadion in Wien gastieren, nämlich am 6. und 7. Juni um 20:00 Uhr. Bei Schlechtwetter findet die Veranstaltung im AERA, Wien 1, Gonzagagasse 11, statt. Karten können noch unter der Nummer 533 53 14 reserviert werden. Die Einnahmen dieser Benefizveranstaltungen kommen übrigens ausschließlich den KünstlerInnen zugute.

Daß du mein Schatzerl bist...

Unsere Geschichte beginnt im Sommer 1994 auf einer Tramwayfahrt der Gruppe „Lesben über 30“. Noch ahnt niemand, daß in jenem Jahr Sapphos Tra(u)m die Sappho Singers Unlimited hervorbringen würde. Im Zuge dieser Fahrt gibt es am Karlsplatz eine Musik-Einlage, die wegen ihrer geringen Qualität beim doch teils musikkundigen Publikum schlecht ankommt. Einige der enttäuschten Musikliebhaberinnen entscheiden beim abschließenden Heurigenbesuch, daß es so nicht weitergehen könne. Sie beschließen, einen Chor zu gründen, der in Zukunft das Kulturangebot für Wiens Lesben bereichern würde.

Ein Bericht von Barbara Fegerl

Eine Chorleiterin wird gefunden, und durch Inserate und Mundpropaganda können weitere interessierte Frauen für den Chor geworben werden. Die Proben und das Erarbeiten eines Repertoires beginnen. Da außer der Chorleiterin Regina Himmelbauer keine der Frauen professionelle Sängerin oder Musikerin ist, sind Reginas mitreißende und einfühlsame Art sowie ihr pädagogisches Geschick außerordentlich wichtig. Sie schafft es, aus den bunt zusammengewürfelten Frauen innerhalb kürzester Zeit einen richtigen Chor zu machen.



folgt gleich im Juni im Zuge der Tramwayfahrt. Die Sappho Singers Unlimited feiern ihr einjähriges Bestehen.

Take my hand – Nein danke!

Wer schon einmal das Glück hatte, bei einem Sappho Singers Unlimited-Konzert dabei zu sein, weiß, daß die musikalische Darbietung zusätzlich durch Choreographie und Requisiten „gewürzt“ wird. Ich erlebe die Sappho Singers Unlimited zum ersten Mal am 14. Juni 1997 in der Stadtinitiative Wien, wo sie *Von Z bis A* singen. Die Lieder werden natürlich andersrum als gewöhnlich geordnet vorgetragen, wobei jeder neue Buchstabe durch witzige Texte regelrecht

zelebriert wird. Andere Einlagen bei verschiedenen Konzerten sind ein Einsingen des Publikums gemeinsam mit den Chormitgliedern, das Kommentieren von Liedtexten mit Hilfe von Schildern. *I can't help falling in love with you* wird als *Lüge!* entlarvt, während *Take my hand* mit *Nein danke!* ausgeschlagen wird.

Das Outfit der Sappho Singers Unlimited reicht von konservativen Kostümen bis zur Lederkluft und wird zu einem besonderen Anlaß auch einmal in Lady-Di-Manier versteigert. Kurz und gut: Das Publikum kann sich bei einem Auftritt der Sappho Singers Unlimited stets auf einige Überraschungen gefaßt machen.

We are lesbians – do you know

Die Sappho Singers Unlimited nennen sich einen „Chor von Lesben und Freundinnen“. Am Beginn ihrer Existenz gibt es Diskussionen über die Einführung einer „Hetera-Quote“, die bei maximal 25 Prozent festgesetzt, aber nie relevant wird. Die durchschnittliche Anzahl der Chormitglieder pendelt sich mit der Zeit auf ca. 15 Frauen ein. Heute sind noch sieben der Gründungsfrauen aktiv im Chor beteiligt. Das durchschnittliche Alter der Chormitglieder wird nicht verraten, aber mir wurde angedeutet, die Unter-30jährigen wären schon immer in der Minderheit gewesen. Das politische Ziel des Chors ist, Lesben sichtbar und hörbar zu machen. Der persönliche Beweggrund der Sappho Singers ist ihre Freude am Singen. Proben finden jeden Dienstag um 19.15 Uhr im Musischen Zentrum (1080, Zeltgasse 7) statt. Interessierte Frauen sind herzlich willkommen.

Veranstaltungstip: Das traditionelle Frühsommer-Konzert der Sappho Singers Unlimited wird dieses Jahr am Samstag, den 16. Mai im Schutzhause *Zukunft* auf der Schmelz (1150, Verlängerte Guntherstraße) begangen.

Brennpunkt: Frauencafé

Es hat also viele Strömungen gegeben, aber das Frauencafé blieb so immer das Frauencafé. Für die einen zu anrühlich, weil es zu feministisch ist. Für die anderen zu anrühlich, weil zu lesbisch. Sandra*, Mitarbeiterin 1982

Ein Bericht von Kathy Bryla

Es ist ein Anmachlokal. Es soll das auch sein. Es ist das einzige, das es gibt. Es soll diese Funktion haben, stellt Sandra*, eine Mitarbeiterin des Frauencafés aus dem Jahre 1982, fest – und auch Eva Prinz, derzeitige Obfrau des Cafés, stimmt zu, daß es sich halt von einem Frauenlokal zu einem Lesbenlokal sicher hinentwickelt hat. Die Tatsache der „Hinentwicklung“ verweist darauf, daß dies nicht immer so gewesen sein kann. Es dürfte auch nicht im Sinne der Gründerinnen gewesen sein, ein Lesbenlokal zu schaffen, als im Dezember 1977 das Frauencafé in der Lange Gasse 11 im 8. Bezirk in Wien eröffnet wurde. Im Endeffekt ist das Ganze dann in ein lesbisches Café ausgeartet. Ich sage das bewusst: „ausgeartet“. Das war ja nicht gemeint mit dem Ganzen, und dann hat es mich auch nicht mehr interessiert. Ich wollte nie Kellnerin in einem Schwulencafé sein!, empört sich eine Mitarbeiterin aus den Anfangsjahren des Frauencafés.

Was war denn nun gemeint mit dem Ganzen? In einem Flugblatt des FC-Arbeitskreises, welches sich nicht exakt zurückdatieren läßt, aber inhaltlich in die Anfangszeit einzugliedern wäre, wird der Zweck des Frauencafés folgendermaßen beschrieben: „Es soll das Café ein Bindeglied zwischen der Frauenbewegung und Frauen sein, die sich nicht ins Frauenzentrum trauen.“ In demselben Flugblatt wird unter dem Punkt „Kritik“ das „Sublesbenverhalten“, das zur „Beeinflussung des Klimas im Café“ führt, angegeben. Abzusehen ist aus heutiger Sicht die Diskussion, die sich damals anbahnte: eine

Lesben-Heteras-Debatte. Die einen Frauen verließen das Projekt, andere fanden sich, die es weiterführen wollten, und in den 80er Jahren wurden Lesben im Frauencafé schnell zu einer Selbstverständlichkeit. Weil auch in der Zeit 82/83 sehr viel Wert darauf gelegt wurde, daß es so ist, weil es auch keinen Ort für Lesben gegeben hat, berichtet Eva Prinz.

Der rote Faden, der sich von der Gründungszeit bis heute durchziehen läßt, ist die Dominanz und Signifikanz der Frau, die zur jeweiligen Zeit hinter der Bar stand/steht. Von ihr wird das Klima, die Kundschaft bestimmt. Sie ist es, die die Regeln für den jeweiligen Abend vorgibt. Ilse Kokula charakterisiert in ihrer Studie über Formen lesbischer Subkulturen die Barfrau einer „Damenbar“ folgendermaßen: Im Gegensatz zu einer Barfrau für ein heterosexuelles Publikum ist sie nicht besonders herausgeputzt und entspricht auch nicht den Schönheitsvorstellungen der Werbung... Die Barfrau ist Identifikationsfigur; sie symbolisiert ein unabhängiges Berufsleben, geglückte Lebensbewältigung und zeigt mütterliche Züge und Verhaltensweisen. Sie ist eine abstrakte Partnerin für alle. Als Integrationsfigur ist sie die Weise, Allesüberblickende, die das Leid, den Liebeskummer und die Freude ihrer Besucherinnen kennt und versteht. Sie ist nur selten Adressatin sexueller Wünsche, obwohl es zu den sozialen Gesetzmäßigkeiten gehört, daß fast alle Neulinge sich in eine Barfrau verlieben.

So sieht auch Sandra* die Situation der Barfrau: Du mußt diese verschiedenen Rollen halt erfüllen, und das hatte seinen Reiz. Ja, also

wenn du Spaß hast, auch ein bißchen in verschiedene Rollen zu schlüpfen, dann entspricht es dem. Ja, wenn du Spaß daran hast. Aber für nicht wenige wurde die Forderung, so viele verschiedene Funktionen zu erfüllen, bald zu einer Überforderung und mit ein Grund, auszusteigen.

Problematisch war sicher, daß ich das Gefühl gehabt habe, daß man sich sehr stark immer wieder ab-

grenzen hat müssen. Helga* 1991 Weil so viele Frauen kommen, die dich auch so zum Abladen ihrer ganzen Geschichten dann auch benutzen. Edeltraud* 1991 Es gibt Gästinnen, die das unbedingt wissen wollen, ob sie die Barfrau mit ins Bett bringen können. Eva Prinz 1997

Nichtsdestotrotz darf frau die schönen Seiten dieses Berufs nicht aus den Augen verlieren.



zeitung für politische ökologie
Nr. 4: Schwerpunkte: Schengen / Algerien /
Der neue Kalte Krieg: Militärstrategien und Optionenbericht

Ich interessiere mich für die neue Grüne Zeitung.
Bitte schickt mir die vierte planet-Ausgabe kostenlos und unverbindlich.

NAME

ADRESSE

Einsenden an: planet, Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien.

Letztendlich bist du als Barfrau immer auf dem neuesten Stand aller sich in der Szene abspielenden Ereignisse. Ob es sich nun um Beziehungsklatsch oder das aktuelle politische Diskussionsthema handelt.

Die Barfrauen bestimmen die Gästinnen, und die Gästinnen bestimmen die Barfrauen. Die Gästinnen überliefern den Barfrauen das aktuelle politische Diskussionsthema in der Szene. Die Barfrauen tragen das Thema ins Caféteam. Dann wird das Thema in stundenlangen Plena von den Mitarbeiterinnen des Frauencafés durchgekaut in der Hoffnung, zu einem Konsens zu gelangen. 1977 mußten sich die Caféfrauen den Kopf über die Präsenz und Auswirkungen von Lesben in und auf das Frauencafé zerbrechen. 1997 wird vom Frauencaféteam eine einheitliche Meinung zur Präsenz und Auswirkung von Transgender-Personen in und auf das Frauencafé verlangt.

Gibt es nun schon eine klare Stellung des FC-Teams zu Transgender-Personen? Eva Prinz faßt es folgendermaßen zusammen: *Die klare Stellung ist, daß wir nichts dazu sagen. Daß, wenn welche kommen, sie nicht rausgeschmissen werden. Aber wie frau weiß, kann frau sich nicht zu etwas verhalten, und so hat auch dieses neutrale Verhalten seine Auswirkungen: daß es gleichzeitig Frauen gibt, die deswegen, weil es so ist, nicht ins Café kommen.*

Schade, meiner Meinung nach.

Letztendlich, finde ich, lassen sich folgende allgemeingültige Aussagen über unser Frauencafé treffen:

Daß es wichtig ist, daß es gegründet wurde.

Daß es wichtig ist, daß es das Frauencafé gibt.

Daß es wichtig ist, daß es für zukünftige Frauen/Lesben-Generationen bestehen bleibt.

*Namen der Redaktion bekannt.

Frauencafé, Lange Gasse 11, 1080 Wien, Di-Sa 20-01 Uhr.

Aus der Bewegung

Alles Walzer

Am 6. Februar 1998 fand im Wiener Hotel Wimberger der erste Regenbogen-Ball statt. Über 800 vergnügte Lesben, Schwule und Transgender-Personen konnten es an diesem Abend endlich den Heteros gleich tun und zu klassischer Tanzmusik das Tanzbein schwingen.

Was anfangs für die Veranstalter sicherlich ein waghalsiges Unternehmen war (die Räumlichkeiten des Wimberger fassen bis zu 900 BesucherInnen und waren nur eine Woche zuvor Schauplatz eines schwulen Clubbings gewesen), entpuppte sich als wirklich gelungene Veranstaltung. Der Regenbogenball hatte einige Überraschungen zu bieten. Es glaubte wohl niemand, daß es erstens so viele Tänzerinnen und Tänzer unter uns gibt, die dann auch noch den Ball besuchen, und daß zweitens auch alle den gewünschten Dreßcode (Abendkleid bzw. Anzug ohne Geschlechtszuteilung) einhalten würden. Selten sah man so viele „normal“ gekleidete Lesben und Schwule bei einem Szeeneignis. Natürlich waren da und dort auch einige Schwule in glamourösen Abendroben zu sehen, doch waren sie eine deutliche Minorität, was aber in Wirklichkeit keine der Debütantinnen störte, da so und so jede(r) die Schönste sein mochte.

Dieser Mangel an „Ungewöhnlichem“ veranlaßte wohl auch den ORF dazu, das stundenlang gefilmte Material über das Einstudieren der Eröffnung in der Tanzschule Stanek und die Vielzahl an Interviews dann doch nicht *Am Schauplatz* zu senden und statt dessen nur Berichte über Hausbälle in zwielichtigen Vorstadt-Beisl'n zu bringen. Es drängt sich der Eindruck auf, daß der ORF nur an schillernd

gekleideten „verrückten“ Schwulen, die in die Klischeeschubladen passen, interessiert ist. Berichte über Menschen, die einen Ball eröffnen, und über die anderen, die diesen Ball besuchen und zufällig halt lesbisch oder schwul sind, scheinen nicht ins Konzept zu passen oder keine Einschaltquoten zu bringen. Weiters fällt auf, daß sowohl in den *Seitenblicken* als auch in *One* Berichte vom und rund um den Rosenball zu sehen waren. Hier stand allerdings weniger der Wunsch nach Gleichberechtigung und einer Tanzveranstaltung, bei der Mann und Mann sowie Frau und Frau sich dem Tanzvergnügen hingeben können, ohne Repressalien befürchten zu müssen, im Vordergrund als vielmehr nur die Zurschaustellung ausgefallener Kostümierungen.

Gegen 22 Uhr wurde der Regenbogenball von einem lesbisch-schwulen Jungdamen- und Jungherrenkomitee in den Farben des Regenbogens eröffnet. Anschließend tanzte eine Walzerformation eine wundervolle Darbietung, bei der wohl alle Anwesenden noch mehr Lust bekamen, selbst das Tanzbein zu schwingen. Beide wurden vom Leiter der Tanzschule Stanek, Wolfgang Stanek, einstudiert und vom Publikum mit tosendem Applaus bedankt. Wolfgang

Stanek übernahm auch vor Ort die Funktion des Zeremonienmeisters und sorgte dafür, daß auch die Mitternachtsquadrille für alle BesucherInnen zum ultimativen Kollektivereignis wurde. Sie mußte auf Verlangen der TänzerInnen eine Stunde später noch einmal wiederholt werden.

Auch die charmant moderierte offizielle Eröffnung und die Begrüßung der Ehrengäste hatten Interessantes zu bieten. So konnte man erfahren, daß das Hotel Wimberger schon einmal Schauplatz eines Balles der anderen Art war. Am Ende der 20er Jahre wagte die Direktion, einen schwulen Ball zu veranstalten, der jedoch für einiges Aufsehen sorgte und nicht mehr wiederholt wurde. Mehr als 70 Jahre danach war es nun wieder soweit. Seitens der Veranstalter wurde versprochen, nicht noch einmal so viele Jahre ins Land ziehen zu lassen, ehe der zweite, eigentlich dritte, Ball stattfinden wird.

Gegen 1 Uhr 30 heizten die *Rounder Girls* mit einer tollen Live-Performance in gewohnter Art und Weise den Tanzsaal so richtig auf. Bis in die frühen Morgenstunden wurde zu den Klängen des Wiener Damen-Walzer-Orchesters über das Parkett gefegt oder zu den von DJ Francesco ausgewählten Disco-

hits getanzt und gefeiert. Für viele BesucherInnen endete der Ball gegen 5 Uhr viel zu früh, und so trieb es die Ausgehungerten unter ihnen noch zum frühmorgendlichen Brunch ins Orlando.

Mit dem Regenbogenball wurde endlich eine Lücke im Wiener Ballkalender wie auch unter den Wiener Szene-Events geschlossen. Den Veranstaltern ist zu wünschen, daß bei all den guten Kritiken und Reaktionen sich auch der Aufwand finanziell gerechnet hat, da der Ball auch dazu gedacht war, Geld für die am 4. Juli stattfindende Regenbogenparade beizusteuern.

Rosenball im Wiener U4

Zum achtenmal fand am 19. Februar, dem Tag des Opernballs, der schon traditionelle Rosenball im Wiener U4 statt. Wie gewohnt wurde der Ball von den „Wiener Ballsirenen“ und mit dem Einzug der Kaiserin Zita eröffnet. Durch den Abend führte wie schon in den Vorjahren Miß Candy. Aus dem Showblock stachen *Club 69* featuring *Kim Cooper & Suzanne Palmer* hervor.

Wie jedes Jahr wurde auch heuer wieder die *Star-Queen of Heaven* gewählt (wie üblich waren die Kriterien für den Sieg den mitstimmenden Gästen nicht wirklich einleuchtend). Die schon seit Jahren stattfindende Veranstaltung war auch heuer wieder gut besucht, doch scheint es an der Zeit zu sein, seitens der Veranstalter über einige Neuerungen nachzudenken.

Als im Jahre 1991 der erste Rosenball veranstaltet wurde, präsentierte sich dieser in einem völlig anderen Licht. Zwar hielt sich der Besucheranstrom in Grenzen, doch wurde das große Engagement des Teams durch eine tolle Stimmung belohnt. Schon in den darauffolgenden beiden Jahren entwickelte sich der Ball zum Großereignis, das durch die HOSI-Polnaisse (heute „Wiener

Ballsirenen“) eröffnet wurde und zu dem eine Vielzahl an originell kostümierten Gästen kam. Der Rosenball als Fest der Phantasie ward geboren. Alljährlich strömten mehr und mehr Gäste ins U4, die Eröffnung und die Shows wurden aufwendiger. Leider ließ dann plötzlich das Engagement seitens der Veranstalter nach. Es wurde auf einige Angebote für die Gäste verzichtet. Gleichzeitig ließ die Freude am Verkleiden seitens der Besucher nach. Daß darunter auch die Stimmung leidet, scheint fast nur logisch. Der Rosenball wurde dem wöchentlich am Donnerstag stattfindenden Heaven-Clubbing immer ähnlicher, nur mit dem Unterschied, daß es beim Ball einen Showteil gibt.

Auch heuer war wenig Neues am Rosenball ausfindig zu machen. Viele Schwule und einige Lesben kamen mit ihren Hetero-FreundInnen. Vielleicht ist das die Zukunft des Balles – die Nacht der Verbrüder- und Verschwestering von Homos und Heteros. Aber vielleicht wird es ja auch wieder einmal ein Abend der Phantasie, der Lust und der Ausgelassenheit. Es ist zu wünschen.

PETER STEPANEK

Schilling-Aktion

Die rund um den Welt-AIDS-Tag 1997 abermals durchgeführte „Schilling-Aktion“ (vgl. LN 1/98, S. 29 f) hat diesmal insgesamt 56.866,02 Schilling eingebracht, was abermals eine deutliche Steigerung des Ergebnisses des vorherigen Jahres darstellt. Insgesamt hatten sich 64 Lokale an der Aktion beteiligt, darunter auch das HOSI-Zentrum. Das Spendengeld wurde auf vier Projekte aufgeteilt, Pater Clemens Kriz' AIDS-Seelsorge und den Buddy-Verein (je S 20.000,-) sowie den Club Plus und das PosiHive Café (je S 8.433,01).

after aids

Selbsthilfeverein für posiHive Begegnung und Kultur nennt sich eine neue Initiative für HIV-Positive in Linz. Einmal im Monat, und zwar jeden dritten Samstag des Monats, trifft sich die Gruppe zu einem Brunch (10-13 Uhr) in der Linzer „Kartause“, Tummelplatz 1. Wer mehr über den Verein und sein Angebot wissen will und Kontakt aufnehmen möchte, kann dies unter folgender Adresse tun: Postfach 160, 4010 Linz; E-Mail: after.aids@usa.net

KK

LIVING ROOM

CAFE • RESTAURANT • BAR

Franzensgasse 18 (Ecke Grüngasse)

1050 Wien • Telefon 585 37 07

Mo-Fr von 16.00 bis 2.00 Uhr

Sa, So, Feiertag von 10.00 bis 2.00 Uhr

Regionale & vegetarische Küche

Adressen und Treffen

immer aktuell auch unter www.hosiwien.gay.at/adressen.html

WIEN

- **ACT UP Wien**
Novaragasse 40, 1020 Wien
- **Anonyme AlkoholikerInnen**
(für Lesben und Schwule)
Sa 19 Uhr
Geblergasse 45/3, 1170 Wien;
telefonische Auskünfte:
☎ 799 55 99, täglich 18-21
Uhr (Zentrale Kontaktstelle
der AA, Barthgasse 5, 1030).
Auskünfte auch
bei Erich: ☎ 350 49 30 und
bei Traude: ☎ 749 19 17.
Erich ist jeden ersten Di im
Monat im HOSI-Zentrum
anzutreffen.
- **AHOG**
Arbeitsgruppe für homo-
sexuelle Männer und Frauen in
der Gewerkschaft der
Privatangestellten
Postfach 139, 1013 Wien
- **Arbeitskreis Schwul und
Behinderung**
Postfach 562, 1070 Wien
- **Compiler**
Treffpunkt für seiende und
werdende lesbische Mütter und
Mitmütter
☎ 317 33 73 (Ursula)
- **CSD – Christopher Street Day**
Regenbogenparadenverein
Berggasse 7, 1090 Wien
☎/Fax 317 40 31
rainbow@via.at
- **Das „...“ für LesBiSchwule
Angelegenheiten am ZA der ÖH**
Liechtensteinstraße 13,
1090 Wien,
☎ 310 88 80/38, Fax-DW 12
Mo, Di, Do, Fr nachmittags
lesbischwul@oeh.ac.at
- **Eisbrecher**
Männergruppe jeden Samstag
ab 17 Uhr im Gruppenraum
der RL Villa
- **Frauen/Lesbenreferat der
Fakultätsvertretung NAWI**
Strudlhofgasse 1/10,
1090 Wien
☎ 34 42 84
- **HOSI Wien**
siehe Einschaltung Seite 4
- **Homosexuelle und Kirchen**
Postfach 513, 1011 Wien
☎ 98 33 403 (Johannes),
☎ 02732/85 403 (Wolfgang)
hug-wien@gay.at
www.hug-wien.gay.at
- **Lesben-Delta**
für junge Frauen/Lesben.
Treffen jeden 2. und 4.
Donnerstag im Monat ab 20
Uhr im Gruppenraum der
Rosa Lila Villa
- **LesBiSchwule Gruppe auf
der GEWI**
Treffen: jeden Do ab 19 Uhr,
Beratung: Do 13-17 Uhr
Rooseveltplatz 5a, 1090
☎ 43 93 54
- **Libertine**
Sadomasochismus-Initiative
Postfach 63, 1011 Wien
- **LMC**
Leather & Motorbike
Community Vienna
Postfach 34, 1011 Wien
- **LSG**
Liga schwuler/lesbischer
EsperantistInnen
Postfach 299, 1020 Wien
- **Names Project Wien**
Treffen: nach Bedarf,
bitte anfragen
Werkstatt: Tailors unlimited
Peter Holub,
Graf - Starhemberg-Gasse 9,
1040 Wien
☎ 505 49 41
- **Österreichisches Lesben-
und Schwulenforum**
Berggasse 7, 1090 Wien
☎/Fax 317 40 31
oelsf@usa.net
- **Plüsch Wien –
schwul-lesbischer Chor**
Obere Weißgerber Straße 5,
1030 Wien
Treffen: Mo 19.30 Uhr
☎ 726 39 98 (Erwin)
- **Referat für homo-, bi- und
transsexuelle Angelegenheiten**
d. ÖH Uni Wien
Rooseveltplatz 5a, 1090 Wien
Mo, Mi, Do 16-18 Uhr
Fr 15-18 Uhr
☎ 408 70 46/74 DW
homobitrans@oeh.ac.at
- **Referat für LesBiSchwule
und TransGender-Angelegen-
heiten an der HTU**
Wiedner Hauptstr. 8-10,
1040 Wien
Fr 16-18 Uhr
☎ 588 01/5890 DW
efischer@mail.zserv.tuwien.ac.at
- **Rechtskomitee Lambda**
Linke Wienzeile 102,
1060 Wien
☎ 876 30 61
- **Re'uth**
Vereinigung jüdischer Homo-
sexueller in Österreich
Scheugasse 12/18, 1100
- **Rosa Antifa Wien**
Linke Wienzeile 102, 1060
Plenum: Mo 19 Uhr im
Kulturzentrum Siebenstern,
Siebensterng. 31, 1070
- **Rosa Lila Villa/Tip**
Linke Wienzeile 102, 1060
Lesbenberatung: Mo-Fr 17-20
Uhr, ☎ 586 81 50
Schwulenberatung: Mo-Fr 17-
20 Uhr, ☎ 587 17 78
- **Safe Way/XTRA!**
Verein für AIDS-Information
und Prävention für homo- und
bisexuelle Männer
Postfach 77, 1043 Wien
- **SCHWUNG –
Schwul und jung**
Treffen: jeden Freitag im
Monat 18-21 Uhr im
Gruppenraum der Rosa Lila
Villa
- **SoHo – Sozialismus und
Homosexualität**
Treffen: am Mittwoch
jeder geraden Kalenderwoche
um 19 Uhr (22.1., 5.2. usw.)
Schmerlingpl. 2/1, 1010 Wien
☎ 43 71 11 (VSSStÖ)
- **HOSI Salzburg**
HOSI-Zentrum
Müllner Hauptstraße 11,
5020 Salzburg
☎ (0662) 43 59 27
Rosa Telefon: Fr 19-21 Uhr
Vereinstreffen: Di 20 Uhr
Café: Mi 19-24 Uhr
Lokalbetrieb/Vereinstreffen:
Sa 20 Uhr
Junge HOSI: jeden 2. u. 4. Sa
im Monat, 16 Uhr
- **Homosexuelle und Glaube
(HuG) Salzburg**
Treffen 1. und 3. Mi des
Monats in der Katholischen
Hochschulgemeinde,
Philharmonikergasse 2,
5020 Salzburg, ab 19.30 Uhr,
☎ (0662) 84 13 27
hug-salzburg@gay.at
www.hug.gay.at
- **Lesben**
im Frauenzentrum,
Markus-Sittikus-Straße 17,
5020 Salzburg
☎ (0662) 87 16 39
- **Queer Klagenfurt**
Postfach 146,
9010 Klagenfurt/Celovec
Hotline: Mi 19-21 Uhr
☎ (0463) 50 46 90
Lesbenstammtisch: jeden 3. Fr
im Monat ab 19 Uhr im
Frauenzentrum Belladonna,
Villacher Ring 21

KÄRNTEN

- **Queer Klagenfurt**
Postfach 146,
9010 Klagenfurt/Celovec
Hotline: Mi 19-21 Uhr
☎ (0463) 50 46 90
Lesbenstammtisch: jeden 3. Fr
im Monat ab 19 Uhr im
Frauenzentrum Belladonna,
Villacher Ring 21

OBERÖSTERREICH

- **HOSI Linz**
HOSI-Zentrum, Schubert-
straße 36, 4020 Linz
☎ (0732) 60 98 98
Offener Abend: Do 20-22 Uhr
Jugendgruppe:
2.+4. Sa im Monat 15 Uhr
Lesbengruppe:
1. Fr im Monat 20 Uhr
Rosa-Lila Telefon:
Mo 20-22, Do 18.30-22 Uhr
HuG (Homosexuelle und
Glauben): 1. Mi im Monat 20
Uhr
PRIDE, Gratiszeitschrift 6 x
jährlich. Bestelladresse: PF 43,
4013 Linz
- **Lesbengruppe Linz**
Frauenzentrum, Altstadt 11,
4020 Linz, ☎ (0732) 21 29

SALZBURG

- **AK LesBiSchwule &
Transgender der ÖH Salzburg**
Kaigasse 28, 5020 Salzburg
☎ (0662) 8044-6006 (Di 14-
15.30 Uhr)
Treffen 2. u. 4. Do 18 Uhr
ha.oeh@sbg.ac.at

- **HOSI Salzburg**
HOSI-Zentrum
Müllner Hauptstraße 11,
5020 Salzburg
☎ (0662) 43 59 27
Rosa Telefon: Fr 19-21 Uhr
Vereinstreffen: Di 20 Uhr
Café: Mi 19-24 Uhr
Lokalbetrieb/Vereinstreffen:
Sa 20 Uhr
Junge HOSI: jeden 2. u. 4. Sa
im Monat, 16 Uhr

- **Homosexuelle und Glaube
(HuG) Salzburg**
Treffen 1. und 3. Mi des
Monats in der Katholischen
Hochschulgemeinde,
Philharmonikergasse 2,
5020 Salzburg, ab 19.30 Uhr,
☎ (0662) 84 13 27
hug-salzburg@gay.at
www.hug.gay.at

- **Lesben**
im Frauenzentrum,
Markus-Sittikus-Straße 17,
5020 Salzburg
☎ (0662) 87 16 39

STEIERMARK

- **Homosexuelle und Glaube
(HuG) Graz**
Rapoldgasse 24, 8010 Graz
☎ (0316) 32 25 66, Heinz
- **Rosalila PantherInnen –
Steirisches Schwulen- &
Lesbenzentrum „feel free“**
Rapoldgasse 24, 8010 Graz
Treffen jeden Do ab 19 Uhr
☎ (0316) 32 80 80
- **Sachbearbeiterin für
lesbische Angelegenheiten** am
Frauenreferat der HUG
Schubertstr. 2-4, 8010 Graz
Mi 12-14 Uhr
☎ (0316) 36 46-26
jordan@gewi.kfunigraz.ac.at
- **Schwule Infostelle auf der
ÖH der Uni Graz** und schwule
Uni-Gruppe
Schubertstr. 6a, 8010 Graz
Fr 10-11 Uhr/Alternativreferat
☎ (0316) 36 46-16
rainer.ferrares@kfunigraz.ac.at
[www.oeh.kfunigraz.ac.at/
ref-alternativ/schwule/](http://www.oeh.kfunigraz.ac.at/ref-alternativ/schwule/)

TIROL

- **HOSI Tirol**
Innrain 100, 1. Stock,
6020 Innsbruck
☎ und Fax (0512) 56 24 03
Offener Abend:
Do 20.30-23.00 Uhr
Telefonberatung:
Do 20.30-23.00 Uhr
Coming-out-Gruppe:
jeden 1. und 3. Di im Monat
- **Autonomes
Frauen/Lesbenzentrum**
Liebeneggstraße 15,
6020 Innsbruck
☎ (0512) 58 08 39

VORARLBERG

- **HOSI Vorarlberg**
Postfach 841,
6854 Dornbirn
Treffen: bitte anfragen.
Rosa Telefon
jeden Do 18-20 Uhr:
☎ (05574) 46 90 414
- **HO in VO**
(Homosexuelle in Vorarlberg)
Wolfgang Marchl
Postfach 13
6854 Dornbirn

LAMBDA

International Deutschland ist ein homopolitisches Entwicklungsland

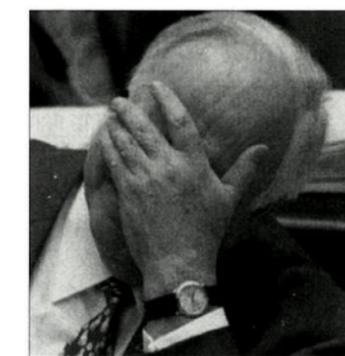
Im September 1998 wählt Deutschland. Auch in Deutschland liegt die einzige Chance für Lesben und Schwule, daß ihre rechtliche und soziale Lage verbessert wird, in einem Regierungswechsel, denn von der konservativen Regierung haben sie nicht das geringste zu erwarten. Nach den Erfolgen Tony Blairs und Lionel Jospins, die langjährigen konservativen Regierungen ein Ende gesetzt haben, sind die Hoffnungen auf eine rot-grüne Regierung unter deutschen Lesben und Schwulen sehr gestiegen. Hoffentlich werden sie nicht enttäuscht – und hoffentlich läßt sich die SPD auf keine große Koalition mit der CDU ein. Davon können wir ÖsterreicherInnen nur dringendst abraten! Und dann ist hoffentlich 1999 auch die Zeit für Österreich endlich reif, die ÖVP, diesen Hemmschuh und Bremsklotz in Sachen Lesben- und Schwulenrechte, in Opposition zu schicken.

Ein Bericht von Klaus Jetz

Im europäischen Vergleich ist Deutschland in schwulen- und lesbenpolitischer Hinsicht das Schlußlicht. Für die seit 15 Jahren regierende konservative Koalition aus Christdemokraten und (Wirtschafts-)Liberalen mit Kanzler Helmut Kohl an der Spitze ist Homopolitik ein Fremdwort. Schwule und Lesben, deren Be-

langen, Forderungen und Wün-

sche werden von der Bundesregierung systematisch ignoriert. Ebenso systematisch werden Gesetzesinitiativen der Opposition im Bundestag zur Verbesserung der rechtlichen Situation von Schwulen und Lesben von der konservativen Parlamentsmehrheit abgeschmettert. Und nicht minder systematisch ist der Versuch, bei Schwulen und Lesben abzukassieren, etwa über eine



Zum Verzweifeln:
jahrelanger Reformstau durch
Regierung Kohl

Änderung des Sozialhilfegesetzes. Es ist also keineswegs übertrieben, festzustellen, daß die „Homopolitik“ der Regierung Kohl sich auf das ebenso simple wie ungerechte Ziel reduzieren läßt, die Rechtlosigkeit von Schwulen und Lesben aufrechtzuerhalten, sie aber gleichzeitig zur Kasse zu bitten. Oder wie Volker Beck, der offen schwule Bundestagsabgeordnete der Grü-

Untätigkeit der Regierung Kohl

nen, es treffend formuliert hat: „Deutschland ist ein homopolitisches Entwicklungsland!“
Alle Versuche der im Parlament vertretenen Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Grüne und Ex-Kommunisten), die rechtli-

che Situation von Homosexuellen zu verbessern oder schwule und lesbische Partnerschaften rechtlich abzusichern, scheiterten bisher an der konservativen Mehrheit des Parlaments, über dessen Zusammensetzung die Wähler im September 1998 neu entscheiden. Viele Schwule und Lesben in Deutschland sehen diesen Wahlen deshalb mit großen Hoffnungen entgegen,

veröffentlichte im Juli 1996 das Meinungsforschungsinstitut FORSA Umfrage-Ergebnisse zum Thema Homo-Ehe: 48 % der befragten 1.005 Personen sprachen sich für das Eheschließungsrecht für homosexuelle Paare aus, 42 % dagegen. Noch 1994 hatte das Institut FORSA nur 33 % Zustimmung und 57 % Ablehnung ermittelt. Ende Juli 1996 folgte das Meinungsforschungsinstitut Emnid mit dem Ergebnis einer weiteren Umfrage. Danach befürwortete eine Mehrheit der Bevölkerung die Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare, und eine Zweidrittelmehrheit forderte ein Antidiskriminierungsgesetz.

Schwulesbische Infrastruktur

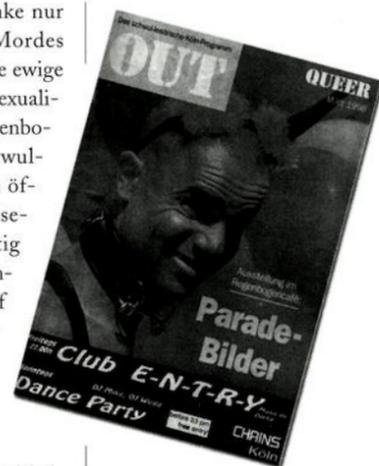
Zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland, die die Politiker längst überholt hat, gehört auch die langsam gewachsene, mittlerweile beachtliche schwulesbische Infrastruktur. Zu nennen sind hier die in jeder kleineren Stadt existierenden AIDS-Hilfen, die über das ganze Bundesgebiet streuten, unzähligen Gruppen und Vereine, die bundesweiten Dachverbände Schwulenverband (SVD), Homosexualität und Kirche (HuK), Deutsche AIDS-Hilfe (DAH) sowie Lesbenring und nicht zuletzt die fast flächendeckende Versorgung mit Printmedien. So gibt es in Deutschland 25 (regionale und überregionale) monatlich erscheinende Homoblätter mit einer Auflage von mindestens je 5.000 Exemplaren. Hinzu kommen viele schwulesbische Lokalradios, Dutzende von homofreundlichen Stadtmagazinen und auch die höchst vielfältige (regionale und überregionale, konservativ bis progressive) Zeitungslandschaft. Doch auch wenn es in vielen dieser Hetero-Printmedien eine seriöse und ausgewogene Darstellung schwulesbischer Themen gibt, so kommt es doch immer wieder auch zu Fehlleistungen und Beispielen einer diskriminierenden Berichterstattung, die die Medienkritiker auf

den Plan rufen. Man denke nur an die Darstellung des Mordes an Gianni Versace oder die ewige Verknüpfung von Homosexualität und Gewalt in der Regenbogenpresse. Ein fester schwulesbischer Sendeplatz im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das gebührenpflichtig und mithin „Gemeineigentum“ ist, läßt ebenso auf sich warten wie ein überregionaler rosalila Fernsehkanal im privaten Bereich.

Zwar gibt es in Deutschland keine Strafgesetze für Homosexuelle mehr (§ 175 wurde endgültig 1994 abgeschafft), und es gilt auch ein einheitliches Schutzalter von 14 bzw. 16 Jahren. Auf Bundesebene gibt es jedoch weder ein Antidiskriminierungsgesetz, weder eine/n Schwulen- oder Lesben-Beauftragte/n noch ein PartnerInnenschaftsgesetz für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften. Das einst vorbildliche, in Europa einmalige Asylrecht wurde 1993 durch eine Verfassungsänderung (übrigens mit Zustimmung der SPD) quasi abgeschafft. Nur in Ausnahme- und Härtefällen wurde und wird Schwulen, denen in ihrem Herkunftsland wegen ihrer Homosexualität Gefahr für Leib und Leben droht, Asyl gewährt.

Antischwule und antilesbische Gewalt

Beleidigungen, Erpressungen, sexuelle Nötigungen, Körperverletzungen, Demütigungen oder Diskriminierungen sind (auch in Deutschland) Ausdruck bestehender Intoleranz, Inakzeptanz und Respektlosigkeit gegenüber Menschen, deren Liebes- und Lebensform sich von der breiten Masse unterscheidet. Ferner sind sie Beleg für die Gewaltbereitschaft einer Gruppe von Personen, die oftmals glaubt, im Sinne dieser breiten Masse zu handeln. Die (auch weiterhin) bestehenden Vorurteile gegen Schwule und Lesben machen die Täter darüber hinaus glauben, ihre Opfer seien die richtige Adresse, um



25 monatlich erscheinende Homo-Blätter

„schnell und einfach“ an Geld zu kommen, ihre gestauten Aggressionen auszuleben und sich abzureagieren.

Mittlerweile gibt es in einigen deutschen Großstädten ein schwules Überfall-Telefon unter der bundeseinheitlichen Rufnummer 19228. Die geschulten Mitarbeiter widmen sich sowohl der Opferbetreuung, sie beraten und begleiten die Opfer auf dem Weg zur Polizei. In vielen Großstädten gibt es mittlerweile einen Ansprechpartner im Polizeipräsidium für die Opfer antischwuler Gewalt. Auch widmet sich die Polizei mehr und mehr der Aufklärung und Gewaltprävention.

Binationale Paare

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland, was von der Regierungskoalition beharrlich negiert wird. Nicht zuletzt deshalb ist die Rechtlosigkeit und Diskriminierung von binationalen gleichgeschlechtlichen Paaren am augenfälligsten. Zwar hatte das Bundesjustizministerium schon 1995 deren Rechtlosigkeit beklagt und dem schwulen Dachverband SVD gegenüber die Auffassung vertreten, es sei „gut vertretbar, daß bei Vorliegen einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, die zumutbar

er Weise nur in Deutschland fortgeführt werden kann, die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis nach § 30, Abs. 1 Ausländergesetz zu bejahen sind.“ Und § 30 Abs. 1 Ausländergesetz ermöglichte die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis aus „dringenden humanitären Gründen“. Damit anerkannte das Bundesjustizministerium, daß aus dem grundgesetzlich gewährleisteten Recht, sich eine/n gleichgeschlechtliche/n LebenspartnerIn wählen zu können, auch ein Aufenthaltsrecht für den ausländischen gleichgeschlechtlichen Partner folgt.

Positive Gerichtsurteile

Darüber hinaus wurden 1996 vom Bundesverwaltungsgericht Berlin und vom Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) zwei bemerkenswerte Urteile gesprochen, mit deren Umsetzung sich die Chancen von binationalen schwulen und lesbischen Paaren, eine Aufenthaltsgenehmigung für die ausländischen PartnerInnen zu erhalten, zunächst scheinbar verbesserten. Das Bundesverwaltungsgericht hatte in seinem Urteil festgestellt, daß die Ausländerbehörden für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung einen Ermessensfreiraum haben. Und das Oberverwaltungsgericht Münster, das in zweiter Instanz für Visaangelegenheiten bundesweit allein zuständig ist, hatte geurteilt, daß sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für die ausländischen PartnerInnen in binationalen homosexuellen und auf Dauer angelegten PartnerInnenschaften ergibt. Konkret hatte das OVG Münster die Bundesrepublik verpflichtet, einem rumänischen Staatsbürger ein Visum zur Führung einer schwulen Lebensgemeinschaft mit seinem deutschen Partner zu erteilen. Das Auswärtige Amt hatte gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt, dann aber die Frist für die schriftliche Ein-

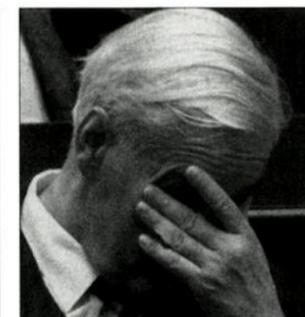
reichung der Beschwerde verstreichen lassen, womit die Entscheidung des OVG rechtskräftig wurde.

Bonner Rechtsbeugung?

Zunächst sträubten sich die meisten Landesinnenminister jedoch gegen eine Umsetzung der neuen Rechtslage in Form einer Weisung an ihre Ausländerbehörden, vom besagten Ermessensfreiraum Gebrauch zu machen. Sie weigerten sich, im Alleingang (ohne die anderen Länder) eine Regelung für ihr Bundesland zu schaffen. Seitdem konnten aber eine ganze Reihe Paare unter Berufung auf das OVG Münster eine Aufenthaltsbefugnis für den ausländischen Partner erreichen. Andere hatten freilich weniger Erfolg. Die Behördenpraxis stellt sich bundesweit sehr unterschiedlich dar. Zugleich gab und gibt es erheblichen Druck seitens des erzkonservativen Bundesinnenministers Manfred Kanther sowie des (wirtschafts-)liberal geführten Außenministeriums gegen die Umsetzung der beiden Urteile aus 1996.

Innenminister Kanther

Seit 1997 verdichten sich die Anzeichen dafür, daß die Tür wieder zugestoßen werden soll, daß die Bundesregierung eine Neuverhandlung des Urteils des OVG Münster von 1996 anstrebt. Insbesondere das Bundesinnenministerium weigert sich, die Grundsätze des OVG Münster anzuerkennen. Anscheinend im Auftrag des Innenministers hat der konservative Ausländerrechtler Professor Hailbronner ein Gutachten verfaßt, worin er das Urteil des OVG Münster als im Widerspruch zum Bundesverwaltungsgericht stehend charakterisiert. Diese hochtendenziöse Schrift Hailbronners, worin er unter anderem über den Lobbyeinfluß von Homosexuellenvereinigungen wettet, zeigt schon Wirkung. So verfaßte zum Beispiel das Regierungspräsidium Darm-



Innenminister Kanther läßt gegen Lobbyeinfluß von Homosexuellenorganisationen wettren

stadt im Juli 1997 ein Rundschreiben an die OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen im Regierungsbezirk Darmstadt, in welchem sie unter Berufung auf Hailbronner aufgefordert wurden, „an der bisherigen Verfahrensweise, daß der Aufenthalt eines Ausländers zur Führung einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft grundsätzlich nicht in Betracht kommt, festzuhalten“.

Die Hamburger Ausländerbehörde kündigte zwar eine wohlwollende Einzelfallprüfung nach dem Urteil des OVG Münster an, zweifelte aber zugleich an der Gültigkeit des Urteils. Und im September 1997 erklärte der Leiter der Berliner Ausländerbehörde Harald Bösch-Soleil, daß (das SPD-CDU regierte) Berlin den sogenannten Nachzug des ausländischen Partners nicht zulasse. Nur so könne ein Mißbrauch des Aufenthaltsrechtes verhindert werden. Eine Lebensgemeinschaft könne nur dann ein Aufenthaltsrecht vermitteln, wenn sie rechtlich formalisiert sei, und dies treffe auf gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nicht zu, sondern nur auf die Ehe. Unbeeindruckt zeigte sich Bösch-Soleil vom Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom Februar 1996. Solange es keine bundeseinheitlichen Ausführungsvorschriften gebe, sei es normal, so Bösch-Soleil, daß einzelne Bundesländer unterschiedlich entscheiden. Der Berliner Rechtsanwalt Dirk Siegfried sieht in dieser generellen

Berliner Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis einen Verstoß gegen die Landesverfassung, die ein Verbot enthält, homosexuelle Lebensgemeinschaften zu diskriminieren (Artikel 12, Absatz 2). Diese können, anders als heterosexuelle Lebensgemeinschaften, den Aufenthalt des ausländischen Partners nicht durch Eheschließung legalisieren.

Franz-Josef Kniola, SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, wies indes im Februar 1998 die Bezirksregierungen schließlich an, die vom OVG Münster entwickelten Beurteilungskriterien zur Beurteilung von Einzelfällen anzuwenden, was vom SVD begrüßt wurde. Als Voraussetzung für ein Aufenthaltsrecht ist demnach die „Gewißheit, daß eine Lebensgemeinschaft ernsthaft begründet ist“, Anhaltspunkte dafür sind „lang andauernde Kontakte in der Vergangenheit“ oder „öffentlich beglaubigte Verträge, aus denen sich die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Parteien ergeben“.

Außenminister Kinkel

Parallel zu dieser vorwiegenden Verweigerungshaltung der Länder-Innenminister wies Bundesaußenminister Klaus Kinkel im August 1997 alle deutschen Aus-



Außenminister Kinkel auf Verweigerungskurs gegen Gewährung von Visa an ausländische LebensgefährInnen

landsvertretungen an, Visaanträge zwecks Führung einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft zentral nach Bonn zu melden und nicht mehr vor Ort zu

Beachtliche schwul/lesbische Infrastruktur

denn sie wissen längst, daß nur eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag den (in allen Rechtsbereichen vorherrschenden) Reformstau im Lande beenden kann.

Diese für Schwule und Lesben frustrierende Untätigkeit der PolitikerInnen auf nationaler Ebene kontrastiert mit politischen Reformen auf kommunaler und regionaler Ebene, die in den letzten Jahren, vor allem in den rotgrün regierten Bundesländern, durchgesetzt wurden. Immerhin ist die SPD in 13 von 16 Ländern an der Regierung beteiligt und stellt zehn Ministerpräsidenten. Sie kann somit auch im Bundesrat, der Länderkammer, die Gesetzgebung des Bundes aktiv mitgestalten. Dazu später mehr.

Der Stillstand auf Bundesebene steht aber auch in Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität. So

entscheiden. Im Auswärtigen Amt werden die Anträge nach Auskunft von Anwälten entweder abgelehnt oder nicht entschieden. Der Schwulenverband SVD forderte Kinkel Ende 1997 auf, in drei Visa-Verfahren von binationalen homosexuellen Paaren zu intervenieren: Die Ausländerämter hatten der Erteilung der Visa zugestimmt, das Auswärtige Amt aber trotzdem die Erteilung der Visa abgelehnt. Zwei dieser Fälle sind inzwischen bei Gerichten anhängig. Den Klagen auf Visaerteilung traten die Bonner Außenpolitiker mit Abweisungsanträgen bzw. Rechtsmitteln entgegen.

Hoffnungsschimmer aus Hamburg

Ende 1997, nach Wahlen zum Hamburger Senat, verlor die SPD ihre absolute Mehrheit in der Hansestadt, sodaß eine Koalitionsregierung gebildet wurde. Im rot-grünen (etwa 80seitigen) Koalitionsvertrag zwischen der GAL und der SPD wurden umfassende rechtliche Verbesserungen für Schwule und Lesben vereinbart (vgl. LN 1/98, S. 64). Auf rund eineinhalb Seiten wird festgehalten, daß die Möglichkeit einer registrierten PartnerInnenschaft durch Gesetzesinitiative auf Bundesebene vorangetrieben werden soll, daß Auskunftsrechte im Krankenhaus und bei Behörden für die Lebenspartner gewährt und daß Wohnberechtigungsscheine an gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften unter den gleichen Voraussetzungen wie an Ehepaare erteilt werden. Des weiteren soll die Ausländerbehörde bei binationalen PartnerInnenschaften wohlwollend und auf der Grundlage der bestehenden Urteile aus 1996 (OVG Münster und BVG Berlin) Aufenthaltsgenehmigungen prüfen und erteilen. Vertraglich geregelte Lebensgemeinschaften können beim Standesamt angezeigt werden, ohne daß sich daraus Rechtsfolgen in positiver oder negativer Hinsicht ergeben. Der Bereich Schwule und Lesben wird einen besonderen Aufgabenschwerpunkt im Se-

natsamt für die Gleichstellung darstellen. Darüber hinaus soll die Behandlung gleichgeschlechtlicher Lebensformen im schulischen Unterricht ebenso verstärkt werden wie die Durchführung von Maßnahmen gegen antischwule und antilesbische Gewalt, u. a. durch eine präventive Öffentlichkeitsarbeit.

Bundesratsinitiativen – Fortschritt oder Rückschritt?

Mit dieser Vereinbarung hat Hamburg neben Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle auf Länderebene in Sachen Schwulen- und Lesbenpolitik übernommen. Zuvor hatte die ausschließlich von der SPD regierte Hansestadt, ähnlich wie Niedersachsen, eine halbherzige „Homopolitik“ verfolgt, etwa über Bundesratsinitiativen, die nicht viel mehr als Augenauswischerei darstellten. Denn wenn eine Landesregierung sich profilieren will, startet sie eine Bundesratsinitiative. Beim Thema homosexuelle Lebensgemeinschaften kommt es bei dieser Übung aber immer wieder zu seltsamen Verdrückungen. Jahrelang doktrerte Niedersachsen an seiner Bundesratsinitiative für eine eingetragene PartnerInnenschaft herum, die letztendlich nicht viel mehr darstellte als ein Sonderinstitut deutlich minderen Rechts für Homosexuelle. Obwohl es um Bundesgesetzgebung ging, hatte Niedersachsen die bundesweiten Schwulen- und Lesbenorganisationen nicht an der Diskussion der Initiative beteiligt. Der Gesetzesvorschlag war vielmehr paternalistisch über die Köpfe der Betroffenen und ihrer Verbände hinweg festgeklopft worden.

Niedersächsisches Intermezzo

Obwohl die bundesweiten Schwulen- und Lesbenverbände den Niedersachsen-Entwurf in seltener Einmütigkeit als untauglich zurückwiesen, zeigte sich die

Landesregierung unbeirrt. Der Schwulenverband lehnte den Niedersachsen-Entwurf für eine „eingetragene Partnerschaft“ für schwule und lesbische Paare als Mogelpackung und leere Hülle ab: viel Bürokratie, viele Pflichten, keine Rechte. Der Entwurf bot für die konkreten Rechtsprobleme von Schwulen und Lesben keine Lösung. Es gab darin keine Regelung zum Aufenthaltsrecht für den/die ausländische/n PartnerIn oder zum Zeugnisverweigerungsrecht. Für PartnerInnen in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften war kein Angehörigenstatus vorgesehen. Sie galten in vielen Bereichen weiterhin als Fremde. Ebenso wenig wurden die Benachteiligungen im Arbeits-, Dienst- und Besoldungsrecht, im Sozialversicherungs- und Beihilfenrecht, im Renten-, Pensions- und Versorgungsrecht oder im Steuerrecht beseitigt.

Darüber hinaus bezeichnete der SVD den Entwurf als überholt und unterstützte statt dessen den gemeinsamen Bonner Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den beide Fraktionen am 1. Oktober 1997 im Rechtsausschuß des Bundestages eingebracht hatten. Dieser trat für die volle Gleichberechtigung ein. Ausdrücklich wurde in diesem gemeinsamen Antrag die „Öffnung der Ehe oder Schaffung eines gleichwertigen Rechtsinstituts, das die gleichen Rechte und Pflichten wie die Ehe umfaßt“ gefordert. Deshalb verlangte der SVD von der niedersächsischen Landesregierung, ihren uralten und verfehlten Entwurf zurückzuziehen und zugleich über den Bundesrat den gemeinsamen rot-grünen Bonner Antrag zu unterstützen. Auch die anderen auf der Anhörung vertretenen Lesben- und Schwulenorganisationen lehnten den Niedersachsen-Entwurf ab.

Hamburger Intermezzo

Im September 1997, kurz vor der Hamburg-Wahl, hatte die Regierung des mittlerweile zurückgetretenen Bürgermeisters Henning

Voscherau den „Entwurf eines Gesetzes über eingetragene Lebensgemeinschaften“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Er war in seinem Auftrag von der Hamburger Justizbehörde und dem Amt für Gleichstellung ausgearbeitet worden. Der Hamburger Senat hatte die Gesetzesinitiative zwar noch nicht beschlossen. Dennoch war sie bereits groß in der Presse angekündigt und den SPD-regierten Bundesländern zugesandt worden. Wie selbstverständlich wurden auch hier die Betroffenen und ihre Verbände vorher nicht nach ihrer Meinung zum Entwurf gefragt. Die Hamburger Initiative war ähnlich verheerend wie die Vorlage aus Niedersachsen. Sie hielt zwar penibel ausgefeilte Regelungen für die Schließung und Trennung der Partnerschaft bereit, regelte aber bei den Rechtsfolgen praktisch gar nichts, mit zwei Ausnahmen: Die PartnerInnen wurden zum gegenseitigen Unterhalt verpflichtet, und sie erhielten das gleiche gesetzliche Erbrecht wie Eheleute, mit der Einschränkung, den/die LebenspartnerIn vollständig enterben zu können; die Pflichtteilsregelung war nicht vorgesehen.

Für alle anderen Problemfelder hieß es in der Begründung entwaffnend: Der Entwurf enthält keine Vorschriften über die Gleichstellung der Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft mit Ehegatten oder Angehörigen auf anderen Rechtsgebieten, z. B. dem Steuerrecht, dem Sozial- und Sozialversicherungsrecht, dem Besoldungs- und Versorgungsrecht, dem Ausländerrecht und dem Zeugnisverweigerungsrecht. Insoweit bedarf es noch weiterer Abklärungen und näherer Prüfung, inwieweit eine solche Gleichstellung gerechtfertigt ist und welche finanziellen Folgen damit für die öffentlichen Haushalte verbunden wären. Solche halbherzigen Bundesratsinitiativen der SPD-regierten Länder, die auf eine eingetragene PartnerInnenschaft abzielen, sind höchst kontraproduktiv, denn würden sie Gesetz, wäre die Ungleichbehandlung von Schwulen und Lesben ge-

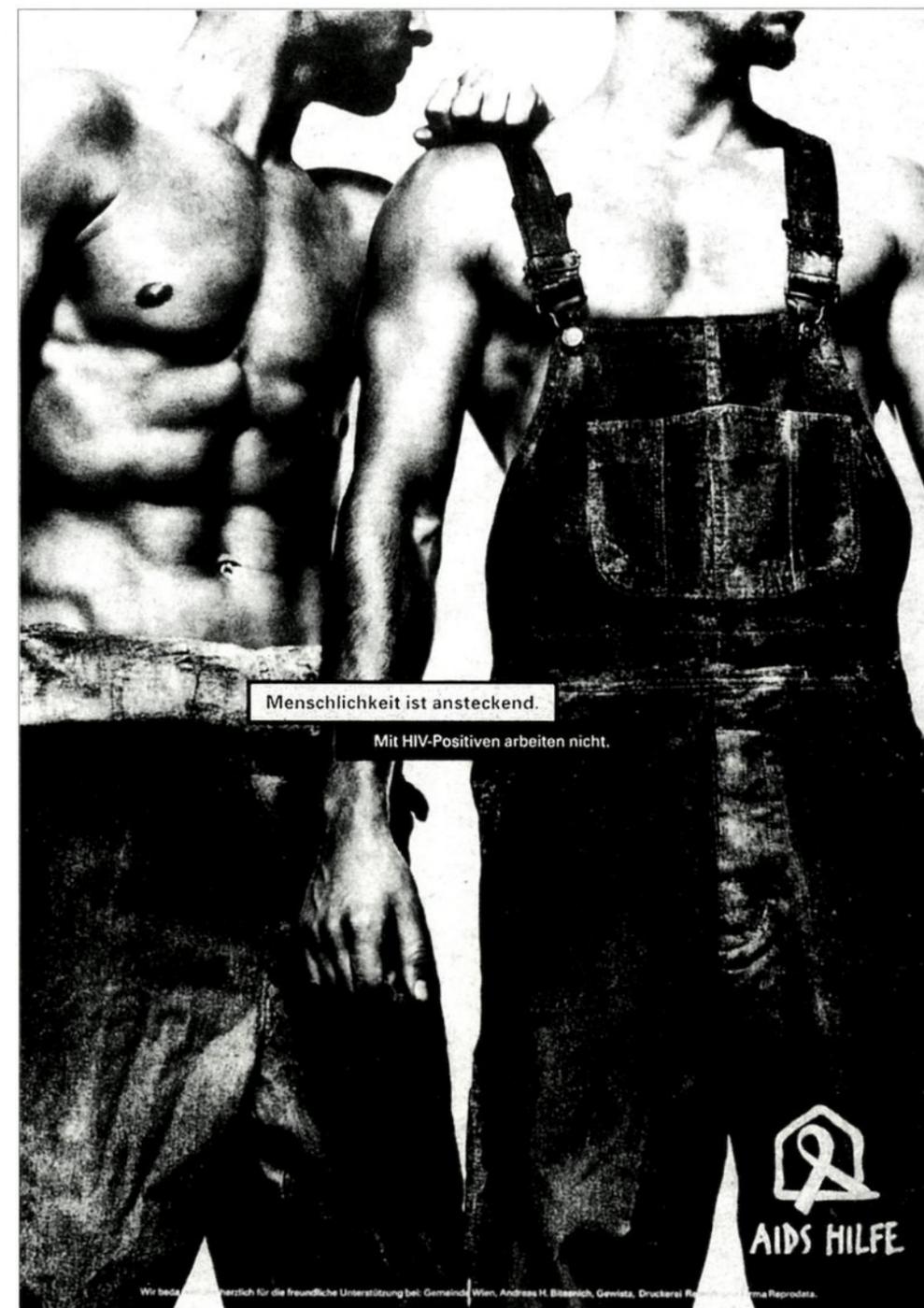
genüber Heterosexuellen auf unabschbare Zeit weiter zementiert.

Sachverständige im Bundestag

Dabei hätten gerade die SPD-regierten Länder es besser wissen müssen, denn die triftigen Argumente für die Öffnung der Standesämter auch für homosexuelle PartnerInnenschaften lagen alle auf dem Tisch. Schon 1993 hatte das Bundesverfassungsgericht „vielfältige Behinderungen“ der „privaten Lebensgestaltung“ und „Benachteiligungen gegenüber Ehepaaren“ festgestellt (vgl. LN 1/94, S. 14). Und im Mai 1997 schließlich hatte der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zum ersten Mal zu einer öffentlichen Sachverständigenbefragung geladen (vgl. LN 3/97, S. 37), um über das Eheschließungsrecht für homosexuelle Paare zu beraten.

Homosexuelle sollen zahlen und rechtlos bleiben

Die hartnäckigen Bemühungen seitens der Bundesregierung, homosexuellen Lebensgemeinschaften bei der Sozialhilfe die Leistungen zu kürzen, wurden schon erwähnt. Bereits bei der Sozialhilfereform 1996 war ein solches Vorhaben der Union gescheitert, weil die FDP, nicht zuletzt wegen des Widerstands des Schwulenverbandes, die geplante Verschärfung der Sozialhilfekriterien als eine Diskriminierung nicht-ehelicher, insbesondere homosexueller Lebensgemeinschaften abgelehnt hatte. Es ging darum, ob SozialhilfeempfängerInnen, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben, künftig leichter die Leistungen gekürzt werden können. Dies solle dadurch ermöglicht werden, daß SozialhilfeempfängerInnen zukünftig nachweisen müssen, daß sie nicht von ihrem Mitbewohner unterstützt werden. Derzeit muß das Sozialamt nachweisen, daß ein Leistungsempfänger in eheähnlicher Lebensgemeinschaft und nicht in einer rei-



Menschlichkeit ist ansteckend.

Mit HIV-Positiven arbeiten nicht.



nen Wohngemeinschaft lebt, um das Einkommen des Partners auf die Sozialhilfe anrechnen zu können. Die Proteste hatten Erfolg. Die Bonner Regierungskoalition mußte ihre Kampfansage an die homosexuelle Minderheit in Form der geplanten sozialrechtlichen Schlechterstellung zurückziehen. Damit war die Sache zwar vorerst vom Tisch. Nichts geändert hat sich aber an der Rechtlosigkeit homosexueller Lebensgemeinschaften.

Schnellschuß aus Bremen

Einen erneuten Versuch in die gleiche Richtung unternahm im Januar 1998 das von der SPD regierte Bundesland Bremen. Im Bundesrat hatte die Senatorin für Frauen, Jugend, Soziales und Umweltschutz einen Antrag zur Änderung des § 122 Bundessozialhilfegesetz (BSGH) eingebracht, der homosexuelle Lebensgemeinschaften zukünftig

im Sozialrecht zu Unterhaltsleistungen verpflichten sollte. Auch hier hatten die Proteste des Schwulenverbands Erfolg. Einige Tage nach Bekanntwerden der Bremer Initiative teilte die Senatorin dem schwulen Bürgerrechtsverband in einem Schreiben mit, sie habe sich „entschlossen, den Antrag im Gesundheitsausschuß nicht zu stellen“. Die Änderung des BSGH hätte eine gravierende Ungerechtigkeit für Schwule und Lesben

bedeutet, hätte ihren PartnerInnen-schaften Pflichten und Lasten aufgebürdet, ohne etwas an ihrer Rechtlosigkeit zu ändern. Gleichgeschlechtliche Paare haben anders als heterosexuelle eheähnliche Lebensgemeinschaften, die sich jederzeit als Verlobte deklarieren können, nicht einmal Angehörigenrechte. Schwule Partner und lesbische Partnerinnen können zudem, anders als Ehegatten, Unterhaltsleistungen steuerlich nicht absetzen. Interessant war das Motiv der Senatorin, das sie für ihren Rückzieher in einem Brief an den SVD nannte: *Darüber hinaus ist, wie Sie richtig feststellen, gleichgeschlechtlichen Beziehungen zur Zeit der Weg in die Ehe mit den steuerlichen Begünstigungen ... verschlossen.*

Arbeitsamt

...Der Zuzug zu einer Person, um mit ihr eine außereheliche Lebensgemeinschaft zu gründen, ist allein kein wichtiger Grund zur Lösung eines Arbeitsverhältnisses. Die gemeinschaftliche Lebensführung in freier Verbindung entspricht persönlichen Bedürfnissen oder Wünschen, die von der Rechtsordnung ignoriert werden. Nur die Eheschließung und der Zuzug zum Ehegatten ist als wichtiger Grund im genannten Sinne anzusehen, weil der Schutz von Ehe und Familie Verfassungsrang hat... Mit dieser Begründung lehnte Ende 1997 das Arbeitsamt Köln den Widerspruch eines Mannes gegen eine dreimonatige Sperrfrist des Arbeitslosengeldes ab.

Der Mann hatte seine Stelle bei seinem Kölner Arbeitgeber gekündigt, um zu seinem Lebenspartner nach Darmstadt umzuziehen. Ein zuvor befragter Fachanwalt für Arbeitsrecht hatte die Ansicht geäußert, er könne sich im Hinblick auf das Grundrecht auf Freizügigkeit nicht vorstellen, daß der Umzug zwecks gemeinsamer Lebensführung eine Sperrzeit des Arbeitslosengeldes nach sich ziehen würde. Auch das Arbeitsamt Darmstadt hatte sich ähnlich geäußert. Ge-

gen die dennoch vom Arbeitsamt Köln verhängte Sperrfrist von zwölf Wochen legte der Betroffene Widerspruch ein, wobei er von der Rechtsstelle des DGB vertreten wurde. Die hatte in der Widerspruchsbegründung u. a. ausgeführt, daß der Wunsch zur Herstellung einer eheähnlichen Gemeinschaft ein wichtiger Grund für die Aufgabe einer Beschäftigung ist und eine Sperrfrist nach § 119 AFG aus-schließt. Gegen den eingangs zitierten, negativen Bescheid des Arbeitsamtes haben der Betroffene und der DGB Klage erhoben.

BAT

Anfang 1998, nach einem jahrelangen, vergeblichen Klageweg durch verschiedene Gerichte, erhob der Bonner Verwaltungsangestellte Werner Janik Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wegen Diskriminierung homosexueller Lebensgemeinschaften. Janik will eine Klausel im Bundesangestellten-Tarif (BAT § 29) zu Fall bringen, wonach eine Ehe-Zulage nur verheirateten Arbeitnehmern zusteht. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gewährt ihm Rechtsschutz. Das Bundesarbeitsgericht in Bonn hatte im Mai 1997 die Klage Janiks auf erhöhten Ortszuschlag für Verheiratete abgewiesen. Seinen Anspruch, mit verheirateten Paaren gleichgestellt zu werden, leitet Janik aus Artikel 3 des Grundgesetzes ab, wonach niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Er lebt seit 22 Jahren mit seinem Freund in eheähnlicher Gemeinschaft. 1992 hatten die beiden vergeblich versucht, beim Bonner Standesamt ein Aufgebot zu bestellen.

Leugnung der Unterdrückung und Benachteiligung

Es war ein echtes, unheilbringendes Danaergeschenk, das die Hamburger Zeitschrift *Stern*,

pünktlich zum 100jährigen Jubiläum der Schwulenbewegung, 1997 auf-tischte: Werner Hinzpeter wurde als schwuler Redakteur angeheuert, und der bedankte sich umgehend mit einem „Ent-hüllungsbuch“ über die Schwulenbewegung. Hinzpeter versucht in seinem Buch *Schöne schwule Welt* nachzuweisen, daß Deutschland „heute zu den schwulenfreundlichsten Staaten der Welt“ gehört und mithin keine Schwulenbewegung mehr braucht. Natürlich gibt es in der schönen, schwulen Welt des Autors keine brasilianischen oder rumänischen Verhältnisse, wo Schwule massenweise ermordet oder kriminalisiert werden. Aber diese Zustände interessieren den ehemaligen Zögling aus der Nannen-Schule auch nicht. Er meint vielmehr, die Schwulenbewegung in Deutschland solle endlich das Handtuch werfen. Und das, obwohl doch die schwulen- und lesbenpolitisch so erfolgreichen Skandinavier genau das Gegenteil tun.

Die internationale Lobbyarbeit der ILGA, deren Weltkonferenz 1997 in Köln stattfand und in der selbstverständlich viele deutsche Gruppen Mitglied sind, ist Hinzpeter offensichtlich fremd. All die Bemühungen um Aufnahme einer Antidiskriminierungsklausel in den Vertrag von Amsterdam, die Lobbyarbeit gegenüber OSZE und Europarat zwecks Abschaffung homophober Strafgesetze in den Mitgliedsstaaten (z. B. Rumänien), gegenüber der EU zwecks Umsetzung der Empfehlungen der Roth-Resolution von 1994 in der Union, die Vernetzungsarbeit zwischen Gruppen aus Europa und dem Trikont, die Solidarität mit den Freunden in Simbabwe oder El Salvador, für all das ist in Hinzpeters schöner schwuler deutscher Welt kein Platz.

Der Autor hat in seinem „Rache-feldzug einer gekränkten Tunte“ (Jens Dobler) natürlich einige deutsche Hühnchen zu rupfen. Und alle kriegen sie bei diesem Rundumschlag ihr Fett weg, vom Schwulenverband (SVD) über die

Schwulen Sozialdemokraten (Schwusos) und die schwulen Überfalltelefone bis hin zu Mann-o-Meter, den Schwulenbeauftragten oder den HuK-Gruppen. Hinzpeters gebetsmühenhaft wiederholter Vorwurf: Sie jammern, lügen und übertreiben. Er schreckt in seinen wirren Thesen nicht einmal davor zurück, der deutschen Schwulenbewegung vorzuwerfen, sie zeichne ein Horrorszenario vom Leben der Schwulen in Deutschland. Und dann der Hammer: Hinzpeter ignoriert die Feinde der Schwulenbewegung, etwa den CDU-Hardliner Norbert Geis, den Fuldaer Oberpfaffen Dyba, macht sich mit seinen Thesen zu deren Anwalt und behauptet, die schwulen Verbände hätten keine Gegner, ihre negativen Verlautbarungen gelangten „ungefiltert (unzensuriert?) in die Medien“.

Offensichtlich hat Hinzpeter sich nie mit Themen wie Migration oder Asyl beschäftigt, sonst wüßte er, daß die Verfolgung von Homosexualität hierzulande nicht als Asylgrund anerkannt wird. Und was Nicht-EU-Bürger angeht, die mit einem Deutschen in einer binationalen homosexuellen Partnerschaft leben: Sie genießen keinen rechtlichen Schutz. Noch immer werden langjährige Beziehungen von den Ausländerbehörden willkürlich auseinandergerissen, denn der von Hinzpeter angeführte Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes von 1996 (nicht zuletzt ein Erfolg der langjährigen Bürgerrechtsarbeit der Schwulenbewegung), ist eine Kann-Bestimmung, spricht von einem Ermessenspielraum der Ausländerbehörden bei „Härtefällen“ und soll darüber hinaus, wie schon gesagt, gekippt werden. Wie viele andere Homosexuelle in Deutschland ist auch Hinzpeter gegen eine standesamtliche Aufhebung der rechtlichen Diskriminierungen und gibt sich als Schwuler mit rechtlichen Duldungen (anstelle verbrieften Rechts) zufrieden und propagiert überdies das Bild vom schwulen Single, der seine sexuellen Bedürfnisse im Park und Dark Room befriedigt.

Die Abschaffung des Schwulenseins

Es ist notwendig, die Rolle patriarchalisch-heterosexueller Zwangsnormen bei der Formung des vorherrschenden homosexuellen Lebensstils deutlich zu machen. Daraus wird eine grundsätzliche Kritik der gegenwärtigen Sexual-, Ehe- und Familienpolitik abzuleiten sein. Denn eine Integrationspolitik, die die Anpassung der Schwulen und ihre Einbindung in heterosexuelle Partnerschaftsvorstellungen betreibt und deren normative Institutionen als für Schwule tauglich und erstrebenswert darstellt, akzeptiert nicht das lebensgeschichtlich Andere an Schwulen ... Sie führt zu einer Heterosexualisierung der schwulen Minderheit und entlarvt sich als weiteres Instrument der Unterdrückung. Die emanzipatorische Aufgabe der Schwulenbewegung wird im Gegenteil darin bestehen, am Beispiel unserer Minderheit die Vielfalt der Sexualitäten aufzuzeigen, den kultur- und gesellschaftskritischen, teilweise utopischen Gehalt schwuler Lebensformen herauszustellen und den Stolz auf diese Vielfalt unter uns zu fördern. – So schrieben es 1990 die Väter des Schwulenverbandes der DDR in dessen Gründungsprogramm – unter dem stolzen Titel „Emanzipation, Partizipation und Integration schwuler Männer in der DDR“.

Mit den drei Termini schmückt sich der nunmehrige Schwulenverband in Deutschland (SVD) noch heute, obgleich jenes „lebensgeschichtlich Andere an Schwulen“ längst keinen Widerhall in der Konzeption seiner Politik mehr findet, mithin auch keine Impulse zur grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung mehr von ihm ausgehen.



Fotografie vom Kenningener Christopher Street Day 1996

Die Schwulenbewegung in Deutschland hat sich emanzipiert: von ihren früheren Zielen. Radikale Gesellschaftskritik, Pazifismus, feministischer Diskurs und der Solidaritätsgedanke sind der „schwulen Bürgerrechtspolitik“ des vereinten Deutschlands abhanden gekommen. „Die Kriegsgewinnler des Geschlechterkampfes“ (G. Dworek) stehen nunmehr im Verteilungskampf um die Beute. Und man ersucht um Einlaß bei Hofe.

Eine Provokation* von
Eike Stedefeldt, Berlin

Brav sind die Schwulen in diesem Lande geworden und loyale Staatsbürger. Sie haben sich eingerichtet in bunten Ghettos und komfortablen Nischen, bevölkern das Fernsehen, lassen sich vom Odem des Trendsetters streifen und halten das alles nur zu gern für die Realität. Dabei ist es kaum ein Vierteljahrhundert her, daß ihre politische Spitze Unterdrückungssysteme, hießen sie nun Patriarchat oder Kapitalismus, nicht nur in ihrer Wechsel-

seitigkeit erkannte, sondern aktiv bekämpfte. Schwule Politik orientierte sich weniger am Bestehenden denn am Revolutionären. Es ging darum, Machtzentren zu brechen und Grenzen zu überschreiten, nicht alte, hierarchische Lebensmodelle im Großen wie im Kleinen zu kopieren, vielmehr neue, egalitäre zu entwerfen und zu leben. Es wurde experimentiert mit neuen Formen des Miteinanders. Befreite Sexualität war damals und ist bis heute nur

in einer insgesamt befreiten Gesellschaft logisch, und entsprechend sahen die Utopien aus. Diesen langfristigen Zielen wurde jegliche Tagespolitik untergeordnet; was nicht auf dem Weg dorthin lag, wurde als unbrauchbar verworfen.

Derlei Mühen würde sich heute keine Gruppierung mehr unterziehen, die sich „schwuler Bürgerrechtspolitik“ verschrieben hat oder gar „Marktführer in Sachen Schwulenpolitik“ zu sein vorgibt wie der SVD. Die neuen schwulen Vorkämpfer haben sich von allem emanzipatorischen Ballast befreit, der – vorgeblich – spürbaren Verbesserungen der Lebenssituation homosexueller Männer im Wege stand und der, so die beliebte Denunziation radikaler „Politschwestern“ durch die SVD-Spitze, in „Ghetto-Innenpolitik“ endete.

Heute konzentriert man sich auf reine Antidiskriminierung und will nur mehr „Gleichstellung“ für eine ominöse „schweigende Mehrheit der Schwulen“.

Der erst 1988 vom grünen Schwulenpolitiker Volker Beck erfundene Begriff „schwule Bürgerrechtspolitik“ verrät einiges über den dahinterstehenden konservativen Ansatz: Man will endlich vollwertiger Staatsbürger sein – und dazu beschränkt man sich aufs Formaljuristische. „Wir wollen, daß Schwule ihr Recht bekommen“ lautet denn auch der populäre Slogan des Schwulenverbandes. Dabei spielt es keine Rolle, was genau das für ein Recht ist, für wen es zur Gänze oder mit Einschränkungen gilt, von wem es jeweils ausgeht, wer die Definitionsmacht darüber

ausübt und welche gesellschaftlichen Verhältnisse es fixiert. Das Ansinnen, letztere grundsätzlich zu verändern, wird gebetsmühlenartig zum Politikstil der 70er Jahre deklariert, nonkonformistische Losungen wie „Ich will nicht gleichgestellt werden!“ per se „Fundamentalisten“ oder „Ewiggestrigen“ – konkret sind das stets politisch links vom Mainstream Stehende – zugehoben.

So steht der kritische Betrachter heute staunend vor dem Phänomen, daß die auf Integration getrimmte Schwulenbewegung höchstselbst an der Abschaffung der Kategorie „schwul“, sozusagen der Heterosexualisierung des Homosexuellen, arbeitet. *Ganz normal anders* – dieser Buchtitel des DDR-Autors Jürgen Lemke gibt das Credo dieser Politik wohl am besten wieder: Es geht um „Normalisierung“, um das Verlassen der gesellschaftlichen Randbezirke, in denen – durch Homophobie und Diskriminierung erzwungen oder souverän

als Alternative gelebt – eine Vielfalt schwuler Lebensweisen sich um die „anale Macke“ herumentwickelt hat. Es geht um die „gleichberechtigte“ Einordnung in den allgemein akzeptierten Wertekanon, um Respektabilität, den Aufstieg in der gesellschaftlichen Hierarchie. In der heterosexuellen Welt lebt man paarig und wird dafür moralisch und fiskalisch privilegiert? Was liegt näher, als die bürgerliche Ehe zum schwulen Nonplusultra zu erheben. In der heterosexuellen Welt erfüllt man treu seine staatsbürgerlichen Pflichten? Also sollen auch Schwule bei der Deutschen Bundeswehr „diskri-

So steht der kritische Betrachter heute staunend vor dem Phänomen, daß die auf Integration getrimmte Schwulenbewegung höchstselbst an der Abschaffung der Kategorie „schwul“, sozusagen der Heterosexualisierung des Homosexuellen, arbeitet.

miert“ werden. In der heterosexuellen Welt gibt es zwei eindeutige Geschlechter, und tragen Männer keine Frauenkleider? Da distanzieren man sich doch lieber von Tunten. Der Staat ist stramm männlich-heterosexuell, folglich macht man willig alles mit, was Anerkennung durch die Macht verspricht: Man legt Kränze an der Nationalen Gedenkstätte „Neue Wache“ in Berlin nieder und ignoriert den nationalistischen, geschichtsrevisionistischen Symbolgehalt des von Kanzler Kohl höchstselbst gestalteten Bauwerks; man diskutiert mit abschriebewütigen hauptstädtischen Law-and-Order-Senatoren wie dem stramm rechten Ex-Bundeswehrgeneral Schönbohm antischwule Gewalt, die, wie man nicht müde wird zu betonen, fast immer von „kriminellen Ausländern“ ausgeht; man beklagt, nie vom Bundespräsidenten beehrt oder geladen worden zu sein, ohne dessen Karriere (als Zögling des Kommentators der Nürnberger Gesetze) oder national-volkstümelnden Ansichten in Betracht zu ziehen, und mobilisiert das „gesunde Volksempfinden“ gegen alle mit, die sich unvoreingenommen und differenziert dem Phänomen der (schwulen) Pädophilie widmen. Man bemüht auf dem Bremer wie Berliner Christopher Street Day die Polizei gegen linke Schwule und Lesben und scheut sich nicht, pure Männerpolitik zu betreiben, die sich,

minierungsfrei“ sich drillen lassen oder Karriere machen. In der heterosexuellen Welt legitimiert nichts so sehr den Mann wie Erfolg, Geld und Macht? Also organisieren die wohlhabendsten der schwulen Leistungsträger sich in elitären Manager-Clubs mit rigiden Aufnahmeprozedu-

ren. In der heterosexuellen Welt gibt es zwei eindeutige Geschlechter, und tragen Männer keine Frauenkleider? Da distanzieren man sich doch lieber von Tunten. Der Staat ist stramm männlich-heterosexuell, folglich macht man willig alles mit, was Anerkennung durch die Macht verspricht: Man legt Kränze an der Nationalen Gedenkstätte „Neue Wache“ in Berlin nieder und ignoriert den nationalistischen, geschichtsrevisionistischen Symbolgehalt des von Kanzler Kohl höchstselbst gestalteten Bauwerks; man diskutiert mit abschriebewütigen hauptstädtischen Law-and-Order-Senatoren wie dem stramm rechten Ex-Bundeswehrgeneral Schönbohm antischwule Gewalt, die, wie man nicht müde wird zu betonen, fast immer von „kriminellen Ausländern“ ausgeht; man beklagt, nie vom Bundespräsidenten beehrt oder geladen worden zu sein, ohne dessen Karriere (als Zögling des Kommentators der Nürnberger Gesetze) oder national-volkstümelnden Ansichten in Betracht zu ziehen, und mobilisiert das „gesunde Volksempfinden“ gegen alle mit, die sich unvoreingenommen und differenziert dem Phänomen der (schwulen) Pädophilie widmen. Man bemüht auf dem Bremer wie Berliner Christopher Street Day die Polizei gegen linke Schwule und Lesben und scheut sich nicht, pure Männerpolitik zu betreiben, die sich,

wie bei der Ehe, massiv gegen Frauen richtet. Feminismus? Das war gestern. Nicht ohne Grund häuft sich die Zahl der an Schwule ausgereichten Bundesverdienstkreuze. Ein linker Schwuler war bisher nicht unter den Empfängern; die Chance der Entgegennahme einer solchen „Ehrung“ wäre wohl auch sehr gering. Zu viele Alt-Nazis haben das Blechding im Schrank.

In der heterosexuellen Welt wird die Anbieterin neuerdings nicht mehr ungern gesehen. Schwule als solche sind in mancherlei Hinsicht brauchbar geworden; die Reduktion ihrer eigenen offenen Repression, die sexuelle und juristische Liberalisierung haben sie im Endeffekt dazu bestimmt, das Repressionspotential des hiesigen Gemeinwesens zu stärken, insbesondere durch die moralische Legitimation von Unterdrückungssystemen oder -institutionen. Der Unwille, diese fragwürdige Qualität auch nur ansatzweise in Betracht zu ziehen, ist sogar bei so ehrenwerten Honoratioren der Schwulenbewegung zu spüren wie dem Bremer Sexualwissenschaftler Rüdiger Lautmann, der im von Detlef Grumbach herausgegebenen Buch *Was heißt hier schwul?* (MännerschwarmSkript, Hamburg 1997) über die Ehe schreibt: *In diese Einrichtung nun auch Männer- und Frauenpaare hineinzulassen bedeutet alles andere als eine harmlose Forderung. Vielmehr soll ein Trojanisches Pferd in die Festung der patriarchalen Welt hineingeschmuggelt werden.* – Grandioser Irrtum eines Mannes, der es besser wissen sollte: Die Homo-Ehe wird ganz im Gegenteil das Trojanische Pferd sein, das die patriarchale Welt mittels einiger weniger homosexueller Gleichstellungsfanatiker in die Schwule hineinschmuggelt, um sie zu zersetzen. In diesem Sinne ist die Forderung wahrlich alles andere als harmlos. Befördert sie doch nicht weniger denn die Normierung der Schwulen nach tradierten Mustern, von denen die heterosexuelle Welt sich längst zu emanzipieren begonnen hat.

Das, was Lautmann als „symbolische Politik“ bezeichnet (er meint womöglich über Symbolik sich zu vermitteln suchende Politik), stellt letztlich sehr konkret eine eigenständige, gewachsene Lebens- und Sexualkultur zur Disposition. Diejenigen hingegen, die sie bewußt oder unbewußt aufrechtzuerhalten versuchen, werden sich unter den Bedingungen eines allgemeinen politischen Rollback, wirtschaftlicher Krise und rasanten Sozialabbaus, sprich: einer zunehmenden Polarisierung nach Arm und Reich, Oben und Unten, eines stärkeren Anpassungsdrucks denn je zu erwehren haben, sei es „nur“ moralisch oder ökonomisch.

Freilich darf man sich über das anachronistische Ansinnen der Bürgerlichen auch gehörig wundern. Da sonnen sie sich in der Ära des Neoliberalismus im Glanze eines Prototyps: Flexibel sollen sie dem Vernehmen nach sein, solvent, gebildet, kreativ, mobil und unabhängig. Aber just die Träger solch optimaler Kapitalwertungsbedingungen konkretkarieren das Prototypische mit der Forderung nach Heirat und Adoptionsrecht für schwule Paare. Heilige Dialektik!

Ebenso brauchbar wie im zivilen Bereich sind die schwulen Bürger in der Militärfrage, zumal sich der Drang junger Männer, den Kriegs-, ja jeglichen Zwangsdienst zu verweigern, seit Jahren verstärkt. Fraglos werden die homosexuellen Bürgerrechtler die Bundeswehr und das Militärische an sich durch ihr Einlaßbegehren massiv auf, und das Kuriosum besteht darin, daß das Bundesministerium der Verteidigung auf der Bonner Hardthöhe sich unter dümmsten Ausflüchten beharrlich weigert, schwule Soldaten und Offiziere „gleichzustellen“. Ungeachtet dessen haben die wackeren Kämpfer vom Bundesarbeitskreis schwuler Soldaten (BASS) neuerdings sogar ein Referat in diesem Ministerium auf ihrer Agenda stehen. Über Sinn oder Unsinn der Bundeswehr zu diskutieren schließen die Grund-

satzdokumente von BASS allerdings von vornherein und explizit aus.

Das alles ist um so beachtlicher, als noch vor wenigen Jahren die politische Spitze der Schwulenbewegung als konsequent friedensbewegt galt. Das traf vor al-

Es ist eine Integration um jeden Preis, eine „Gleichstellung“ im Negativen, die sich nicht mal mehr scheut, den Zugang zu Privilegien – wie im Falle der Ehe – für ein unveräußerliches Menschenrecht auszugeben

lem auf die Kreise bei der Evangelischen Kirche der DDR zu, aus denen 1990 der SVD hervorging. So heißt es in einem mutmaßlich aus dem Jahre 1986 stammenden Flugblatt: *Wir sind der Meinung, daß Emanzipation der schwulen Minderheit und Friedensarbeit auf natürliche Weise zusammengehören ... Unseren Partnervorstellungen kann es nicht entsprechen, uns mit Angehörigen des gleichen Geschlechts (besonders Männern) in Kampf- und Konkurrenzverhältnisse zu begeben, von denen jede Form von Kriegsvorbereitung lebt.*

Im Westen dagegen, wo die AIDS-Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Gruppen ACT UP und Gay Liberation Front (glf) mit Flugblättern zur Demonstration gegen den Golfkrieg am 26. Januar 1991 in Bonn aufriefen beziehungsweise dort einen eigenen schwul-lesbischen Block zustande brachten oder wo die allwöchentliche schwul-lesbische Sendung *Eldorado* beim Berliner Alternativsender Radio 100 die mittelbaren Gefahren der deutschen Golfkriegs-Beteiligung für hiesige Lesben und Schwule kommentierte, rühmte sich zur gleichen Zeit der Wehrdienstverweigerer, spätere SVD-Chef und Mitglied des Deutschen Bundestages Volker Beck, seine Politisierung in der unabhängigen Friedensbewegung erfahren zu haben.

Doch das ist längst Geschichte. *Das unerträgliche Ausmaß der Diskriminierung beim Männerbund Bundeswehr*, so klagte derselbe Volker Beck 1993 in einer Presseerklärung, *ist ein Skandal*. Die heutige Situation bei der Bundeswehr sei *so unerträglich, daß viele Schwule durch eine Verweige-*

rung des Kriegsdienstes oder durch Atteste, die ihnen bescheinigen, daß ihnen das diskriminierende Klima des Bundeswehralltags psychisch nicht zuzumuten ist, vermeiden, bei der Bundeswehr ihren Grundwehrdienst abzuleisten. Fast könnte man meinen, es hätte niemals eine Friedensbewegung in Deutschland gegeben, die die bewußte Verweigerung des Kriegsdienstes als zu bevorzugende Alternative zum Dienst mit der Waffe propagierte. Daß sich ein exponierter Schwulenpolitiker öffentlich und in derartig staats-treuer Weise um die Wehrkraft und den Nachwuchs des deutschen Militärs sorgt und dabei auch noch so tut, als ginge es um einen erstrebenswerten Ehrendienst bei einem honorigen Verein, dem es lediglich am rechten Klima gebreche, mag überzeugte Pazifisten ernüchtern. Zugrunde liegt ihm indes der vom bereits eingangs zitierten SVD-Sprecher Günter Dworek formulierte Grundsatz „schwuler Bürgerrechtspolitik“: *Zur Diskriminierung von Schwulen aber können wir nicht schweigen, egal, wo sie nun stattfindet.*

Das genau ist die Formel, die den Abschied von emanzipatorischer Politik jenseits ausschließlicher Minderheiten-Lobbyismus legitimiert. Übrig bleibt eine un-solidarische Integrationspolitik, die letztlich immer die Gegenseite stärkt und zuweilen grotesk

annutet. Etwa, wenn führende Schwulenpolitiker und -Vereine Kongresse über die „Schwulenverfolgung“ durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ausrichten, aber gleichzeitig Antidiskriminierungsklauseln in den gesetzlichen Grundlagen der BRD-Geheimdienste verlangen. Prinzipiell in Frage gestellt werden diese aber ebensowenig wie andere repressive Institutionen, heißen sie nun Ehe, Bundeswehr, Bundesverband der Deutschen Industrie oder Polizei. Es ist eine Integration um jeden Preis, eine „Gleichstellung“ im Negativen, die sich nicht mal mehr scheut, den Zugang zu Privilegien – wie im Falle der Ehe – für ein unveräußerliches Menschenrecht auszugeben, anstatt frei bestimmte, egalitäre Lebensformen und ein herrschaftsfreies Miteinander zu fördern und sich dafür des Beistandes interessierter Heterosexueller zu versichern.

Die emanzipatorische Aufgabe der Schwulenbewegung wird im Gegenteil darin bestehen, am Beispiel unserer Minderheit die Vielfalt der Sexualitäten aufzuzeigen, den kultur- und gesellschaftskritischen, teilweise utopischen Gehalt schwuler Lebensformen herauszustellen und den Stolz auf diese Vielfalt unter uns zu fördern, formulierte vor zehn Jahren ein Schwulenverband in der DDR. Es wäre allerhöchste Zeit, sich darauf zurück-zubedenken, um sich als soziale Bewegung nicht völlig ad absurdum zu führen.

*) Ich habe Michael Handl zwar nicht gekannt, aber ich möchte ihm diesen Beitrag widmen, zumal die LN mit dieser Ausgabe Jubiläum feiern und Rückschau halten – seine Analyse „Der Mythos von Sisyphos“ aus 1987 (LN 1/87, S. 22 ff, ebenfalls veröffentlicht im *LAMBDA-Lesebuch*) läuft auf Ähnliches hinaus; wovor er damals warnte, scheint zumindest in Deutschland Realität geworden zu sein.

Anm.: Siehe auch Rezension des kürzlich erschienenen Buchs von Eike Stedefeldt auf Seite 75.

Mo - Sa 14 - 02 Uhr
So 17 - 02 Uhr

café

bar

Mariahilfer Straße 45
Raimundhofpassage 2. Hof
1060 Wien, Tel.: 585 24 37

Durchmarsch mit Hindernissen

Herbert Rusche unterliegt gegen Volker Beck bei Bundestagskandidatur der Grünen in Nordrhein-Westfalen.

Ein Bericht von Dirk Ruder

Die Landesdelegiertenkonferenz der NRW-Grünen in Gelsenkirchen vom 30. Januar bis 1. Februar 1998 hatte kaum begonnen, da wurden die arglosen TeilnehmerInnen hoch offiziell von der Existenz einer Initiative *Beck ab!* in Kenntnis gesetzt. Die Kampagne, so die Konferenzleitung an die Delegierten, richte sich namentlich gegen den anre-

tenden Kandidaten und derzeit einzigen offen schwulen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, „und das können wir hier natürlich nicht zulassen.“ Eine harsche Intervention grüner SVDler um dessen Landessprecher Jörg Ebel hatte zuvor dafür gesorgt, den bereits genehmigten *Beck ab!*-Infostand im Tagungsbereich zu untersagen. So leicht wollte man die Kandidatur des einzigen Vorzeigeschwulen dann doch nicht gefährden, da riskierte man lieber einen Eklat. Möglicherweise steckten ja doch Kommunisten hinter der ganzen Sache, wie eine Dortmunder Lesbe später vermutete, die *Beck ab!*-Plakate in einer „PDS-Kneipe“ gesehen haben wollte.

Gespannt hatten zahlreiche Beck-Gegner wie -Befürworter die Konferenz erwartet. Denn mit Herbert Rusche war immerhin ein namhaftes Gründungsmitglied der Grünen – und von 1983-87 der erste offen schwule Bundestagsabgeordnete – wieder aus der politischen Versenkung aufgetaucht, um Volker Beck den Platz auf der Landesliste zur Bundestagswahl streitig zu machen. Eine Herausforderung, deren Ausgang als Richtungsentscheidung grüner Politik gewertet werden kann, steht doch Herbert Rusche für jene ur-grüne emanzipatorische Schwulenpolitik, von der sich die ehemals alternative Partei längst abgenabelt habe – nicht zuletzt dank der Erfindung Beck-scher Bürgerrechts- und Lobbypolitik, wie Kritiker meinen.



Volker Beck (oben) gewinnt Gerangel um grüne Bundestagskandidatur, Herbert Rusche (links) unterliegt

So setzten beide Kandidaten in den Vorstellungsreden auf ihre politischen Erfolge. Volker Beck stellte seinen Einsatz in der Drogen-, Kriminalitäts- und Menschenrechtspolitik heraus und forderte ein Antidiskriminierungsgesetz sowie die Öffnung der Standesämter für Homosexuelle. „In Bonn muß endlich andersrum regiert werden“, sagte er im Hinblick auf einen möglichen rot-grünen Regierungswechsel. Herbert Rusche unterstrich die große Bedeutung der Partei für schwule Anliegen. Sein Antreten verstehe er nicht als Gegenkandidatur, sondern als Ergänzung zu Beck. „Die Idee von Schwulenbewegung, wie ich sie verstehe, ist Solidarität mit allen Schwulen. Polarisierung und Ausgrenzung von Formen schwulen Lebens sind nicht meine Sache.“ Er wolle als grüner Abgeordneter auch zu AIDS arbeiten, von dem er selbst betroffen sei.

Doch dafür hielten die Delegierten Rusche offensichtlich für den falschen Mann am falschen Platz. Er bekam im ersten Wahlgang um den 4. Listenplatz ganze 2 Stimmen – 76 weniger als Beck – und zog seine Kandidatur umgehend zurück. Beck scheiterte in drei Wahlgängen und setzte sich schließlich auf dem 6. Platz mit 159 Stimmen gegen einen profilierten Ausländerpolitiker durch. Begleitet

wurde die mehrstündige Abstimmungszeremonie von dezent aufeinander abgestimmten Flugblattverteilaktionen der Beck-Befürworter und -Gegner. Zwar hatte *Beck ab!* hier quantitativ und qualitativ die Nase vorn, doch konnten Becks Mannen mit einer vierseitigen Unterschriftenliste für ihren Kandidaten aufwarten, der nicht wenige prominente Namen enthielt. Kritiker bezweifelten indes, ob den Unterzeichnenden klar gewesen ist, daß ihre Unterschriften zur Verhinderung eines anderen schwulen Kandidaten instrumentalisiert werden würden.

Das Wahlergebnis wurde von beiden Seiten naturgemäß unterschiedlich beurteilt. Während Becks Leute sich bei *Beck ab!* für die kostenlose Wahlhilfe bedankten – vor der letzten Bundestagswahl mußte sich der schwule Bürgerrechtler immerhin noch mit dem zehnten Listenplatz begnügen –, zogen letztere andere Konsequenzen: „Wenn Personen, nicht aber deren Programme zählen“, bilanzierte *Beck ab!* die Konferenz auf der eigenen Internet-Homepage, sei das „schwule und lesbische Bürgerrecht“ bei den NRW-Grünen in guten Händen. Für aktive Emanzipation nicht nur der Homosexuellen, sondern der Gesellschaft als Ganzes wird man sich allerdings andere Partner suchen müssen.



CSD Berlin 1998

Ich hab' noch einen Koffer in Berlin

Berlin ist zu bunt, zu vielfältig, zu komplex, als daß es sich mit wenigen Worten beschreiben ließe. Man muß die Stadt einfach gesehen – oder besser noch: erlebt – haben. Berlin kann mit unzähligen Begriffen in Verbindung gebracht, nicht jedoch endgültig definiert werden: Brandenburger Tor, Ost-West, Infobox, Prenzlauer Berg, Kurfürstendamm, Berliner Ensemble, Love-Parade, Berlinale, Fernsehturm, Magnus Hirschfeld und die erste deutsche Schwulenbewegung, Christopher Street Day, ... ach ja, weswegen wir eigentlich an die Spree gekommen waren. Aus Italien, den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien, Spanien, USA, Tschechien, Polen, Japan, Deutschland und Österreich. Es wurden wahrlich keine Kosten und Mühen gescheut, um unseren Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Wie wird also die Organisation des diesjährigen CSD mit den dazugehörigen Events aussehen? Den Auftakt wird am Wochenende des 20./21. Juni 1998 das sechste Lesbisch-Schwule Stadtfest machen, das sich seit seinem erstmaligen Stattfinden 1993 am Nollendorfplatz etabliert hat. Die Schirmherrin ist übrigens Elisabeth Ziemer, Grüne Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg, die – wie bereits in den Jahren zuvor – aus Anlaß des Stadtfestes vor dem Rathaus Schöneberg Regenbogenfahnen hissen wird, dort, wo John F. Kennedy

Am 27. Juni 1998 findet in Berlin Deutschlands größte Lesben- und Schwulenparade zum 20. Mal statt. Aus diesem Grund haben sich die CSD-Veranstalter (also der Sonntagsclub, der schwule Infoladen Mann-o-Meter und der Schwulenverband in Deutschland [SVD]) etwas ganz Besonderes – und in dieser Form wohl auch bislang Einmaliges – einfallen lassen, um dieses Event bereits im Vorfeld mediengerecht zu promoten: Sie luden Journalisten schwul/lesbischer Medien aus aller Welt, darunter der LN, zu einer Berlin-Tour ein, die von der *Berlin Tourismus Marketing GmbH* und der *Partner für Berlin GmbH* gesponsert wurde. Ein Unternehmen nicht ohne Risiko, bedenkt man, daß Amsterdam dieses Jahr die Gay Games 1998 veranstaltet, diese erstmals außerhalb der USA stattfinden und es somit einen beträchtlichen Teil des lesbisch-schwulen (außereuropäischen) TouristInnenstroms in die Niederlande ziehen wird. Welche Gründe aber dennoch dafür sprechen, auch einen Abstecher nach Berlin einzuplanen, erfährt ihr im folgenden

von Harald Schwarz



Auftakt zum Berliner CSD: Das Stadtfest



Imposanter Paradenzug auf der Straße des 17. Juni

1962 seinen berühmten Ausspruch tat: „Ich bin ein Berliner...!“

Es werden etwa 300.000 BesucherInnen erwartet, die sich bei den Ständen der einzelnen Projekte, Selbsthilfegruppen, Vereine und Unternehmen auf einer Gesamtlänge von über einem Kilometer über die vielfältigen Initiativen informieren und darüber hinaus nach Lust und Laune in den zahlreichen Cocktail-Bars und Biergärten erfrischen oder zu groovenden Housebeatklängen tanzen können.

Eine Woche später, also am 27. Juni, findet dann der besagte CSD statt. Die Parade startet im westlichen Teil der Stadt, auf dem Kurfürstendamm, geht über die Taubentzenstraße, den Wittenbergplatz, die Urania, den Lützowplatz bis zur Siegestsäule und weiter auf der Straße des 17.

Wichtige Adressen und Infos:

DEUTSCHE ZENTRALE FÜR TOURISMUS, Vertretung in Österreich, Schuberting 12, 1010 Wien, Tel. (01) 513 27 92-0

MANN-O-METER, Berlins schwuler Infoladen, Motzstraße 5, D-10777 Berlin, Tel. +49-30-216 80 08, Fax: 215 70 78. Infos über Gruppen, Initiativen, schwules Leben, Veranstaltungen etc.; Vermittlung von Kontakten, Aktivitäten, Jobs; Beratung zu Gesundheit und HIV; Außerdem: Schwules Überfalltelefon: 216 33 36, Mo-Sa 17-22 Uhr, So 17-21 Uhr.

SIEGESSÄULE, das schwulesbische Berliner Stadtmagazin, Kulmer Straße 20a, D-10783 Berlin, Tel. 23 55 39-0; Fax: 23 55 39-19; E-Mail: siegessaule@berlin.mbx.de; erscheint monatlich; alle wichtigen Adressen und Infos über das lesbisch/schwule Leben, Veranstaltungen, Projekte etc.

SONNTAGSCLUB, Rhinower Straße 8, D-10437 Berlin; Tel.: 449 75 90.

SCHWULENVERBAND IN DEUTSCHLAND (SVD) und LANDESVERBAND BERLIN-BRANDENBURG, Rhinower Straße 5, D-10437 Berlin, Tel.: 44008240; Fax: 44008241, Bürozeiten: Mo-Do 12-17 Uhr und nach Vereinbarung.

SCHWULES MUSEUM, Mehringdamm 61, D-10961 Berlin, Tel. 693 11 72, Ausstellungen Mi-So 14-18, Führungen Sa 17 Uhr, Bibliothek und Archiv: Mi-So 14-18.

SCHWUZ, Schwulenzentrum, Mehringdamm 61, D-10961 Berlin, Tel. 693 70 25.

ARC, Fasanenstraße 18a, D-10623 Berlin; Tel./Fax: 313 26 25.

CAFÉ ANDERES UFER, Hauptstraße 157, D-10827 Berlin, Tel.: 784 15 78.

SCHALL UND RAUCH, Gleimstraße 23, D-10437 Berlin, Tel.: 448 07 70.

CAFÉ POSIHIV, Alvenslebenstraße 26, D-10783 Berlin, Tel. 216 86 54, Fax: 216 86 55.

Buch-Tip:

Micha Schulze (Hg.): *Homopolis. Das schwule Berlin*. Jackwerth-Verlag, Köln 1997, 240 Seiten (vgl. LN 1/98, S. 75)

Juni, passiert schließlich das Brandenburger Tor und endet vor der Humboldt-Universität. Es werden an die 70 buntgeschmückte Wagen und an die 150.000 TeilnehmerInnen erwartet. Abends gibt es dann in der Kulturbrauerei im nunmehrigen Szenebezirk Prenzlauer Berg die Abschlusparty.

Soweit zu den lesbisch-schwulen Hauptattraktionen dieses Sommers, was aber hat Berlin sonst noch zu bieten an Kultur und Amusement? Abgesehen von der äußerst vielfältigen und interessanten lesbisch-schwulen Infrastruktur, gespickt mit einer breiten Palette von Cafés, Bars, Restaurants, Discos (auch eine mit türkischer Musik und ausgesprochen buntgemischtem Publikum), Buch- und Infoläden, Sex-Shops, Lederbars etc., ist all jenen, die sich auf historische Streifzüge oder Spurensuche nach schwuler Geschichte begeben wollen, das Schwule Museum zu empfehlen. Hier läuft noch bis zum 24. Mai 1998 die Ausstellung „remember me“, die Erinnerungen an Menschen und ihr Leben zum Thema hat. Vom 30. Mai bis 30. August wird danach eine Hommage an Hans Deppe, den König des deutschen

oder aber für Lesben und Schwule relevant sind. Besonders ans Herz legen möchte ich dieses Archiv all jenen Interessierten, die für etwaige Diplom-, Doktor- oder Facharbeiten mit lesbisch-schwulen Fragestellungen Material benötigen. Die Bestände können zwar nicht ausgeliehen werden, jedoch sind Diplomanden und Dissertanten willkommen, im Archiv zu arbeiten.

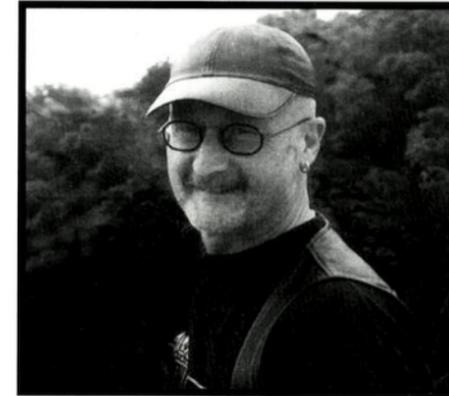
Damit wäre ich auch schon am Ende meines Reiseberichts aus Berlin, bleibt nur mehr stichwortartig zu erwähnen: Das Hotel Berlin am Lützowplatz hat uns komfortablen – um nicht zu sagen: luxuriösen – Unterschlupf gewährt, die Bar *Anderes Ufer* hat uns mit einem Sektempfang beglückt und die Bar *Schall und Rauch* mit herrlichen Cocktails verwöhnt. Ach ja, nicht zu vergessen das Szene-Restaurant *Arc* in der Fasanenstraße. Ich habe selten in so schönem Ambiente so vorzüglich gegessen. Eure Bedienung war einfach ein Hit. Kompliment Jungs, weiter so! Wer jetzt noch immer keine Lust auf einen Trip in Deutschlands Bundeshauptstadt bekommen hat, dem kann ich nicht helfen – allen anderen wünsche ich viel Spaß und gute Reise!



Heimatfilms, zu sehen sein. Darüber hinaus besitzt das schwule Museum ein umfangreiches Archiv, das Zeitschriften, Fach- und Unterhaltungsliteratur beinhaltet, die sich mit lesbisch-schwuler Thematik beschäftigen

Berlin ist eine Reise wert – erwarten Sehenswürdigkeiten wie der Fernsehturm „Alex“ (Bild oben links) oder die Shopping-Meile Ku’damm (Bild oben: Bretscheidplatz mit Gedächtniskirche)

ART by SEPP of VIENNA



Sepp Engelmaier, Fast-Waldviertler (aus dem nördlichen Teil Niederösterreichs), Absolvent der „Graphischen“, beschäftigt sich unter anderem auch mit Fotografie und arbeitet als selbständiger Grafiker und Designer in Wien.

„Zeichnen ist von Kindheit an meine große Leidenschaft und Stärke. Waren es in Kindertagen noch Autos – die Faszination der fünfziger Jahre – so herrschten dann im katholischen Internat der

Schulbrüder Leidensszenen der Kreuzigung Christi mit muskulösen Römern im Religionsheft vor.

Als sogenannter Spätberufener – mein Coming Out hatte ich erst mit 24 – fand ich alsbald meine sexuelle Richtung über Leder zu SM.

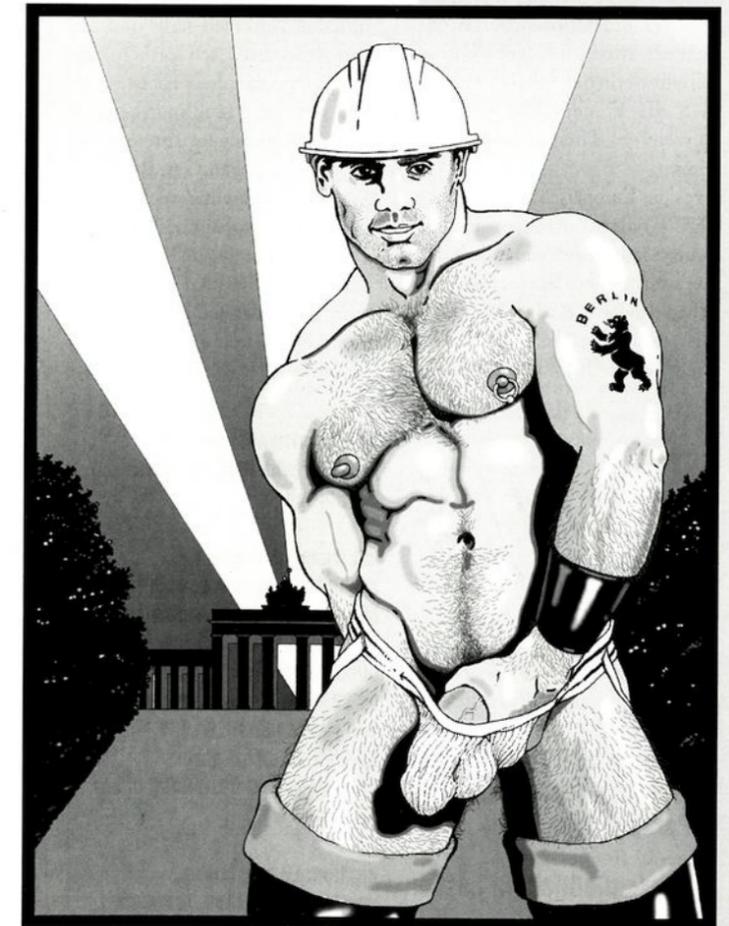
Für Freunde, die LMC Vienna sowie andere internationale Lederclubs und Veranstalter entstanden zahlreiche Werke. Einige Arbeiten davon zeige ich nun in einer **WERKSCHAU** anlässlich des **BERLINER OSTERTREFFENS** im **MANN-O-METER**.

Speziell für Liebhaber von Kerlen, Bären, Leder, Gummi, Uniform und SM habe ich eine kleine exklusive Fine-Art-Print-Edition von einigen Arbeiten aufgelegt. Die Blätter, in limitierter Auflage auf schwerem Bütten, im Format ca. 38 x 56 cm, sind auch einzeln erhältlich und sicher ein schönes Geschenk für liebe Freunde, Meister, Sklaven oder sich selbst.

Auch Originalzeichnungen, Grußkarten und einen Katalog kann man sehen und selbstverständlich auch erstehen.“

Sepp Engelmaier, A-1040 Wien,
Waaggasse 5/16, ©all Master Grafik,
Tel./Fax (01) 587 36 30

ART by SEPP of VIENNA . EINE WERKSCHAU
10. APRIL BIS 16. MAI 1998 IM MANN-O-METER,
MOTZSTRASSE 5, D-10777 BERLIN



Aus aller Welt

zusammengestellt von Irene Zeilinger und Kurt Krickler

■ EUROPA

Europa den Lesben

Seit 1990 gibt es nun schon die Europäische Frauenlobby, den von der Europäischen Union anerkannten Dachverband der Frauenorganisationen der EU-Mitgliedsstaaten. Sie soll als Bindeglied zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgerinnen dienen, aber auch in internationale Prozesse die Perspektive der europäischen Frauen, besonders hinsichtlich der Menschenrechte einbringen. Um so verwunderlicher scheint es, daß sich die Frauenlobby erst seit kurzem des Themas Lesben annimmt.

Was die Europäische Frauenlobby (EWL) den einzelnen Frauen bringt, liegt auf der Hand. Nicht nur, daß sie das Bindeglied zwischen den europäischen Institutionen (Kommission, Rat, Parlament) darstellt und als Informa-

tionsdrehscheibe in beide Richtungen fungiert, sie beeinflusst auch aktiv die EU-Sozialpolitik im Interesse von Frauen in Hinblick auf Ausbildung, soziale Sicherheit, Elternurlaub und Diskriminierung im Arbeitsleben. So konnte nicht zuletzt auf Betreiben der EWL im Vertrag von Amsterdam auch das geschlechtsspezifische Diskriminierungsverbot explizit festgeschrieben werden. Dies ist umso wichtiger, als die EU-Gesetzgebung über den nationalen Gesetzen steht und die Mitgliedsstaaten sich solchen Verträgen unterzuordnen haben.

Ein weiterer Handlungsbereich von nicht geringem Interesse ist der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Zu diesem Zweck hat die EWL ein Europäisches Zentrum gegen Gewalt gegen Frauen eingerichtet, das als Koordinationsstelle nationaler und lokaler Initiativen dienen und die Vernetzung fördern soll. Das Ziel solcher Ak-

tionen ist vor allem, Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu EU-Geldern zu öffnen und auch die EU dazu zu bewegen, deren Nachfrage zu berücksichtigen. Das dazugehörige Schlagwort lautet: „Mainstreaming“: Fraueninteressen sollen nicht durch marginalisierte und finanziell ungenügend ausgestattete Unterabteilungen vertreten werden, sondern in allen Bereichen und auf allen Ebenen – also „horizontal“, wie dies ein anderes Jargon-Schlagwort beschreibt – Beachtung finden, besonders bei der Einrichtung von Haushaltslinien. Auch Themen wie die Auswirkungen des freien Personenverkehrs auf Frauen, die Asylpolitik, Frauen in Führungspositionen und Migrantinnen nimmt die EWL in Angriff. Die Vision dahinter ist die eines Europas, das seine soziale Verantwortlichkeit ebenso ernstnimmt wie seine wirtschaftlichen Interessen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Arbeitsfelder wird es verständlich, warum die EWL es erst jetzt schafft, sich mit ihren begrenzten Ressourcen – im Brüsseler Sekretariat sind insgesamt acht Frauen angestellt – auch zum Thema Lesben zu engagieren. Im Sommer des Vorjahres wurde auf Initiative des Sekretariats von der Autorin dieser Zeilen ein Positionspapier über Menschenrechte für Lesben in Europa erstellt, und diese Initiative wurde vom Vorstand angenommen. Anfang Juni dieses Jahres soll nun darüber in der Generalversammlung abgestimmt werden. Die Strukturen

der EWL mit nationalen Mitgliedsorganisationen, in denen sich die Frauenorganisationen und -projekte des jeweiligen Staates sammeln und koordinieren sollen, wurden zwar schon öfter als undemokratisch kritisiert. Diesmal dürften sie dem progressiven Vorstoß jedoch nicht im Wege stehen.

Die Argumente sprechen eindeutig für die Eingliederung von Lesbenanliegen in die Politik der EWL: Bisher gibt es bei den nationalen Mitgliedsorganisationen kaum Lesbenvereine (mit der Ausnahme von Irland und Großbritannien), da Lesben bisher keinerlei Anreiz hatten, sich innerhalb der EWL bzw. der nationalen Frauenlobbies zu engagieren. Ihr Kampf um Gleichberechtigung und Emanzipation spielte sich eher auf nationaler Ebene, vor dem Europäischen Gerichtshof und im Rahmen der ILGA-Europa ab. Die EWL möchte nun ihrem Anspruch auf eine Vertretung aller Frauen bei den europäischen Institutionen gerecht werden und sich für die Rechte von Lesben einsetzen, sodaß in der Folge auch mehr Lesbenorganisationen sich in die Aktivitäten der EWL einbringen können und wollen. Diese Integration ist unumgänglich, um glaubwürdige Frauenrechts- und Gleichberechtigungspolitik betreiben zu können.

Für die Abstimmung in der Generalversammlung sieht es nicht schlecht aus, auch wenn es Gegenstimmen vor allem von konservativer Seite gibt, die das Thema am liebsten als Privatsache behan-

delt haben möchte. Ganz so einfach dürften sie es damit allerdings nicht haben, da das irische Vorstandsmitglied sich anlässlich der Diskussionen über das Positionspapier als Lesbe geoutet hat und vehement für dieses Thema eintritt. ILGA-Europa sowie nationale Lesbengruppen werden wohl in den nächsten Monaten die nationalen Frauenlobbies, die ja auf der EWL-Generalversammlung über das Papier entscheiden werden, kontaktieren, um für dieses Anliegen zu werben.

Sollte das Positionspapier angenommen werden, so ist das gleichzeitig auch ein Arbeitsauftrag für die EWL. Das Thema muß dann in das allgemeine Programm der EWL integriert und in allen Papieren, Projekten und Stellungnahmen der EWL verankert („gemainstreamed“) werden. Vor allem in Hinblick auf die Osterweiterung der EU wird es dann spannend, da die EWL Lesbenorganisationen in diesen Ländern unterstützen und vernetzen und so zur Stärkung der nationalen Lesbenbewegungen beitragen könnte. In Hinblick auf den bisherigen Schwerpunkt Arbeitswelt der EWL wird dann wohl auch verstärktes Lobbying gegen die Diskriminierung von Lesben am Arbeitsplatz betrieben werden, was nach der Entscheidung im Fall Grant gegen South West Trains (vgl. Seite 61) besonders notwendig und vordringlich geworden ist. In jedem Fall dient dieses potentielle Bündnis zwischen der Frauen- und der Lesbenbewegung sicherlich beiden Seiten und sorgt für mehr Durchsetzungskraft für die Menschenrechte von Frauen und Lesben in einem zusammenwachsenden Europa.

IZ

■ V A T I K A N

Lebendig verbrannt

Am 13. Jänner 1998 übergoß sich der 39jährige Sizilianer Alfredo Ormando auf dem Petersplatz im Rom mit Benzin und zündete sich aus Protest gegen die homosexuellenfeindliche Haltung der katholischen Kirche an. Mit schweren Verletzungen wurde Ormando ins Spital gebracht, wo er

einige Tage später seinen Brandwunden erlag. Die nationale italienische Lesben- und Schwulenorganisation *Arcigay-Arcilesbica* schlägt nun vor, den 13. Jänner zum Internationalen Tag des Kampfes gegen die Unterdrückung von Lesben und Schwulen durch die Kirche zu erklären. Die HOSI Wien unterstützt diesen Vorschlag natürlich nachdrücklich!

Diese Protestaktion geschah nur eine Woche nach dem Mord an einem der persönlichen Mitarbeiter, einer Art Kammerdiener, des Papstes, dem 66jährigen Enrico Sini Luzi, der offenbar von einem Stricher oder einer flüchtigen männlichen Bekanntschaft in Raubabsicht getötet wurde. Während diese Affäre breite Mediendeckung in Österreich fand, wurde die Selbstverbrennung Ormandos von den österreichischen Medien ignoriert.

Der Mord an Luzi war übrigens der 19. Mord an einem Schwulen in der Ewigen Stadt seit 1990. Der römischen Lesben- und Schwulenbewegung reicht es schon langsam, daß die Polizei hier offenbar völlig untätig ist, und hofft, daß nach dem Mord an einem prominenten Vatikan-Mitarbeiter vielleicht doch eifriger nach dem oder den Mördern gefahndet wird.

■ A F G H A N I S T A N

Lebendig begraben

Am 24. März 1998 brachten auch die *Wiener Zeitung* und *Die Presse* internationale Agenturmeldungen, wonach in Afghanistan zwei junge Homosexuelle bei lebendigem Leib begraben worden sind, indem ein Bulldozer eine Mauer über sie schob. Die beiden 18 bzw. 22 Jahre alten Männer hatten gestanden, Analverkehr gehabt zu haben.

Schon im Februar 1998 waren drei Männer im Süden Afghanistans wegen desselben „Delikts“ zum Tode durch Steinigen verurteilt worden. Da sie nach 30 Minuten Steinigen immer noch lebten, wurden sie begnadigt!

KK

NEUES AUS OSTSLAWONIEN

Die „integrierten Schwulen“ und der Osijeker „Club“

Die veränderten Gegebenheiten in Ostslawonien – sowohl politisch als auch persönlich – veranlassen mich, eine kurze Fortsetzung zu meinem Artikel „Als schwuler Friedensengel in Ostslawonien“ in der letzten Ausgabe der LN (S. 56 f) zu schreiben.

Zu den persönlichen Erfahrungen zählt jene, daß in Osijek anscheinend doch nicht alle den Schwulen gegenüber so aufgeschlossen und tolerant sind, wie ich immer erwartet hatte. Meine eigene Offenheit wurde mir deshalb auch schon zum Verhängnis: Kurz vor Weihnachten steckte ich ein paar Fausthiebe ein, und ausgerechnet am Valentinstag streckten mich drei Rotznasen mit Fußtritten und den Worten: „Umri, pederu!“ („Stirb, Schwuchtel!“) nieder. Nachdem ich mich eine Woche lang nicht richtig bewegen konnte, beschloß ich, mich warmerzigeren Gesellen zuzuwenden.

Ein Telefonat mit einem Bekannten – und schon war ich mit dabei bei einem Ausflug ins ungarische Thermalbad Harkány, wo noch andere Osijeker Schwule anzutreffen waren. Jener Bekannte lud mich dann auch noch ein, am Abend auf eine schwule Geburtstagsparty in Vinkovci (ca. 50 km südlich von Osijek und an der Grenze der ehemaligen UNTAES-Zone) mitzukommen. Das Geburtstagskind war mir bekannt, ich hatte ihn aber schon mehr als ein Jahr nicht mehr gesehen, weshalb die Überraschung sehr groß war. Daneben erlebte ich meinerseits eine angenehme Überraschung: Unter den ca. 15 anwesenden Männern waren nicht nur Kroaten, sondern auch Serben aus dem am 15. Januar 1998 in Kroatien wiedereingegliederten UNTAES-Gebiet (dem „ehemals serbisch besetzten Ostslawonien“). Sie werden demnach auch liebevoll „unsere integrierten Schwulen“ genannt. Was vor mehr als einem Jahr fast unmöglich und unvorstellbar schien, hat sich von selbst erledigt: In der kroatischen Schwulengemeinde ist es nicht von Belang, ob jemand Kroat oder Serbe ist, Hauptsache, die gleichgeschlechtliche Gesinnung stimmt. Unter diesen Umständen

war diese Party für mich gleich viel interessanter und amüsanter.

Ebenfalls auf dieser Party war die „Gräfin“ Josip, so genannt, weil jahrelang in Deutschland gearbeitet und deshalb sehr vermögend. Er lud mich ein, doch in Osijek in seinen „Club“ zu kommen, was ich gerne machte. Diesen „Club“ darf man nicht im westeuropäischen Sinne verstehen. Es handelt sich vielmehr um die privaten Räumlichkeiten der „Gräfin“, wo sich die slawonischen Schwulen in angenehmer Atmosphäre gerne treffen. Und auch in diesem Club, wo Schwule aller Ethnien, jeden Alters, jeder Berufsgruppe usw. hinkommen, kann man sich sehr gut unterhalten und seinen Spaß haben. Mittlerweile bin auch ich schon als „Austrijanka“ (Österreicherin) in diesen Club integriert.

Bei den Gesprächen stellt sich immer wieder heraus, daß die schwule Welt eine kleine ist. Man kommt drauf, daß man gemeinsame Bekannte im 270 km entfernten Zagreb hat, ja sogar in Österreich. Es kam aber auch die Schwulenhatz in Kroatien zur Sprache. Ich selbst hatte ja anscheinend noch Glück im Unglück. Aber jene, die in den Park zu gehen pflegen, werden anscheinend regelmäßig so richtig verprügelt. So sind eben manche balkanische Gemüter. Aber nicht jeder Hetero ist gemütsmäßig so veranlagt, wie die beiden Neffen der Gräfin beweisen: Nach eigenen Angaben sind sie absolut hetero, lassen sich aber gerne von den anderen Burschen betatschen, flirten und tanzen engumschlungen mit ihnen. Sie passen sich gerne der Gesellschaft ihres Onkels an: „Wir sind doch alle nur Menschen aus Fleisch und Blut.“

Jetzt, da ich im „Club“ einen sicheren und angenehmen Rahmen für mein gesellschaftliches Leben entdeckt habe, kommt auch schon die Hiobsbotschaft: Die „Gräfin“ fährt demnächst nach Deutschland, um zu arbeiten, weshalb es bis August keine Clubabende geben wird. Ich kann nur hoffen, daß sich Ersatzräumlichkeiten finden...

MICHAEL H. GRABNER



LILA Schriften ist auch als kassette erhältlich und erscheint 2x jährlich.

wir freuen uns über die zusendung eurer artikel, fotos, bilder, gedichte, geschichten etc.

**einzelheft: ös 33,-/dm 5,-/sfr 5,- + porto.
abo (4 ausgaben): ös 111,-/dm 20,-/sfr 20,- plus porto
bitte gleich bei bestellung in bar beilegen.**

**kontakt: LILA Schriften,
postfach 45, A-7400 Oberwart**

Zeitung für lesbisch-separatistische Perspektiven

Ausschließlich für Lesben

Heiratsachen

■ NIEDERLANDE Jetzt auch Adoption

Nur drei Monate nach der Einführung der Eingetragenen PartnerInnenschaft (vgl. LN 3/97, S. 38) ermöglicht nun eine Novelle des Elternschafts- und Adoptionsrechts seit 1. April 1998 auch die Adoption von Kindern durch Einzelpersonen, ob nun alleinstehend oder Teil einer homo- oder heterosexuellen Lebensgemeinschaft.

Die Regierung plant allerdings schon wieder neue Novellen sowohl zum Gesetz über die Eingetragene PartnerInnenschaft als auch zum vorhin erwähnten Elternschafts- und Adoptionsgesetz (geplant ist, die Adoption niederländischer Kinder durch homosexuelle Paare zu erlauben) sowie zu den gesetzlichen Vorschriften über die Obsorge und Erziehung von Kindern. Diese ganze Rechtsmaterie ist also weiterhin in Fluß, und wir werden weiterhin über neue Entwicklungen berichten, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben.

■ BELGIEN Halbe Sachen

Ein paar Tage vor Großbritannien (vgl. LN 1/98, S. 45 ff) hat auch Belgien Regelungen in Kraft gesetzt, die die Gewährung einer Aufenthaltsgenehmigung an den gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten bzw. die gleichgeschlechtliche Lebensgefährtin von belgischen StaatsbürgerInnen (bzw. Personen mit legalem Aufenthaltstitel für einen Zeitraum länger als drei Monate) unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht. Am 30. September 1997 machte der belgische Innenminister in einem Erlaß an alle BürgermeisterInnen des Königreichs die neuen Vorschriften bekannt. Voraussetzung für die

Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung ist, daß die beiden PartnerInnen einen notariellen Vertrag über ihre Lebensgemeinschaft schließen, der belgische Partner sich verpflichtet, für den ausländischen Partner aufzukommen, und dafür ausreichend Einkommen nachweisen kann. Beim ersten Antrag wird eine Aufenthaltsgenehmigung für sechs Monate ausgestellt, die dann jeweils um ein Jahr verlängert werden kann. Erst nach dreieinhalb Jahren des Zusammenlebens, das von den Behörden regelmäßig kontrolliert wird, wird eine zeitlich unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung gewährt. Die beiden PartnerInnen müssen an derselben Adresse gemeldet sein und einen gemeinsamen Haushalt führen. Zerbricht die Beziehung, verliert der ausländische Partner seine Aufenthaltsgenehmigung. Kritisiert wird jedoch, daß mit dieser Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitserlaubnis verbunden ist, daß also erwartet wird, daß der/die belgische Partner/in während dieser ganzen Zeit für seinen/ihre ausländische/n Partner/in finanziell sorgt.

Ebenso eine halbe Sache ist auch das am 19. März 1998 vom belgischen Parlament verabschiedete Gesetz über die „gesetzlich anerkannte Lebensgemeinschaft“ (*cohabitation légale*), das vorsieht, daß zwei Personen bei der Gemeindeverwaltung eine Erklärung abgeben können, daß sie in Lebensgemeinschaft miteinander leben. Die Rechte und Pflichten, die daraus erwachsen, beinhalten u. a., daß jeder Vertrag, den eine/r der PartnerInnen für Angelegenheit des täglichen Lebens abschließt, auch die/den andere/n verpflichtet. Das Gesetz sieht auch das Eintrittsrecht in die Mietrechte für den hinterbliebenen Partner vor, falls der verstorbene Partner Mieter war. Dieses Gesetz regelt aber weder Adoption noch Erbrecht.

Leserbriefe, die nicht erschienen sind

profil Nr. 4 vom 19. 1. 1998 brachte einen Beitrag über die Einführung der „Lesben- und Schwulenehe“ in den Niederlanden, an dem ziemlich einiges falsch war und der daher geradezu nach einem korrigierenden Leserbrief schrie. Unser Leserbrief wurde indes nicht abgedruckt:

Was seit 1.1.1998 in den Niederlanden möglich ist, ist nichts anderes als eine „Eingetragene PartnerInnenschaft“, wie sie in den nordischen Ländern bereits existiert – und keine „bürgerliche Ehe“. Von „Heirat“, „Trauung“ oder „Lesben- und Schwulenehe“ kann man daher bestenfalls unter Anführungszeichen schreiben. Das neue, im Juli 1997 vom Parlament verabschiedete Rechtsinstitut heißt ja auch auf niederländisch *geregistreerd partnerschap* – und steht im übrigen auch heterosexuellen Paaren offen. Schon allein daran ist zu erkennen, daß es sich um keine traditionelle Ehe handeln kann; es ist ein Zwischending zwischen Lebensgemeinschaft und Ehe. Ihr Autor muß wirklich äußerst schlampig recherchiert haben, denn die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare steht in den Niederlanden in der Tat zur Diskussion. Die von der Regierung zu dieser Frage eingesetzte Kortmann-Kommission sprach sich in ihrem vergangenen Oktober präsentierten Bericht für die Öffnung der Ehe mit allen Rechten inklusive Adoption aus. Da sich bereits im April 1996 eine Mehrheit des niederländischen Parlaments ebenfalls dafür ausgesprochen hatte, ist sicherlich in einigen Jahren mit der vollkommenen Gleichstellung von

Lesben und Schwulen im Eherecht zu rechnen. Bloß: So weit ist es noch nicht. Es stimmt auch nicht, daß die holländische „Homo-Ehe“ juristisch besser ausgestattet sei als die Registrierten PartnerInnenschaften in Skandinavien. Auch in Dänemark, Norwegen, Schweden und Island gilt gleiches Erb- und Namensrecht für Ehepaare und Eingetragene PartnerInnen! Letztere können daher auch den Namen des Partners bzw. der Partnerin annehmen. In Island, wo es übrigens ja gar keine gemeinsamen Familiennamen gibt, haben Eingetragene PartnerInnen überdies das gemeinsame Sorgerecht über die eigenen Kinder.

In den nordischen Ländern können AusländerInnen ebenfalls eine Eingetragene PartnerInnenschaft eingehen, falls der Partner bzw. die Partnerin Staatsbürger/in des jeweiligen Landes ist. Allerdings werden diese Verbindungen im Ausland, so auch in Österreich, nicht anerkannt. Läßt sich etwa ein dänisch-österreichisches Eingetragenes Paar in Österreich nieder, gelten sie hier dann wieder als Wildfremde zueinander. Dies ist sicherlich eine inhumane und menschenrechtswidrige Haltung, die uns an die Nazi-Zeit erinnert, als Ehen zwischen Juden und Nichtjuden über Nacht plötzlich verboten waren. Hier liegt daher akuter Handlungsbedarf für die Politik vor.

Daß Sie fast alle Namen falsch geschrieben haben, rundet das Bild Ihres schlampigen Artikels nur noch ab. Korrekt wäre: Marja van der Toorn, Henk Krol und Elisabeth Schmitz.

■ NEUSEELAND Höchstgericht weist Beschwerde ab

Am 17. Dezember 1997 veröffentlichte der Court of Appeal, Neuseelands Oberster Gerichtshof, seine Entscheidung in der Beschwerde dreier lesbischer Paare gegen den Umstand, daß sie nicht heiraten dürfen (vgl. LN 4/97, S. 39). Die fünf Richter entschieden einstimmig, daß das Ehegesetz aus 1955 keine gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt, auch wenn dieses geschlechtsneutral formuliert ist. Zwei der Richter betonten jedoch, daß das Eherecht in Konflikt mit dem Antidiskriminierungsgesetz stehe, das Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung verbietet. Dieses Gesetz könne jedoch das Ehegesetz nicht aufheben. Einer der Richter konzipierte auch, daß Lesben und Schwule in der Tat von voller Teilnahme an der Gesellschaft ausgeschlossen seien, zumal das Recht auf Heirat ein Grundrecht darstelle.

■ SLOWENIEN EP-Arbeitsgruppe gebildet

Nachdem mehrere Versuche der recht aktiven Lesben- und Schwulenbewegung Sloweniens gescheitert sind, Regierung und Parlament zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Eingetragene PartnerInnenschaft zu bewegen, hat die Regierung jetzt zumindest als ersten Schritt eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus sechs Mitgliedern besteht und einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeiten soll. Unter den sechs Mitgliedern ist auch eine Vertreterin der Lesbengruppe LL sowie ein Vertreter des Lesben- und Schwulenverbandes *Roza klub*. Die slowenischen Medien haben ausführlich und positiv über die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe berichtet.

Die Regierung hatte bereits zu-

vor das Institut für Zivil-, Verwaltungs- und Internationales Recht an der juristischen Fakultät der Universität Marburg mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes beauftragt. Dieser Vorschlag ist aber bei der Bewegung auf heftige Ablehnung gestoßen, weil er keine rechtlichen Folgen für die Eingetragene PartnerInnenschaft, sondern bloß eine symbolische Verbindung vorsieht (nach Informationen von Aleš Pečnik, Laibach).

■ FINNLAND Kommission eingesetzt

Wie bereits berichtet (vgl. zuletzt LN 3/97, S. 37), gestaltet sich die Gesetzgebung der Eingetragenen PartnerInnenschaft im einzigen nordischen Land, wo ein solches Gesetz noch fehlt, äußerst zäh. Nach jahrelangen Bemühungen speziell des Justizministers, die Sache auf die lange Bank zu schieben, hat das Justizministerium im Dezember 1997 bekanntgegeben, daß eine sechsköpfige Kommission eingesetzt worden ist, um die Frage zu diskutieren und entsprechende Vorschläge für die PartnerInnenschaftsgesetzgebung vorzulegen. Die Kommission, in der mit Rainer Hiltunen auch ein Mitarbeiter der finnischen Lesben- und Schwulenorganisation *SETA* vertreten ist, soll ihre Arbeit bis Ende 1998 beendet haben.

■ ITALIEN Vorschlag eingebracht

Am 2. April 1998 haben Abgeordnete von Regierungs- und Oppositionsparteien einen Entwurf für ein Gesetz über die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften im Parlament eingebracht. Damit wird die Liste der europäischen Länder, wo diese Frage ernsthaft auf parlamentarischer Ebene diskutiert wird, immer länger – bekanntlich befinden sich ähnliche Gesetzesinitiativen auch in Spanien, Portugal

und Frankreich in parlamentarischer Behandlung.

■ TSCHECHIEN Entwurf abgelehnt

Zum zweitenmal scheiterte indes die Einführung der Eingetragenen PartnerInnenschaft am 2. April 1998 in Tschechien. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde mit 161 zu 83 Stimmen im Prager Parlament abgewiesen. Anfang 1996 hatte die damalige Regierung entgegen begründeter Hoffnungen keine Regelung für eine Eingetragene PartnerInnenschaft für Lesben und Schwule in den Letztentwurf für ein neues Familienrecht aufgenommen (vgl. LN 2/96, S. 43).

■ SPANIEN Flitterwochen-Urlaub

Die Stadtverwaltung Barcelonas hat mit der Gewerkschaft der städtischen Angestellten ein Übereinkommen geschlossen, demzufolge der 15tägige Sonderurlaub, der üblicherweise frischvermählten Angestellten gewährt wird, auch von Angestellten in Anspruch genommen werden kann, die eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft neu eingehen.

Weitere fünf katalanische Stadtverwaltungen haben ebenfalls beschlossen, alle arbeitsrechtlichen Vergünstigungen für verheiratete Rathaus-Angestellte auf homosexuelle Paare auszudehnen.

■ BRASILIEN Sieg vor dem Höchstgericht

Am 11. Februar 1998 entschied das Oberste Gericht Brasiliens in einer Erbschaftssache einstimmig zugunsten des homosexuellen Geschäftsmanns Milton Alves Pedrosa aus Belo Horizonte und sprach ihm die

Hälfte an der Hälfte der Eigentumswohnung zu, die sein 1989 an AIDS verstorbener Partner Jair Batista Prearo besaß. Die beiden hatten sieben Jahre zusammengewohnt und die Wohnung gemeinsam gekauft. Der Hinterbliebene konnte sich mit der Familie des Freundes über die Aufteilung des Erbes nicht einigen. Seit 1992 wurde daher prozessiert. Milton gewann in erster Instanz, aber das Berufungsgericht entschied zugunsten des 85jährigen Vaters des Verstorbenen. In letzter Instanz gewann schließlich der Lebensgefährte. Einer der Richter stellte fest, daß ein Richter heutzutage nicht mehr ignorieren könne, daß auch zwei Leute desselben Geschlechts familiäre Bindungen haben können. Diese Entscheidung entspricht analog den Bestimmungen des brasilianischen Erbrechts für den Fall, daß ein Ehegatte kinderlos stirbt, aber noch ein Elternteil lebt.

■ SÜDAFRIKA Lesben obsiegen vor dem High Court

Ein bahnbrechenden und historischen Sieg konnte auch ein lesbisches Paar vor dem Pretoria High Court am 4. Februar 1998 erringen. Die Polizeibeamtin Jolande Langemaat hatte die Sozialversicherung der südafrikanischen Polizei geklagt, weil sich diese weigerte, ihre langjährige Lebensgefährtin Beverley-Ann Myburgh mitzuversichern. Richter Roux meinte jedoch, daß hetero- und homosexuelle Lebensgemeinschaften denselben Respekt verdienen, und wies die Argumente der beklagten Partei zurück. Er betonte auch, daß die Zeit reif sei für entsprechende Gesetzesänderungen. Dieses Urteil ist eine weitere wichtige Entscheidung in der Reihe positiver Entwicklungen, die in den letzten Monaten und Jahren in Südafrika stattgefunden haben (vgl. zuletzt LN 1/98, S. 61 ff).

KK

In flagranti

SYDNEY: Mike Reed, für seine lesben- und schwulenfeindlichen Aussagen bekannter Minister des australischen Bundesstaates Nord-Territorium, wurde in Sydney beim Kauf von Schwulenpornos „erwischt“. Offensichtlich dachte er, so weit weg von daheim würde ihn niemand erkennen. Da hatte er aber die Rechnung ohne einen Einwohner Redmonds gemacht, der ihm in den Sex-Shop folgte und dort die Einkäufe beobachtete. Reed versuchte sich damit herauszureden, er habe Ansichtsmaterial für eine Parlamentsdebatte über die Senkung des Mindestalters gebraucht. Aber warum sollte er dazu extra nach Sydney fahren? Rätsel über Rätsel...

Anti-Hetero-Patrouille

KOPENHAGEN: In Dänemark gehen jetzt die „Patrouillen zur Ausmerzung der Zwangsheterosexualität“ um. Nicht nur, daß sie im Land der Eingetragenen PartnerInnenenschaften vehement gegen religiöse Bündnisse auftreten („Wir wollen nicht an deren dreckiger heterosexueller Normalität teilhaben ... wir wollen die Freiheit, so pervers und anders zu sein, wie wir wollen.“), war eine ihrer ersten Aktionen, eine Kirche während einer

Messe zu stürmen und die Einrichtung einer Lesbenbar gleich neben dem Altar zu fordern.

Keine Privatsache

WASHINGTON: Wendy Weaver, US-amerikanische Volleyballspielerin und Lehrerin, staunte nicht schlecht, als sie von ihrem Arbeitgeber einen Brief erhielt, der ihr verbot, sich jemals öffentlich als Lesbe zu bezeichnen, andernfalls sie ihren Job verlieren würde. Sie klagte daraufhin auf Mißachtung ihrer Privatsphäre, die in der Verfassung garantiert ist. Jedoch ohne Erfolg, da das Gericht der Meinung ist, homosexuelle Beziehungen seien keine Privatsache und es gebe kein Grundrecht auf lesbische Handlungen, insbesondere wenn die öffentliche Moral im Schulsystem gefährdet sei.

Tolle Queens

AMSTERDAM/KOPENHAGEN: Königin Beatrix der Niederlande ist anderen Staatsoberhäuptern wieder einmal eine Nasenlänge voraus. Sie hatte bereits im Vorjahr entschieden, in Hinblick bei der Einladung von MinisterInnen, Diplomaten und ähnlich hochrangigen Persönlichkeiten auch deren unverheiratete PartnerInnen, ungeachtet deren Ge-

schlechts, einzuladen. Bisher durften nur EhegattInnen zu solch hohen Anlässen mitgenommen werden. Anlaß für den königlichen Meinungsumschwung war die auf öffentliches Interesse gestoßene Beschwerde des niederländischen UN-Botschafters in Wien, der bisher stets ohne seinen Lebensgefährten auf die königlichen Empfänge gehen mußte. Zur Verteidigung der Königin sei aber gesagt, daß sie auch keine heterosexuellen PartnerInnen akzeptierte, so konnte auch Außenminister van Mierlo seine langjährige Freundin zu den Festivitäten nie mitnehmen. Aber auch jetzt betonte Beatrix, daß nur PartnerInnen als Begleitung erwünscht sind – und nicht irgendwelche Angehörige oder Verwandte, die auch einmal „Königin-Schauen“ wollen!

Auch die dänische Königin Margrethe II. und ihr Prinzgemahl Henrik luden am 5. Februar 1998 zum jährlich stattfindenden Hofball den sozialdemokratischen Politiker Torben Lund gemeinsam mit dessen Eingetragenen Partner Claus Lastrup ein. Lund war früher u. a. Gesundheitsminister, ist jetzt einer der Sprecher der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und soll Spitzenkandidat

der dänischen Sozialdemokratie für die Direktwahl zum Europäischen Parlament 1999 werden.

Penetration ≠ Penetration

PHILADELPHIA: Eine Frau, die ihren Mann wegen einer anderen Frau verlassen hatte, bekam von einem Gericht in Philadelphia Unterhaltszahlungen zugesprochen. Ihre Anwältin Rosalie Davis konnte den Einwand des Ehemannes, ihre Mandantin habe Ehebruch begangen, mit dem Argument entkräften, lesbische Sexualität falle nicht unter die rechtliche Definition einer sexuellen Beziehung, die einen Ehebruch begründen könnte. Diese schließe stets die Penetration der Vagina durch einen Penis ein. Wenn dieser Begriff nun auch auf manuelle Penetration ausgeweitet würde, könnten alle GynäkologInnen wegen Ehebruchs belangt werden.

Front National boykottiert

VITROLLES: In Vitrolles, Südfrankreich, gehen die Uhren anders, seit der Front National die Bürgermeisterin stellt. Dies mußte auch Régine Juin erfahren, Programmleiterin des Stadtkinos in Vitrolles. Seit elf Jahren arbeitete sie schon in diesem Kino, aber erst seit Catherine Mégret 1997 Bürgermeisterin ge-



Régine Juin klagt auf Entschädigung

worden war, bekam sie Schwierigkeiten. Die Stadtverwaltung zeigte sich schon wenig glücklich über einen Schwerpunkt über illegale AusländerInnen. Als sie aber eine Kurzfilmreihe junger französischer RegisseurInnen zum Thema Liebe in Zeiten von AIDS zeigte, in der es auch um Homosexualität ging, war das Maß für den FN voll. Die Gesellschaft, der das Stadtkino gehört und in der die Kommune die Mehrheit hat, entließ Régine Juin. Jetzt klagt sie vor dem Arbeitsgericht auf Entschädigung. Die BewohnerInnen von Vitrolles scheinen das Kino unter dem neuen Programmdirektor zu boykottieren: Die Auslastung sank um 67 %, nicht zuletzt, weil die umliegenden Schulen das Kino nunmehr meiden.

Pink Pound

LONDON: In Großbritannien entdeckt die Fremdenverkehrswerbung die Kaufkraft von Lesben und Schwulen. Insgesamt 50.000 Reiseprospekte über das lesbischwule London wurden nach

New York, San Francisco und Washington verschickt. Zudem können potentielle LondonbesucherInnen sich bei einer eigens eingerichteten Hotline über Hotels und aktuelle Veranstaltungen erkundigen.

Nicht nette Familie

ROM: In Süditalien entführten zwei Mafiamitglieder einen 22jährigen, folterten ihn und ließen ihn von einem Baum hängen, um ihn von seiner Beziehung zu einem ihrer Familienangehörigen abzuschrecken. Diese Strafexpedition erfolgte, nachdem die Beziehung zwischen ihm und dem 65jährigen bekannt geworden war. Der Überfallene hat die Täter angezeigt, sie befinden sich mittlerweile in Polizeigewahrsam.

Tsitsi Tiripano

HARARE: Tsitsi Tiripano ist das Pseudonym einer Lesbe, die in Simbabwe für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen kämpft und dafür verfolgt wird. Als Mitglied der GALZ, der einzigen Lesben- und Schwulenorganisation Simbawwes, führte sie 1996 einen Infostand über Menschenrechte bei der Internationalen Buchmesse in Harare, der von einer homosexuellen Gruppe überfallen wurde. Tsitsi und andere Mitglieder



Tsitsi Tiripano, GALZ, Simbabwe

der GALZ mußten damals flüchten. Trotz der Proteste der MesseorganisatorInnen zeigte sich die Polizei nicht bereit, gegen die TäterInnen vorzugehen, da Homosexuelle kein Recht hätten, im Fall eines Angriffs von der Polizei geschützt zu werden. Damit nicht genug: Tsitsi wurde bei diesem Vorfall fotografiert, und diese Fotos wurden in diversen Zeitungen publiziert. Seither wird sie von Medien sowie Bekannten und Verwandten diffamiert und bedroht.

Ein Schiff wird kommen...

GEORGETOWN/BELMOPAN: Das Kreuzfahrtschiff mit 900 Schwulen an Bord, das schon die Cayman-Inseln nicht anlaufen durfte, weil eine derartige Invasion von den Behörden der britischen Inselgruppe in der Karibik, auf der übrigens immer noch ein Totalverbot homosexueller Handlungen besteht, nicht erwünscht war, stieß auch auf der Weiterfahrt auf Widerstand.

Die Route wurde nach Belize verlegt, wo zwar der Tourismusverband, nicht aber die Evangelischen Kirchen die Reisenden willkommen hieß.

Lesbe freigelassen

BUKAREST: Mariana Cetiner, die nach dem reformierten § 200 rumän. StGB inhaftiert wurde, ist nun vom rumänischen Präsidenten Emil Constantinescu begnadigt und am 18. 3. 98 freigelassen worden. Wie berichtet (LN 1/98, S. 60), hatte Amnesty International Mariana Cetiner als Gefangene adoptiert. Im Jänner dieses Jahres wurden VertreterInnen der US-Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* und der *International Gay and Lesbian Human Rights Commission* (IGLHRC) vom rumänischen Präsidenten, vom Premierminister Victor Ciorbea und Justizminister Valeriu Stoica empfangen. Constantinescu gab bei dieser Gelegenheit zu, die Frage der Homosexuellengesetzgebung sei das letzte verbleibende Menschenrechtsproblem in Rumänien, er wolle sich für eine Verbesserung einsetzen. IGLHRC-Mitarbeiter Scott Long präsentierte den gemeinsam mit HRW verfaßten Bericht über die Lage von Lesben und Schwulen in Rumä-

nien übrigens auch in Wien (vgl. S. 33).

Totalverbot aufgehoben

BISCHKEK: Am 1. Jänner 1998 ist in Kirgistan ein neues Strafrecht in Kraft getreten. Das Totalverbot homosexueller Handlungen aus der Sowjet-Ära wurde in dieses neue Strafrecht nicht mehr übernommen. § 130 des neuen Strafrechts ahndet homosexuelle Handlungen nur dann, wenn sie unter Gewaltanwendung, Gewaltandrohung oder unter Ausnutzung der Schwäche des Opfers geschehen.

Schutz am Arbeitsplatz

OSLO: Im März 1998 beschloß das norwegische Parlament eine Novelle des § 55A Arbeitsverfassungsgesetz, durch die „sexuelle Orientierung“ als Schutzkategorie in das bestehende Gesetz aufgenommen wurde. Das Gesetz verbietet es Arbeitgebern, StellenbewerberInnen u. a. nach ihrer sexuellen Orientierung zu fragen oder deswegen bei der Anstellung zu diskriminieren. Ausgenommen ist allerdings die Lutherische Staatskirche als Arbeitgeberin. Norwegen war 1981 das erste Land der Welt, das ein Antidiskriminierungsgesetz schuf, das auch Lesben und Schwule vor Diskriminierung schützen soll.

Obvious Gossip

Spice Girl Sporty ließ letztes Jahr verlauten, daß sie ganz sicher nicht lesbisch sei, auch wenn sie sich ein Tomboy-Outfit zugelegt hat. Spice Girl Mel C meinte auf die Frage, ob es sie störe, daß Lesben ihre Bilder als Pin ups verwenden (Tun sie das??), daß sie das als Kompliment betrachte, da Frauen Geschmack hätten. Mehr Probleme scheinen die Spice Girls schon mit Schwulen zu

haben: Anlässlich der Premiere ihres Films in Madrid bedachte Ginger Spice aufmüpfige Journalisten mit „Cálitate, maricón!“ (Halt's Maul, Schwuchtel!).

Elizabeth Taylor will in ihrer Autobiographie alles, aber auch wirklich alles erzählen, auch daß sie einmal einen One-night-stand mit einer anderen Schauspielerin hatte. Die insgesamt achtmal verheiratete Diva meinte übrigens zur Lesben- und Schwulenehe, daß das

nicht notwendig sei. „Ich war altmodisch, ich dachte immer, daß ich heiraten mußte. Aber heutzutage ist das passé, also muß ich es nicht mehr tun.“

John F. Kennedy soll sich laut Journalist Charles Kaiser (*The Gay Metropolis 1940 - 1996*) flotter Dreier mit einem von Rock Hudsons Liebchaften, Michael Butler, erfreut haben. Und das drei Jahre nach der Heirat mit Jackie.

IZ

Das etwas s19bno Lokal



MI, DO 20 - 2 CAFE
FR, SA 21 - 4 DISCO
SO 20 - 24 CAFE

SHOWTIME

am letzten FR u SA im Monat

GRAZ - DREIHACKENGASSE 4 - TEL. 91 95 49

Termine & Veranstaltungen

BERLIN: Noch bis 24. Mai 1998 zeigt das Schwule Museum die Ausstellung „remember me – Erinnerung an Menschen und ihr Leben“. Sie beleuchtet Aspekte des Erinnerns, Erinnerungsrituale und Formen des Andenkens und Gedenkens. Konkrete Geschichtsschreibung und Erinnerungsprozesse stehen in dieser Ausstellung nicht nur für einzelne Ereignisse und Schicksale. Ziel der Ausstellung ist nicht nur die Rekonstruktion der Vergangenheit, sondern eine Anregung zur Betrachtung von kollektivem und individuellem Werden und Vergehen. Schwules Museum, Mehringdamm 61, D-10961 Berlin, Tel. +49-30-693 11 72. Öffnungszeiten: Mi – So 14-18 Uhr.

HAMBURG: Vom 30. April bis 3. Mai findet in Hamburg das 4. Internationale schwullesbische Badmintonturnier statt, zu dem rund 250 TeilnehmerInnen erwartet werden. Gespielt wird bei den Frauen in den Kategorien A, B, C und bei den Männern in den Kategorien A, B+, B- und C. Auf

Anfrage wird Mixed angeboten. Infos und Anmeldung: Startschuß – schwullesbischer Sportverein Hamburg, z. H. Torge Meyer, c/o Hein & Fierte, Pulverteich 21, D-20099 Hamburg; Tel.: +49-40-210 14 83; Fax: +49-40-27 87 83 68, E-Mail: torgehh@t-online.de

WALDSCHLÖSSCHEN/GÖTTINGEN: Das 19. Pfingsttreffen schwuler Lehrer findet vom 29. Mai (Anreise) bis 1. Juni 1998 im Freien Tagungshaus Waldschlösschen, D-37130 Reinhausen bei Göttingen statt. Infos und Anmeldung ebendort: Tel.: +49-5592-382

BUDAPEST: Vom 2. bis 5. Juli 1998 findet in der ungarischen Hauptstadt *Meleg Büszkeség Napja '98*, der 2. Gay Pride Day und das erste schwul/lesbische Kulturfestival, statt. Neben der Christopher Street-Day-Parade am 4. Juli bietet das Kulturfestival Lesungen, Foto- und Kunstausstellungen sowie ein umfangreiches Filmprogramm. Eine schwul/lesbische Sightseeing-Tour ist ebenfalls geplant. Eine

Freiluftparty an der Donau nach der Parade und eine große Party auf einem Donauschiff, veranstaltet von der Schwulenzeitschrift *Mások*, am Vortag runden das Programm ab. Unterstützt wird das Festival vom Goethe-Institut und der Zentraleuropäischen Universität Budapest.

Infos: Gay Switchboard Budapest, Pf. 752, H-1437 Budapest; Tel./Fax: +36-30-32 33 34 (16-20 Uhr täglich); E-mail: budapest@compuserve.com; <http://ourworld.compuserve.com/homepages/budapest>

Das im Februar 1998 offiziell eröffnete *Gay Switchboard Budapest* richtet sich ausdrücklich auch an schwule und lesbische TouristInnen. Einschlägige Anfragen sind willkommen.

STOCKHOLM/AMSTERDAM: Und nicht zu vergessen – neben den zahlreichen weiteren Christopher Street Day-Paraden in London, Paris, Berlin, Köln und anderen Städten – die beiden größten internationalen Veranstaltungen dieses Sommers:

EUROPRIDE '98

vom 18. bis 26. Juli 1998 in Stockholm.
Infos: www.europride98.se



GAY GAMES

vom 1. bis 8. August 1998 in Amsterdam, die größte schwullesbische Veranstaltung, die je stattgefunden hat. Neben den sportlichen Wettkämpfen wird es ein riesiges Rahmenprogramm mit Tagungen und kulturellen Ver-



Plakatentwurf für Gay Games Amsterdam 98 von Catherine Opie

anstaltungen, Festen, davon fünf exklusiv für Frauen, geben. Neben den 15.000 aktiven SportlerInnen werden 200.000 ZuschauerInnen und BesucherInnen erwartet. In dieser Woche wird in Amsterdam wohl der Teufel los sein!

Infos auf: www.gaygames.nl

Europäischer Gerichtshof

Kein Diskriminierungsverbot

Am 17. Februar 1998 veröffentlichte der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) in Luxemburg das mit großer Spannung erwartete Urteil in der Beschwerde Lisa Grant gegen South West Trains. Zur großen Enttäuschung der Lesben- und Schwulenbewegung in ganz Europa stellte der Gerichtshof fest, daß das geltende EU-Recht keinerlei Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung gewährt und daß in diesem Fall auch keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts vorliegt.

Ein Bericht von Kurt Krickler



Das Europäische Parlament in Straßburg

mer eine feste nichteheliche Beziehung unterhält, gewährt wird, stellt keine durch Artikel 119 EG-Vertrag oder die Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen verbotene Diskriminierung dar.

Der Gerichtshof stellte sich folgende Aufgabe: [24.] Angesichts des Akteninhalts ist zunächst die Frage zu beantworten, ob eine in einer Unternehmensregelung aufgestellte Voraussetzung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts des Arbeitnehmers darstellt. Falls dies

verneint wird, ist zu prüfen, ob das Gemeinschaftsrecht verlangt, daß feste Beziehungen zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts von jedem Arbeitgeber den Beziehungen zwischen Verheirateten oder festen nichtehelichen Beziehungen zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts gleichgestellt werden. Schließlich ist die Frage zu beantworten, ob eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts des Arbeitnehmers darstellt.

Und im einzelnen beantwortet der Gerichtshof diese Fragen bzw. begründet seine Antworten wie folgt: 27. Diese letztgenannte Voraussetzung, wonach der Arbeitnehmer

mit einer Person des anderen Geschlechts in einer festen Beziehung zusammenleben muß, um die Fahrtvergünstigungen erhalten zu können, gilt, wie übrigens auch die anderen Voraussetzungen der Regelung des Unternehmens, unabhängig vom Geschlecht des betreffenden Arbeitnehmers. So werden die Fahrtvergünstigungen einem männlichen Arbeitnehmer, wenn er mit einer Person des gleichen Geschlechts zusammenlebt, ebenso verweigert wie einer Arbeitnehmerin, die mit einer Person des gleichen Geschlechts zusammenlebt.

28. Da die in der Regelung des Unternehmens aufgestellte Voraussetzung für die weiblichen wie für die männlichen Arbeitnehmer in gleicher Weise gilt, kann sie nicht als eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts betrachtet werden.

Willkür in der Argumentation

Das klingt zwar einleuchtend, aber es ist recht zynisch zu sagen, es liegt keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts vor, weil ja nicht nur lesbische Frauen, sondern auch schwule Männer diskriminiert werden. Überdies agiert hier der Gerichtshof sehr willkürlich, denn er ignoriert völlig das Vorbringen Lisa Grants, daß eine solche Weigerung sehr wohl eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstelle: *Ihr Arbeitgeber hätte nämlich eine andere Entscheidung getroffen, wenn die fraglichen Vergünstigungen von einem Mann, der mit einer Frau zu-*

Courage and Joy

20th ILGA European Conference
Linz 1998, Oct. 21 – 25



Homosexuelle Initiative Linz, Schubertstraße 36, A - 4020 Linz
Tel., Fax: 0732/60 98 98-1 E-mail: hosi-linz@netway.at

sammenlebe, und nicht von einer Frau, die mit einer Frau zusammenlebe, beantragt worden wären. Mit anderen Worten: Wäre Lisa ein Mann, hätte sie die Vergünstigungen für Jill erhalten. Über dieses Argument schwindelt sich der Gerichtshof einfach hinweg, in dem er erst gar nicht versucht, es aufzugreifen und dagegen zu argumentieren. Und das ist eigentlich inakzeptabel, weil unredlich.

Weiters stellt der Gerichtshof fest:

30. Frau Grant macht insbesondere geltend, das Recht der Mitgliedstaaten sowie das der Gemeinschaft und anderer internationaler Organisationen stellten die beiden Fälle immer häufiger einander gleich.

31. Das Europäische Parlament hat zwar, wie Frau Grant ausführt, erklärt, daß es jede Art von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Neigung eines Menschen bedauere; die Gemeinschaft hat jedoch bisher keine Vorschriften erlassen, die eine solche Gleichstellung vornehmen.

32. Was das Recht der Mitgliedstaaten angeht, so wird zwar in einigen dieser Staaten die Lebensgemeinschaft zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts der Ehe – wenn auch nur unvollständig – gleichgestellt; aber in den meisten nichtehelichen heterosexuellen Beziehungen nur für eine begrenzte Zahl von Ansprüchen gleichgestellt oder ist überhaupt nicht Gegenstand einer ausdrücklichen Anerkennung.

33. Die Europäische Kommission für Menschenrechte hält daran fest, daß dauerhafte homosexuelle Beziehungen trotz der heutigen Entwicklung der Mentalitäten gegenüber der Homosexualität nicht unter das durch Artikel 8 der Konvention geschützte Recht auf Achtung des Familienlebens fallen (...) und daß nationale Bestimmungen, die zum Schutz der Familie verbeirateten und solchen Personen verschiedenen Geschlechts, die wie Mann und Frau zusammenleben, eine günstigere Behandlung zuteil werden lassen als solchen Personen des gleichen Geschlechts, die dauer-

hafte Beziehungen unterhalten, nicht gegen Artikel 14 der Konvention verstößen, der insbesondere die Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts verbietet.

34. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im übrigen in einem anderen Zusammenhang Artikel 12 der Konvention so ausgelegt, daß er sich nur auf die herkömmliche Ehe zwischen zwei Personen verschiedenen biologischen Geschlechts beziehe.

Konservative Menschenrechtsauslegung

Hier hat der Gerichtshof leider recht. Und die Kritik am Grant-Urteil muß daher auch direkt an die Menschenrechtsinstanzen des Europarats in Straßburg wegen ihrer konservativen Interpretation der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Vergangenheit weitergeleitet werden. Hätten sie die Konvention aus einem breiten Menschenrechtsverständnis heraus ausgelegt, könnte der Luxemburger Gerichtshof jetzt nicht so locker über die Menschenrechte von Lesben und Schwulen drüberfahren und folgenden Schluß ziehen:

35. Demnach sind beim gegenwärtigen Stand des Rechts innerhalb der Gemeinschaft die festen Beziehungen zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts den Beziehungen zwischen Verheirateten oder den festen nichtehelichen Beziehungen zwischen Personen verschiedenen Geschlechts nicht gleichgestellt. Folglich ist ein Arbeitgeber nach dem Gemeinschaftsrecht nicht verpflichtet, die Situation einer Person, die eine feste Beziehung mit einem Partner des gleichen Geschlechts unterhält, der Situation einer Person, die verheiratet ist oder die eine feste nichteheliche Beziehung mit einem Partner des anderen Geschlechts unterhält, gleichzustellen.

36. Unter diesen Umständen kann nur der Gesetzgeber gegebenenfalls Maßnahmen treffen, die einen Einfluß auf diese Lage haben können.

Unredliche Bewertung

Die Unredlichkeit, mit der der Gerichtshof bestimmte Argumente wertet und andere nonchalant vom Tisch wischt, zeigt sich auch in folgendem Punkt. Lisa Grant argumentierte, daß die Gemeinschaftsbestimmungen über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen ebenso wie einige Bestimmungen des nationalen Rechts oder internationaler Übereinkünfte so auszulegen seien, daß sie die Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung erfassen, und verwies insbesondere auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) vom 19. Dezember 1966 in dem der Begriff „Geschlecht“ nach Ansicht des gemäß Artikel 28 des Paktes errichteten Ausschusses für Menschenrechte auch die sexuelle Orientierung erfasse (Mitteilung Nr. 488/1992, Toonen/Australien, Feststellungen vom 31. März 1994 – vgl. zu dieser denkwürdigen Entscheidung auch LN 3/94, S. 56 ff).

Zu diesem Argument erklärt der Gerichtshof scheinheilig: 44. Dieser Pakt gehört zu den völkerrechtlichen Übereinkünften zum Schutz der Menschenrechte, denen der Gerichtshof bei der Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts Rechnung trägt, um dann gleich im nächsten Absatz einzuschränken: 45. Zwar ist die Wahrung der Grundrechte, die Bestandteil dieser allgemeinen Grundsätze sind, eine Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit der Gemeinschaftshandlungen; diese Rechte können jedoch als solche nicht dazu führen, daß der Anwendungsbereich der Bestimmungen des [EG-]Vertrages über die Zuständigkeiten der Gemeinschaft hinaus erweitert wird.

Das klingt interessant, diesen Satz muß man sich in der Tat auf der Zunge zergehen lassen: Auf gut deutsch heißt dies ja wohl, daß die Menschenrechte, wie sie in der UNO-Menschenrechtskonvention festgeschrieben sind, außer Kraft gesetzt sind, wenn sie nicht unter den Geltungsbe-

reich der EG-Verträge fallen. Soviel anmaßende Offenheit läßt einen wirklich sprachlos zurück.

Und diese Überheblichkeit wird im nächsten Absatz zu einer ungeheuerlichen Beleidigung und Frechheit gegenüber dem UNO-Ausschuß für Menschenrechte. Über diesen meint der Gerichtshof nämlich:

46. Außerdem hat sich der Ausschuss für Menschenrechte, der übrigens keine gerichtliche Instanz ist und dessen Feststellungen keinen rechtsverbindlichen Charakter haben, in seiner Mitteilung, auf die Frau Grant verweist, darauf beschränkt, wörtlich und ohne besondere Begründung „zu bemerken, daß nach seiner Auffassung die Bezugnahme auf das ‚Geschlecht‘ in Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 26 [ICCPR] so zu verstehen ist, daß auch die sexuelle Orientierung erfaßt wird“.

Beleidigung des UNO-Ausschusses

Natürlich haben die Entscheidungen des UNO-Ausschusses für Menschenrechte „rechtsverbindlichen Charakter“! Hier irrt der Gerichtshof wohl. Der UNO-Ausschuß ist ja nicht irgendein Pseudo-Gremium, das sich bloß zum Selbstzweck mit Beschwerden gegen angebliche Verletzungen der UNO-Menschenrechtskonvention, die in Österreich z. B. ins innerstaatliche Recht aufgenommen worden ist, beschäftigt. Was der UNO-Ausschuß allerdings tatsächlich nicht hat, ist die Möglichkeit, seine Urteile durchzusetzen, wie es etwa der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) des Europarats theoretisch könnte, etwa durch Ausschluss des betreffenden Landes aus dem Europarat. Aber in der Praxis passiert auch den Ländern, die die Urteile des EGMR ignorieren, nichts – Österreich tut dies ja ständig (vgl. LN 2/95, S. 30 ff). Für den Gerichtshof ist jedenfalls klar:

47. Eine solche Bemerkung, die im übrigen nicht die bis heute allgemein anerkannte Auslegung des in



Heftige EuGH-Urteilsschelte durch Lisa Grant, Jill Percey, Outi Ojala und Kurt Krickler bei einer Pressekonferenz im Europa-Parlament in Straßburg

verschiedenen völkerrechtlichen Übereinkünften zum Schutz der Grundrechte enthaltenen Begriffes der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wiederzugeben scheint, kann daher den Gerichtshof jedenfalls nicht veranlassen, die Bedeutung des Artikels 119 des Vertrages zu erweitern. Somit kann die Bedeutung dieses Artikels ebenso wie die jeder anderen Vorschrift des Gemeinschaftsrechts nur unter Berücksichtigung seines Wortlauts und seines Zweckes sowie seiner Stellung im System des Vertrages und des rechtlichen Zusammenhangs, in dem er sich einfügt, bestimmt werden. Aus den vorstehenden Erwägungen ergibt sich aber, daß das Gemeinschaftsrecht bei seinem gegenwärtigen Stand eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende nicht erfaßt.

Andere Auslegung zwingend

Dabei ist es völlig sonnenklar, daß man bei einer Auslegung des UNO-Paktes, die sich wirklich den Menschenrechten umfassend verpflichtet fühlte, ganz anders entscheiden hätte müssen: Der erwähnte Artikel 26 der UNO-Konvention formuliert un-

mißverständlich einen umfassenden Diskriminierungsschutz: *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. In dieser Hinsicht hat das Gesetz jede Diskriminierung zu verbieten und allen Menschen gegen jede Diskriminierung, wie insbesondere wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gleichen und wirksamen Schutz zu gewährleisten.*

Was gibt es da noch zum Herumdeuteln? Die Sache ist doch ganz eindeutig: Selbst wenn man meint, „Geschlecht“ decke nicht „sexuelle Orientierung“ ab, ist sie doch durch den Begriff „sonstiger Status“ erfaßt, und außerdem weist das Wörtchen „insbesondere“ darauf hin, daß es sich hier um keine vollständige, sondern nur eine beispielhafte Aufzählung handelt. Lesben und Schwule durch eine restriktive Auslegung dieses Artikels Menschenrechte vorenthalten und ihre Diskriminierung dadurch legalisieren zu wollen ist einfach eine unerhörte Vorgangsweise, durch

die sich der Gerichtshof selbst desavouiert hat. Seine Glaubwürdigkeit und sein Ansehen hat er wohl damit verspielt.

Der Gerichtshof hat sich also der Haltung der britischen und französischen Regierung – sonst hat sich keine der 15 Regierungen an dieses Verfahren angehängt – angeschlossen, wonach Diskriminierungsschutz und Gleichbehandlung für Lesben und Schwule durch Gesetzgebung und nicht durch Rechtsprechung („legislation not litigation“) verwirklicht werden sollten. Daß der Gerichtshof damit den Menschenrechten und einer progressiven und umfassenden Auslegung keinen guten Dienst erwiesen hat, liegt auf der Hand. Auch, daß er damit ein falsches Signal aussendet: Statt zu signalisieren, Diskriminierung von Lesben und Schwulen hat im Rechtssystem Europas keinen Platz, bestätigt er, daß diese Diskriminierung nicht nur besteht, sondern auch erlaubt ist, daß Lesben und Schwule nach wie vor BürgerInnen zweiter und dritter Klasse sind. Das Urteil ist also ein total politisches und kein rechtliches. Denn wie der Gerichtshof auch total gegenteilig entscheiden hätte können, hat ja

Bitte beziehen Sie sich bei Buchungen auf dieses Inserat!

GAY Reisen
GAY Hotels
GAY Strände

MANTOURS

Die neuen Kataloge
sind eingetroffen!

Passauer Platz 6
A-1010 Wien

Tel. (01) 533 06 60
Fax (01) 533 06 50

der Generalanwalt in seiner Stellungnahme aufgezeigt (vgl. LN 1/98, S. 48 f).

Heilmittel Artikel 13

Seiner Argumentation in dieser Frage folgend, zeigt der Gerichtshof aber auch eine Möglichkeit auf, wie das bestehende Manko beseitigt werden könnte.

48. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß der am 2. Oktober 1997 unterzeichnete Vertrag von Amsterdam (...) die Einfügung eines Artikels 6a in den EG-Vertrag vorsieht, der es nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages dem Rat ermöglichen wird, unter bestimmten Voraussetzungen (einstimmiges Votum auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments) die zur Beseitigung verschiedener Formen von Diskriminierungen, insbesondere derjenigen aufgrund der sexuellen Ausrichtung, geeigneten Vorkehrungen zu treffen.

Durch dieses Urteil, so skandalös und problematisch es auch ist, ist jedenfalls klar geworden, daß die bestehenden gesetzlichen EU-Regelungen keine Möglichkeiten bieten, Lesben und Schwule vor Diskriminierung zu schützen, solange die Menschenrechte in diesem restriktiven Geist ausgelegt werden. Die einzige Alternative ist also, dafür zu kämpfen, daß neue gesetzliche Regelungen geschaffen werden, und da bietet sich tatsächlich als offensichtlicher Ausgangspunkt Artikel 6a an, der mittlerweile zum Artikel 13 des konsolidierten EG-Vertrags geworden ist. Diese Klausel stattet in erster Linie die EU mit dem Mandat aus, in diesem Bereich überhaupt aktiv zu werden. Neue gesetzliche „Vorkehrungen“ gegen Diskriminierungen können durch den Rat (das sind letztlich die Mitgliedsstaaten) „im Rahmen der durch den Vertrag gegebenen Zuständigkeiten der Gemeinschaft“ (das ist wieder eine Einschränkung!) getroffen werden. Es müssen also alle 15 Mitgliedsstaaten zustimmen. Eine rechtlich verbindliche Anti-

diskriminierungsrichtlinie zu verabschieden wird also sicherlich ein mittelfristiges Projekt werden und einige Jahre dauern. Und noch ist der Vertrag von Amsterdam nicht ratifiziert, allerdings ist bis Jahresende damit zu rechnen.

Enttäuschung und Wut in der Bewegung

Speziell in Großbritannien löste die Luxemburger Entscheidung große Enttäuschung und Wut aus und dämpfte die Oktober-Revolutionen-Euphorie des Vorjahres (vgl. LN 1/98, S. 45 ff) gewaltig. Auch die Enttäuschung über New Labour wird immer größer, denn in der Tat ist es logisch schwer nachvollziehbar, warum sich die Labour-Regierung in Luxemburg dermaßen angestrengt hat, die Sache im Sinne von SWT und gegen die Rechte von Lesben und Schwulen zu verteidigen. Auf der einen Seite verspricht Labour Antidiskriminierung und Chancengleichheit für Lesben und Schwule, auf der anderen stellt sie sich aber in Luxemburg in den Gerichtshof und argumentiert mit SWT, es sei okay, eine lesbische Angestellte zu diskriminieren, weil ja auch schwule Angestellte genauso diskriminiert würden. Und in weiterer Konsequenz heißt das auch: Labour tritt dafür ein, daß Lesben und Schwule für dieselbe Arbeit weniger Lohn bekommen als Heterosexuelle!

Zwar argumentiert Labour, daß Anti-Diskriminierungsgesetzgebung nur durch das Parlament eingeführt werden soll und nicht durch das europäische Hintertür, aber gleichzeitig erklärte der Arbeitsminister David Blankett am Tag nach der Luxemburger Entscheidung, die Regierung hätte keinerlei Pläne für die Verabschiedung derartiger Gesetzgebung in dieser Legislaturperiode. Das heißt, Lesben und Schwule müssen mindestens noch fünf Jahre auf eine Verbesserung warten, für die Labour, die ja über eine mehr als bequeme Mehrheit

im Parlament verfügt, verbal so vehement eintritt. Und da Labour, abgesehen vom Mindestalter, keine Anstalten macht, baldige Reformen der zahlreichen diskriminierenden Gesetze (Totalverbot in der Armee, „Clause 28“ sowie das Gesetz gegen „schwere Unzucht“ – gross indecency –, wodurch eigentlich ein Totalverbot homosexueller Handlungen auch für zustimmende Erwachsene im Privaten besteht, falls mehr als zwei Leute daran beteiligt sind) anzugehen, sind die großen Erwartungen und Hoffnungen in die neue Labour-Regierung einer ziemlichen Ernüchterung bei Lesben und Schwulen gewichen. Erst vor kurzem wurden in Manchester sieben Männer wegen privaten Gruppensex nach dem *gross indecency*-Paragraphen verurteilt, breiter Protest verhinderte jedoch Gefängnisstrafen. All dies führte jetzt auch dazu, daß sich über 40 britische Lesben- und Schwulenorganisationen am 4. April zur Gründung eines „Equality Standing Forum“ getroffen haben, um gemeinsam den Druck auf Labour zu verstärken, damit endlich Reformen durchgeführt werden.

Urteilsschelte

Auch Lisa Grant und Jill Percey, die persönlich zur Bekanntgabe des Urteils nach Luxemburg gekommen waren, zeigten sich klarerweise sehr enttäuscht. Am nächsten Tag (18. 2.) waren sie zur Sitzung der Intergruppe für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben des Europäischen Parlaments (vgl. LN 1/98, S. 54) nach Straßburg gekommen, wo die Sache auf der Tagesordnung stand. Etliche Abgeordnete bezeichneten das Urteil als Skandal. Heftige Kritik daran gab es in der Sitzung auch von ILGA-Europa-Vorstandsvorsitzendem Kurt Krickler. Nach der Sitzung gaben Lisa, Jill, die Intergruppen-Vorsitzende Outi Ojala, eine finnische Abgeordnete von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/

NGL), sowie Kurt Krickler eine gemeinsame Pressekonferenz im Pressezentrum des Europa-Parlaments, auf der sie die Kritik an dem Urteil wiederholten und die Institutionen der EU aufforderten, im Sinne des Urteils aktiv zu werden und den Artikel 13 in konkrete Antidiskriminierungsbestimmungen umzusetzen. Kurt Krickler gab am 17. 2. auch gegenüber einer Journalistin der Nachrichtenagentur Reuters eine ausführliche und kritische Stellungnahme im Namen von ILGA-Europa ab.

Erste Aktivitäten

Daß Artikel 13 der Hebel für eine Verbesserung für Lesben und Schwule ist, hat auch der irische Kommissar Pádraig Flynn, der für soziale Angelegenheiten zuständig ist, mehrfach betont. In einer



Will sich für Verbesserung der Lage von Schwulen und Lesben einsetzen: der irische Kommissar Pádraig Flynn – zuständig für soziale Angelegenheiten

Beantwortung schriftlicher Anfragen von EP-Abgeordneten, die wissen wollten, welche Aktivitäten die Kommission zur Umsetzung der Roth-Entscheidung aus 1994 (vgl. LN 2/94, S. 51 ff) inzwischen gesetzt hat (immerhin sind vier Jahr seither vergangen – und es ist nichts geschehen!), antwortete Flynn am 9. September 1997 in diesem Sinn (veröffentlicht im Amtsblatt der EG vom 11. 3. 1998): Die Kommission wolle die Abgeordneten davon in Kenntnis setzen, daß zum Zeitpunkt, als der Roth-Report verabschiedet wurde, die Gemeinschaftsverträge keine spezifischen Kompetenzen für die EU-Institutionen vorsahen,

um Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung zu bekämpfen. Der Vertrag von Amsterdam habe jedoch eine neue rechtliche Basis im Artikel 6a geschaffen, um notwendige gemeinschaftliche Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu ergreifen.

Auch bei seinem Besuch bei der erwähnten EP-Intergruppe am 13. Jänner 1998 in Straßburg betonte Flynn, daß die Kommission bereits Vorarbeiten für eine Initiative im Sinne des Artikels 13 leiste. Gegen Jahresende sei eine große Konferenz über Diskriminierungen in der EU ganz allgemein vorgesehen, und das sei die Gelegenheit, auch lesben- und schwulenspezifische Diskriminierungen zur Sprache zu bringen. Es sei allerdings zu früh, jetzt irgendwelche Prognosen über die möglichen Ergebnisse all dieser Bemühungen abzugeben.

Ähnlich äußerte sich auch der Vertreter des Europäischen Rats im Rahmen einer Fragestunde im Europa-Parlament am 1. April 1998 in Straßburg. Der dänische EP-Abgeordnete Jens-Peter Bonde von der Juni-Bevægelse, der Anti-EU-Partei, hatte folgende Anfrage an den Rat gerichtet (Dokument B4-0272/98): *Ist der Rat bereit, die Rechtsvorschriften zu ändern, um Schwule und Lesben vollständig gleichzustellen und damit de facto das diskriminierende Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache Lisa Grant außer Kraft zu setzen?* Der Vertreter des Rates wies abermals darauf hin, daß die bestehenden Verträge, auf die die EU basiert, kein Mandat für die Nichtdiskriminierung von Lesben und Schwulen beinhalten. Erst der Amsterdamer Vertrag würde diese Basis schaffen. Der Rat werde sich sicherlich dafür einsetzen, daß Maßnahmen, wie sie im Artikel 13 vorgesehen sind, umgesetzt werden. Auf die insistierende Zusatzfrage der dänischen Abgeordneten Ulla Sandbæk, ebenfalls von der Juni-Bewegung, ob er dies konkretisieren könne, antwortete der Vertreter des

Rats, er könne sich nicht als Futurologe betätigen und das vorhersehen. Eine Abfuhr holte sich auch Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg, der ja für die bayrische CSU im EP sitzt. Er machte sich in seiner Zusatzfrage Sorgen, ob in diesem Zusammenhang auch dem Umstand Rechnung getragen werde, daß bei Nichtdiskriminierung von Lesben und Schwulen automatisch Familien mit Kindern diskriminiert würden. Der Vertreter des Rats antwortete ziemlich ungehalten und respektlos, er könne dieser Logik nicht folgen und sehe hier überhaupt keinen Zusammenhang.

Am 1. April 1998 war auch eine Vertreterin der britischen EU-Präsidenschaft in der erwähnten Intergruppe zu Gast, um über die Aktivitäten in diesem Zusammenhang zu berichten. Margaret Scott gab sich realistisch, aber optimistisch. Die britische Präsidenschaft habe ja auch am 8. und 9. April zu einem ersten Treffen hochrangiger Beamter aus allen Mitgliedsstaaten nach Oxford geladen, um die weitere Vorgangsweise in Sachen Artikel 13 zu besprechen (vgl. auch Bericht auf Seite 34 in diesem Heft).

Am 2. April 1998 diskutierte das EP auch den Bericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über den sogenannten Simone Veil-Bericht (Dokument A4-0108/98). 1997 verfaßte eine hochrangige ExpertInnengruppe unter Veils Vorsitz einen Bericht über den freien Personenverkehr in der EU. Darin wird auch empfohlen, den Familien- und Ehegattenbegriff den sozialen Veränderungen der letzten Zeit anzupassen. Durch die traditionelle Definition entstünden nämlich Probleme bei der Freizügigkeit für unverheiratete Paare, wie sie immer zahlreicher werden. Gleichgeschlechtliche Lebensgefährten werden jedoch weder im Veil-Report noch im Bericht des Ausschusses, den die französische Abgeordnete Anne-Marie Schaffner (Fraktion Union für Europa) ausgearbeitet hat, er-

wähnt. Deshalb hat die grüne Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag zu dieser Entschließung gestellt, mit dem das Parlament die Kommission auffordert, *innerhalb eines angemessenen Zeitraums Vorschläge vorzulegen für eine bessere Umsetzung von Artikel 13 der konsolidierten Fassung des EG-Vertrags betreffend die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung, der sexuellen Veranlagung oder des Alters*. Ob dieser Zusatzantrag angenommen wurde, ist dem Autor zur schreibenden Stunde nicht bekannt gewesen, ist aber anzunehmen.

Verbündete finden

Daß Artikel 13 wirklich mit Leben und Substanz erfüllt wird, wird in der Tat sehr stark von den Lobbyaktivitäten der Lesben- und Schwulenbewegung in den Mitgliedsstaaten und durch ILGA-Europa abhängen. Was letztere betrifft, geht es vor allem auch darum, sich auf EU-Ebene in alle wichtigen Gremien und Bereiche einzuklinken und Lobbying nicht nur punktuell, sondern möglichst breit („horizontal“, wie das im Jargon heißt) zu betreiben. Zu diesem Zweck hat ILGA-Europa auch die Aufnahme in die „Plattform europäischer Sozial-NGOs“ beantragt. Diesem Antrag wurde von der Plattform Ende März 1998 auch stattgegeben. In dieser Plattform sind mehr als 20 europäische Verbände vereint, die sich mit so unterschiedlichen Themen wie Behinderung, Frauen, MigrantenInnen, Armut, Obdachlosigkeit, Alter, Kinder, Jugend oder Wohlfahrt befassen. Durch die „Mitgliedschaft“ in der Plattform wird ILGA-Europa sicherlich auch Verbündete für die Durchsetzung ihrer Anliegen gewinnen. Sie wird auch die Arbeit der ILGA-Europa an ihrem EU-Projekt (vgl. LN 1/98, S. 54 f) und ihre Teilnahme am *European Social Policy Forum* in Brüssel Ende Juni erleichtern. ILGA-Europa wird dort im *Open Forum* und auf einem „Messe-Stand“ ihren Bericht über die Lage der



Damit Artikel 13 mit Leben erfüllt wird, braucht es auf EU-Ebene eine starke lesbisch/schwule Lobby: ILGA-Europa

Lesben und Schwulen in der EU präsentieren. Die ILGA-Europa-Vorstandsmitglieder Maren Wuch und Kurt Krickler besuchten in diesem Zusammenhang am 16. Februar 1998 im Anschluß an die zweitägige ILGA-Europa-Vorstandssitzung in Brüssel das Plattform-Sekretariat und die Generaldirektion V der EU-Kommission, die das ILGA-Projekt mit fast 40.000 ECU unterstützt.

ILGA-Europas Mitarbeit in der Intergruppe ist ebenfalls von großer Bedeutung und eine Priorität trotz der damit verbundenen Kosten, die sich ILGA-Europa eigentlich nicht leisten kann. ILGA-Europa versucht jedenfalls, an den monatlichen Sitzungen in Straßburg teilzunehmen, was bisher auch funktioniert hat: Maren Wuch aus Köln nahm außer im Jänner an allen Sitzungen teil, Kurt Krickler an allen außer im März. Bei dieser Sitzung war ILGA-Europa zusätzlich durch die deutsche Aktivistin Nico Beger vertreten. Kurt, der sich vom 2. bis 4. März 1998 in Brüssel aufhielt, um gemeinsam mit Égalité-Mitglied Alberto Volpato weitere Gespräche im Rahmen des ILGA-Aktionsplans für die EU (vgl. LN 3/97, S. 42 ff, und 1/98, S. 52 ff) mit verschiedenen Abteilungen der EU-Kommission zu führen (insgesamt waren es sechs Termine, hauptsächlich in der Generaldirektion X), nutzte die Gelegenheit, im Sekretariat von Outi Ojala auch einige Dinge für die Intergruppe zu erledigen.

Feuilleton

Lesbischwule Filme bei den 48. Internationalen Filmfestspielen in Berlin

Kaum wird irdisches Dasein einmal anstrengend, flüchtet sich das homosexuelle Kino in höhere Sphären. Auf der diesjährigen Berlinale vom 11. bis 22. Februar präsentierte es sich formal unentschieden und inhaltlich spirituell: Transsexuelle Heilige, zum Sadoomasochismus konvertierende Prinzentöchter, Bischöfe, die Stricher segnen, und Sex mit unschuldigen Tieren. Da konnte ein handfestes Verbot aus Rom kaum ausbleiben.

Ein Bericht über zwei Wochen Kino zwischen Blasphemie und Blasenschwäche von Dirk Ruder, SCHLIPS

Berlin: Auf den ersten Blick sieht die Stadt genauso versifft und zugekackt aus, wie man sie im letzten Jahr zurückgelassen hat. Hätte der saloppe Willkommensgruß des hauptstädtischen Tagesspiegels die Möglichkeit beinhaltet, sich die Anwesenheit bei den 48. Internationalen Filmfestspielen doch noch einmal zu überlegen, man wäre sicher wieder abgereist. Konnte ja niemand ahnen, was kommt. Besser gesagt: nicht kommt, nämlich das Wettbewerbsprogramm in die Pötte. So quälten

Dutzende von Produzenten auf Pressekonferenzen mit belanglosesten Statements, dafür blieb mancher Star aus. Robert De Niro saß in Paris im Knast – weil er der Polizei nichts über seine „Kontakte“ zu Edelprostituierten verraten wollte, die er eigentlich gar nicht gehabt haben will. Quentin Tarantino blieb trotz Jackie Brown zu Hause, und der Pressetalk zu *Wag The Dog* mußte – Premiere in der Festspielgeschichte – ganz entfallen, weil überhaupt niemand von der Crew nach Berlin zu bewegen war.

Schnell machte ein Gerücht die Runde: Die US-amerikanische Scientology Church sei für das Ausbleiben der Prominenz verantwortlich. Es handle sich um eine Kampagne gegen die monatelangen Bemühungen Bonn's, die überaus rege Organisation in Deutschland als Wirtschaftsunternehmen und nicht als religiöse Gemeinschaft zu besteuern. Sollte an dem Gerücht etwas dran sein – was anzunehmen es keine drängende Veranlassung gibt –, wäre ein bängstiger Einfluß von Scientology auf die komplette

Hollywood-Starriege zu konstatieren. So schwebte in diesem Jahr konkurrenzlos die von ungelungenen Radiomoderatoren nur als „die Denöff“ angekündigte Catherine Deneuve ein und wurde für ihr Lebenswerk geehrt. Eigentlich zu früh, die Dame lebt ja noch. *Und ich drehe sogar weiterhin Filme*, bekundete sie höflich genug, um nicht empört zu klingen. Ihr Erscheinen ließ zumindest einige Lesbenherzen höher schlagen, aber Glamour, wie man ihn von anderen Festivals kennt, entstand dadurch nicht. *Ein Autogramme verteiler Brad Pitt wurde später von einer Boulevardzeitung als ganz gewöhnlicher Sascha getoutet*, mußte das auflagenstärkste deutsche Homo-Szeneblatt *Queer* eingeschnappt mitteilen und schoß damit haarscharf an der eigenen Zielgruppe vorbei.

Denn soviel scheint klar: Der Wettbewerb ist das unwichtigste am ganzen Festival. Was hier läuft, ist kaum ein paar Tage später regulär im Kino zu sehen.

Dafür lohnt sich nicht einmal das Aufstehen für die Pressevorführungen morgens um 9 Uhr – falls man überhaupt reinkommt. Wenn Hollywood schmolzt – auch okay. Hauptsache, man bekommt in den beiden Sektionen Forum und Panorama vernünftiges Kino geboten. Eine Haltung, die das lesbischwule Publikum konsequent verinnerlicht hat. Gut drei Dutzend einschlägige Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme standen auf dem Programm. Quantitativ zeigten sich aufschlußreiche Verschiebungen. Aus den USA kamen sechs Streifen – drei davon Dokumentationen –, Deutschland beteiligte sich mit rekordverdächtigen neun Titeln, darunter einem Spielfilm und vier Dokumentationen. Frankreich lieferte ein Musical, und Großbritannien war mit zwei Kurzfilmen mehr als schwach vertreten. Mit Portugal, Rußland und den Philippinen standen indes sogar Länder am Start, die nicht gerade zu den klassischen Homofilm-Lieferanten zählen. Hohe Erwartungen also.

Österreich vorn

Mit dem Kurzfilm *Unternehmen Arschmaschine* eröffneten Mara Mattuschka und Gabriele Szekatsch inoffiziell den lesbischswulen Filmreigen im Panorama. In ihrem 17minütigen Streifen spielen die beiden Wiener Filmemacherinnen zwei „obsessive und sich ähnelnde Wissenschaftlerinnen“, die im düsteren Kellerlabor „in den analen Schaltkreis geraten“ (Katalog). Lesben entdecken ihren Hintern? *In gewissem Sinne geht es um die Symmetrie, die sich spaltende Zelle*, erläutern Mattuschka und Szekatsch ironisch ihr Projekt. *Wir suchten ein universelles Thema und da sind wir eben auf den Arsch gekommen. Damit kann jeder etwas anfangen. In Österreich gilt es beispielsweise als Beamtenbeleidigung, wenn sie einen Polizisten so nennen. Da zahlen sie die Höchststrafe. Was also ist das Besondere am Arsch?*



Unternehmen Arschmaschine
Regie: Mara Mattuschka und Gabriele Szekatsch

Eine Frage, die in der filmischen Aufforderung mündet, der Seele einen neuen Ort zu verschaffen: „Beseelen wir doch a priori das Gesäß!“

Darauf kam Regisseur Lothar Lambert gerne zurück. In seinem Spielfilm *Und Gott erschuf das Make-up* ginge es, betonte er, auch um den Arsch, *allerdings in einem weniger theoretischen Zusammenhang*. Das mochte Lambert gern belegen. Bei Außenaufnahmen zu einer

Beinahe-Sex-Szene sei, so erzählte er, urplötzlich die Polizei erschienen und wollte das gesamte Filmmaterial beschlagnahmen. *Glücklicherweise klärte sich die Sache schnell auf, zwei Polizisten mochten meine Filme*.



Am 21. Februar wurden bei einer großen Gala im Berliner Haus der Kulturen der Welt die Teddys verliehen – die schwullesbischen Pendanten zu Oscar und Löwe

Nun weiß, wer Lamberts Filme kennt, daß sich das darin tummelnde Personal stets umso erfolgloser in der Erfüllung sexueller und anderer Triebe erweist, je mehr es sich darum bemüht. In der Trash-Komödie um ein senatsgefördertes Wohnprojekt obdachloser Tunten geht es dementsprechend drunter und drüber. Dr. Prinz (Lothar Lambert himself) hat alle Hände voll zu tun, damit ihm das „wissenschaftlich relevante Pilotprojekt“ nicht entgleitet und der Senat die Gelder streicht. Gar nicht so einfach, wenn das therapiebedürftige Ensemble aus einer platzangestapelten Russin, der putzsüchtigen Türkin Selmina, zwei alternen DDR-Trinen, Gelegenheitsprostituierten und verstorbenen Drag Kings (wunderbare Nebenrolle für Berlinale-

Pressefotografin Erika Rabau als eingebildeter Fußballstar Pelé) besteht.

Er hat schon bessere Geschichten und interessantere Darsteller präsentiert, aber die Beständigkeit des deutschen Regisseurs Lothar Lambert verdient Bewunderung, bilanzierte der Ta-

gesspiegel Lamberts dreizehnte Berlinale-Premiere. Und die *tagesszeitung* schrieb: *Gerade im aufgeputzten Trubel der Berlinale genießt man seine einfachen, anrührenden, lustigen Geschichten und freut sich am Wiedersehen mit den gewöhnlich Liebeskranken und sexsüchtigen Protagonisten der Lambert-Familie, die die Gefühlswelt des Filmdauergruckers wieder ein bißchen erden. Lambert ist möglicherweise ein proletarischer Filmemacher. Man könnte sich das Ganze auch als Serie vorstellen.*

Zwar verfügt Lambert inzwischen über eine stattliche Fangemeinde beim Berliner Publikum, dennoch dürfte es der



Didn't do it for Love; Regie: Monika Treut

Film anderswo schwer haben. Nicht zuletzt weil er, wie der Regisseur freimütig einräumte, „ohne Drehbuch entstanden“ sei. Man merkt's.

Ein alter Bekannter mußte sich notgedrungen am Rande der Festspiele als Tunte betätigen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. *Rosa von Praunheim hatte zwar diesmal keinen eigenen Film im Programm (seine altbackene und klischeehafte Schullehrstunde „Schwule Wut“ hatte einige Tage vor Festivalbeginn Arte gesendet), zum Eröffnungsempfang durfte er dennoch kommen und seine Rolle als schwuler Pausenclown erfüllen. Sein nie ganz überzeugender Versuch, als Tunte durchzugehen, schaffte es auch in diesem Jahr wieder, tags darauf in ziemlich jeder Gazette abgebildet zu werden, schickte Queer den Promi schnell wieder nach Hause. Das war etwas böse. Immerhin zählt Rosas privater Festspiel-Empfang zu den lohnenswerten Ereignissen der Berlinale.*

Melting pot der Eitelkeiten

Der gemütliche Peter Kern, einst Wiener Sängerknabe und Fassbinder-Freund, ist im hochnäsigen Düsseldorf heimisch geworden, wo man ihn als Filmemacher weiterhin zu unterschätzen gedenkt. Im letzten Jahr gastierte er mit einem beeindruckenden Portrait über den schwulen philippinischen



Knutschen Kuschneln Jubilieren; Regie: Peter Kern

Regisseur Ishmael Bernal (*Truth or dare – Ishmael Bernal*, 1993) in Berlin (vgl. LN 2/97, S. 46 ff), seine nunmehr vorgestellte Arbeit konnte er fast vor der Haustüre drehen. *Knutschen, Kuschneln, Jubilieren* wirft einen ironischen Blick auf Leben und Leiden alternder Homophiler in der „Sumpfggend um den Hauptbahnhof“ (Kern) der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Die rustikale Stricherkneipe „Le Clou“ erweist sich als Melting pot der Eitelkeiten. Man schlägt und verträgt sich, und zum Karneval werden auch schon mal im Bischofskostüm die türkischen Stricher gesegnet.

Mich interessieren die Träume des Kleinbürgers. Aber dieser Film ist keine Verarschung, sondern eine Umarmung. Diese Leute sind wahrhaftiger als jeder Schauspieler, erläuterte der Regisseur. Zum Schluß schickt Kern die bunte Truppe nach Venedig. Die Handlung wird fiktiv, der Altherrenclub jagt – eine filmische Paraphrase auf den Tod in Venedig – minutenlang Strichjungen durch das Gewirr der Gassen nach. Selten ist ein Filmbudget so sinnvoll ausgegeben worden, denn hier hatten Leute Spaß, die sonst nichts davon haben, befand junge Welt über-

zeugt, denn *was machen alternde Schwule, wenn der Knackarsch Falten wirft?*

Kern produzierte seinen 200.000 DM-Film mit digitaler Videotechnik. Ein neues, kostengünstiges Kopierverfahren ermöglichte es ihm, das Videomaterial ohne die üblichen Qualitätsverluste auf 35 mm-Film zu kopieren. *In Wien gibt es eine Firma, die das für 6.000–8.000 DM macht. Ich erwähne das, weil es Filmemachern erlaubt, viel unabhängiger zu arbeiten.*

Monika Treut (*Die Jungfrauenmaschine*, 1988) hat mit der bundesdeutschen Produktion *Didn't do it for Love* eine abenteuerliche Biographie dokumentiert, die Lebensgeschichte der Eva Norvind. 1944 als Tochter eines russischen Prinzen und einer finnischen Bildhauerin geboren, machte Norvind als Showgirl in Paris, Filmblondine



Brandon Teena Story; Regie: S. Muska & G. Ólafsdóttir

in Mexiko und später als Fotografin, Journalistin und Domina Karriere. Derzeit studiert sie in New York Pädagogik, um mit verurteilten Sexualstraftätern zu arbeiten. Die Offenheit, mit der Norvind sämtliche intime Details ihres bewegten Lebens ausplaudert, macht indes nachdenklich. *Was jenseits der persönlichen Lebensumstände liegt, wird gar nicht erst erwähnt. So verliert Norvind über die Umbruchstimmung, die Ende der 60er Jahre das politische Klima Mexikos prägte und die im Massaker auf der Plaza de Tlateloco ein jähes Ende fand, kein Wort, kritisierte die tageszeitung. Auch als sich Norvind Mitte der 60er Jahre im mexikanischen Fernsehen für Geburtenkontrolle einsetzte und daraufhin auf Druck der katholischen Kirche das Land verlassen mußte, führte das nicht zu*

einer politisch(er)en Haltung. *So richtig erfassen läßt sich Eva Norvinds Persönlichkeit nicht. Hinzu kommt, daß sie keine gute Selbstdarstellerin ist, stellte der Tagespiegel fest.*

Dokumentationen

Amerikanische Dokumentationen sollte man sich nie entgehen lassen. In ihrer souveränen Parteilichkeit gehören sie immer noch zum Besten, was der lesbische (und schwule) Film zu bieten hat. Regisseurin Donna Deitch porträtiert in *Angel on My Shoulder* die letzten Monate ihrer an Darmkrebs erkrankten Nachbarin und Freundin Gwen Welles. Welles, die als Schauspielerin in Robert Altmanns *Nashville* (1974) bekannt wurde und in Deitchs Spielfilmdebüt, dem Lesbenklassiker *Desert Hearts* (1986), in einer Nebenrolle zu sehen ist, starb 1993 im Alter von 43 Jahren. *Vor 20 Jahren verlor ich meine Mutter an Krebs, vor 5 Jahren meine beste Freundin Gwen. Der Film ging mehr aus dem Wunsch nach persönlicher Auseinandersetzung hervor als aus einem konkreten Plan. Gwen wollte, daß ich diesen Film mache. Sie war radikal in ihrer Offenheit und entwickelte im Endstadium der Krankheit einen Lebenswillen, der sie selbst überraschte. Letztendlich trieb mich das dazu, die Dokumentation zu vollenden, so Deitch.*

Wenn Gott Gays gewollt hätte, hätte er keine Frauen erfunden! Wem kategorische Statements wie dieses Unbehagen bereiten, der sollte the „heart of America“, den mittleren Teil der USA, meiden. Andernfalls könnte das Zusammentreffen mit dieser Art von Bigotterie tödlich sein. The Brandon Teena Story, selbstfinanzierter Dokumentarierstling von Kamerafrau Susan Muska und Fotografin Gréta Ólafsdóttir, rekonstruiert die Lebensgeschichte von Brandon Teena, der Ende 1993 im Alter von 23 Jahren von zwei Männern ermordet wurde. Der

Fall hatte landesweites Entsetzen in der Transgender- und Homo-Bewegung ausgelöst. Als biologische Frau (Tina Brandon) geboren, hatte es Brandon gewagt, ein gesellschaftliches Leben als Mann zu führen. Ein Strumpf im Slip sorgte für unkompliziertes und dauerhaftes Gender-switching, seine Entdeckung hatte Brandons Vergewaltigung und Ermordung durch zwei vermeintliche Freunde zur Folge. Die verurteilten Täter wehren sich heute noch gegen den Vorwurf, sie hätten einen homophoben „Hate Crime“ begangen.

Drei Jahre haben die Filmemacherinnen in Brandons Wohnort Falls, Nebraska, recherchiert. *Die filmische Rekonstruktion zeigt eine Community, die sich von diesem Fall kaum berührt fühlt, immerhin habe Brandon sie ja betrogen, als er sich als Mann ausgegeben hatte. Daß die beiden Vergewaltiger drei Tage später Brandon und das Paar, bei dem er sich versteckt hielt, erschossen, war allerdings den nahen Verwandten in diesem inzestuösen Kaff ein bißchen zu viel. Das Entsetzliche dieses Films ist die passive Aggression, mit der – bis auf Brandons Freundin, die relativ unbeteiligt erzählt – alle versuchen, ihre Geschlechternormen aufrechtzuerhalten, schrieb das Wochenblatt *Jungle World*. In der Scham, im nachhinein zu wissen, es nicht mit dem liebenswerten Brandon zu tun und mit ihm den besten Sex gehabt zu haben, sondern von einer fucking dyke, einer Lesbe, gefoppt worden zu sein, spiegelt sich die Absurdität der zwanghaften geschlechtsspezifischen Kategorisierung.*

Weitaus weniger dramatische Folgen von Transgendering zeigte der britische Kurzfilm *St. Pelagius The Penitent*, in dem Jewels Barker die Geschichte des englischen Mönches – eines Heiligen des Mittelalters, der angeblich eine Frau war – mit ihrem sich durch Hormonspritzen verändernden Freundinnenkreis zusammenbringt.

Lesbische Kurzfilmmacht

Andere Filmemacherinnen variierten eher klassische lesbische Begierden. Die Kanadierin Claudia Morgado Escanilla, gefeierter Berlinale-Darling seit 1996 (Kurzfilm-Teddy für *Unbound*), erzählt in *Sabor a mí* (Genieße mich) in schwelgenden Bildern die Geschichte von zwei Frauen, die in benachbarten Wohnungen leben. *Nichts verbindet sie, außer einigen strategisch platzierten Löchern in der Wand, durch die sie in die jeweils andere Wohnung gucken können. Beide wissen von dieser Möglichkeit, und beide machen von ihr Gebrauch* (Katalog). Überflüssig



Peppermills; Regie: Isabell Hegner

zu erwähnen, daß es in dem 19minütigen Streifen nicht nur beim Gucken bleibt.

Minimalistisch dagegen *Blue Diary* von der Amerikanerin Jenni Olson, Ex-Co-Direktorin des San Franziskoer Lesbian & Gay Film Festival und Autorin (*The Ultimate Guide to Lesbian & Gay Film and Video*, 1996). Sechs Minuten sehnsuchtsvoller Off-Monolog einer Lesbe, die eine Nacht mit einer Hetera verbrachte, kombiniert mit statischen Bildern einer eher uninspirierten Kamera. Wer schon immer mal ein paar interessante Straßenkreuzungen kennenlernen wollte, ist in diesem Film genau richtig.

Mit der witzigen, handwerklich überzeugenden Lügengeschichte *Peppermills* überraschte die in New York und Berlin lebende Isabel Hegner. Eine junge Frau (Kate Walsh als sehenswerte Deneuve-Reinkarnation) nutzt Dates mit wechselnden Liebhaberinnen dazu, einer ganz anderen Leidenschaft zu fröhnen: In

Nobelrestaurants klaut sie Pfeffermühlen. Eines Tages ist die komplette Sammlung von 257 edlen Exemplaren verschwunden. Vergeltung einer Verfloresenen oder doch nur ein ganz gewöhnlicher Diebstahl? Der portugiesische Beitrag *Ó que te quero* (Oh, wie ich dich liebe) von Jeanne Waltz schildert die zufällige Wiederbegegnung zweier ehemaliger Liebhaberinnen an einem sonnigen Morgen in Lissabon. Beide haben sich lange nicht gesehen. Die eine ist schwanger, in der anderen werden Erinnerungen wach...

Gezeigt wurden diese Filme anläßlich einer erstmals ins Panorama-Programm genommenen lesbischen Kurzfilmmacht „von Girls nicht nur für solche“. Damit hat sich der lesbische Film auf der Berlinale endlich ein eigenes Standbein geschaffen, von dem in Zukunft interessante Impulse ausgehen könnten. Fürs erste setzte die Filmmacht indes zu sehr auf Romantik. Vermißt hat man beeindruckende US-Produktionen wie den dokumentarischen Zeichentrickfilm *Repetition Compulsion* (Widerholungszwang), in dem Elli Lee die Traumata mißbrauchter, obdachloser Frauen thematisiert, oder Genieve Andersons Puppentrick-Debut *Boxed* um weibliche



Puppentrickfilm „Boxed“; Regie: Genieve Anderson

Ängste vor männlicher Gewalt. Im unübersichtlichen Berlinale-Trubel, in dem es täglich 75 Filme zu bewältigen gibt, geht Sehenswertes schnell unter. Und nicht zuletzt beklagten Regisseurinnen, daß immer weniger Filme von Frauen auf dem Filmfest vertreten sind. *Eingereicht, erinnerte die tageszeitung, werden die Filme übrigens nur*

Audiophil

von Gerald Reisner

Decksanddrums androckandroll

Propellerheads – CD015

Die Propellerheads spielen sich am Computer, und heraus kommt eine Sammlung auf- und anregender Tracks, die unruhig machen und zum Mitschlagen einladen. Elemente aus Funk, Jazz, Pop, Rock, House und Drum 'n' Bass finden sich wieder. Habe ich etwas vergessen? Leicht möglich, aber der Mix paßt! Und zwar am besten in einen In-Club, so gegen 3:00 Uhr morgens, in nicht zu geringer Lautstärke! Die Hommage an einen bekannten Spion („On Her Majesty's Secret Service“), ein Wahnsinnsong mit der einzigartigen Shirley Bassey („History Repeating“) und ein UK-Chart-Hit („Spybreak“) geben der Platte Halt, auch wenn manchmal auf der Stelle getreten wird. Sehr anregend und chaotisch – echt cool!

„To see you“

Harry Connick Jr. – Columbia

Harry Connick Jr., bei uns nicht so bekannt, wird wohl sein Leben lang mit Frank Sinatra verglichen werden. Und hat er in seinen letzten Platten versucht, gegen dieses Klischee zu arbeiten, gibt er sich diesmal mehr seiner eigentlichen Stärke hin: dem Jazz. Seine Kompositionen sind nicht immer leicht eingängig, aber stets interessant und musikalisch. Er gibt seiner Stimme genug Raum und Schmalz – pardon: Schmelz, um dann minutenlang mit seinen Arrangements und großem Orchester zu überzeugen. Ein wenig weichgespült und angepaßt, aber einfach schön! Eine romantische Platte mit Stil und viel Gefühl im klassischen Sinn.

„Ray Of Light“

Madonna – Maverick/Warner Bros.

Manche meinen, Madonna sei künstlerisch richtungslos und wandert umher. Dabei trifft sie auf Produzenten unterschiedlicher Herkunft, die ihr immer neue Gesichter geben, zum Beispiel das von Björk. Aber das steht ihr ganz gut und wirkt stets authentisch. Ich meine, ihre ständig wechselnden Outfits und Stile sind Zeichen einer Entwicklung. Lassen wir uns wieder auf eine neue Madonna ein, die mehr als sonst die Computer bemüht und ihre Stimme dabei ganz gut unter Kontrolle hat. Sie zitiert neueste Stile, aber auch die Masse ihrer Fans wird versorgt („Ray Of Light“, „Frozen“). Die Songs (z. B. „Shanti/Ashtangi“, ein Sanskrit-Gebet) sollen auch zum Nachdenken anregen. Nicht nur ihre Fans, auch Madonna wird reifer, aber eben nicht wirklich frischer.



von Produzenten. Und das sind bekanntlich überwiegend Männer.

Alte Bekannte

Beim schwulen (Kurz-)Film fällt derzeit der Zwang auf, alten Bekannten einen Besuch abzustatten. John Edward Heys und Matthias Fernando Küntzel trafen *Charlotte in Schweden*, Peter Sempel klingelte für *Hustler for Life* schnell mal bei Allen Ginsberg. Während die redselige Mahlsdorferin und Ex-Stasi-Mitarbeiterin 14 Minuten zum Schweigen gezwungen wird, darf Ginsberg sich etwa genauso lange selbst auf dem Harmonium begleiten. Man fragt sich, welche der beiden deutschen Produktionen die rachsüchtigere ist. Michael Bryntrup zählt in *Tabu V – Wovon man nicht sprechen kann* wieder mal seine Ex-Liebhaber durch und zitiert Wittgenstein; Peter Jürgensmeier läßt in *Finale* im Polizeipräsidium einen Stricher und einen Kommissar, seinen Freier, sich begegnen.

Jedes Jahr besucht mindestens ein Filmemacher den Straßenstrich am Santa Monica Boulevard in Los Angeles und kehrt mit aufregenden Neuigkeiten zurück. Letztes Jahr erlebte das Berliner Publikum Ex-Madon-



Sex/Life in L.A.;
Regie: Jochen Hick

na-Muse und Unterhosenmodell Tony Ward in dem Spielfilm *Hustler White* als Gelegenheitsstricher sozusagen sich selbst darstellend, in Jochen Hicks Dokumentation *Sex/Life in L.A.* darf er als solcher aus dem *real life* plaudern. Hick porträtiert neun junge Männer – Callboys, Fotomodelle, Pornodarsteller –, die mehr oder weniger darauf

hoffen, große Karriere und großes Geld zu machen. Das ist, weil es dem Regisseur kaum gelingt, hinter die Eitelkeits-Fassade seiner Interviewpartner zu schauen, meistens belanglos. Am Ende bleibt einem gerade einmal eine unfreiwillig anrührende Onanierszene mit dem bekifften Ward in der Badewanne im Unterbewußtsein haften. *Ständiges Auf und Ab*, faßte der *Tagesspiegel* nervös zusammen.

Der Wettbewerb

Ein Blick ins Wettbewerbsprogramm. Der lesbisch-schwule Filmmarkt wird nach wie vor von den USA dominiert, doch anderen Ländern erleichtert dies offenbar, einschlägige Themen, wenngleich vorerst nur in



Land der Stille;
Regie: Todorovsky

Subplots, aufzugreifen. Im russischen Spielfilm *Strana Gluchich* (Land der Stille), einer Mafia-Geschichte, übernimmt unversehends die taubstumme Lesbe Jaja (Dina Korzun) die Kontrolle über das Geschehen – das Herz ihrer Angebeteten Rita (noch unentschlossen: Tschulpan Chamatova) gewinnt sie bis zum Schluß allerdings nicht. *Der slawische Hang* zur Melodramatik kann dem gemeinen Westler leicht über die Hut-schnur geben. Die Verliererinnen sind, natürlich, die Frauen. Es läßt sich nachvollziehen, warum man so einen Film macht, wenn man in einer erbarmungslosen Stadt wie Moskau lebt, befand der *Tagesspiegel* über den einzigen osteuropäischen Wettbewerbsbeitrag.

Gerade als Jaja und Rita vergnügt über eine Brücke hüpfen und sich freuen, vielleicht lesbisch zu sein oder wenigstens werden zu kön-

nen, finden die Männer – *Aljoscha, die Mafia – ihr Versteck*, machte sich die *tageszeitung* Gedanken zur zweifelhaften Ideologie des Films. Und die *Berliner Zeitung* merkte an: *Todorovski versucht in seinem vierten Spielfilm die Marktgesetze ein bißchen zu beherzigen und ein bißchen zu durchkreuzen. Das geht nicht nur ein bißchen schief.* Immerhin: Jaja ist der erste positiv dargestellte Lesbencharakter im russischen (Mainstream-) Kino. Der Film, zu dem der renommierte Komponist und Jazzmusiker Aleksej Aigi die Musik geschrieben hat, ist durchaus sehens- und hörensenswert.

Kaum bekannt in Europa ist das rege philippinische Kino. Das ist ein wenig verwunderlich, denn die Avantgarde philippinischer Regisseure (Lino Brocka, Mel Chionglo) ist schwul. Neben ihren kommerziellen Arbeiten, die sie unter dem Druck des herrschenden Produktionssystems machen mußten, haben sie es immer wieder geschafft, Filme zu machen, die das politische Unterdrückungssystem entlarven und die Situation der Armen und sozial Ausgegrenzten anprangern, erinnerte das lesbisch-schwule Kinomagazin *switch*. Wie weit man sich trotz harscher Zensur – etwa durch die einflußreiche katholische Kirche – aus dem Kinofenster lehnen kann, zeigt Carlos Siguion-Reynas *Ang lalaki sa bubay ni Selya* (Der Mann in ihrem Leben). Aus Sorge um den Ruf der Familie läßt sich der junge Schuldirektor Ramon Torres (spielte bislang nur Rambo-Rollen: Ricky Davao) zur Heirat mit Selya (Rosanna Roces) drängen. Eine Scheinehe, die beide vor unangenehmen Nachstellungen schützen soll. Ramon hofft, daß die Gerüchte um seine Homosexualität im Dorf endlich verstummen – pflegt er doch eine leidenschaftliche Affäre zu dem Gärtner Carding (Alan Paule). Selya wähnt sich vor den Nachstellungen ihres brutalen Ex-Freundes Bobby (Gardo Versoza) in Sicherheit.

Eine wackelige Angelegenheit, bei der beide Figuren letztendlich einen gemeinsamen Weg finden, ohne an Glaubwürdig-



Der Mann in ihrem Leben;
Regie: C. Siguion-Reyna

keit zu verlieren. *Das Hochzeitsbankett* auf philippinisch ist in seiner Heimat nur in einer zensierten Fassung zu sehen. Schwulen Sex, der offenbar auch noch Spaß macht, mochte die Zensurbehörde niemandem zumuten. *Die Zensur bei uns ist unglaublich*, berichtet der Regisseur, sie basiert auf Gesetzen, die noch unter der Marcos-Diktatur verabschiedet wurden. Die Zensurbehörde sieht sich selbst als moralische Instanz und verbietet alles, was ihr irgendwie anrühlig erscheint. „Schindlers Liste“ lief bei uns nur in einer gekürzten Version, und selbst aus der jüngsten Hollywood-Verfilmung von Shakespeares „Romeo & Julia“ haben sie die berühmte Selbstmordszene geschnitten. Nach heftiger Diskussion in den Medien – *Ang lalaki sa bubay ni Selya* sollte schon im August 1997 auf den Philippinen anlaufen –, wagte man es allerdings nicht mehr, Siguion-Reynas Film komplett zu verbieten. *Die Geschichte beruht übrigens auf einer wahren Begebenheit*, fügte der Regisseur mit wissendem Lächeln hinzu, und man fragt sich, inwieweit hier Autobiographisches verarbeitet wurde. Seine Frau Armida fungierte beim Film als Executive Producer.

Kompliziertes Coming-out

Mit *Yue kuai le, yue duo luo* (Hold You Tight) aus Hongkong und dem französischen Beitrag *Jeanne et le garçon formidable* (Jeanne und der coole

Typ) gab es ebenfalls zwei Filme der gehobeneren Art zu sehen. Regisseur Stanley Qwan (*Dies ist ein homoerotischer Film*) zeigt in *Hold You Tight* die Irrungen und Wirrungen von Jie (Ko Yue-Lin), der heimlich Fung Wai (Sunny Chan) liebt, der wiederum mit Ah Moon (auch als Rosa zu sehen: Chingmy Yau in einer Doppelrolle) verheiratet ist. Ein kompliziertes Coming-out, das eigentlich erst anfängt, als der Film zu Ende ist. Die *Berliner Zeitung* kommentierte: *Der Weg des Mannes zu den Männern führt über Frauen, Flugzeugabstürze*



Hold you Tight;
Regie: Stanley Qwan

und Fahrstuhlrammeleien. Frauen und Fahrstühle zu benutzen vor dem Coming-out – okay. Aber Flugzeugabstürze, um die junge Gattin aus dem Weg zu räumen? Das ist gemein. Am Ende kennt man sich mit Hongkong und Taipei auch nicht besser aus, aber es ist alles sortiert. Wai lebte mit Ah Moon (Ringpulli, abgestürzt) und will nun die Wohnung verkaufen. Er hat es mit dem schwulen Makler Tong und dem noch unklaren Bademeister Jie zu tun. Der wird von Rosa (Kostümfrau, unabgestürzt) zu Wai geschickt – warum nicht gleich so?

Der französische Streifen von Jacques Martineau und Olivier Ducastel entpuppte sich als ein Musical über AIDS, Act up und homo-heterosexuelle Dreiecksverhältnisse. Romantisch und witzig, erinnert *Jeanne et le garçon formidable* ein wenig an *Linie 1*. Ich wollte eigentlich keinen Film über politischen Aktivismus machen, bremste Martineau, selbst langjähriges Act-Up-Mitglied, zu hohe Erwartungen. *Das Engagement für Homo-Rechte ist sicher ein exzellenter Beitrag* *Jeanne et le garçon formidable* (Jeanne und der coole

Pressetrash von der Berlinale

„Wo ist Jesu Vorhaut?“

oder:

Was Sie sonst nie wieder lesen werden

Ein Vexierspiel der Sichtweisen – die Vielschichtigkeit des Blicks als Metapher für das breite Spektrum des Kinos und die verschiedenen Sprachen des Films. Vielschichtige Erläuterung der Berlinale-Pressabteilung zum noch vielschichtigeren Berlinale-Plakat.

Es ist David Bowie, er hat sich die Haare schwarz färben lassen und sein zweites Gesicht sieht traurig nach links aus dem traurigen Hauptgesicht heraus. Aus beiden Augen ein Blitz: ein Hauch von „Akte X“. Die *Berliner Zeitung* versucht eine volkstümlichere Interpretation.

Leise wackelt der Europudding. Nach Blick ins Festivalprogramm macht sich der *Tagesspiegel* Sorgen um das europäische Kino.

Überflüssige Erwartungen. Die *junge Welt* titelt den Hollywood-Wettbewerbsbeitrag „Große Erwartungen“ ins Aus.

Verlängerte Dreharbeiten. Offizielle Begründung der Berlinale-Leitung zum vorläufigen Ausbleiben von Robert De Niro, der in Paris wegen vermuteter Kontakte zu Edelprostituierten verhaftet worden war.

Schönbohm und die Schöne. Mißratene Schlagzeile des Boulevardblatts *B.Z.* zum Rathaus-Empfang Catherine Deneuve mit Berlins Rechtsaußen-Innenminister Schönbohm. Im Original: „Die Schöne und das Biest“

Den Goldenen Bären für die höchste Frisur verleihen wir hiermit Rosa von Praunheim.

Die *tageszeitung* über Praunheims Leningrad-Cowboys-Perücke, die ihn mindestens einen Meter größer machte.

Ich bin größtenwahnsinnig geworden! Selbstkritischer Kommentar Praunheims zu seinem Outfit, zitiert in der *Berliner Zeitung*.

In *„Trop (peu) d’amour“* sind sogar die volljährigen Menschen wieder einmal so filigran, so gazellenschlank und margarine-schön, daß wir Jacques Doillon ganz herzlich um die alsbaldige Herausgabe eines Kochbuchs bitten möchten.

Der *Tagesspiegel* sucht neue Arbeit für einen gescheiterten Regisseur.

Schönheit und Geld machen doch glücklich. Die *tageszeitung* über den modischen lesbischen Subplot im russischen Film „Strana Gluchich“.

Eine Art selbstklebende emotionale Raufasertapete, die quer über den ganzen Film verlegt wurde.

Der *Tagesspiegel* setzt neue Maßstäbe in der Bewertung schlechter Filmmusiken. Hier: Gus van Sants Wettbewerbsbeitrag „Good Will Hunting“

Beziehungskisten: das spannendste Thema der Filmgeschichte. Oder das langweiligste, je nachdem, welcher Regisseur es in die Finger kriegt.

Der *Tagesspiegel* gähnt beim Teddy-Gewinner „Hold you tight“.

Zurück bleibt die Bitte, das Ehepaar Gwisdek-Harfouch möge seine Gefechte demnächst hinter der Kamera austragen.

Die *Neue Ruhr Zeitung* über das Hauptdarsteller-Ehepaar im gleichen Film.

Sowieso ist die Berlinale auf dem aufsteigenden Ast. Schauen sie mal: das Wetter. Jahr für Jahr wird der Februar frühlingshafter, das haben wir unseren bienenfließigen Autofahrern zu verdanken und der wunderbaren Klimaveränderung. Spätestens 2010 sitzen wir während der Berlinale bei 22 Grad in den Straßencafés und schauen dem Liebespiel der Schmetterlinge zu, während im Mai in Cannes bei 46 Grad im Schatten der Franzose nicht einmal mehr Lust dazu hat, mit Schlüpfern zu werfen. Der *Tagesspiegel* blickt freudig in die Festivalzukunft.

Tränen Marsch! Tagesbefehl der *jungen Welt* nach Durchsicht von „Girls Night“, einer britischen Variante von „Thelma & Louise“, die in Las Vegas und in den Armen eines starken Cowboys endet.

Las Vegas ist keine Lösung. Die *Berliner Zeitung* zum gleichen Film.

Der Papst hat gesagt, Götz George hat den Homosexuellen sehr überzeugend dargestellt. Das kann man nur unterschreiben. Zum Glück spielen beide auf der Berlinale keine Rolle.

Schlingensief-Spottvers zum jüngsten deutschen Filmwunder „Das Trio“ in *junge Welt* vom 17.2.98.

Wo ist Jesus' Vorhaut? Hektische Suche der *tageszeitung*. John Greysons schwuler Filmessay „Uncut“ zeigte Wirkung.



Dieters Seitenhiebe

Die Präsidentin

Ich hab's versprochen, also muß ich es tun. Obwohl sich soviel andere Sachen auch aufdrängen – aber nein, versprochen ist versprochen! Ach so, Sie wollen wissen, was ich zugesagterweise tun muß? Nun, eine Kolumne über eine lesbische Bundespräsidentin schreiben! Ist natürlich brandaktuell, jetzt, so knapp vor der Wahl. Aber es ist ja soviel anderes Wichtiges passiert in unserem schönen Land. Und immer haben Männer dabei die Hauptrolle gespielt, ehrlich!

Zum Beispiel hat der Hermann Maier den Ski-Weltcup gewonnen. Der erste Österreicher seit Karl Schranz! Daß der Leo Stock oder der Günter Mader in den letzten zwei Jahrzehnten etliche Male nur knapp daran gescheitert sind, interessiert niemanden. Der Tomba oder der Girardelli waren halt ums berühmte Eh-schon-wissen besser. „Herminator“ oder „Außerirdischer“, wie er liebevoll genannt wird (und wie er auch ausschaut, wenn mir diese persönliche Bemerkung gestattet ist), löste damit unseren allerliebsten Über-Drüberflieger Andi G. als Publikumsliebbling ab. Daß Herr Andreas gelegentlich besoffen in In-Lokalen gesichtet wurde oder zuletzt ein bisserl Koks geschnupft hat, nahmen ihm nicht einmal täglich alles-LeserInnen übel. Aber

seine sportlichen Leistungen haben halt sehr nachgelassen! Dabei stand er doch schon fast auf einer Stufe mit der „Steirischen Eiche“, unserem allseits beliebten Arnie. Bis der seinen Oscar als bester Schauspieler kriegte, ist sicher nur eine Frage der Zeit.

Und was sagen Sie zum „Falken“ Hansi Hölzel? Tragisch, nicht? Ich kann und will nicht glauben, daß er bei seinem Tod high oder fett oder sowas war. Sicher stocknüchtern, selbst wenn uns NEWS anderes weismachen möchte. Völlig zu Recht wird „Österreichs einziger internationaler Popstar“ nun post mortem zum Nationalheiligen erhoben. Was mich beunruhigt ist, daß man in letzter Zeit so wenig von der populärsten aller Fußball-Legenden, Herrn Hans K., hört. Aber wer weiß, vielleicht bereitet er gerade sein Outing (!) als Lesbe vor?!

Apropos Lesbe. Ich wollte ja was über eine lesbische Präsidentin schreiben. Bitte,

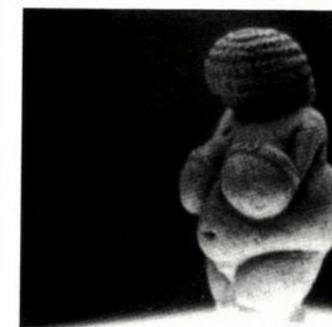
immerhin stellen sich ja zwei respektable und durchaus wählbare Frauen der Wahl. Noch dazu geben sie das ungewohnte Beispiel, daß PolitikerInnen einander nicht die Augen auskratzen müssen, sondern respektvoll miteinander umgehen, einander sogar unterstützen können. Allein das wäre schon ein Grund, einer von ihnen die Stimme zu geben.

Aber sie sind halt – auch wenn sie liberal, offen, lesben- und schwulenfreundlich und sonst noch was sind – keine Lesben. Dabei stelle ich mir eine solche Frau Präsidentin sehr spannend vor.

Da wäre z. B. die Frage: Ist sie dann nur Präsidentin oder darf sie sich auch „First Lady“ nennen? Immerhin war dies bisher den Gemahlinnen (oder, so nicht vorhanden, den Töchtern) der amtierenden Präsidenten vorbehalten. Würde, hätte Frau Präsidentin eine Lebensgefährtin, diese den stolzen Titel offiziell tragen dürfen?

Apart ist auch die Vorstellung, sie wäre Oberbefehlshaberin des Bundesheeres. Jetzt, wo auch Frauen beim Heer sein dürfen, könnte sie sich zu Inspektionszwecken womöglich an die Rekrutinnen heranmachen und unter der Dusche... Unter Ten-

CAFÉ - RESTAURANT WILLENDORF



SCHWULEN
& LESBEN
L O K A L

TÄGL. 18-02 UHR
KÜCHE 18-24 UHR

1060 WIEN, LINKE WIENZEILE 102

zu bewegen, aber das löst ja nicht alles. Außerdem gibt es schon ein paar ausgezeichnete Dokumentationen darüber. Es mag mehr am Genre als an den Mitwirkenden (Komponist: Philippe Miller, Choreographie: Sylvie Giron) gelegen haben, daß Jeanne (Virginie Ledoyen) und ihr cooler Typ (Mathieu Demy als HIV-positiver Olivier) am Geschmack des Berliner Publikums vorbeizanzten. Immerhin hat das französische Kino, was offenbar nirgendwo bemerkt wurde, in den letzten Jahren beeindruckende Filme mit homosexuellem Sujet produziert. Man denke beispielsweise an *Die Untreuen* von 1997 (am 21.11.97 auf Arte gesendet) oder die Verfilmung von Roger Vrignys Roman *Sommertgewitter* durch Jérôme Foulon 1995 (am 24.10.97 auf Arte).

Ebenfalls chancenlos der katalanische Beitrag *Carciés* (Liebkosungen) von Ventura Pons. Elf Episoden schildern Begegnungen im nächtlichen Barcelona. *Eine ältere Dame* (Julietta Serrano) *lebt mit einer alten lesbischen Frau* (Montserrat Salvador) *zusammen, die sich nicht mehr daran erinnern kann, daß sie einst ein Liebespaar waren. Zu Hause steigt ein Junge* (Naim Thomas) *in die Badewanne. Als er seinen Vater* (Sergi López) *auffordert, ihm in die Wanne zu folgen, ergibt sich eine zweideutige Situation. Eine junge Frau* (Mercedes Pons) *wirft ihrem Vater* (Jordi Dauder) *vor, daß seine Homosexualität an allem Unglück ihres Lebens schuld sei. Der ältere Herr sucht daraufhin Trost bei einem Strichjungen* (Roger Coma), *der genauso einsam ist wie er.* (Katalog) Das gleichnamige Theaterstück von Sergi Belbel ist in den letzten Jahren mehrfach auf deutschen Bühnen zu sehen gewesen, so in München (Kammerspiele 1995), Leipzig (Schauspielhaus 1995) und Kassel (Staatstheater 1997).

Daß die US-amerikanische Screwballcomedy *I think I do* leer

ausging, ist wirklich mal was Neues. Brian Sloans homosexuell gewendete Version von *Vier Hochzeiten und ein Todesfall* sollte man sich im Kino nicht entgehen lassen. Keine Angst: Gestorben wird nicht, Bob (Alexis Arquette) und Brendan (Christian Maelen) kriegen sich. So schön ist das New Queer Cinema.

„Teddy“-Verleihung

In der Nacht zum 22. Februar wurde auf einer großen Gala im Berliner Haus der Kulturen der Welt der lesbisch-wule Filmpreis „Teddy“ verliehen. Zumindest ein Preisträger stand vorher schon fest: Richard O'Brian erhielt einen Ehren-Teddy für seine *Rocky Horror Picture Show. Kein anderer Film hat eine ganze Generation vergleichbar aus der Muffigkeit und Unbeweglichkeit der 70er Jahre herauskatapultiert – Schwule, Lesben und andere Zwischenweltler hatten damals weltweit ihr Coming out*, freute sich das Berliner Szeneblatt *Sie-gessäule*.

Die Auszeichnung für den Besten Spielfilm ging an *Yue kuai le, yue duo luo* aus Hongkong. Der Film reize und provoziere „durch seine kühnen Statements zu den verschiedensten Facetten der Sexualität“, so die Begründung der lesbisch-schwulen Jury.

Für seine „bahnbrechende Aufarbeitung des Kampfes eines transsexuellen jungen Mannes im Hinterland Amerikas“ wurde *The Brandon Teena Story* prämiert. *Ang lalaki sa bubay ni Selya* bekam den Spezialpreis der Teddy-Jury. Der Film sei „ein mutiges Portrait außergewöhnlicher Persönlichkeiten in einer restriktiven Gesellschaft“. Die Jury, der auch die Wienerin Barbara Reumüller angehörte, betonte in ihrem Statement: „Wir unterstützen die Filmemacher in ihrem Kampf, alle Aspekte von Liebesbeziehungen aufzuzeigen, jeder Zensur zum Trotz.“

Bester Kurzfilm wurde *Peppermills* von Isabel Hegner, ausgezeichnet „für die Kreation subtiler Erotik in zwölf Minuten, die vorzügliche Kameraarbeit und die reizvollen Blicke der ‚neuen Deneuve‘“. Eine Lobende Erwähnung ging an *Uncut* von John Greyson (*Zero Patience*, 1993, *Lilies*, 1996) für die spielerische und vortreffliche Verbindung von Spielfilm- und Dokumentarelementen: „Die Mischung der drei Themen Urheberrecht, Privatleben des Pierre Trudeau und Beschneidung mit der verwickelten Story dreier Typen namens Peter gelingt tatsächlich! Cheers!“ Selten klang eine Jury-Begründung so emphatisch.

Weitere, nicht-homosexuelle Auszeichnungen gingen an *Yue kuai le, yue duo luo* (Alfred-Bauer-Preis der Internationalen Berlinale-Jury für „neue Perspektiven in der Filmkunst“) sowie zwei Förderpreise der New York Film Academy an den deutschen Kurzfilm *Tabu V – Wovon man nicht sprechen kann*



Totó der zweimal lebte;
Regie: Daniele Capri und Franco Maresco

(„konzentriert gearbeiteter, intelligenter und vielschichtiger Kurzfilm“), und den amerikanischen Beitrag *Boxed* („eindringliche Bilder“).

Die Teddy-Jury verzichtete in diesem Jahr taktvoll auf „kritische Erwähnungen“. Mancher lieblos zusammengeschnipselte Kurzfilm über lesbisch-schwule Wehwehchen hätte sich eine solche durchaus verdient. Immerhin eröffnet dies zwei interessante Perspektiven. Entweder werden die Filme im nächsten Jahr besser, oder die Jury wird mutiger.

Nachtrag

Der italienische Film *Totó che visse due volte* (Totó, der zweimal lebte) konnte zwar keinen Preis einheimsen, doch beschäftigt er als einziger Berlinale-Beitrag die Medien über das Festival hinaus. Die noch von der Berlusconi-Regierung eingesetzte siebte Zensurkommission des italienischen Kulturministeriums hat den Film Anfang März als „blasphemisch“, „schändlich“ und „widerlich“ verboten. Formulierungen, die, wie die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 18. März anmerkte, *klingen wie im Italien zu Zeiten Mussolinis*. Die Behörde empörte sich besonders über Szenen, in denen „christliche Symbole wie eine Madonnenstatue oder ein Engel zur sexuellen Befriedigung mißbraucht werden“. Die Aufregung könnte sich noch steigern, wenn erst einmal Tiereschützer auf den Plan treten. Um den wehrlosen Esel, der gleich in den ersten Filmminuten zum Analverkehr genötigt wird, sorgte sich bislang nämlich noch niemand.

Den Inhalt des Films von Daniele Capri und Franco Maresco beschreibt eine Infobroschüre der italienischen Filmwirtschaft so: 1. Teil: *Ein vom Sex besessener Mann, der Paletta heißt, läuft durch die Straßen des Stadtrands.* 2. Teil: *Verschiedene Personen versammeln sich am Totenbett von einem Homosexuellen mittleren Alters.* 3. Teil: *Auf dem Berg der Stadt werden drei Kreuze zusammengenagelt. Lazarus, ein gescheiterter Maftoso, hat sich geweigert, mitzuarbeiten und wird vom schleimigen Boß Don Totó in Schwefelsäure aufgelöst. Totó, ein alter Messiah, läuft mit dem buckeligen Judas durch die von der Mafia verpesteten Straßen.* Der Film war mit umgerechnet rund elf Millionen Schilling gefördert worden – von einer Kommission, die demselben Ministerium angehört wie die, die ihn jetzt verbot.

Homepage: <http://www.berlinale.de>

nisspielerinnen soll das ja angeblich auch sehr verbreitet sein, und überhaupt gibt es bei Lesben ja diese enge Verbindung zwischen Sexualität und Körperpflege.

Mit wem am Arm würde Frau Präsidentin in der Präsidentenloge (die dann natürlich Präsidentinloge heißen müßte) am Opernball hofhalten? Mit ihrer Partnerin? Oder dem Bundestheatergeneralsekretär (wird sie ihn womöglich beißen, Lesben sind nämlich so männerfeindlich, müssen Sie wissen!)? Oder gar alleine? Ich meine, unser Bundes-Thommy erscheint ja – nachdem die Nachgattin ihn nicht begleiten will und die Geliebte ihn nicht begleiten darf – auch unbeweibt in der Öffentlichkeit, aber der hat immerhin Tochter und Schwiegertochter.

Politisch wär's auch nicht uninteressant. Würde sie ihre ganze moralische Kraft darein legen, daß Lesben und Schwule gesellschaftlich nicht mehr ausgegrenzt werden dürfen? Würde sie sich für ein Anti-Diskriminierungsgesetz stark machen? Würde sie einen Schwulen mit der Regierungsbildung beauftragen? Würde sie den Ehrenschutz über AIDS-Benefiz-Veranstaltungen übernehmen, auch wenn diese keine gesellschaftlichen Mega-Events sind? Würde sie ihren BeraterInnenstab aus VertreterInnen von „Randgruppen“ und „Minderheiten“ bilden? Würde sie Sportlerinnen bei der Siegerehrung küssen? Würde sie auch zu unserem Goldi halten und dem Terminator auf die Schulter klopfen und dem zähnefletschenden Herminator den Dank des Volkes aussprechen? Oder würde sie – Sie erinnern sich, alle Lesben hassen Män-

ner – diese unsere Idole sich vom Leib halten wollen (was ich bei diesen Männern durchaus verstehen könnte!)? Würde sie sich vom Haider (dem Alfons!) die Hand küssen lassen? Und zuguterletzt: Würde sie mit ihrer Partnerin händchenhaltend spazieren gehen beziehungsweise, so sie keine Gefährtin hätte, wo würde sie sich eine solche suchen gehen? Würde sie, auf einen kurzen Nenner gebracht, den Untergang des Abendlandes beschleunigen und den daraus *die ganze Woche* folgenden Angriffen der *Krone* standhalten können?

Sie sehen also – Fragen über Fragen. Gut, ich gebe ja zu, so ähnliche Fragen ließen sich bei einem schwulen Präsidenten oder einer Hetera-Präsidentin oder einem Hetero-Präsidenten (hab' ich übrigens schon gesagt, daß ich der Meinung bin, daß

endlich eine Frau an die Spitze des Staates gewählt werden sollte?) auch stellen. Aber Sie müssen dafür zugeben, daß ich es geschafft habe, eine Glosse über eine lesbische Bundespräsidentin UND über die wirklich wichtigen, topaktuellen Ereignisse, über die österreichbewegenden Männer zu schreiben!

Diese journalistische und diplomatische Glanzleistung befähigt mich eigentlich zu Höherem. Also, wenn ich's genau überlege, sollte ich mich vielleicht selbst... Ob ich so unbescheiden sein soll? Zu blöd, die Frist für die Vorlage der 6.000 nötigen Unterschriften ist schon abgelaufen! Na, dann halt nicht, in sechs Jahren gib't eine neue Chance. Vorausgesetzt, es bewirbt sich nicht eine Lesbe. Oder doch der Arnie...

Erlesenes Die LAMBDA-Bücherecke



Wende andersrum

Mal ist es ein „Publicity-Trick“, dann wieder wird Kampagnenartiges aus PDS-Nähe gewittert. Über Monate ereiferte sich das bundesweit auflagenstärkste schwule Monatsblatt *Queer* über ein Buch, das noch gar nicht erschienen war. An Eike Stedefeldts Analyse zum Rechtsruck in der deutschen Schwulenbewegung (vgl. auch Beitrag auf Seite 47 in diesem Heft), die Ende Februar unter dem Titel *Schwule Macht* erschien, ist den schwulen Meinungsmachern neben dem für seine beißende Kapitalismuskritik bekannten Autor so ziemlich alles suspekt: Das Werk, so teilte *Queer* Anfang Februar seinen Lesern gewichtig mit, erscheine *bezeichnenderweise in der Antifa-Edition des Elefanten Press-Verlages und rückt dadurch indirekt schwule Bürgerrechtspolitik in die Nähe rechtsextremer Umtriebe*. Eine Vorstellung, die der bürgerlichen Schwulenwelt gewiß Unbehagen bereiten muß.

Nun rückt der Berliner Journalist Eike Stedefeldt, der selbst aus der ostdeutschen Homosexuellenbewegung kommt, schwule Bürgerrechtspolitik weder in die Nähe rechtsextremer Umtriebe, noch in deren Ferne. Vielmehr arbeitet der Autor anhand konkreter Beispiele die paradigmatischen Veränderungen heraus, die sich seit 1989 in der ursprünglich radikal-emanzipatorischen Traditionen verpflichteten Bewegung zeigen. Seine These: Wie alle anderen sozialen Bewegungen sei auch die Schwulenbewegung politisch nach rechts gedriftet. Sie befinde sich heute *nicht mehr am links-alternativen Rand der Gesellschaft, sondern agiert voller Stolz in deren Mitte. Verbrämt durch Schlagworte wie „Bürgerrechtsbewegung“ und „schwule Lobbypolitik“ dient sie sich in immer stärkerem Maße konservativen Kräften an, während die Abgrenzung nach links schärfer wird*. Homosexuelle Männer,

einst wandelnder Systemwiderspruch, seien in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und des dramatischen Sozialabbaus salonfähig geworden als „Prototypen eines neuen, erfolgreichen Mittelstandes“.

Fakten- und quellenreich seziiert Stedefeldt die Strukturen, nach denen schwule Bürgerrechtspolitik im neuen Deutschland funktioniert und welcher Inhalte sie sich bedient. Integrationistische Politikmodelle werden arbeitsteilig in untereinander assoziierten „straff organisierten Männervereinen“ erarbeitet und über den nur knapp 1.000 Mitglieder starken Schwulenverband in Deutschland (SVD) – der Schaltstelle für schwule Bürgerrechtspolitik – in Mainstream-Medien lanciert, denen schwule Heiratswillige allemal lieber sind als schwule Hausbesetzer. Als rechtspolitischer Sprecher der Grünen mit Bundestagsmandat

ausgestattet, betreibe SVD-Sprecher Volker Beck im Parlament eine auf Anpassung und Teilhabe ausgerichtete, patriarchale Lobbypolitik, so der Autor.

Weder sei von den emanzipatorischen Ideen des in der Nachwende-DDR gegründeten SVD etwas übrig geblieben – den Beck und seine Mannen beizeiten übernahmen –, noch von der fortschrittlichen Homopolitik, die der bündnisgrünen Partei in der Vergangenheit stets eine verlässliche Zahl schwul/lesbischer Wählerstimmen bescherte. Längst vergessen auch der gesellschaftskritische, anti-rassistische Konsens früherer Jahre. Der tauche allenfalls als Gegenstand von Diskreditierungsversuchen schwuler Bürgerrechtler auf, während die schwule Presse sich ganz unbefangen bekennende NPD-Männer als Chefredakteure leiste und *gay* Manager das Loblied

der Freien Marktwirtschaft singen. Eine wahrlich bizarre Bürgerrechtsbewegung.

Das Zurechtrufen emanzipatorischer Lebensformenpolitik der 80er auf heutiges „Homo-Ehe“-Niveau etwa oder der Ruf nach Gleichberechtigung schwuler Soldaten, kurzum: Die Umwertung *aller* politischen Essentials vergangener Jahre mag da mehr verwirren als verwundern. So ging selbst die PDS-Bundestagsgruppe vor lauter Sorge um die diskriminierte Minderheit dem militärischen Lieblingsspielzeug schwuler Bürgerrechtler kürzlich auf den Leim. Höflich bat sie bei der Regierung, man möge die Diskriminierung schwuler Bundeswehrosoldaten doch bitte unterlassen – alles klar zum Gefecht?! Stedefeldt diskutiert dieses Thema mit seinen innen- wie außenpolitischen Bezügen von einer konsequent

Der Sonntagnachmittag für Eltern, Angehörige, Freunde und Freundinnen von HIV-positiven, AIDS-kranken und an den Folgen von AIDS verstorbenen Menschen

„Familienrunde“

Hier kann man darüber sprechen, worüber „normalerweise“ geschwiegen wird. Über den Umgang mit geliebten Menschen, die HIV-infiziert sind, mit den Belastungen, die die Erkrankung mit sich bringt, mit der Trauer über den Tod von geliebten Menschen und darüber, wie andere mit all dem umzugehen lernten...

Es kann auch während der Treffen im HOSI-Zentrum angerufen und Kontakt aufgenommen werden.

Jeden 1. Sonntag im Monat (bei Bedarf auch öfter), ab 14.00 Uhr im HOSI-Zentrum, 1020 Wien, Novarag. 40, Tel. (01) 216 66 04; betreut von Brigitte Zika-Holoubek (bekannt durch die langjährige Begleitung von AIDS-Kranken) Tel. (02955) 70 597 (privat).

Hinweis: Am Sonntag, dem 3. Mai 1998, wird das Names Project Wien in der „Familienrunde“ vorgestellt. Das Video „Stories from the Quilt“ und Erinnerungstücher werden gezeigt.

Das regionale Magazin für Lesben und Schwule

Jeden 2. Monat neu und kostenlos.
Infos, Meinungen, Tips + Termine aus dem Norden der Republik.
Quotiert + parteilich.
Informativ + unterhaltsam.
Probeexemplar gegen 3 DM in Briefmarken an:
Rosige Zeiten
Postfach 3804
D-26028 Oldenburg

pazifistischen Position aus. In weiteren Kapiteln wird der Entpolitisierung des *Christopher Street Day*, der Verödung der schwulen Presselandschaft und dem Mangel an Geschichtsbewußtsein der bürgerlichen Schwulbewegung, inklusive der Stilisierung der DDR zur „legitimen Nachfolgerin der NS-Schwulenverfolgung“ nachgegangen.

Schwule Macht ist die bislang gründlichste und scharfsinnigste Analyse zum Zustand und Niedergang der bundesdeutschen Schwulbewegung. Stedefeldts gewohnt pointierte Diktion macht das Werk zu einer angriffslustigen, fast heiteren Streitschrift. Sie könnte, nein: muß, für linke Schwule Ausgangspunkt zur Diskussion neuer radikal-emanzipatorischer (Gegen-)Strategien werden. Fernab realer Verhältnisse hat schwule Bürgerrechtspolitik sich als „schwebender Gipfel“ installiert. Das schreit geradezu nach Veränderung.

Eike Stedefeldt:
Schwule Macht oder Die Emanzipation von der Emanzipation. Elefant Press-Verlag, Berlin 1998

DIRK RUDER,
SCHLIPS



Minderheiten-Recherche

In der von Ursula Hemetek herausgegebenen Publikationsreihe der Initiative Minderheiten ist heuer als zweiter Band „Wege zu Minderheiten: Ein Handbuch“ erschienen. Gegenüber der 1993 erschienenen ersten Ausgabe des Handbuchs wurde der Adreßbestand gründlich überarbeitet und die Gliederung verändert. Die grundsätzliche Struktur des Buches ist in neun Kapitel unterteilt: Archive/Bibliotheken/Museen, Bildung, Kultur, Medien, Politik, Religion, Soziales, Veranstaltungsorte und Wissenschaft. Zahlreiche Querverweise ermöglichen ein Auffinden einer gewünschten Information nach verschiedensten Kriterien. Als große Hilfe in diesem Zusammenhang erweisen sich auch vier Register, die nach Sachbereichen, Minderheitenbereichen, Schlagworten und Personen

gelistet sind. Auch „unsere“ Minderheiten wurden nicht vergessen. Es finden sich fast alle österreichischen schwullesbischen Initiativen. Die Detailtreue ist beachtlich: Sogar die Theatertruppe HOSI-sters ist mit einem eigenen Eintrag versehen. Fazit: Dieses Buch sollte eigentlich in keiner Bibliothek fehlen und ist ein wichtiger Beitrag zur Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen Minderheitenorganisationen.

Ursula Hemetek: *Wege zu Minderheiten. Ein Handbuch.* Drava-Verlag, Klagenfurt/Celovec 1998

CHRISTIAN HÖGL



Bert Büllmann: *Barbra! Das Barbra-Streisand-Buch.* Querverlag, Berlin 1998

GERALD REISNER

Barbra!

Daß Barbra Streisand seine Göttin ist, verheimlicht uns der Autor nicht. Und da steht er sicher nicht alleine da – ein Buch für Fans der Diva eben! Er beschreibt ihre Laufbahn, Musik,

Filme und Männer. Alles schon dagewesen? Ja, aber die übliche Lobhudelei suche ich vergebens, und das macht dieses Buch sehr erfrischend. Ihre Disco- und Filmographie ist sehr interessant aufbereitet und mit Insider-Wissen angereichert, sodaß selbst eingefleischten Streisand-Fans nicht langweilig wird! Da wird aufgeräumt mit Vorurteilen und Klischees, alte Märchen (z. B. über ihre Fingernägel) werden entzaubert, und eine höchst sympathische Diva, die eben ihre Eigenheiten hat, entsteht vor dem geistigen Auge. Die vergnügliche Schreibweise des Autors zieht jeden Streisand-Fan in ihren Bann und macht einfach Spaß! Ein Muß!

Bert Büllmann: *Barbra! Das Barbra-Streisand-Buch.* Querverlag, Berlin 1998

HIV/AIDS-Handbuch

Die AIDS-Informationszentrale Austria (AIZA) hat ein „Selbsthilfehandbuch für Menschen mit HIV und AIDS“ herausgegeben, was allerdings eine bescheidene Untertreibung ist, denn dieses Hand-

buch, bei dem es sich um die Erweiterung eines EU-weiten Projekts im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Programms „Europa gegen AIDS“ handelt, ist auch ein ideales Handbuch für alle, die sich umfassend über AIDS informieren wollen. In elf Kapiteln werden alle relevanten Aspekte von HIV/AIDS von ExpertInnen behandelt. Ein Anhang mit Glossar, Literaturhinweisen und Adressen ergänzt das Handbuch, das als Ringbuchmappe konzipiert und ausgeführt ist, sodaß sich seine BenutzerInnen die einzelnen Kapitel individuell mit zusätzlichen Informationen erweitern können.

Das Handbuch ist kostenlos bei der AIZA, Fechtgasse 19/20, 1090 Wien (Tel.: (01) 315 42 04, Fax: 315 42 046, E-Mail: aidsinfo@aidshilfe.or.at, <http://www.aidshilfe.at/>) oder bei den regionalen AIDS-Hilfen zu beziehen.



Jugendschutz und sexuelle Selbstbestimmung

Helmut Graupners Dissertation „Sexualität, Jugendschutz und Menschenrechte – Über das Recht von Kindern und Jugendlichen auf sexuelle Selbstbestimmung“ an der Universität Wien ist nun als Buchpublikation in zwei Bänden, die zu-

sammen 1450 Seiten umfassen, erschienen. Graupner hat für seine Doktorarbeit eine unglaubliche Fülle von Informationen und Daten zusammengetragen und verarbeitet, wie dies für diesen Themenbereich vor ihm noch niemand in auch nur annähernd so umfassender Form getan hat. Das ist wirklich eine bewundernswerte Meisterleistung, die ihm auch sobald niemand nachmachen wird und in die er wohl sehr viel Zeit investiert hat. Die beiden Bände sind denn auch nicht zur simplen Lektüre geeignet, sondern eher als Nachschlagewerk, speziell Band 2, und das liegt nicht nur am großen Umfang des gesammelten Materials, sondern auch am Umstand, daß es sich hier eben um eine akademische, wissenschaftliche Arbeit handelt, die den LeserInnen nicht so leicht zugänglich ist, weil in jeder Zeile durchschnittlich eine Fußnote mit An-

merkungen oder Quellenhinweisen vorkommt, die mitunter selbst wieder über eine Seite lang ist. Hier hätte man sich vielleicht überlegen sollen, ob die Arbeit nicht ein größeres Publikum finden würde, hätte man sie lesefreundlicher überarbeitet und radikal gekürzt. Aber selbst für eine Dissertation ist der Umfang zu groß, wie auch deren Zweitbegutachter kritisiert: *Der größte Mangel der Arbeit ist ihr unmäßiger Umfang.* Dies allerdings unter Berücksichtigung der Kriterien für eine gelungene Dissertation, wer sich hingegen Graupners Arbeit als Nachschlagewerk anschafft, ist – wie gesagt – damit gut bedient.

Besonders erwähnenswert ist die Übersicht über die Mindestaltersgrenzen in ganz Europa, wobei sich Graupner nicht auf jene für hetero- und homosexuelle Handlungen beschränkt, sondern alle berücksich-

tigt, die sich die Gesetzgeber für alle möglichen und unmöglichen Fälle haben einfallen lassen (z. B. Verführung, Autoritätsverhältnisse, Verleitung zur Masturbation etc.). Hier ist der Nachteil allerdings, daß die jüngsten Entwicklungen zwischen der Approbation der Arbeit im Frühjahr 1995 und der Drucklegung im Juni 1997 zwar in den Text, nicht aber in die Tabellen eingearbeitet wurden. Auf diese letzte Handanlegung hätte es angesichts des Aufwands der Arbeit dann auch nicht mehr ankommen dürfen!

Im Band 2 hat Graupner ebenfalls sämtliche einschlägigen deutsch- und englischsprachigen Kommissionsberichte zusammengetragen – von der Königlich Westaustralischen Kommission zur Homosexualität bis zur Strafrechtskommission Hongkongs ist alles vertreten, was sich offenbar jemals zu diesem Thema geäußert hat. Von derselben Jagd- und Sammelleidenschaft war wohl Graupner bei der Zusammenstellung der einschlägigen empirischen Untersuchungen im Abschnitt C des 2. Bandes geleitet. So löblich dieses Unterfangen ist und so erfreulich es für manche StudentInnen oder WissenschaftlerInnen sein wird, das alles an einer Stelle nachschlagen zu können, statt selber recherchieren zu müssen, so fragt man sich doch, ob dieses ganze Zahlen- und Tabellenmaterial zur Jugendsexualität, also die empirischen Untersuchungen, in welchem Alter wie viele Jugendli-

Theatersplitter

Die Banalisierungsfalle

LAMBDA-Nachrichten-Kolumnistin Helga Pankratz und Annette Schneider präsentierten in Wien und Wiener Neustadt vom 1. bis 4. April 1998 jeweils vor

Humor feinsten Kalibers kreiert, den sie in verschiedenen Rollen verarbeitete. Ob als Kärntner Kräuterhexe oder als persiflierte Help-Moderatorin Barbara Stöckl



vollem Haus ihr medienkritisches Kabarettprogramm. Annette konnte das Publikum mit über zehn umgetexteten Musiknummern begeistern: Aus „Love me tender“ wurde so eine geniale SM-Hymne, oder der LuciElectric-Hit „Weil ich ein Mädchen bin“ mutierte zum Befreiungssong für Transgenders. Die musikalische Betreuung und Klavierbegleitung lag in den bewährten Händen von Marilyn Brandl, die ja HOSI-sters-Fans keine Unbekannte sein dürfte. Durch das Programm führte eine wandelhafte Helga. Mit spitzer Feder hatte sie

– ein Genuß. Besonders faszinieren konnte sie auch als Erotik-Show-Moderatorin à la Gerti Senger. Zu einer kleinen Peinlichkeit kam es am Premierenabend am Ende des Programms: Vom Publikum wurde vehement eine – nicht eingepflanzte – Zugabe eingefordert. Die Technik wollte aber partout das Saallicht nicht einschalten...

Nach dieser gelungenen Darbietung bleibt nur ein Wunsch: Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser einen Produktion und erwartet uns schon bald ein Da capo! CHRISTIAN HÖGL

che welche Art von Sex haben, noch einen anderen Sinn haben soll. Unwillkürlich vermißt man die kritische Auseinandersetzung und Kommentierung der vielen Studien, was natürlich wieder Stoff für weitere zehn Doktorarbeiten hergäbe. Offenbar hat sich Graupner gescheut, eine Auswahl zu treffen bzw. sich auf die seriösen Studien zu beschränken. Wie bereits gesagt:

Weniger kann mitunter mehr sein, was im übrigen auch für vieles andere Quellenmaterial aus den Bereichen Ethnologie, Sexualwissenschaft oder Geschichte gilt, die Graupner ebenfalls streift. Gerade hier wäre eine kritische Auseinandersetzung mit den Quellen wünschenswert, aber Graupners Sammelwut läßt den Eindruck entstehen, er will seine Thesen eher durch

das positive café
FÜR MENSCHEN MIT HIV UND AIDS
UND DEREN FREUNDINNEN.
JEDEN DIENSTAG 17-22 UHR
IM HOSI-ZENTRUM
1020 WIEN, NOVARAGASSE 40, ☎ 216 66 04

Quantität als durch Qualität untermauern.

Ausgangspunkt und Ansatz dieser Thesen ist das Konfliktfeld, auf dem das Recht auf umfassenden Schutz der sexuellen Selbstbestimmung, also der Schutz vor ungewollter Sexualität, und das Recht zu gewollter Sexualität – speziell für Kinder und Jugendliche – angesiedelt ist. Dieses Konfliktfeld wird im Band 1 genauestens aus dem Blickwinkel der Menschenrechte ausgeleuchtet. Und natürlich ist die Arbeit ein Plädoyer für die ersatzlose Streichung des § 209.

Helmut Graupner: *Sexualität, Jugendschutz und Menschenrechte. Über das Recht von Kindern und Jugendlichen auf sexuelle Selbstbestimmung.* Teil 1 und 2. Peter Lang GmbH – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 1997



Que(e)rdenken

Im Wintersemester 1996/97 fand an der Universität Graz die interdisziplinäre Ringvorlesung *Que(e)rdenken. Weibliche/männliche Homosexualität und Wissenschaft* statt (vgl. LN 2/97, S. 25 f). Nun sind die Vorträge dieser Ringvorlesung in einem Sammelband erschienen. Unter den AutorInnen finden sich viele engagierte österreichische Lesben- und Schwulenbewegte, wie Gudrun Hauer, Dieter Schmutzger, Helga Pankratz, Hanna Hacker und Helmut Graupner.

Weitere AutorInnen sind Franz X. Eder, Iris Schmitt, Roswith Roth, Roswitha Hofmann, Sabine Fabach, Rüdiger Lautmann, Jutta Hartmann und der Verein Frauenhetz. Der Band ist ein erstes kräftiges und interessantes Lebenszeichen der Lesben- und Schwulenstudien in Österreich, dem hoffentlich noch etliche folgen werden. Die einzelnen Beiträge decken eine breite Vielfalt von Aspekten schwul/lesbischer Theorie und Praxis ab. Ein wirklich empfehlenswerter Reader für alle Lesben und Schwulen, die an ihrer Geschichte und Theoriebildung interessiert sind.

Barbara Hey/Ronald Palier/Roswith Roth (Hg.): *que(e)rdenken. Weibliche/männliche Homosexualität und Wissenschaft.* Studien-Verlag, Innsbruck/Wien 1997.

Als Schwuler in der russischen Armee

An dieser Stelle wollen wir noch auf ein Buch in russischer Sprache hinweisen. Dmitri Lytschew, Jahrgang 1969, hat ein Buch über einen jungen russischen Soldaten und seinen Wehrdienst in der Roten Armee Ende der 80er Jahre geschrieben. Der Roman beginnt mit dem ersten Tag in der Kaserne und endet am letzten Tag des Militärdienstes. Dazwischen liegen zwei Jahre, in der die schwule Identität des Protagonisten immer stärker wächst. Daß er diese annimmt, stärkt auch seinen Charakter und seine Persönlichkeit und hilft ihm, den schrecklichen Armeeealltag zu überstehen. Dieser Alltag wird schonungslos beschrieben, ist es doch die Zeit,

in der die Sowjetarmee ihren Niedergang erlebt und in den Kasernen das nackte Faustrecht regiert. Lytschew ist auch Herausgeber mehrerer russischer Lesben- und Schwulenzeitschriften, darunter von „1/10“, einer der ältesten russischen Magazine, von dem in den letzten sechs Jahren 22 Ausgaben erschienen sind. Für Russischkundige: Das Buch hat 304 Seiten, kostet inkl. Versand 19 US-Dollar und kann unter folgender tschechischer Adresse bestellt werden: D. Lytschew, P.O.Box 17, CZ-10200 Praha. Fax in Prag: +420-2-75 62 59. E-Mail: lytschew@mbox.vol.cz

Dmitri Lytschew: *(Intro) Mission.* Moskau 1998.

KURT KRICKLER

SAG' MIR WO DIE MÄNNWEIB STANWÄM SIND . . .

Café Reiner
1040 Wien, Kettenbrückengasse 4
täglich von 21 - 04 Uhr geöffnet



Aus lesbischer Sicht

In den Mund genommen...

Bill Clinton hat in Schwulen- und Lesbenmedien immer wieder erstaunlich wohlwollende Kritiken. Was ich daran so erstaunlich finde, wenn sich die Bewegung über einen Präsidenten freut, der ein offenes Ohr und freundliche Worte für die Anliegen der schwulen und lesbischen WählerInnen hat? Einen Präsidenten, der darüber hinaus in seiner Personalpolitik beachtliche frauenfördernde und prohomosexuelle Maßstäbe setzt?

Bei aller Sympathie – insbesondere im Vergleich zur politischen Alternative: Im Verlauf des Eieranzuges, den die Medien, er selbst und seine bewunderswert loyale Frau um sein angebliches Liebesleben außerhalb der Ehe auführten, stieß mir ein Satz von ihm sehr sauer auf. Wie er da vor laufenden Kameras – via Satellit in alle Wohnzimmer dieser Welt übertragen, in hunderte Sprachen übersetzt, über Tage hinweg in Nachrichtensendungen stündlich wiederholt – so heftig betonte, er habe *nie* irgendeine Person dazu angestiftet, die *Unwahrheit zu sagen oder die Wahrheit zu verschweigen*.

Ach so?

Ist es nicht derselbe Mr. Präsident gewesen, der den schwulen und lesbischen SoldatInnen seines Landes empfohlen

Spirale sozialen Schweigens über „heikle“, „heiße“ Themen! Dienlich der Aufrechterhaltung eines prekären Gleichgewichts zwischen der

ist *Don't ask – don't tell* das geeignete Prinzip, vielfältige Formen erpresserischer Ausbeutung aufrechtzuerhalten und in der verschwiegenen



Sphäre des privaten, persönlichen Einzelschicksals zu fixieren, anstatt die Erkenntnis zu ermöglichen, daß dieses „Schicksal“ System hat und zahlenmäßig beeindruckend große Gruppen von Menschen betrifft.

Genug geschimpft. Mir liegt nichts daran, den feschesten Präsidenten weit und breit zum Böseling zu stempeln. Auch nicht, auch nur die geringste Vermutung über ihn als (heterosexuellen) Liebhaber anzustellen. – Aber der Verdacht liegt nahe, daß sein Umgang mit zentralen Anliegen schwul-lesbischer Emanzipation (Offenheit! Sichtbarkeit!) fraprierende Parallelen zu seiner unglücklich gefinkelten Methode des Joint-Rauchens aufweist. Er hat ja – und dazu hat er sich sogar mutig bekannt! – in seiner Jugend tatsächlich einmal eine Haschischzigarette in den Mund genommen – aber nicht inhaliert!

hatte, sich nach der Maxime *Don't ask – don't tell* zu verhalten, als er feststellen mußte, daß er mit seinen Bemühungen um eine Verbesserung ihrer Situation bei der US-Armee auf Granit biß?

Don't ask – don't tell! – Wenn das nicht eine Formel aus dem Sprücherepertoire einer Politik des Unter-den-Teppich-Kehrens ist! Das Fördern einer

scheinheiligen Selbstgerechtigkeit von Tätern und dem beschämten Stille-Halten ihrer Opfer.

Ob Gewalt in der Familie; sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, sei dieser Arbeitsplatz nun weltlich oder, wie jüngst wieder ins öffentliche Bewußtsein geraten, in der Arbeits- und Lebenswelt Kirche/Kloster angesiedelt; hier wie dort

HELGA PANKRATZ



D u r c h d e n F ä c h e r g e t u s c h e l t

Kulturtechniken

Psst, meine Lieben – sicher ist das auch Euch schon einmal passiert: Ihr besucht ein Kaffee- oder Teekränzchen, ein Vernissagerl, ein Matinéeetscherl, eine kleine Soirée oder eine schlichte Theatervorstellung, überlaßt dem Garderobepersonal den Gebrauchsnerz – pardönchen, natürlich den Gebrauchs-Webpelz –, flüchtet für ein Moment vor guten Freundinnen, die Euch zwanghaft umarmen, Eure frisch gebügelten Cocktailärmelchen verknittern und ihr Rouge mit Eurem verschmieren (einmal links, einmal rechts, seufz), „Haaach, wie schön, daß du auch da bist“ (wär ich nur daheim geblieben), seid endlich allein in einem hygienischen Raum mit einem Spiegel ganz für Euch, faßt routiniert ins Couverttascherl – und? Kein Mascara, kein Lippenstift!

Derlei Katastrophen lassen sich beliebig variieren: kein Nagellack gegen Laufmaschinen, kein Superkleber für gebrochene Absätze, kein farblich passender Fächer. Tja, es wollen eben nicht nur Kulturtechniken gelernt werden, oft muß noch jeweils funktionstüchtiges Werkzeug zur Hand sein.

Auch Stromausfälle können so selten, so fatal sein. Bitte? Wieso ... Rasierapparat? Frechheit.

Nein, sondern unlängst mußte ich Ärmste meine Nachmittagsgarderobe ausschließlich bei Tageslicht zusammenstellen. Was soll ich Euch schreiben, die Jause danach ... mit Schuhen, die dezent ins Purpurne spielen, während sich jene Stola, wie ich jetzt weiß, im Licht mattierter Glühbirnen partout auf einen karminroten Ton kapriziert. Ich hab unsäglich gelitten. Mein Träger versteht mich da – der bemüht sich ja selbst immer, Hemd und Socken aufeinander abzustimmen.

Müßt Ihr, meine Schätzchen, nicht auch oft staunen, welch versklavende Abhängigkeiten unsere Kultur kennzeichnen? Da treff ich einen netten, grün engagierten Kommunisten, der für sein abwechslungsreiches Outfit gern Anleihen bei Punks nimmt – Ihr lest richtig: Will dame mit der Zeit gehen, muß sie aufgeschlossen sein. Ich treff ihn also eines Abends, und von seiner sonst so guten Laune ist nicht ein Bissel zu bemerken, er ist völlig verzagt. Styling-Probleme? Nein, viel schlimmer: Die Batterie seines elektronischen Viecherls, also seines Tamagotchi, hat soeben den Geist aufgegeben.

Eine ganz andere Kategorie sind die Kulturtechniken des zwischenmenschlichen Umgangs. Ja, ja, das auch, aber ich

denk jetzt an demokratische Spielregeln. Ach Göttin, ich versteh durchaus, daß es mühsam ist: Da sind die Gedanken Knigges und anderer Vorbilder sogenannten Anstands, die ich persönlich ja teils für überflüssig, teils für höchst irreführendes Theater halte. Aber selbst das Abgewöhnen macht Mühe und will nie ganz gelingen, wie mir Inhalt und Umfang meiner Garderobeschränke täglich mehrmals deutlich machen. Und dann ist mensch erst recht vor die mühevollen Aufgabe gestellt, Regeln neu zu lernen, um den Alltag zu meistern, etwa: Wann trägt dame Collier, wann schlichte Perlenschnur, und zu welchen Anlässen kann ich Schmucklosigkeit wagen?

Anfangs fällt es drum zuweilen auch politisch engagierten Menschen schwer, sich noch einen Satz Regeln antun zu müssen. So kann es kommen, daß sie über neu zu bestimmende VerantwortungsträgerInnen vor deren Wahl gar keine Diskussion zulassen. Oder daß eine eher untypische Aktivistin aus, wie das so schön heißt, wirklich gutem Hause ihre Repräsentationsaufgabe höchst gewissenhaft wahrnimmt, etwa zu mehr inhaltsorientierten Veranstaltungen bewußt eher sportliches Gewand mit passendem Schoßhündchen wählt – doch dann voller

Ungeduld nicht versteht, daß auch ihre Wortmeldung nur strikt nach RednerInnenliste möglich ist, weshalb sie so lange warten muß, wie andere auch. Mein Mitgefühl ist ihr gewiß – wie allen, mit denen sie da warten mußte.

Das Lernen von Regeln braucht eben wie alles seine Zeit: Wir alle können ja auch nicht schon ab Geburt mit Krebsbesteck hantieren oder Sekt fachgerecht entkorken – und ich muß frei bekennen: Manchmal knallt's noch heut bei mir ... hach, nein, nicht was Ihr schon wieder ... oder ja, das auch – Ihr Schlingel! Jetzt bin ich doch tatsächlich rot geworden.

Aber es beginnt bereits beim Ankleiden, beim Binden der Schuhe und Schließen anderer Kleidungsstücke. Wobei übrigens die gar nicht mehr so junge Erfindung des Reißverschlusses vieles erleichtern sollte, aber ach! Selbst einem mir gut bekannten Mann mittleren Alters widerfährt es selten, aber doch, daß er nach dem Verlassen der Wohnung einen leisen Lufthauch spürt, wo er vergessen hat, einen besonders zentralen Verschluss dieses Patents ... huch, jetzt macht sie aber geschwind – sssrrrrt – die Kolumne zu,

Eure

EULALIA NACHTSCHATTEN

20 Jahrgänge

LAMBDA-Nachrichten

75. Ausgabe

Mit dieser Nummer 2/98 feiern die LN ihre 75. Ausgabe. Überdies ist der Jahrgang 1998 der 20. der Zeitschrift. Grund genug also, Rückschau zu halten, Bilanz zu ziehen und jenen zu danken, die an diesem Projekt in all den Jahren mitgearbeitet und mitgewirkt haben.

Eine Würdigung von Kurt Krickler

Die erste Ausgabe der LN erschien im Dezember 1979. Sie folgte den „Warmen Blättern“, die zuvor in zwei Ausgaben (Juli und September 1979) von der HOSI Wien herausgegeben worden waren. Die erste LN-Ausgabe wurde noch auf Wachsmatrizen getippt und auf der Abziehmaschine hektographiert, also mit einer Technik produziert, die jüngere Generationen höchstens noch im typographischen Museum bestaunen können. Aber auch die LN stellen bereits mit der Ausgabe 1/80 auf richtigen Druck um – und blieben bis heute dabei, wobei sich aber auch sonst bei der Herstellung seither Revolutionen abgespielt haben. Ohne all diese Erleichterungen technischer Natur könnten wir wahrscheinlich die Zeitschrift heute gar nicht mehr in dieser Form und in diesem Umfang produzieren, weil – das gerät ja auch immer schnell in Vergessenheit – die Arbeit an

der Zeitschrift ja unbezahlt und freiwillig bzw. „ehrenamtlich“, wie das so schön heißt, erfolgt.

In diesen 19 Jahren hat sich jedenfalls das Erscheinungsbild der LN ständig verändert, der Namensschriftzug wurde mehrfach verändert, das Layout-Konzept immer wieder umgestellt, modernisiert und um der Veränderung willen verändert. Und es gab so manche Highlights: der erste Vierfärber auf dem Cover der Ausgabe 1/85, die Hochglanz-Mittelseite ab 3/89, die ab 1/90 für Portfolios Verwendung gefunden hat, und die Nr. 4/91, die mit 104 Seiten die stärkste LN-Ausgabe war, die es je gab. Ab der Ausgabe 1/94 wurde auch das Format und auf durchgehend Hochglanzpapier umgestellt. Nicht geändert hat sich hingegen seit 1979 der Name der Zeitschrift, obwohl er – eine Notlösung – schon damals eigentlich niemandem wirklich gefiel. Es gab noch einige Versuche, diesen altväterischen Namen loszuwer-

den, aber die zündende Idee ist uns nie eingefallen. Und jetzt, da die LN nicht nur alteingesessen und die älteste deutschsprachige Lesben- und Schwulenzeitschrift ist, ist der Name natürlich tabu! Und man könnte fast sagen, der Name klingt ja wegen seiner augenfälligen Hausbackenheit schon fast wieder „cool“!

Was heißt denn hier „Lambda“?

Und vulgo heißen die LN ja ohnehin meist „die Lambda“, wobei oft auch beim Schreiben das „B“ ausfällt (ausgesprochen wird der griechische Buchstabe ja korrekt ohne „B“) – selbst unsere Druckerei hat sich nach 15 Jahren immer noch nicht an die korrekte Schreibweise gewöhnen können, wie wir den Lieferschein und Rechnungen immer wieder entnehmen müssen. Seit einiger Zeit wird „Lambda“ gerne auch mit einem Modetanz verwechselt, und junge Leute be-



LAMBDA Cover 2/98



LAMBDA Cover 1/79

stellen daher gerne ein Abo der Lambda-Nachrichten bei uns.

Wobei wir bei der Frage angeht wären, was bedeutet „Lambda“ nun eigentlich wirklich? Nun ja, in den 70er Jahren wurde es ein Kürzel, ein „Pseudonym“ für „schwul“, alles mögliche wurde in schwul/lesbischem Zusammenhang mit „Lambda“ benannt, Vereine, Unternehmen etc. Es gibt mehrere Erklärungen. In der Ausgabe 2/80 gaben wir selbst folgende ab:

LAMBDA (λ) ist ein griechischer Buchstabe und wird in der Elektronik zur Bezeichnung der Vereinigung von Energie zu einer Einheit verwendet. Für Homosexuelle bedeutet es, daß unsere (Homo-)Sexualität ein integrierter Bestandteil unserer Persönlichkeit ist und nicht etwas, was wir verbergen oder nur ab und zu hervorholen.

Das Zeichen wurde bei einem internationalen Schwulenkongress in Edinburgh 1974 als Symbol für unsere Solidarität und Befreiung angenommen.

Andere Erklärungen sprechen bloß davon, daß das griechische „L“ einfach nur für „Liberation“, also Befreiung stünde.

Seit die Katalysatoren bei Kraftfahrzeugen aufgekommen sind, prangt das „Lambda“ auch auf dem Kühlergrill so mancher Automarke. In der Katalysatortechnik dient nämlich die sogenannte Lambda-Sonde als Vorrichtung zur Messung des Sauerstoffanteils im Abgas von KFZ-Motoren und damit zur optimalen Steuerung des Luft-Kraftstoff-Verhältnisses λ im Frischgas. Daran haben aber die Kongreßteilnehmer 1974 in Edinburgh wohl nicht gedacht, schon allein deshalb, weil damals von der Kat-Technik noch keine Rede war.

Die MitarbeiterInnen der LAMBDA-Nachrichten

Die Redaktionsteams der LN waren immer relativ klein. Und es gab auch wenig Fluktuation. Meist blieben die MitarbeiterInnen über Jahre in der Redaktion,

zu den längstgedienten VeteranInnen zählen wohl Kurt Krickler, Dieter Schmutzer, Gudrun Hauer, Waltraud Riegler, Felix Görner und jetzt natürlich auch schon die „jüngeren Generationen“, etwa Friedl Nussbaumer und Christian Högl. Unter den AutorInnen, die nicht der Redaktion angehören, ist wohl Helga Pankratz die längstgediente.

Eine Zeitschrift lebt natürlich von ihren AutorInnen. Und es waren eine ganze Menge, die in all diesen Jahren für die LN geschrieben haben, wie auf Seite 84 zu sehen ist. Speziell in den Anfangszeiten firmierten die AutorInnen oft nur mit Vornamen, sodaß wir heute gar nicht mehr die vollen Namen eruieren können, speziell von denjenigen, die nur kurze Gastspiele gaben. Und auch aus den Bundesländern erreichten uns meist nur mit Vornamen gezeichnete Beiträge – zum Teil ließen sich die vollen Namen jedoch rekonstruieren. Wie haben jedenfalls versucht, die Namen all jener vollständig aufzulisten, die irgendwann einmal in den LN geschrieben haben. Wir hoffen, wir haben niemand vergessen, wir lüften auch so manches Pseudonym, außerdem haben wir auch „ehrenhalber“ langjährige und treue LeserbriefschreiberInnen in diese AutorInnenliste aufgenommen.

Da aber eine Zeitschrift nicht nur von ihren AutorInnen gemacht wird, sondern noch einiges drumherum zu erledigen ist, noch ein Wort zu all den anderen HelferInnen.

Die Layouter

Da ist natürlich das Layout, das zu Anfang von der Stammredaktion mit besorgt wurde. Rudi Katzer und Florian Sommer hatten schon Erfahrung und lehrten in den Anfangstagen die anderen, insbesondere Kurt Krickler, das ABC des Layoutens. Über diese Anfänge kann man übrigens in der Nr. 3/84 (S. 3) – anlässlich „5 Jahre LN“ – nachlesen. Rudi hielt uns bis zur Nr. 1/82

die Treue, danach werkten hauptsächlich Kurt, Wolfgang Förster und Dieter Blaich am Layout. Von der Nr. 4/83 bis zur Nr. 3/85 war Werner Eder die große Hilfe, der das Layout mit Kurt praktisch im Alleingang erledigte und – als Berufsgrafiker – auch so manche grafische Innovation einführte.

Ab der Ausgabe 1/86 übernahm unser vorletzter großer Layout-Gewinn das Kommando: Friedl Nussbaumer und Michael Handl waren zur LN-Redaktion gestoßen. Die beiden layoutierten – meist bloß zu zweit – viele Ausgaben und Jahrgänge der LN, bis zu Michaels Tod im Juni 1992, bei der Nr. 2/92 war Michael trotz schwerer Krankheit noch voll dabei.

Zur Nummer 3/90 war der letzte große Layout-Gewinn zu den LN gestoßen: Christian Högl. Er scheint bis zur Ausgabe 3/91 im Impressum auf, gab dann seinen Platz an Felix Görner ab, um dann ab der Ausgabe 4/93 ernsthaft und endgültig die Layout-Geschicke der LN in seine in Sachen moderne Technologie erfahrenen Hände zu nehmen. Seither zeichnen Christian und Friedl für die vollprofessionelle künstlerische Produktion der LN verantwortlich. Eigentlich auch wenig Fluktuation und viel Kontinuität: Friedl arbeitet jetzt schon dreizehn Jahre mit, und Christian – mit der erwähnten Pause – bereits acht.

Noch einzigartiger stellt sich diese Kontinuität bei der Schreibe dar: Kurt Krickler hat ab der Ausgabe 2/80 praktisch die gesamten LAMBDA-Nachrichten getippt, was in den ersten zwölf Jahren tatsächlich hieß, jeden einzelnen Artikel, auch jene, die von anderen verfaßt wurden, abzutippen. Ja, ja, es gab auch eine Zeit vor den PCs. Erst in den letzten Jahren wird die Arbeit dadurch erleichtert, daß alle Beiträge von den AutorInnen auf Diskette abgeliefert werden. Dennoch bleibt Kurt die Arbeit der Koordination der Beiträge und des Redigierens und Lektorierens. Um dem auch Rechnung zu tragen, wurde ab der Ausgabe 2/91 die Funktion des Chefredakteurs eingeführt.

Da aber die Fähigkeit, in einem Text Fehler zu erkennen, mit der Häufigkeit des Sich-damit-Beschäftigens abnimmt, legt die LN-Redaktion wert darauf, daß auch eine andere Person das gesamte Heft nochmals zur Endkorrektur liest. Das passiert dann meist am letzten Produktionswochenende, bevor die neue Nummer in die Druckerei geht. Eine undankbare Aufgabe, die sich seit vielen Jahren Gudrun Hauer und Dieter Schmutzer teilen.

Die Gast-AutorInnen

Zusätzlich zur langen AutorInnenliste sind noch unsere prominenten GastkommentatorInnen gesondert zu nennen. Sie haben eigens Beiträge für die LN verfaßt – in alphabetischer Reihenfolge: Holger Eich, Judith Hutterer, Rotraud A. Perner, Hermes Phettberg, Gerti Senger, Napoleon Seyfarth und Norbert Vetter. Oft haben wir auch interessante Beiträge aus Mainstreammedien in Faksimile nachgedruckt, sodaß eine Reihe von bekannten und weniger bekannten JournalistInnen und AutorInnen zu unauthorisierten Nachdruck-Ehren in den LN kamen, meistens handelte es sich dabei um positive Beiträge, und zwar von:

Frank Andres, Thomas Bauer, Gisela Bleibtreu-Ehrenberg, Friederike Börner, A. Borodenkov, Irene Brickner, Manfred Bruns, Robert Buchacher, Lona Chernel, Peter Claus, Martin Dannecker, Karl Danninger, Alfred Dohr, Josef Ertl, Erica Fischer, Roman Freihs, I. Gabriel, Georg Gaisbauer, Ulrike Hänsch, A. Haubstock, Peter Hiess, Willy Hillek, Shere Hite, Andrea Hlavac, Reinald Hübl, Elfrun Jacob, Christa Karas, Dieter Kindermann, Doris Knecht, Walter Kohl, Elisabeth Krammer, Norman Lebrecht, Winfried W. Linde, Peter Michael Lingens, Adelheid Ohlig, Kurt Palm, Doron Rabinovici, Udo Rauchfleisch, Magdalena Raucher, Martina Salomon, Stefan Schennach, Ewald Schingerling, Peter Schöndorfer, Alexander Schwartz, Martin Staudinger,

Harald Stockbauer, Hans-Georg Stümke, Bert Thinius, Günter Traxler, Michael Völker, Chris Wikus, Erich Witzmann, Paul Yvon und Christa Zöchling. Unter den „Bösen“, die wir nachdruckten, sind zu nennen: Rupert Kerer, Kurt Markaritzer, Wolf Martin, Manfred Maurer, Staberl und Jens Tschbull. Überdies haben wir auch Texte von Magnus Hirschfeld nachgedruckt.

Die FotografInnen

Und eine Zeitschrift braucht auch FotografInnen. Die LN sind natürlich auf die Amateur-Schnappschüsse aller AktivistInnen und Schreibenden angewiesen. Diese vielen Gelegenheits-FotografInnen können hier nicht namentlich angeführt werden, als namhafte LN-Haus- und Hof-Fotografen müssen allerdings Arthur Prikryl, Helmut Sysel und Josef Gabler unbedingt Erwähnung finden.

Die LN-Covers zierten nicht nur zweimal Cartoons von Manfred Deix, sondern auch Werke bekannter FotografInnen, darunter von Gudrun Stockinger, Herbert Puchinger, Christian Schreibmüller und Margarete Neundlinger. LN-Portfolios wurden von folgenden KünstlerInnen gestaltet: Krista Beinstein (2x), Michaela Bruckmüller, Castello, Doris Dannerbauer, Gabriele Fink, Andrea Grimm & Julia Kordina, Pez Hejduk (3x), Alen Kos, Jürgen Ostler, Sabine S., Beate Sandor, Sabine Schwaighofer, Michael Taubenheim, Johan van Breukelen (2x) und Rudolf von Keller.

Außerdem lockerten wir die LN auch mit „geklauten“ Cartoons auf, hier ist neben dem einschlägigen Ralf König und Alison Bechdel die Crème de la crème der österreichischen Spitzfedern – Much, M. Pammesberger, Oliver Schopf, Jean Veenbos und Dieter Zehentmayr – zu nennen.

GesprächspartnerInnen

InterviewpartnerInnen von LN-RedakteurInnen waren PolitikerInnen wie Freda Meissner-Blau,

Heide Schmidt, Volker Kier, Ulrike Lunacek, KünstlerInnen wie Edmund White, Manuel Puig, Krista Beinstein, das Wiener Ensemble anlässlich der Aufführung des Theaterstücks „The Normal Heart“, Gudrun Stockinger und Lore Heuermann, die beide im HOSI-Zentrum ausgestellt haben, Wieland Speck und Laurie Anderson, Persönlichkeiten wie Alice Schwarzer oder Bischof Jacques Gaillot, AIDS-HelferInnen wie Verena Baustädter, Johannes Hoschek, Michael Dresel, Ernst Silbermayr und Kurt Halter, AktivistInnen aus dem In- und Ausland wie Alfred Guggenheim, Leo Kellermann, Tommy Schärf, Christian Habel, Hans Mariacher, Jochen Herdickehoff, Irene Brickner, Heinz Miko, Johanna Würth sowie Matthias Höppner (Égalité), Michael Sollorz, Günter Dworek und Albert Eckert (Deutschland), Adriana Churampi und Rebeca Sevilla (Peru), B.J.D. Gayatri (Indonesien), Jewgenija Debrjanskaja (Rußland), Gary Wu (China) und Bogdan Voicu (Rumänien) oder WissenschaftlerInnen wie Aaf Tiems und Klaas Soesbeek (Homostudies Utrecht), Marita Keilson-Lauritz, Wolfgang Popp und Andreas Sternweiler. Interviews mit Charlotte Wolff, Rita Arauz (Nikaragua), Hella von Sinnen und Claudia Roth haben wir aus anderen Medien nachgedruckt.

Die InserentInnen

Und last but not least darf Alfred Guggenheim nicht unerwähnt bleiben, der in all den Jahren dafür gesorgt hat, daß Geld hereinkommt, und zwar durch unermüdeliches, meist nächtliches Inseratekeilen in den diversen Lokalen. Ja, und bei diesen unseren InserentInnen wollen wir uns an dieser Stelle auch bedanken, denn sie haben durch ihre Anzeigen dieses wichtige Projekt finanziell unterstützt.

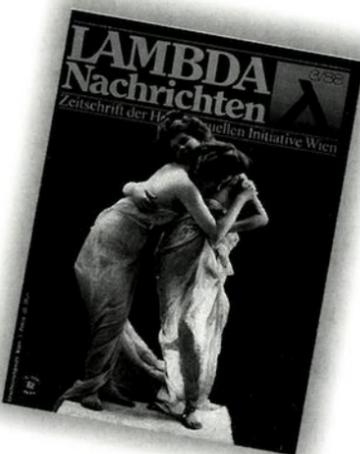
Übrigens: Die meisten alten Ausgaben der LN sind noch zu haben. Vergriffen sind hingegen folgende: 1/79, 1 + 2/80, 1/81, 3-4/81, 1/82, 1/83, 1 – 2/85, 1 – 3/88.



LAMBDA Cover 1/81



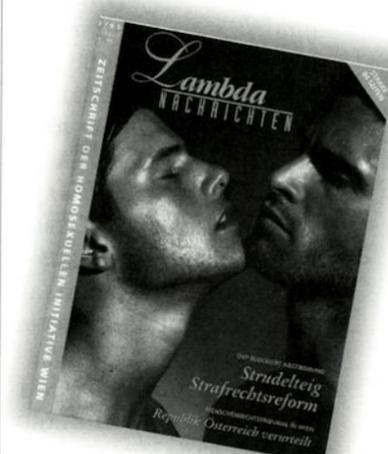
LAMBDA Cover 1/85



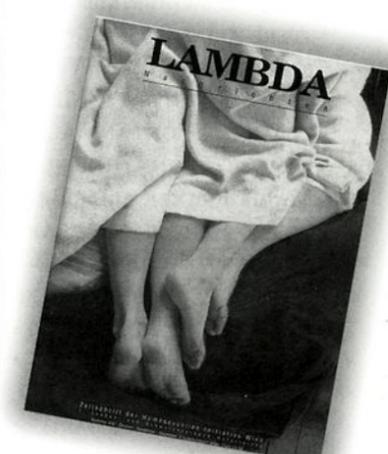
LAMBDA Cover 3/88



LAMBDA Cover 3/89



LAMBDA Cover 3/95



LAMBDA Cover 4/93

LIST OF FAME

GÜNTER ADRIAN • FRANK AMORT • ANDI • ANDREA • OLIVER ARNOLD • KURT R. BACH • LISI BAUMGARTNER • HENNING BECH • NEDA BEI ALIAS MEDEA MAUS • BERNHARD • JOACHIM BINOTSCH • CHASTITY BONO • ERICH-GÜNTHER BRAMBERGER • REINHARDT BRANDSTÄTTER • ERWIN BRANDSTETTER • HELMUT BRATH • IRENE BRICKNER ALIAS FRIEDMANN • ANDREAS BRUNNER • REINHARD BRUNNER • KATHY BRYLA • MARTIN BURKHARDT • CAROLE • JOHN CLARK • HELMUT CZECHETKA • EDITH CZISCHEK • MAURIZIO D'AGOSTINIS • DEBORAH • PATRIZIA DISKUS • HENNING DOPSCH ALIAS HENRIETTE DE VINDOBONA • HELMUT DROBNY • ALEXANDRA DUDA • ERNST DUMMER • BERNHARD DURST • ELISABETH EHRENBERGER • ROBERT EICHORN • JÖRG ENDERLEIN • SEPP ENGELMAIER • ENRICO • HANS FÄDLER • BARBARA FEGERL • GABRIELE FELSTERL ALIAS BOSNIGL • SABIN FERNBACHER • WOLFGANG FÖRSTER • MEDIZINALRAT FONTANE ALIAS KLAUS BRUNNTHALER • MARIE FRANCE ALIAS BERTRAND SAUVAT • BARBARA FRÖHLICH • EVA G. • GLORIA G. • JOSEF GABLER ALIAS ALEXANDER HOFFMANN ALIAS DOMINO • ANGELIKA GASSER • B.J.D. GAYATRI • GERHARD • WALTER GERMAN • FELIX GÖRNER ALIAS EULALIA NACHTSCHATTEN • CATHE-

RINE GONNARD • MICHAEL H. GRABNER • L.C. GRATZER • HELMUT GRAUPNER • TATJANA GREIF • ALEXANDRA GROSS • FRANZ XAVER GUGG • ALFRED GUGGENHEIM • GRZEGORZ GUGULSKI • PETER HAAS • HANNA HACKER • MANFRED HÄUPL • KLAUS HAGER • MICHAEL HALHUBER • MICHAEL HANDL • HAPE • ERNESTINE HARRER • LISA HASKEL • PETER HASLINGER • DORIS HAUBERGER • HANS HAUBERGER • GUDRUN HAUER • BRUNO HAUNSCHMID • GÜNTER HAUMANN • ARMAND HAUSMANN • EDITH HEINSCH • ANGELA HEISENBERGER • KARL HELMREICH • HELMUT • BARBARA HEY • MIA HILSCHER • ROBERT HINTERHOLZER • GURGUI • CHRISTIAN HÖGL • RAINER HOFFSCHILDT • BRIGITTE HOLOUBEK • BIRGIT HOLZER • ADRIAN LLOYD HUGHES • GABRIELA HUSMANN • JUDITH HUTTNER • GABI JANSEN • HELMUT JEDLICZKA • KLAUS JETZ • MARÍA AMPARO JIMÉNEZ • PETER JOBST • TANJA KADLEZ • DAGMAR KAINDL • RONALD KALCHER • RUDOLF KATZER ALIAS GLORIA KAIN • FRITZ KELLER • IRMGARD „TISSA“ KLAMMER • WALTER KLAPPACHER • JAKOB KLIVINYI • SISI KLOCKER • ELKE KOCH • ILSE KOKULA • MARKUS KÖNIG • ANNE KÖPFER • IGOR S. KON • IRA KORMANNSHAUS • MARTIN KOSCHAT • KURT KRICKLER • KARL KRIECHBAUM • CLEMENS KRIZ • FRIEDRICH

KUNZ • WOLFGANG LAMPERT • GÜNTER LANG • MANFRED LANG • JOHANNES LANGER • INGRID LAWICKA • OLAF LESER • ERICH LIFKA • CLAUS MARIA LILIENTHAL ALIAS MICHAEL DEMIAN • OLGA LIPOWSKAJA • GEORG LOIDOLT • ULRIKE LUNACEK • MARION • HANSJÖRG MARTE • WOLFGANG MARTINEK ALIAS WOLF MARTIN • NORBERT MATH • ROBERT MAYR • CHRISTIAN MICHELIDES • STEPHAN MIESCHER • ADALBERTO MIKOSZ • LEPA MLAĐENović ALIAS BORIS LILER • EVA MORAWETZ • LUIZ MOTT • MONIKA NÜCHTERN • FRIEDRICH NUSSBAUMER ALIAS DOLINA • WOLFGANG OBERLÄNDER • JÜRGEN OSTLER-GANZMÜLLER • RONALD PALLIER • HELGA PANKRATZ • PAVEL • ELISABETH PERCHINIG • PETER • HERMES PHETTBERG • CHRISTOPH PHILIPP • LIZZIE PRICKEN • ARTHUR PRIKRYL • MICHAELA PUM • HORST PUTZ • ANDREAS RASCHKE • GERALD REISNER • PETER REMO • RENÉ • MATTHÄUS RENO • WALTRAUD RIEGLER • CHRISTIAN RINGHOFER • DIRK RUDER • LOTHAR RUTNER • KERSTIN SÄRNEÖ • HANS SANONER • TOMMY SCHÄRF • PETER SCHEUCHER ALIAS ANETTE VON ROSTE-FÜLLSTOFF • HANS SCHEUGL • KARIN SCHIFBÖCK • BIRGIT SCHMID • KURT SCHMIEDBAUER • RALPH SCHMÖLZER • DIETER SCHMUTZER • FRANZ SCHNEIDER • RUDI SCHNEIDER • HELGA SCHÖPFLEUTHNER • SERGEJ

SCHTSCHERBAKOW • HEINZ SCHUBERT • ELKE SCHÜTTELKOPF • MICHA SCHULZE • JÜRG-CHRISTIAN SCHWAB • CHRISTOPH SCHWANDT • JOHANNES SCHWARTZKOPF • HARALD SCHWARZ • GEORG SEILER • CHRISTIAN SEISER • ANDREJ SELEROWICZ ALIAS ENDRE ALIAS MAREK JAWORSKI ALIAS MAREK TASS • WOLFRAM SETZ • ERNST SILBERMAYR • URSULA SILLGE • FREDRIK SILVERSTOLPE • CHRISTIAN SMRETSCHNIG • SABINE M. SOBOTKA • BEATE SOLTÉSZ • FLORIAN SOMMER • EDUARD STAPEL • EIKE STEDEFELDT • PETER STEPANEK ALIAS SABINE • GEORG STERN • JOSIANE STOFFELS • MANFRED STRILL • GÜNTER STROBL • ERNST STROHMAYER • HANNES SULZENBACHER • WOLFGANG SWOBODA • MÁTYÁS SZABOLCSI • ANITA SZASZ • WERNER TAIBON • HEIKE THURMANN • JÜRGEN TIEDGE ALIAS DSCHENNIE • WOLFGANG TILL • MICHAEL TOTH • GEORG TRAUTENDORFER • PETER R. VALOUCH • NATAŠA VELIKONJA • BERIT MARTINA VITEK • ELISA VOSS • FRITZ WALTERS • GERNOT WARTNER • MARTIN WEBER ALIAS MARLENE VON D. • JOHANNES WEIDINGER • SISSY WEIGL • KATARINA WEIHER • HANS-PETER WEINGAND • HELGA WIDTMANN • EBERHARD WILDE ALIAS ALKIS VLASSAKAKIS • CHRISTA ZAUNER • JULIUS ZECHNER • IRENE ZEILINGER • NORBERT ZIL- LICH

Jubel, Trubel, Heiterkeit

Die Redaktion der LN hat sich überlegt, unser Doppeljubiläum zum Anlaß zu nehmen, die RedakteurInnen mit persönlichen Statements darüber zu Wort kommen zu lassen, was sie antreibt und motiviert, bei den LN mitzuarbeiten, und über ihre Einstellung und Haltung zu diesem Medium zu reflektieren. Hier sind also die einzelnen Beiträge, die in den drei Worten der Überschrift eigentlich passend zusammengefaßt sind. Die Redaktion würde sich auch über Rückmeldungen von unseren LeserInnen sehr freuen, die wir auch gerne veröffentlichen, falls nicht anders gewünscht.



BARBARA FEGERL

Die hinterhältigste Lüge ist die Auslassung.*

Die oftmalige Auslassung, Nicht-Nennung, Verschweigung von Homosexualität in unserer heterosexuell orientierten Welt führt zu einem verzerrten Bild. Dieses Bild macht es Lesben und Schwulen unheimlich schwer, ihre Identität zu akzeptieren.

Die LN setzen dazu das Gegengewicht. Sie machen die Ereignisse in der lesbisch-schwulen Gemeinschaft sichtbar, dokumentieren und kommentieren sie. Das macht die LN zu einem unentbehrlichen Kommunikations- und Informationsorgan. Solange es in Österreich noch keine lesbisch-schwulen Fernsehnachrichten gibt, können wir stolz darauf sein, die LN zu haben.

* Simone de Beauvoir



CHRISTIAN HOGL

Vom Klebeumbruch zum Desk Top Publishing

Mit blutigen 17 Lenzen stieg ich heftig klopfenden Herzens das erste Mal die Stiegen ins HOSI-Zentrum hinab. In der Jugendgruppe fühlte ich mich rasch zuhause. Schon bald sollte ich überredet werden, für sie als Referent in den Vorstand zu gehen.

Meinen ersten Kontakt zu den LAMBDA-Nachrichten suchte ich motiviert durch den Umstand, daß mich Desk Top Publishing fasziniert hat. Damals – Ende der 80er – basierte die grafische Gestaltung der LN noch auf einem Klebelayout. Ich steuerte einige Ausgaben die Überschriften bei, die nunmehr nicht mühsam von Letraset-Folien abgerubbelt werden mußten, sondern von mir am Computer via NLQ-Nadeldrucker ausgedruckt wurden. Voll Begeisterung durfte ich dann Michael und Friedl bei der Installation ihres PCs helfen,

den sie aus privaten Mitteln fürs LN-Layoutieren anschafften. Somit darf ich mich rühmen, an der digitalen Revolution innerhalb der LAMBDA-Nachrichten mitgewirkt zu haben.

Meine Layout-Mitarbeit bei den LN wuchs im Laufe der Jahre, mitunter steuerte ich auch Artikel bei. Vor etwa drei Jahren löste ich dann Friedl bei der stressigen Endredaktion und Endfertigung ab, er blieb uns aber glücklicherweise fürs Layoutieren erhalten. Von seiner Hand stammen meist mehr als die Hälfte der Seiten. Seine sind leicht zu erkennen – es sind die *besonders* gelungenen.

Viermal im Jahr diese 80 und mehr Seiten zu produzieren ist wirklich eine Menge Arbeit. Aber es macht Spaß, mit den netten Menschen der Redaktionscrew zusammenzuarbeiten und dann nach getaner Arbeit voll Stolz das druckfrische Ergebnis in Händen zu halten. Besondere Hochachtung zolle ich – trotz häufiger „Stilistik“-Diskussionen – regelmäßig dem Engagement unseres Chefredakteurs. Ohne sein aufopferndes Tun wären die LN nicht das, was sie sind. So habe ich auch die Liebe zum Detail kennengelernt: Die LN sind immer mehrfach korrekturgelesen, und selbst jedes in westeuropäischen Zeichensätzen nicht vorhandene diakritische Zeichen wird penibel nachgebaut.



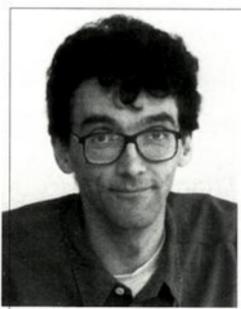
DIETER SCHMUTZER

Erinnerungen

75 Ausgaben, 20 Jahrgänge. Das ruft Erinnerungen wach. Zum Beispiel an viele Stunden heftiger Diskussionen bei Redaktionssitzungen. Oder an die damit verbundenen freundlichen Plauderstunden samt zugehörigen Kalteplatte-Organen. An tausende Seiten korrekturgelesener Manuskripte. Und an die nervenzerfetzenden Zeiten, weil irgendwer seine versprochenen und eingepflanzten Artikel am Tag der Letztkorrektur immer noch nicht abgegeben hat. An die qualvollen Momente vor dem leeren Bildschirm, in denen mir partout nichts einfallen wollte. Aber auch an die Gelegenheiten, in denen das, was geschrieben werden sollte, förmlich herausquoll. An die zahlreichen durchgearbeiteten Nächte bzw. Wochenenden der Endkorrektur und -fertigung. Und an die genauso vielen Flaschen Sekt, die ich mit dem Friedl und dem Michael und dem Kurt, meist im Sonntag-Morgengrauen, zur „Belohnung“

geköpft (und natürlich auch getrunken) hab'. An die legendäre Redaktions-Katze. Vor allem aber an einige liebe und nahe Menschen.

Das bedeutet für mich fast 20 Jahre alternativer Qualitäts-Journalismus, politisches Engagement, verständliche Wissenschaft, gehobenes Feuilleton. Damit auch einen wichtigen Meilenstein in der österreichischen Lesben- und Schwulenbewegung. Ein Meilenstein, den ich nun auch schon mehr als 15 Jahre aktiv mitgestalte. Das gibt Mut und Kraft, in dieser oder einer ähnlichen Form noch lange weiterzumachen. Zumindest bei der 100. Ausgabe will ich schließlich noch dabei sein.



EIKE STEDEFELDT

Kleine Exilpresse

Als im Juli 1993 mit „Brothers in Arms“ mein erster LN-Beitrag erschien – parallel dazu auch in der niederländischen *De Roze Links* –, ahnte ich kaum, welch langfristige Liaison daraus

werden würde. Unter dem Eindruck des Balkankrieges war es um den abgelegten Pazifismus der deutschen Schwulenbewegung gegangen, den Drang nach „Gleichberechtigung“ in einem potentiellen Mörderhaufen namens Bundeswehr. Mein Essay konnte in der hiesigen Szenepresse nicht erscheinen; der Chef des renommierten *magnus* hatte ihn als „politisch falsch“ abgelehnt. Nur eine Woche später annoncierte ihn statt dessen die Weltbühne auf ihrem Titel, jenes unscheinbare „Blättchen“, das der Friedens-Nobelpreisträger Carl von Ossietzky unter Mitarbeit von Kurt Tucholsky leitete, bis ihn die Nazis ins KZ warfen.

Was will die kleine Anekdote sagen? Je mehr das große Deutschland nach rechts driftet, desto schwerer haben es linke Publizisten – auch in schwulen Medien. Ob nun die Demontage des Mythos Charlotte von Mahlsdorf, ob die Zurückweisung des Vergleichs von DDR und NS-Regime – derart kritische Betrachtungen waren in den letzten sechs Jahren nur mehr den LAMBDA-Nachrichten willkommen, dem letzten deutschsprachigen Szenemagazin, für das ich noch arbeiten kann und darf. Obwohl in Berlin lebend, schreibe ich doch aus der Wiener Emigration nach Deutschland. – Und habe die LAMBDA-Nachrichten als meine ganz persönliche Exilpresse zu schätzen gelernt.



FELIX GÖRNER

Alt samma worn ...

Da war zuerst das *CO-Info* – hektografiert, dann kopiert – Mitte der 70er Jahre, als ein paar Männer überlegten, einen (Tarn-) Kulturverein zu gründen. Ein paar waren *warm*, einige *homophil* und schrecklich kultiviert (ach, das alte Griechenland!), die meisten *homosexuell*. Später brach das Wort *schwul* vom Norden herein – der Provokationsgedanke wurde (trotz Germanismus, igit) gern aufgegriffen. Inzwischen hatte der Wolfgang Förster die HOSI-Gründungsmitglieder versammelt, erschienen 1979 die *Warmen Blätter*, hießen bald LAMBDA-Nachrichten. Und wir waren schwul.

Wir alle??? Die engagierten Lesben waren zunächst im wesentlichen in der Frauenbewegung aktiv. Also sind zur (Vor-)Geschichte der LAMBDA-Nachrichten wohl zumindest gleichwertig auch Arbeiten für die *AUF* und andere Frauenmedien zu zählen.

Dann gab's kontinuierliche Perfektionierung in allen Bereichen:

Jeden 2. Monat neu und kostenlos.
Infos, Meinungen, Tips + Termine aus dem Norden der BRD.
Quotiert + parteilich.
Informativ + unterhaltsam.
Probeexemplar gegen 3,30 DM in Briefmarken an:
Rosige Zeiten
Postfach 3804
D-26028 Oldenburg

Drucktechnik, Layout (Friedl, Christian), politische Hintergründe, internationale Nachrichten, Feuilleton. Und immer längere Zähne meinerseits, nach Jahren endlich mitzutun. Was macht da ein schwuler politischer Schreiberling, ein Nachtmensch, der gern blödelst? Er erfindet 1993 die Eulalia Nachtschatten. Äh – diesmal auf Seite 80! Wie gut, daß ich nicht eitel bin ...



FRIEDL NUSSBAUMER

Wir wollen kein Stück vom Kuchen – wir wollen die ganze Bäckerei!*

Leider haben wir sie noch immer nicht, die ganze Bäckerei. Aber wenn ich denke, daß obiges Zitat aus der berühmten „Apfelstrudel-Resolution“ aus dem Jahre 1983 stammt, so sind wir doch schon ein gutes Bewegungs-Stück weiter als vor 14 Jahren. Zwei Jahre nach Verabschiedung der Apfelstrudel-Resolution sind wir – mein Lebensgefährte Michael und ich – aus dem „heiligen Land Tirol“, genauer gesagt Osttirol, nach Wien übersiedelt, zwecks Zivildiensts und anschließenden Studiums. Als junge, bewegte Schwule hat es uns naturgemäß gleich zu Beginn in die HOSI verschlagen, und dort sind wir schließlich hängengeblieben. Wir wollten schließlich dabei sein, wenn die ganze Bäckerei eingenommen wird, sozusagen. Genauso schnell wie wir in der HOSI waren, waren wir auch schon bei den LAMBDA-Nachrichten gelandet. Natürlich aus ureigenstem

Interesse. Als Schülerzeitungsmacher war es unser besonderes Anliegen, in „dem“ Schwulen- und Lesbenmagazin Österreichs schlechthin mitzuarbeiten.

Wenn ich heute nach mehr als 13 Jahren Mitarbeit bei den LN zurückdenke, weiß ich, daß es höllisch viel Arbeit gewesen ist. Aber ich weiß auch, daß es nicht umsonst gewesen ist. Wir sind in der Tat ein gutes Stück in der Bewegungsarbeit vorangekommen. Sicher, wir haben noch immer nicht die ganze Bäckerei, aber nicht mehr wegdenkbarer Teil des Apfelstrudels sind wir allemal. Mein Michael hat sich bereits 1989 als Utopist in Sachen Schwulen- und Lesbenbewegung betätigt: *...und sie bewegt sich doch! Vielfältige Mittel stehen uns zu unserer Befreiung zur Verfügung, weitgehende Anpassung ist keines. Destruktivität, Ungehorsam, Selbstorganisation und permanenter Widerstand, kreatives Provozieren und Ignoranz gegenüber Verboten (dafür ist natürlich umfassende Solidarität notwendig!) müssen mehr denn je in das strategische Konzept der Lesben- und Schwulenbewegung einbezogen werden...***

Weißgott, wir haben uns zur Wehr gesetzt, wir haben Mut bewiesen und weitergedacht, wir haben kreativ provoziert und das Wichtigste: Wir haben nicht vergessen. Medium für all dies waren und sind die LAMBDA-Nachrichten.

Ich bin trotz aller Strapazen, die die LN-Produktion jedesmal mit sich bringt, dann doch immer überzeugt, daß es sich lohnt hat und vor allem, daß es im Sinne Michaels ist, der 1992 verstorben ist. So bleiben nicht nur die Erinnerungen an ihn lebendig, sondern auch seine Ideale.

*Offizielle Resolution der ILGA zum „Internationalen Lesbisch/Schwulen Aktionsjahr 1984“, verabschiedet auf dem Wiener I(L)GA-Kongreß 1983

**Michael Handl: *Die neue Liebesunordnung läßt auf sich warten – Anmerkungen eines Utopisten*. In: *Homosexualität in Österreich*, S. 207. Wien 1989



GERALD REISNER

Wer sollte sie ersetzen?

Für mich sind die LAMBDA-Nachrichten und die HOSI Wien eins, also verbinde ich mit „der LAMBDA“ Emanzipation, Spaß, Provokation, Enttäuschungen, Ärgernisse und viele schöne Stunden! All das möchte ich nicht missen! Und: Wer sollte die LAMBDA-Nachrichten schon ersetzen?



GUDRUN HAUER

Gegenseitiger Respekt

Warum arbeite ich seit gut fünfzehn Jahren noch immer als feministische Lesbe in einem vorwiegend aus Männern bestehenden Team mit? Weil ich auf die Zusammenarbeit mit einigen HOSI-Leuten gerade in dieser Form nicht verzichten möchte. Weil mir die Freundschaften mit einzelnen MitarbeiterInnen wichtig sind. Weil ich immer wieder gegenseitigen Respekt spüre und erlebe. Weil ich eine geschlechtergemischte Lesben- und Schwulenpublikation

auf einem journalistisch hochstehenden Niveau für unverzichtbar halte. Und weil mir das Ganze trotz der vielen Arbeit nach wie vor großen Spaß macht.

Als „Leidartiklerin“ seit vielen Jahren halte ich es für wichtig, Themen anzuschneiden, die sonst im Heft keinen oder nur wenig Platz hätten. Und sie gerade durch die pointierte, subjektive journalistische Form des Kommentars in einer politisch parteilichen Sicht zu analysieren und zu kommentieren. Und da werden mir sicher die Themen nicht ausgehen, das verspreche ich Euch LeserInnen! Und einige meiner Studierenden – ich bin Lehrbeauftragte für Politikwissenschaft – sind ganz schön erstaunt darüber, daß „ihre“ Lektorin und die LN-Redakteurin ein und dieselbe Person ist – als ob Journalismus, Politik und Wissenschaft einander widersprechen würden. Ich freue mich jedenfalls auf viele weitere Ausgaben...



HELGA PANKRATZ

Frühe Entscheidung

Als ich im Sommer 1980 beim Infostand am Reumannplatz die HOSI besichtigte, hätte das Resultat dieses „Gruppenshopping“ durchaus mein künftiges Fernbleiben vom Verein *Homosexuelle Initiative* sein können. Denn die hundertprozentig pure Männergruppe, als die der Verein damals in Erscheinung trat, wirkte nicht sehr einladend auf Lesben. Aber da war diese Zeitung! Obwohl ausschließlich von Männern geschrieben, enthielten diese LAMBDA-Nachrichten so

viele für Lesben interessante Beiträge und – dank des heutigen Chefredakteurs – sogar spezifische Lesben betreffende Meldungen, daß mir die Entscheidung, mich der HOSI anzuschließen, ausgesprochen leicht fiel.

Inzwischen haben sich die LAMBDA-Nachrichten konsequent zu einem für Schwule und Lesben gleichermaßen wertvollen Magazin von überregionaler Bedeutung weiterentwickelt. – Aus „lesbischer Sicht“ danke ich allen Männern und allen Frauen, die an diesem Entwicklungsprozeß beteiligt waren. An jene, die nicht mehr bei uns sind, denke ich in Liebe. Der Jubilarin aber wünsche ich endlich jenen enormen Zuwachs an Bekanntheit bei lesbischen Leserinnen, den sie – eigentlich seit jeher – verdient hätte!



IRENE ZEILINGER

Selbst ist die Frau

Wenn ich will, daß eine Zeitung das schreibt, was ich gerne lese, dann muß ich zuweilen selbst dafür sorgen. Mein Programm: Lesben öfter und in größerer Vielfalt sichtbar machen.

Fortsetzung nächste Seite >

ROSIGE ZEITEN

Das regionale Magazin für Lesben und Schwule



KURT KRICKLER

Wissen ist Macht

So würde ich meine Motivation zusammenfassen, die mich vor 19 Jahren dazu brachte, in den LN mitzuarbeiten, und die mich bis heute leitet. Ich wollte dazu beitragen, Wissen und Argumente an Lesben und Schwule zu vermitteln. Bewußtsein schaffen über die eigene Lage, Argumente und Munition liefern, warum die Ungerechtigkeiten nicht hingenommen werden dürfen, und Informationen verbreiten, wie es in anderen Ländern aussieht, daß Fortschritte möglich sind, insgesamt also zu schwul/lesbischem Selbstbewußtsein beitragen. Außerdem stellte ich immer den Anspruch an die LN, Chronik aller Ereignisse zu sein, damit nichts Wichtiges in der kollektiven Erinnerung der Bewegung verloren geht. Denn nicht nur Wissen über die eigene Geschichte ist Macht, sondern auch das Wissen über das Verhalten der Politik, der anderen „Spieler“. Und ich denke, diesen Anspruch haben die LN immer recht gut erfüllt,

sie sind bis heute tatsächlich verlässliche Quelle über das, was bisher geschah.

Dieses Konzept bzw. diese Ansprüche an die LN finde ich auch heute noch aktuell: akkurate Information und damit Argumentationshilfe zu liefern und Chronik der Ereignisse zu sein. Daran hat sich auch durch die neuen Medien und die daraus resultierende Informationsflut nichts geändert, im Gegenteil: Es ist noch viel wichtiger geworden, Informationen zu filtern und Wesentliches vom Junk und Müll zu trennen und vor allem korrekte Informationen zu bringen angesichts der vielen falschen, halb-falschen oder falsch übersetzten Informationen, die über die neuen Medien über uns hereinbrechen.

In diesem Sinn sind die LN auch immer ein anspruchsvolles Magazin gewesen, das halt nur einen bestimmten LeserInnenkreis angesprochen hat. So sind auch die vielen Gratis- und sonstigen Magazine, die in den letzten Jahren auf den Markt gekommen und teilweise wieder verschwunden sind, auch nie eine direkte Konkurrenz für die LN gewesen, also in dem Sinne, daß wir LeserInnen an andere Magazine verloren hätten. Daß andere, gratis verteilte Blätter möglicherweise mehr LeserInnen haben als die LN, nehme ich ohne besondere Gefühlsregung zur Kenntnis – *profil* grämt sich wohl auch nicht darüber, daß *die ganze Woche* mehr LeserInnen hat. Qualität ist ja bekanntlich gerade im Me-

dienbereich nicht unbedingt das Gefragteste, sondern eher ein Minderheitenprogramm. Und unsere Qualität zu verwässern oder unser Konzept aufzugeben, um eventuell einen breiteren Publikums-geschmack zu treffen und zu bedienen – das käme für uns sowieso nicht in Frage.



MARKUS KÖNIG

Alltagsgeschichten

Ich schreibe seit 1991 für die LAMBDA-Nachrichten und decke mit meiner Kolumne *Markus' bunte Steine* den Bereich der alltäglichen Begebenheiten im Leben eines Homosexuellen ab. In erster Linie beschreibe ich beziehungs-mäßige Erfahrungen, skizziere lustvolle Begegnungen und bin auch nicht abgeneigt, hin und wieder ein Geschichtchen zu erfinden. Ich freue mich über das Jubiläum der LAMBDA-Nachrichten und wünsche weiterhin gutes Gelingen und den LeserInnen Vergnügen am Schmökern unserer intensiven Berichterstattung.



WALTRAUD RIEGLER

Plattform der politischen Bildung

Als ich Mitte der 80er Jahre zum Redaktionsteam der LAMBDA-Nachrichten stieß, war meine stärkste Motivation, in diese Zeitschrift mehr über Lesben und lesbische Themen zu bringen. So wie die HOSI Wien anfangs ein Schwulenverein war, waren die LAMBDA-Nachrichten meiner Einschätzung nach eine Zeitung, die an den schwulen Leser adressiert war und erst durch die Lesben erobert werden mußte. Es war zeitweise ein mühsamer Weg, die LN auch für Lesben „lesbar“ zu machen. Ich erinnere mich an so manche Diskussion über das Ignorieren der lesbischen Sichtweise und manche heftige Diskussion über frauenfeindliche Schwulencartoons und die Pinup-Boys. Wir Lesben woll(t)en natürlich weniger nackte Männer auf den Covers und den Innenseiten der Zeitschrift, woll(t)en gleichberechtigt Frauenbilder sehen.

Ich denke, der Einsatz hat sich gelohnt: Die LN bringen seit Jahren abwechselnd ein Frauencover und ein Männercover, und Lesbenfotos auf den Portfolioseiten sind selbstverständlich geworden. Und immer mehr Frauen beteiligen sich mit Artikeln, Reportagen und Fotos an der Zeitschrift. Was mir auch immer wichtig war und noch immer wichtig ist, ist die Berichterstattung über das politische Geschehen im In- und Ausland. Aus die LN bezog und beziehe ich aktuelles Wissen, das letztendlich immer wieder Motor für meine politischen Aktivitäten war und ist.

Kleinanzeigen

ENGLAND: Gay male, aged a young fifty, is seeking pen-friends, preferably 18-35, in Austria who could write in English, in the hope that we can become real friends and possibly exchange visits. Write to: Maurice A. Peacock, 23 Dances Way, Hayling Island, Hampshire, PO11 0JP.

STEIERMARK: Enddreißiger, bi, Leserate, Biogärtner, Zivildienstler, Umweltschützer, interessiert an (Zeit-)Geschichte, Kulturhistorischem, klassischer Musik etc., sucht toleranten, gefühlvollen Naturburschen als Brief- und Gesprächspartner mit Niveau. Postfach 110, 8045 Graz.

PARIS: Financial manager, 30/182/67, dark blond, blue eyes, rather attractive, straight acting, non-scene type, seeks educated, cultured, considerate, easy going men 18-35, with clean slim body for mutual visits, travelling and much more. Write with photo in French, English or German. Chiffre 197

SIE WOLLEN neu einrichten, ausbauen, umbauen – Wohnung, Büro, Geschäft – egal: Wir unterstützen Sie bei der Findung Ihrer persönlichen Note. Beratung, Vorschläge, Farbgestaltung, Dekoration, Bilder. **creativ bureau** Sepp Engelmaier, Waaggasse 5, 1040 Wien, Tel./Fax: (01) 587 36 30.

FRANKREICH: Handsome Frenchman, 28/182/62, slim, blond hair, brown eyes, beautiful face, high studies, serious, sentimental, human thinking with sense of good taste, passionate, romantic, is looking for pen-friends in Austria and Europe: gay young men, 23-37, with very blond hair, natural (almost Albino), with blue eyes and white skin, Nordic style, virile, discreet, liking arts, history, movies, cooking, and sports, non-smoker, out of gay circles. Write with photo in French or English to: Philippe Daval-Klein, poste restante, F-21000 Dijon-Grangier.

POLEN: Schwuler Mann, 40/174/76, gesund, ehrlich, Nichtraucher, schlank, gut bestückt, ladet Sie zum Urlaub in meine Privatwohnung in Südostpolen ein (Nähe zu Krakau und Tatra). Komfortzimmer, polnische Küche. Alter egal. Bin gerne auch Ihr Reiseführer. Jede Antwort auf englisch, polnisch oder deutsch mit Foto und Internationalem Antwortschein willkommen. Schreiben Sie an: Czeslaw Toczec, skr. poczt. 258, PL-35-959 Rzeszów 2.

RUSSLAND: Gay man, 29/170/84, looking younger, believing in love and relationship seeks someone special of any age, race or colour, with true faithful heart for a long-time friendship and hopefully much more. Write with photo to: Dmitry Golubev, Gorlovskaya Street 16/23, RUS-603146 Nizhny Novgorod.

FRANKREICH: MARHABA magazine of the Abou-Nawas project on Arabic, Muslim gay subjects, and with a lot of international male contact ads, is targeted at gays, lesbians ad bisexuals and all their friends. We are interested in articles on Arab sexualities, sexual health, your stories, experiences, drawings. Tell us what you are doing. Send our address to your Arab friends; you can write to us in Arabic. We also would like to get publications, books, magazines, tapes. For more information, please send 2 international reply coupons to: Boîte postale 33, F-59480 La-Bassée.

KIEW/UKRAINE: Gay man, 24/170/60, wants to meet boyfriend for serious longtime relation. Write in Ukrainian, Russian or English to: Valentin Konstantinov, P.O.Box 450, UA-252150 Kyiv 150.

IDO: Lesben- und Schwulenzeitschrift in IDO, einer künstlichen Sprache, die 1907 kreiert wurde. Das Ido-Vokabular wurde aus den sechs verbreitetsten Sprachen Europas entlehnt. Die einfache Grammatik macht Ido zur am

leichtesten erlernbaren Sprache der Welt. Jetzt erscheint *La Kordiego Geyal* viermal jährlich. Das Abo kostet 7,50 holländische Gulden oder 5 Internationale Antwortscheine. Zu bestellen bei: La Kordiego Geyal, Ceramplain 76 hs, NL-1095 BZ Amsterdam.

FRANKREICH: French student in doctorate of law, living in the South of France (Provence) would like to come into contact with gay students (law, arts, fine arts, history of art...) speaking French or English. I will answer every letter with photo attached. Write to: Claude Freissinier, BP. 4, F-13129 Salin de Giraud; E-Mail: claudecamargue@compuserve.com

SPANIEN: Latin-Scandinavian young male, 24/179/73, trustworthy, good & northern looking, well-built, in shape and fair economy, straight acting, seeks to correspond with similar Austrian male, 24-32, very masculine, intelligent, believing in true romance and sporting friendship. Write to: Apartado de Correos 1134, E-35080 Las Palmas (GC)

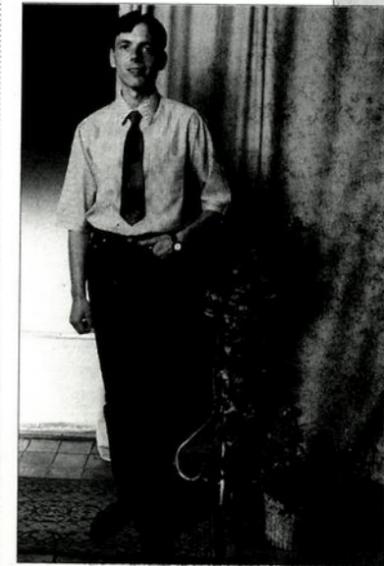
SCHWERSTBEHINDERTER, 53/170/70, jedoch kein Betreuungsfall, sucht Freunde und Partner! Herz + Verstand, Charme und geordnete Verhältnisse setze ich voraus. Biete Herzengüte, Einfühlungsvermögen, Gemütlichkeit und Kommunikationsfreude. Welcher Junge wünscht sich einen väterlichen Dauerefreund? Schreib an: Postfach 15, 7341 Markt St. Martin (Burgenland)

LEMBERG/UKRAINE: gay man, 30/182/79, likes discipline, responsibility, punishment in both roles. Seeks friends with same interests. My intentions are serious, but possibilities limited. I hope for help and changes of my lifestyle. Versteh auch Deutsch. Postal coupons appreciated. Write to: P.O.Box 5044, UA-290053 Lviv 53.

RUSSLAND: Bodybuilder, 31/172/85, is looking for friends, bodybuilders like me, who want to correspond with me. Write in Russian or English to:

Slava Solomatov, P.O.Box 110, RUS-196066 Sankt-Peterburg.

RUMÄNIEN: 32jähriger (siehe Foto) aus Bukarest sucht Brieffreundin in Österreich. Schreibt auf rumänisch oder deutsch an: Amedeo Nicolescu, P.O.Box 61-1, Bucuresti.



SIE SUCHEN neue Werbeideen – von der Geschäftskarte bis zum Geschäftsportal, vom Briefpapier bis zum Personal. Wir erstellen Konzepte für Sie und führen diese

So antwortet ihr auf die Chiffre-Anzeigen:

Ihr legt euren Antwortbrief in ein mit S 7, – (für EmpfängerInnen in Österreich und Europa) bzw. S 13, – (für EmpfängerInnen in Übersee) frankiertes Kuvert, verschließt es, schreibt mit Bleistift die Chiffre-Nummer auf die Rückseite und gebt dieses Kuvert in ein größeres, das ihr an uns schickt: HOSI Wien, Novaragasse 40, A-1020 Wien. Ausländische BeantworterInnen brauchen das Kuvert natürlich nicht frankieren, sondern legen bitte einen Internationalen Antwortschein bei.

aus. Entwurf, Grafik, Illustration, Foto, Text. **creativ bureau** Sepp Engelmaier, Waaggasse 5, 1040 Wien, Tel./Fax: (01) 587 36 30.

UKZ
unsere (kleine) zeitung

Bestellungen:
Gruppe L74 e. V.
Postfach 310609
D-10636 Berlin

Jahresabo DM 40,-
verschl. Umschlag DM 55,-
-Auslandsabo plus entspr. Porto-
-Probeexemplar gegen 5,- DM in Briefmarken

Kurzgeschichten,
Frauenportraits,
Projekte,
Diskussionen,
Buchbesprechungen,
Termine, Adressen,
Ereignisse u.v.a.

von Lesben für Lesben
1-monatl. seit 1975
2-monatl. ab 1987

HOSI Wien Programmkalender

Termine chronologisch

Do, 16. April	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Wie sag ich's den FreundInnen?
Fr, 17. April	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Do, 23. April	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: „Flirt-Workshop“
Do, 30. April	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Beziehungen – Für und Wider
Do, 7. Mai	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Das „erste Mal“
Fr, 8. Mai	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Mo, 11. Mai	17.00 Uhr	Machen wir die Unis warm! Rosa Nachmittags-Runde Podiumsdiskussion zu Queer Studies (siehe unten)
Di, 12. Mai	19.00 Uhr	AIDS-Stammtisch im posiHIVen Café (geöffnet: wie immer ab 17.00 Uhr)
Do, 14. Mai	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Wie sag ich's meinen Eltern?
Fr, 15. Mai	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Sa, 16. Mai	20.00 Uhr 21.00 Uhr	Präsentation des <i>names project wien</i> Erinnerung an unsere verstorbenen FreundInnen Ort: Museum Moderner Kunst (Näheres auf Seite 2)
Fr, 22. Mai	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Do, 28. Mai	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Wie sag ich's den FreundInnen?
Do, 4. Juni	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Flirt-Workshop
Fr, 5. Juni	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Do, 11. Juni	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Workshop mit Michael Leitner/Aids-Hilfe Wien
Di, 16. Juni	20.00 Uhr	Fest: 5 Jahre posiHIVes Café (geöffnet: wie immer ab 17.00 Uhr)
Do, 18. Juni	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Beziehungen – Für und Wider
Fr, 19. Juni	17.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Do, 25. Juni	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Bei Telefon-Hotlines anrufen?
Sa, 27. Juni	20.00 Uhr	Resis.danse Frauen-Sommertanzfest
Do, 2. Juli	17.00 Uhr	Coming-out-Gruppe: Das „erste Mal“
Sa, 4. Juli	13.00 Uhr	Regenbogen-Parade / Ringstraße

DER JUNGE DONNERSTAG

Aller Anfang ist – ganz ehrlich – nicht immer leicht, dabei sollen gerade Freundschaft, Lust und Liebe Spaß machen. Am leichtesten spricht's sich darüber mit anderen, denen es genauso geht. Oder bis vor kurzem gegangen ist, und die über ihre Erfahrungen erzählen.



Jeden Do.
ab 17.00 Uhr

Lesbisch-schwule
Coming Out
-Gruppe

DER HOSI-MONTAG

ALLES LEBEN IST POLITIK

Rosa
Runde

Mo,
11. 5.,
17.00

Machen wir
die Unis warm!

Queer Studies endlich in Österreich? Die HOSI will's wissen: Im Rahmen der Aktionswoche der HomoBiTrans-Gruppen der Wiener Unis diskutieren

- ◆ Dr. Hanna Hacker, Soziologin, Univ.-Lektorin
 - ◆ Dr. Gudrun Hauer, Politologin, Univ.-Lektorin
 - ◆ Mag. jur. Michael Leitner, schwule Aids-Prävention
 - ◆ Dr. Ernst Silbermayr, Psychotherapeut, Klin. Psychologe
- Angefragt: ◆ Einems neue zuständige Abt.-Leiterin f. Geisteswissensch.
◆ Dr. Ilse König, Konfliktforscherin (Koordination/Weltfrauenkonf. '95)

DAS LAMBDA- LESEBUCH Journalismus andersrum



328 Seiten, S 198,- (Mitglieder: S 178,-)
ISBN 3-9500507-0-1

Bestellungen auch direkt bei:
Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien
A-1020 Wien, Novaragasse 40
Tel. 01/216 66 04 · Fax 01/545 13 10
E-Mail: hosiwien@via.at

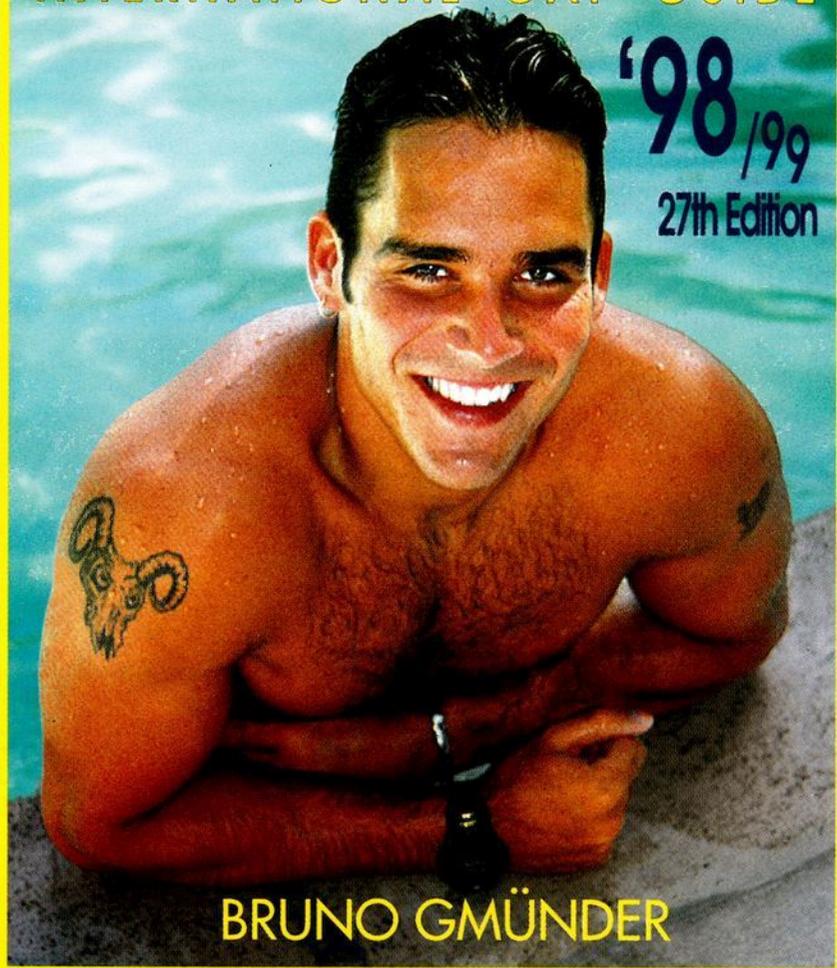


Das Kulturfestival „Wien ist andersrum“ sorgt jedes Jahr mit seinen Plakaten für Aufregung. Diesmal sind es zwei Plakat-sujets – schön geschlechterparitätisch –, die die PräsidentschaftskandidatInnen in Fotomontagen originell in Szene setzen...

SPARTACUS[®]

INTERNATIONAL GAY GUIDE

'98/99
27th Edition



BRUNO GMÜNDER

SPARTACUS INTERNATIONAL GAY GUIDE
27th Edition - '98/99

1280 Seiten • ISBN 3-86187-114-9

DM 49,90 • öS 370 • sfr 47,90

erhältlich beim
BRUNO GMÜNDER VERSAND

Postfach 61 01 04

D - 10921 Berlin

e-mail: bgv_mail@aol.com